

Kurznachrichten 135

Textteil

Überprüfung des Programms der Bundesstatistik 141

Erwerbstätigkeit der ausländischen Bevölkerung 147

Branchen, Standorte und Verkaufsfläche im Einzelhandel 156

Methodik zur Abgrenzung, Gliederung und Ermittlung der Bildungsausgaben in Deutschland 166

Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1994 181

Der „Interimsindex“ — ein Zwischenschritt auf dem Weg zum europäischen Verbraucherpreisindex 187

Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1991 193

Preise im Februar 1996 200

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge 205

Tabellenteil

Übersicht 129*

Statistische Monatszahlen 130*

Ausgewählte Tabellen 160*

Statistisches Bundesamt
Bibliothek & Dokumentation - Archiv

Herausgeber
Statistisches Bundesamt

Verlag
Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents Page

News in brief 135

Texts

Review of the programme of Federal Statistics ... 141

Activity of the foreign population 147

Branches, locations and selling area of retail trade 156

Methodology for defining, classifying and determining the education expenditure in Germany . . 166

Public service personnel on 30 June 1994 181

The interim index — an intermediate stage on the way towards a European consumer price index. 187

New computation of the indices of sea freight rates on base 1991 193

Prices in February 1996 200

List of the contributions published in the current year 205

Tables

Summary 129*

Monthly statistical figures 130*

Selected tables 160*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Table des matières Pages

Informations sommaires 135

Textes

Révision du programme de la statistique fédérale . 141

Activité professionnelle de la population étrangère 147

Branches d'activité, lieux d'implantation et surface de vente dans le commerce de détail 156

Méthodologie de délimitation, de classification et d'évaluation des dépenses pour l'éducation en Allemagne 166

Personnel du service public au 30 juin 1994 181

L'indice «interim» — une étape intermédiaire vers l'indice des prix à la consommation européen .. 187

Nouveau calcul des indices des taux de frets maritimes sur base 1991 193

Prix en février 1996 200

Liste des contributions publiées dans l'année en cours 205

Tableaux

Résumé 129*

Chiffres statistiques mensuels 130*

Quelques tableaux sélectionnés 160*

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990.

Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus.

Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

Aus Europa

Konferenz der Zensus-Manager aus den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas in Berlin

Im Fortbildungszentrum Berlin der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes tagten Mitte Februar 1996 leitende Zensus-Manager aus Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Litauen, Polen und anderen Staaten Mittel- und Osteuropas mit Fachleuten aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Nordirland, Dänemark und Deutschland. Im Mittelpunkt dieser Konferenz standen die Konzipierung und Durchführung der in den Reformstaaten im Jahr 2000 anstehenden Volkszählungen, die Nutzung moderner Datenverarbeitungs- und Informationstechniken und die Erstellung von Fragebögen. Auch Budgetfragen und die Öffentlichkeitsarbeit spielten eine große Rolle. Gerade in den noch jungen Demokratien wird der Erfolg von Volkszählungen eng mit dem Vertrauen und dem Interesse der Bevölkerung und der Auskunftsbereitschaft der Befragten zusammenhängen. Das belegen nicht nur die deutschen Erfahrungen.

Der "Workshop for census-managers" wurde im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen durchgeführt. Die Veranstaltung wurde auch über das PHARE-Programm der Europäischen Union gefördert und dabei vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) unterstützt.

Anlässlich eines Empfangs durch den Berliner Senat hatten die Tagungsteilnehmenden Gelegenheit, zu einem Gedankenaustausch mit Repräsentanten aus den Botschaften Bulgariens, Litauens, Lettlands, Polens, der Slowakischen Republik, Rumäniens sowie Großbritanniens und Nordirlands. Da auch einige Bundesministerien vertreten waren, konnten neue bilaterale Kontakte geknüpft werden.

Nach dem Erfolg der Auftaktveranstaltung zum gleichen Thema für die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion im vergangenen Jahr haben die Vereinten Nationen wiederum Berlin als Tagungsort ausgewählt. Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren die in Berlin gesammelten vielfältigen Erfahrungen im Bereich der Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Statistikerinnen und Statistikern.

Weitere Informationen sind in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes, Telefon (030) 23246350, erhältlich.

Aus dem Inland

Die Auswirkungen der Automatisierung der Zollverwaltung auf die Außenhandelsstatistik

Ziel der deutschen Zollverwaltung ist es, die Anmeldung des kommerziellen Warenverkehrs mit Drittländern weitgehend zu automatisieren. Mit Hilfe moderner Technologien sollen schriftliche Zollanmeldungen und Verwaltungsakte durch einen elektronischen Austausch von Standard-Nachrichten (EDI-FACT = Electronic Data Interchange for Finance, Administration, Commerce and Transport) ersetzt werden.

Das mangels EU-einheitlicher IT-Verfahren auf nationaler Ebene geschaffene und sowohl vom gemeinschaftlichen Zollrecht als auch von den nationalen Zollbestimmungen abgedeckte Projekt „ATLAS“ (Automatisiertes Tarif- und Lokales Zoll-Abwicklungssystem) umfaßt vier Verfahrensteile. Der „Elektronische Zolllarif“ (EZT) ersetzt im Kern den Deutschen Gebrauchszolllarif auf Papier und ermöglicht u.a. eine umfassende Unterstützung bei der warensystematischen Einreihung und bei der Erhebung der Eingangsabgaben. Die Verfahrensteile „Einfuhr“, „Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung“ (ZmwB) und „Ausfuhr“ unterstützen insbesondere die zollamtliche Erfassung, Überwachung und die Überführung der Waren in die jeweiligen Zollverfahren der Einfuhr, der Ausfuhr sowie die Verfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung (z.B. Zollager, Veredelung).

IT-teilgestützte Zollverfahren sind bereits heute als sogenannte „Insellösungen“ im Einsatz. Die Systeme „ALFA“ (Automatisiertes Abfertigungsverfahren bei Flughäfen), „DOUANE“ (DV-organisierte Unterstützung der Abfertigung nach Einfuhr) sowie „ZADAT“ (Zollanmeldung auf Datenträgern) sind allerdings nur im Zusammenhang mit der Einfuhr anwendbar und sollen zunächst integriert und später von „ATLAS“ abgelöst werden.

Welche Auswirkungen bringt „ATLAS“ und der von der Zollverwaltung angestrebte Datenaustausch mit den beteiligten Behörden für die Außenhandelsstatistik? Bereits in den Erwägungsgründen zur Verordnung (EG) des Rates Nr. 1172/95 vom 22. Mai 1995 über die Statistiken des Warenverkehrs der Gemeinschaft und deren Mitgliedstaaten mit Drittländern wird darauf verwiesen, daß diese Statistiken auf der Grundlage der Zollverfahren zu erstellen sind. Zwangsläufig ergibt sich bereits daraus die Anleh-

Kurznachrichten

nungsnotwendigkeit der statistischen Erhebung dieser Warenverkehre an die beleglose Zollabwicklung, zumal die Zollabwicklung bei IT-gestützten Anmeldungen auch künftig nach den gleichen Grundregeln ablaufen wird, wie sie heute bei den schriftlichen Zollanmeldungen gelten.

Derzeit gibt es drei verschiedene Möglichkeiten, die Warenverkehre mit Drittländern zur Außenhandelsstatistik anzumelden. Zum einen besteht die Möglichkeit, die Statistikmeldungen auf Vordruck (Exemplar Nr. 7 bzw. Nr. 2 des Einheitspapiers) anzumelden. Zum anderen können die auskunftspflichtigen Unternehmen die Daten — unter Beachtung bestimmter Rahmenbedingungen — mittels magnetischer Datenträger (Magnetband, Diskette, Magnetbandkassette) dem Statistischen Bundesamt übermitteln. Eine dritte Variante sind die vorstehend erwähnten automatisierten Einfuhrverfahren (ALFA, DOUANE und ZADAT), bei denen dem Statistischen Bundesamt bereits heute von der Zollverwaltung magnetische Datenträger übersandt werden.

Bei optimaler Realisierung des angestrebten Informationsaustauschs werden die Auskunftspflichtigen alle für die Abwicklung eines Import- und Exportgeschäftes erforderlichen Angaben für zollrechtliche, außenwirtschaftsrechtliche und statistische Zwecke in einer vorab festgelegten und vereinbarten Struktur nur noch einer Stelle, nämlich der zuständigen Zollstelle, auf elektronischem Wege übermitteln. Die für die Statistik relevanten Daten werden anschließend von den jeweiligen Rechenzentren der Bundesfinanzverwaltung auf beleglosem Weg dem Statistischen Bundesamt übermittelt. Damit entfällt der tägliche Belegtransport von den etwa 500 Anmeldestellen (Zollstellen) an das Statistische Bundesamt. Durch die Anmeldung im ATLAS-Verfahren wird auch die bilaterale Übersendung von magnetischen Datenträgern von den Unternehmen an das Statistische Bundesamt entfallen.

Durch erweiterte Vollständigkeits-, Schlüsselzahl- und Plausibilitätskontrollen soll auch der hohe Qualitätsstandard der statistischen Meldungen des Extrahandels gesichert werden. Ein nicht zu übersehender Vorteil dieser Übermittlungsform ist die zeitliche Variante. Gegenüber dem Posttransport wird das Statistische Bundesamt zu einem früheren Zeitpunkt als bisher in den Besitz der statistischen Informationen über die grenzüberschreitenden Warenverkehre gelangen, wenn diese Daten unverzüglich per Online übermittelt oder abgerufen werden können. Gleichzeitig werden damit auch aufwendige Sortiervorgänge und Datenerfassungsarbeiten im Statistischen Bundesamt entfallen.

Die zeitliche Perspektive der vollständigen praktischen Umsetzung des Projekts „ATLAS“ wird von vielerlei Faktoren abhängig sein. Nicht zuletzt wird das Tempo von der Haushaltslage bestimmt werden. Während der „Elektronische Zolltarif“ sich derzeit in der Pilotphase befindet, sollen für den Verfahrensteil „Einfuhr“ die ersten Testarbeiten in diesem Jahr anlaufen. Für die beiden anderen Verfahrensteile „Ausfuhr“ und „Verfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung“ ist diese Phase nicht vor 1997 vorgesehen.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe VB, Telefon (06 11) 75 22 59, erhältlich.

Kompakt

Deutschsprachige Fassung der Empfehlungen der Welttourismusorganisation zur Tourismusstatistik erhältlich

Im März 1993 hat die Statistikkommission der Vereinten Nationen eine Reihe von Empfehlungen zur Tourismusstatistik verabschiedet. Diese waren von der Welttourismusorganisation (WTO) in der Folge der von der WTO und der kanadischen Regierung gemeinsam organisierten Internationalen Konferenz über Reise- und Tourismusstatistik in Ottawa im Juni 1991 ausgearbeitet worden. Die Empfehlungen beziehen sich auf grundlegende Konzepte, Definitionen und Klassifikationen der Tourismusstatistik. Ihre weltweite Verbreitung und Anwendung ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Harmonisierung der Tourismusstatistiken und damit eine Voraussetzung, um zu einer besseren Vergleichbarkeit der zur Zeit noch relativ heterogenen Statistiksysteeme in diesem Bereich zu kommen. Die Bedeutung der WTO-Empfehlungen wird noch dadurch hervorgehoben, daß sich die tourismusstatistischen Arbeitsgruppen sowohl bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als auch beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) darauf verständigt haben, sie zur Grundlage ihrer eigenen methodischen Arbeiten auf diesem Gebiet zu machen.

Zu der im Original englischsprachigen Kurzfassung dieser Empfehlungen haben nun das Bundesamt für Statistik der Schweiz, das Österreichische Statistische Zentralamt sowie das Statistische Bundesamt eine abgestimmte deutschsprachige Fassung erstellt. Diese kann beim Statistischen Bundesamt, Gruppe VA, gegen eine Schutzgebühr angefordert werden.

Kurznachrichten

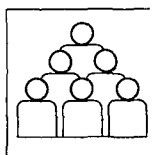
Länderbericht „Karibische AKP-Staaten“

In der Reihe „Länderberichte des Auslands“ wurde 1995 die Berichterstattung über einzelne Staatengruppen fortgesetzt. Die vor kurzem erschienene Regionalstudie „Karibische AKP-Staaten“ wurde vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) im Rahmen der 1995 vereinbarten Kooperation erstellt. Neben der deutschen Ausgabe ist der Länderbericht „Karibische AKP-Staaten“ auch in englischer und französischer Sprache erschienen.

Die vorliegende Studie befaßt sich mit den 15 karibischen Ländern, mit denen die Europäische Union (EU) im Rahmen der Lomé-Abkommen eine weitreichende wirtschaftliche und entwicklungspolitische Kooperation unterhält. Die außenwirtschaftlichen Verflechtungen der Karibik-Länder mit der EU werden in mehreren Sonderkapiteln (u. a. Außenhandel, Auslandsinvestitionen, Auslandsverschuldung und Entwicklungshilfe) behandelt. Die Abfassung dieser Abschnitte oblag einem Karibik-Experten des Overseas Development Institute (London).

Aus diesem Heft

Überprüfung des Programms der Bundesstatistik



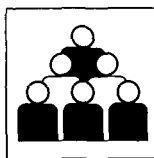
Unter dem Stichwort „Schlanker Staat“ hat sich die Bundesregierung unter anderem das Ziel gesetzt, amtliche Statistiken auf das absolut Notwendige zu reduzieren. Der erweiterte Abteilungsleiterausschuß Statistik (ALA-Statistik) wurde beauftragt, das Programm der Bundesstatistik zu überprüfen und Vorschläge zu unterbreiten, die zu Kosteneinsparungen und zur Entlastung der Befragten führen. In fünf vom ALA-Statistik eingesetzten themenspezifischen Projektgruppen unterzogen Nutzer, Produzenten und Befragte der amtlichen Statistik die rund 230 Bundesstatistiken einer kritischen Prüfung. Dabei war zu beachten, daß der Systemcharakter der Bundesstatistik im Hinblick auf Nutzung verschiedener Erhebungen und unter dem Blickwinkel der Informationsgewinnung nicht durch unbedachte Eingriffe gefährdet wird. Außerdem war zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil des Programms der Bundesstatistik inzwischen durch eine wachsende Zahl von EG-Rechtsvorschriften zwingend vorgegeben ist.

Nachdem das Statistikprogramm bereits in der Vergangenheit mehrfach überprüft und angepaßt wurde,

hat der ALA-Statistik insgesamt 45 Kürzungs- und Rationalisierungsmaßnahmen beschlossen. Einige Statistiken werden ganz eingestellt, bei anderen werden Teile der Erhebung oder Merkmale gestrichen, der Stichprobenumfang reduziert oder die Periodizität verlängert, mehrere Statistiken werden zusammengelegt, Erhebungsverfahren werden zum Teil rationalisiert, und es werden künftig stärker Verwaltungsdaten genutzt.

Diese Einsparmaßnahmen, die zwangsläufig mit Informationsverlusten verbunden sind, führen nach ihrer Umsetzung mit einer gewissen Übergangszeit zu einer Kostenreduzierung von rund 15 Mill. DM pro Jahr bei Bund und Ländern und zu einer spürbaren Entlastung der Befragten von statistischen Meldepflichten. Für die Umsetzung eines erheblichen Teils der Maßnahmen bedarf es noch eines Änderungsgesetzes, welches zur Zeit vorbereitet wird.

Erwerbstätigkeit der ausländischen Bevölkerung



Welche Bedeutung die ausländischen Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt haben, läßt sich besonders gut an der langfristigen Entwicklung der Erwerbspersonen ablesen. So betrug im früheren Bundesgebiet die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen 1970 rund 1,7 Mill.; ihren vorläufigen Höchststand erreichte sie 1974 mit fast 2,5 Mill. Bis Ende der 70er Jahre sank sie dann wieder ab bis auf 2,1 Mill., um danach wieder tendenziell zu steigen. 1994 betrug die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen in Deutschland mehr als 3,6 Mill.

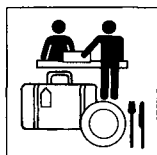
Mit fast 1,1 Mill. stellten Türkinnen und Türken 1994 das stärkste Kontingent unter den ausländischen Erwerbspersonen. Bemerkenswert ist der hohe Anteil junger Ausländerinnen und Ausländer, die bereits im Erwerbsleben stehen. Bei der Altersgruppe von 15 bis unter 25 Jahren lag der Anteil 1994 mit 18,1% wesentlich höher als der entsprechende Anteil der Deutschen mit 12,7%. Noch deutlicher ist der Unterschied bei den ausländischen Frauen dieser Altersgruppe mit 21,4% gegenüber 13,6% bei den deutschen Frauen. Auch hinsichtlich der Stellung im Beruf zeigen sich beachtliche Unterschiede zwischen den deutschen und ausländischen Erwerbstätigen. Während unter den deutschen Erwerbstätigen mit 33,5% rund ein Drittel Arbeiterinnen und Arbeiter waren, belief sich 1994 dieser Anteil bei den Ausländerinnen und Ausländern mit rund 64% auf fast zwei Drittel. Den Angestelltenstatus besaßen 27% der ausländischen Erwerbstätigen. Der entsprechende Wert bei den deutschen Erwerbstätigen lag bei knapp 49%.

Kurznachrichten

Unterteilt nach Berufsbereichen, übten im April 1993 weit mehr als die Hälfte der deutschen Erwerbstätigen (59,7 %) Dienstleistungsberufe aus, 26 % waren in Fertigungsberufen tätig. Von den ausländischen Erwerbstätigen waren knapp die Hälfte (48,7 %) in Fertigungsberufen und 40,7 % in Dienstleistungsberufen beschäftigt.

Die meisten ausländischen Erwerbstätigen gab es 1994 in Nordrhein-Westfalen (25,1 %), gefolgt von Baden-Württemberg (20,3 %), Bayern (18,7 %) und Hessen (11,2 %). Auf diese vier Länder entfielen mit rund 2,25 Mill. mehr als 75 % der ausländischen Erwerbstätigen.

Branchen, Standorte und Verkaufsfläche im Einzelhandel



Der Beitrag vermittelt ein aktuelles Strukturbild des deutschen Einzelhandels vor dem Start in den Europäischen Binnenmarkt. Er stützt sich dabei auf die im Jahr 1993 durchgeführte Handels- und Gaststättenzählung.

Ausgewertet werden die Daten für Arbeitsstätten, die eine Regionalisierung der Ergebnisse ermöglichen. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen Branchenstrukturen, Betriebsgrößen, die regionale Verteilung nach Bundesländern und örtlichen Geschäftslagen sowie Verkaufsflächen, Bedienungs- und Betriebsformen. Besonderer Wert wird auf die getrennte Darstellung der Ergebnisse nach dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern gelegt, da die Einzelhandelsstrukturen in beiden Gebieten noch sehr unterschiedlich sind.

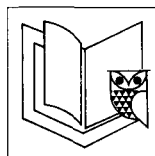
Nach den Ergebnissen der Zählung gab es am 30. April 1993 in Deutschland 487 000 Einzelhandelsverkaufsstätten, die 2,7 Mill. Voll- und Teilzeitkräfte beschäftigten und im Geschäftsjahr 1992 Umsätze in Höhe von 672 Mrd. DM erwirtschafteten. Auf die neuen Länder und Berlin-Ost entfielen 18 % der Arbeitsstätten, 13 % der Beschäftigten und 11 % des Umsatzes.

Die Gesamtverkaufsfläche im Einzelhandel betrug mehr als 87 Mill. m², je Geschäft waren das im Schnitt 218 m². In den neuen Ländern lag die mittlere Verkaufsfläche mit 157 m² erheblich unter dem Niveau im früheren Bundesgebiet (230 m²).

Bei dem Vergleich mit der vorangegangenen Zählung im Jahr 1985, der sich nur für das frühere Bundesgebiet durchführen läßt, fällt vor allem der starke Anstieg der Zahl der tätigen Personen (+ 17 %) auf. Er ist wesentlich auf die Zunahme der Teilzeitbe-

schäftigung zurückzuführen, die im Einzelhandel traditionell große Bedeutung hat.

Methodik zur Abgrenzung, Gliederung und Ermittlung der Bildungsausgaben in Deutschland



Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie hat das Statistische Bundesamt beauftragt, ein umfassendes Konzept zur Erfassung und Darstellung der Ausgaben für Bildung zu entwickeln.

Hintergrund der Projektvergabe ist die derzeit unvollständige Erfassung und Darstellung monetärer Bildungsdaten sowie die daraus resultierenden Lücken in den Datenlieferungen an internationale Organisationen. Ausgangspunkt für das Projekt ist die gemeinsam von der OECD, der UNESCO bzw. Eurostat durchgeführte Erhebung der Bildungsausgaben zu "Education at a Glance". Das Projektkonzept soll dabei sämtliche Bereiche des Bildungswesens (z. B. die allgemeine Bildung und die berufliche Bildung sowie die Bildungsförderung) sowohl für Bildungsteilnehmende und Bildungsanbieter private und/oder öffentlicher Art umfassen.

Auf der Basis der internationalen Klassifikationen ISCED und NACE Rev. 1 wird der Bildungsbereich definiert und abgegrenzt. Ferner wird eine Abgrenzung der Ausgaben vorgenommen, welche die Verwendung von Daten aus dem kaufmännischen und kameralistischen Rechnungswesen ermöglicht. Um Einblicke in die Ausgaben der Bildungseinrichtungen und in deren Finanzierungsstruktur zu erhalten, sollen die Bildungsausgaben im Rahmen des Projektes sowohl nach dem Durchführungs- als auch nach dem Finanzierungskonzept dargestellt werden. Zu Zwecken der besseren Vergleichbarkeit der sektoralen Angaben wird darüber hinaus zwischen Ausgaben für den Bildungsprozeß (Bildungsausgaben ersten Grades) und Ausgaben für den Lebensunterhalt (Bildungsausgaben zweiten Grades) unterschieden.

Grundlage der Ermittlung der Bildungsausgaben der öffentlichen Hand bilden die Daten der Jahresrechnungsstatistik. Diese müssen im weiteren um zahlreiche Nicht-Bildungsbestandteile, wie zum Beispiel die Ausgaben für die Krankenbehandlung in Hochschulkliniken, bereinigt sowie — in weit größerem Umfang — um bildungsrelevante Einzelaspekte (z. B. unter anderen Aufgabenbereichen nachgewiesene Transfers, Ausgaben für die Beamtenversorgung, Ausbildungsleistungen innerhalb der Ge-

Kurznachrichten

bietskörperschaften) ergänzt werden. Für die Ermittlung der privaten Bildungsausgaben soll auf eine Reihe amtlicher und nicht-amtlicher Statistiken zurückgegriffen werden. In einzelnen Bereichen sollen Datenlücken mit Hilfe von Sondererhebungen geschlossen werden.

Im weiteren Verlauf der Arbeiten sollen adäquate Schätzverfahren zum Ausfüllen der aktuellen Datenlücken sowie zur Fortschreibung der Bildungsausgaben entwickelt werden. Schließlich wird ein Vergleich mit den in Staaten mit vergleichbaren Bildungssystemen (z. B. Österreich und Schweiz) angewandten Konzeptionen angestrebt.

Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1994



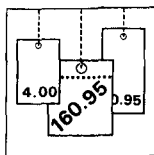
Die Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes erfaßt jährlich zum Stichtag 30. Juni die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Arbeitgeber. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Änderung im Kreis der Aus-

kunftspflichtigen eingetreten. Die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Reichsbahn gehören durch die am 1. Januar 1994 erfolgte Privatisierung nicht mehr zum öffentlichen Dienst. Durch diese Maßnahmen sind rund 284.000 Tarifbeschäftigte der ehemaligen Deutschen Bundesbahn/Reichsbahn keine Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mehr. Die Bundesbahnbeamtinnen und -beamten werden jedoch weiterhin über das neu errichtete Bundeseisenbahnvermögen einbezogen.

Am 30. Juni 1994 wurden 6,1 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Dienststellen des unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Dienstes beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 125.000 oder 2,0% Beschäftigte weniger gezählt. Damit haben knapp 20% der abhängig Erwerbstätigen insgesamt einen Arbeitsplatz bei einem öffentlichen Arbeitgeber. Die zum 1. Januar 1995 erfolgte Privatisierung der Deutschen Bundespost führte zu einer weiteren erheblichen Reduzierung der Beschäftigtenzahl des öffentlichen Dienstes; sie wird künftig bei rund 5,5 Mill. liegen. Dies entspricht damit einem Anteil von rund 17,5% an der Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen.

Von den 6,1 Mill. Beschäftigten hatten 4,9 Mill. einen Arbeitsvertrag als Vollzeit- und knapp 1,2 Mill. als Teilzeitkräfte. Daraus errechnet sich für den öffentlichen Dienst eine Teilzeitquote von 19,2%, die deutlich über der entsprechenden Quote bei den abhängig Erwerbstätigen insgesamt (15,9%) liegt.

Der „Interimsindex“ — ein Zwischenschritt auf dem Weg zum europäischen Verbraucherpreisindex



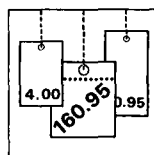
Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und die Statistischen Zentralämter der Mitgliedstaaten haben am 29. Februar 1996 einen teilharmonisierten Verbraucherpreisindex („Interimsindex“)

für die Europäische Union und die einzelnen Mitgliedstaaten vorgelegt.

Diese Interimsindizes sind ein erster Schritt auf dem Weg, Preisstabilität in Europa auf einheitlicher Grundlage zu messen, um der Verpflichtung der Maastrichter Verträge hinsichtlich des Konvergenzkriteriums Preisstabilität gerecht zu werden.

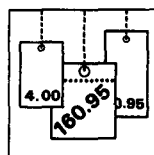
Der vorliegende Beitrag beschreibt die Historie der Harmonisierungsbestrebungen bei den Verbraucherpreisindizes in der Europäischen Union und die Ableitung des deutschen Interimsindex aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Zusätzlich werden erste Ergebnisse für Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten vorgestellt.

Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1991



Mit dem Berichtsmonat Januar 1996 werden nun auch die Indizes der Seefrachtraten auf der neuen Basis 1991 nachgewiesen. Im System der Preisstatistiken haben sie die Aufgabe, die Preisentwicklung für Gütertransportleistungen im Seeverkehr aus der Sicht der deutschen Volkswirtschaft zu messen. In diesem Beitrag werden Methode und Datengrundlage der Indizes der Frachtraten in der Linienfahrt, der Zeitcharterraten in der Tramp-Trockenfahrt und der Reisechartersraten in der Tankerfahrt beschrieben und die Ergebnisse der Neuberechnung der Indizes für trockene Ladungen dargestellt.

Preise im Februar 1996



Im Februar 1996 setzte sich in Deutschland bei der monatlichen Preisentwicklung durchweg wieder ein stärkerer Aufwärtstrend durch, nachdem das Preisgeschehen in den Monaten davor einen im großen und ganzen ruhigen Verlauf genommen hatte.

So lagen die monatlichen Steigerungsraten besonders bei den Großhandelsverkaufspreisen (+ 0,4%) und den Preisen für die Lebenshaltung (+ 0,5%) im

Kurznachrichten

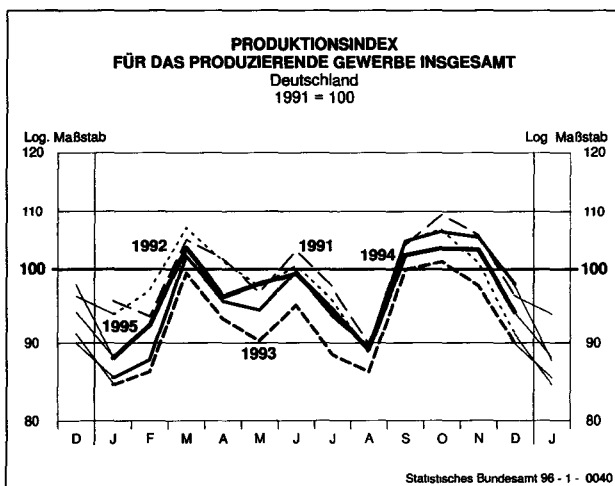
Berichtsmonat deutlich höher als im Januar 1996. Die Einzelhandelspreise haben sich im Februar 1996 auf Monatsbasis ebenfalls stärker erhöht als im Vormonat (+ 0,4%). Die gewerblichen Erzeugerpreise blieben diesmal zwar insgesamt nahezu unverändert (+ 0,1%), doch bedeutet auch dies insofern eine Verschlechterung der Situation im Vergleich zum Januar 1996, als hier die Preise auf Monatsbasis nicht unerheblich zurückgegangen waren (- 0,7%).

Im Gegensatz zu den Monatsraten ergab sich bei den Jahresraten ein recht uneinheitliches Bild. Während sich die entsprechenden Werte bei den Einzelhandelspreisen und bei den Lebenshaltungspreisen für Deutschland geringfügig erhöhten, waren sie — bedingt durch den Basiseffekt der monatlichen Entwicklung vor Jahresfrist — bei den gewerblichen Erzeugerpreisen und bei den Großhandelsverkaufspreisen rückläufig, wobei hier sogar noch das vorjährige Vergleichsniveau mehr oder weniger deutlich unterschritten wurde.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

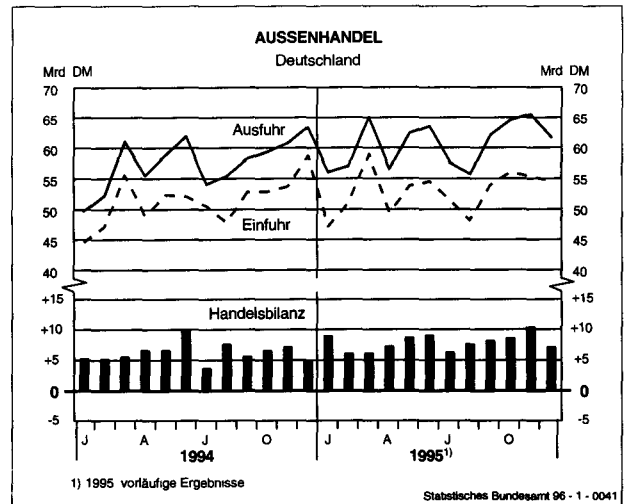
Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im Januar 1996 mit einem Stand von 88,0 (1991 = 100) um 6,6% niedriger als im Vormonat und um 0,1% höher als im Januar 1995.



Außenhandel

Im Dezember 1995 lagen der Wert der Ausfuhr in Deutschland mit 61,6 Mrd. DM um 2,7% und der Wert

der Einfuhr mit 54,6 Mrd. DM um 6,9% niedriger als im Dezember 1994.



Im Jahr 1995 waren die Ausfuhr mit 727,6 Mrd. DM gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,4% und die Einfuhr mit 634,2 Mrd. DM um 2,7% angestiegen.

Überprüfung des Programms der Bundesstatistik

Hintergrund

Unter dem Stichwort „Schlanker Staat“ hat sich die Koalition für die 13. Legislaturperiode unter anderem das Ziel gesetzt, amtliche Statistiken einzuschränken. In der Koalitionsvereinbarung vom 13. November 1994 heißt es: „Staatliche Statistiken sind auf das absolut Notwendige zu reduzieren. Bestehende Statistiken bzw. Erhebungstatbestände werden in den nächsten vier Jahren deutlich eingeschränkt oder abgeschafft. Die Bundesregierung wird bis Ende 1995 konkrete Vorschläge vorlegen.“¹⁾

Bundeskanzler Helmut Kohl hat diese Koalitionsvereinbarung in seiner Regierungserklärung vom 23. November 1994 bestätigt: „Die vom Staat vor allem den Unternehmen abgeforderten statistischen Angaben werden auf das absolut Notwendige reduziert.“²⁾

Mit den angekündigten Kürzungen beim Programm der Bundesstatistik verbindet die Bundesregierung zwei Ziele, nämlich

- Kosten einzusparen und damit zur Verringerung der Staatsquote beizutragen sowie
- die Befragten, insbesondere die Unternehmen, von statistischen Auskunftspflichten zu entlasten.

1 Ablauf der Programmüberprüfung

Zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung hat das Bundeskabinett am 4. April 1995 den erweiterten Abteilungsaussschuß Statistik (ALA-Statistik) damit beauftragt, das Programm der Bundesstatistik zu überprüfen und Vorschläge zur Reduzierung amtlicher Statistiken zu machen.

Der ALA-Statistik ist ein Gremium, das 1975 durch Kabinettsbeschluß eingesetzt worden war, um — bereits damals — das Programm der Bundesstatistik auf Kürzungsmöglichkeiten zu überprüfen. Ständige Mitglieder des ALA-Statistik sind die zuständigen Abteilungsleiter

- des Bundesministeriums des Innern (Vorsitz),
- des Bundeskanzleramtes und
- des Bundesministeriums der Finanzen.

Für diese neuerliche Programmüberprüfung wurde das Gremium erweitert um je einen Vertreter

- des Bundesministeriums für Wirtschaft,
- des Bayerischen Staatsministeriums des Innern,
- des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen,
- des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und
- des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Diese Erweiterung sollte sicherstellen, daß der föderale Aspekt der Bundesstatistik, die wichtigsten Nutzergruppen und die Auskunftspflichtigen in die Diskussion über mögliche Einsparmaßnahmen einbezogen werden. Als beratendes Mitglied gehörte dem erweiterten ALA-Statistik außerdem der Präsident des Statistischen Bundesamtes an.

Um trotz des begrenzten Zeitrahmens eine umfassende und gewissenhafte Überprüfung der rund 230 Bundesstatistiken zu gewährleisten, setzte der erweiterte ALA-Statistik fünf themenspezifische Projektgruppen zu folgenden Sachbereichen ein:

- Projektgruppe 1: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- Projektgruppe 2: Produzierendes Gewerbe, Handwerk, Bautätigkeit und Wohnungen
- Projektgruppe 3: Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr, Außenhandel, Verkehr, Auslandsstatistik
- Projektgruppe 4: Bevölkerung, Rechtspflege, Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, Sozialleistungen
- Projektgruppe 5: Finanzen und Steuern, Löhne und Gehälter, Wirtschaftsrechnungen, Preise.

In den einzelnen Projektgruppen waren, entsprechend der Zusammensetzung des erweiterten ALA-Statistik, die Statistiknutzer und -produzenten aus Bund und Ländern, die kommunalen Spitzenverbände, die Verbände der gewerblichen Wirtschaft, das Handwerk, die Landwirtschaft, die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und die Wissenschaft vertreten. Alle wichtigen Nutzer, Produzenten und Befragten der amtlichen Statistik waren somit auch an der Arbeit der Projektgruppen beteiligt und konnten ihre Vorschläge und Auffassungen in die Überprüfung des Programms einbringen.

Grundlage der Arbeit in den Projektgruppen bildete ein allgemeines Prüfschema, anhand dessen die einzelnen Statistiken systematisch auf Kürzungsmöglichkeiten untersucht werden sollten. Nach diesem Prüfraster war jede Statistik in folgenden Schritten streng zu überprüfen:

- Kann auf die Statistik ganz verzichtet werden?
- Kann die statistische Erhebung durch die Verlängerung der Periodizität, durch die Streichung von Merkmalen oder die Verringerung der Zahl der Befragten eingeschränkt werden?
- Können Daten, die bei anderen Stellen vorhanden sind, stärker für statistische Zwecke genutzt werden?
- Lassen sich Datenerhebung und -verarbeitung rationaler gestalten?

¹⁾ Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU, CSU und FDP für die 13. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages „Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen“, abgedruckt in: Das Parlament, Nr. 47, vom 25. November 1994, S. 4 ff, hier S. 4.
²⁾ Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag „Aufbruch in die Zukunft: Deutschland gemeinsam erneuern“, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 24. November 1994, Nr. 108, S. 985 ff., hier S. 987.

In die Programmüberprüfung einbezogen wurden außerdem die Prüfkriterien, die der Statistische Beirat hierzu erarbeitet hatte. Danach sollten bei der Bewertung von Rationalisierungs- und Kürzungsvorschlägen auch berücksichtigt werden

- die Auswirkungen von Programmkürzungen auf das integrierte statistische System,³⁾
- die Zusatzkosten bei Auskunftspflichtigen und Nutzern, die entstehen, wenn sich die Nutzer bei der Einstellung oder Einschränkung einzelner Statistiken die Daten auf anderem Wege beschaffen müssen,
- die Kosteneffekte und Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen der statistischen Ämter⁴⁾

Ergänzend zu den allgemeinen Prüfkriterien für alle Bundesstatistiken wurden zu den einzelnen Statistiken spezifische Änderungs- und Kürzungsvorschläge aus einer Untersuchung der Unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung aufgegriffen und auf ihre Realisierbarkeit überprüft.

Die fünf Projektgruppen traten zwischen Juni und September 1995 jeweils dreimal zusammen. Auf der ersten Sitzung wurden alle Statistiken einer ersten Überprüfung unterzogen und konkrete Vorschläge für Einschränkungen bei verschiedenen Statistiken entwickelt, die dann nach entsprechender Prüfung durch die Projektgruppenmitglieder auf der zweiten Sitzung im Detail erörtert und bewertet wurden. Die dritte und letzte Sitzung diente dazu, über die einzelnen Vorschläge abschließend zu beraten und die Ergebnisse der Überprüfung in einem Abschlußbericht der Projektgruppe niederzulegen. Anfang Oktober 1995 legten die Projektgruppen dem erweiterten ALA-Statistik ihre Abschlußberichte mit Kürzungsvorschlägen zu ihren Fachbereichen vor.

2 Rahmenbedingungen der Überprüfung

2.1 Informationsauftrag der Bundesstatistik

Um prüfen zu können, ob und inwieweit die einzelnen Statistiken „notwendig“ sind, muß man sich zunächst darüber im klaren sein, welchen Informationsauftrag die amtliche Statistik zu erfüllen hat und wessen Informationsbedürfnisse als maßgeblich zugrunde zu legen sind.

Zu den zentralen Aufgaben der Bundesstatistik zählt es ohne Zweifel, den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung zuverlässige Informationen für die Planung, Durchführung und Kontrolle ihrer Maßnahmen bereitzustellen. Dabei hat die Bundesstatistik im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland zugleich dem Informationsbedarf der Länder, die nicht zuletzt auch über den Bundesrat über die Anordnung von bundesstatistischen Erhebungen mitzuentcheiden haben, Rechnung zu tragen.⁵⁾ Für die Programmüberprüfung besonders bedeutsam ist die Tatsache, daß die Länder in der Regel an

regional tief gegliederten Ergebnissen interessiert sind. Während der Informationsbedarf des Bundes häufig durch kleinere Stichproben gedeckt werden konnte, sind für Zwecke der Länder größere Erhebungsumfänge erforderlich, damit auch auf regionaler Ebene noch repräsentative Ergebnisse gewonnen werden können. Insofern sind der Möglichkeit, die Zahl der befragten Einheiten bei verschiedenen Bundesstatistiken zu verringern, Grenzen gesetzt.

Nach herrschender Auffassung ist die Bundesstatistik aber nicht nur eine Informationsquelle für staatliche Zwecke, sondern zugleich auch für die Unternehmen, die Tarifparteien, Wissenschaft, Medien und auch für Bürgerinnen und Bürger. Dieser Sichtweise entspricht der Informationsauftrag der Bundesstatistik, wie er in § 1 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG)⁶⁾ formuliert ist. Dies läßt sich auch daran erkennen, daß der Gesetzgeber durch § 4 BStatG dem Statistischen Bundesamt einen Statistischen Beirat zur Seite gestellt hat, in dem vor allem auch die nicht-staatlichen Nutzer und die Befragten der amtlichen Statistik vertreten sind. Abgesehen von dieser rechtlichen Betrachtungsweise kann die Berücksichtigung der Informationsbedürfnisse der Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger auch als ein gewisser Ausgleich für die unvermeidbare Belastung durch statistische Meldepflichten und damit als Voraussetzung für die Akzeptanz der amtlichen Statistik in der Gesellschaft angesehen werden. Bei ihrem Beschluß zur Überprüfung des Programms der Bundesstatistik hat sich die Bundesregierung weitgehend diese Sichtweise zu eigen gemacht und auf die Funktion der amtlichen Statistik als „Informationssystem für Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung“ hingewiesen⁷⁾ Dies spiegelt sich auch in der Erweiterung des ALA-Statistik um Vertreter von Wirtschaft und Gewerkschaften und in der Zusammensetzung der fünf Projektgruppen wider.

2.2 Systemcharakter der Bundesstatistik

Bei der Programmüberprüfung war — worauf der Statistische Beirat mit seinen Prüfkriterien hingewiesen hat — vor allem auch der Systemcharakter der Bundesstatistik zu beachten. Das Programm der Bundesstatistik ist keine bloße Ansammlung von Einzelstatistiken, die jeweils unabhängig voneinander betrachtet und auf Kürzungsmöglichkeiten überprüft werden können. Das statistische Programm ist vielmehr ein Gesamtgebäude aus zeitlich, methodisch und inhaltlich ineinandergreifenden Statistiken, die aufeinander aufbauen und sich zu einem abgestimmten Informationssystem ergänzen. Dieser systematische Aufbau macht es möglich, Überschneidungen und damit Doppelarbeiten zu vermeiden und über die spezifischen Informationszwecke der einzelnen Statistiken hinaus eine Gesamtdarstellung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Strukturen zu erreichen.

Zumeist lassen sich wichtige gesellschaftliche Phänomene — wie die soziale Situation bestimmter Bevölkerungs-

³⁾ Siehe hierzu Abschnitt 2.2.

⁴⁾ Siehe hierzu Abschnitt 3.4

⁵⁾ § 5 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz — BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, berichtigt S. 565), zuletzt geändert durch Art. 6 Abs. 36 des Gesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 1994, I S. 2439)

⁶⁾ A. a. O.

⁷⁾ Presseerklärung von Bundesinnenminister Manfred Kanther am 4. April 1995 zur Reduzierung staatlicher Statistiken, S. 1

gruppen oder der Strukturwandel in der Wirtschaft — nur anhand der Ergebnisse aus verschiedenen Statistiken beschreiben und analysieren. Aussagefähigkeit und Nutzen einzelner Statistiken hängen deshalb auch davon ab, welche Statistiken außerdem noch zur Verfügung stehen. In vielen Fällen kann die „Notwendigkeit“ der einzelnen Statistiken also nur im Zusammenhang mit anderen Informationen und im Hinblick auf das Gesamtsystem beurteilt werden.

Die Bundesstatistik trägt aber nicht nur unter dem Aspekt der Nutzung verschiedener Statistiken, sondern auch unter dem Blickwinkel der Informationsgewinnung den Charakter eines integrierten Informationssystems. Sehr häufig bestehen zwischen den einzelnen Statistiken enge produktionstechnische Verflechtungen, das heißt viele Statistiken können nur dann kostengünstig und in der erforderlichen Qualität erstellt werden, wenn die Ergebnisse anderer Erhebungen zur Verfügung stehen. Ein typisches Beispiel für diese Systemzusammenhänge bieten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die nur auf der Grundlage zahlreicher Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuerstatistiken usw. aufgestellt werden können. Die Ergebnisse der VGR — allen voran das Bruttoinlands- und Bruttosozialprodukt — dienen als Grundlage für Steuervorausanschätzungen, für die Haushalts- und Finanzplanung, für gesamtwirtschaftliche Analysen und Prognosen (insbesondere des Sachverständigenrats für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung), als Bemessungsgrundlage der deutschen Beitragszahlungen an die Europäische Union (EU) und für vieles andere mehr. Selbst kleinere Ungenauigkeiten in den Ergebnissen der VGR können — etwa bei den Beitragszahlungen an die EU oder bei der gesetzlichen Rentenanpassung — unmittelbar zu Mehrausgaben der öffentlichen Hand von mehreren hundert Millionen DM führen.

Angesichts der vielfältigen Zusammenhänge und Querverbindungen zwischen den einzelnen Bundesstatistiken war die Programmüberprüfung keine leichte Aufgabe. Denn Kürzungen bei einzelnen Statistiken, die aus der spezifischen Sicht vertretbar erscheinen mögen, bergen immer die Gefahr, daß an anderer Stelle Informationslücken oder zusätzliche Kosten entstehen und daher insgesamt gesehen das System der Bundesstatistik beschädigt wird. In Anbetracht der finanziellen Risiken, die völlig außer Verhältnis zu den möglichen Einsparungen stehen, wurden vor allem Kürzungsvorschläge, die die Aufstellung der VGR beeinträchtigt hätten, als unvertretbar abgelehnt.

2.3 Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften (EG)

Im Zusammenhang mit der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und durch den Vertrag von Maastricht wurden zunehmend politische Entscheidungsbefugnisse von den Mitgliedstaaten auf die europäische Ebene übertragen. Diese Entwicklung hat ihren Niederschlag auch in zahlreichen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft für den Bereich der amtlichen Statistik gefunden. In diesen Rechtsakten werden die Mitgliedstaaten zumeist verpflichtet, Statistiken nach festen inhaltlichen und methodischen Vorgaben zu erheben und dem Statistischen Amt der

Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zur Verfügung zu stellen.

Die wachsende Zahl der EG-Rechtsvorschriften — die mehrfach gegen das deutsche Votum erlassen worden sind — hat dazu geführt, daß inzwischen ein erheblicher Teil des Programms der Bundesstatistik durch europäisches Recht vorgegeben ist. Da die gemeinschaftlichen Datenanforderungen regelmäßig über die bereits in Deutschland vorhandenen Statistiken hinausgehen, haben die statistischen Aktivitäten auf europäischer Ebene zugleich eine Ausweitung des Programms der Bundesstatistik erzwungen. Wie die geplanten und teilweise schon kurz vor der Verabschiedung stehenden EG-Rechtsvorschriften erkennen lassen, ist ein Ende dieser Entwicklung noch nicht in Sicht.

Aus der wachsenden Regelungsdichte in der europäischen Statistik ergeben sich für die Programmüberprüfung vor allem zwei Probleme.

Da sich die Bundesrepublik Deutschland nicht ohne weiteres über die rechtsverbindlichen und damit einklagbaren Vorgaben der EU hinwegsetzen kann, sind Programmkürzungen, die nicht mit den umfangreichen Datenanforderungen der Gemeinschaft in Einklang stehen, nur dann zu realisieren, wenn auf europäischer Ebene entsprechende Rechtsänderungen durchgesetzt werden können. Die bestehenden und absehbaren EG-Rechtsvorschriften konnten daher bei der Programmüberprüfung nicht völlig außer acht gelassen werden.

Die wachsenden Datenanforderungen der Gemeinschaft stehen zudem in krassem Widerspruch zu den Intentionen der Bundesregierung, Kosten bei der amtlichen Statistik einzusparen und die Befragten von statistischen Meldepflichten zu entlasten. Es besteht mithin die Gefahr, daß die wachsenden Datenanforderungen der EU die angestrebten Einschränkungen beim Programm der Bundesstatistik wieder zunichte machen oder sogar überkompensieren.

Die Bundesregierung war sich dieser Problematik bewußt. Sie hat deshalb in ihrem Beschluß zur Überprüfung des Programms der Bundesstatistik flankierend eine Intervention auf europäischer Ebene angekündigt, um auf Gemeinschaftsebene eine Begrenzung der Statistikvorhaben zu erreichen.⁸⁾

Bei der Arbeit in den Projektgruppen wurden die bestehenden oder geplanten EG-Rechtsvorschriften zwar berücksichtigt, in Anbetracht der geplanten Intervention der Bundesregierung allerdings nur als ein Gesichtspunkt unter vielen und keineswegs als zwingender Grund, bestimmte Kürzungsvorschläge von vornherein auszuschließen. Maßstab der Überprüfungen war vorrangig der dringende Datenbedarf der nationalen Statistiknutzer.

2.4 Festlegung und Anpassung des Programms der Bundesstatistik

Bundesstatistiken müssen nach dem „Legalitätsgebot“ grundsätzlich durch den Gesetzgeber angeordnet wer-

⁸⁾ Siehe die Presseerklärung von Bundesinnenminister Manfred Kanther am 4. April 1995 zur Reduzierung staatlicher Statistiken, S. 3.

den. Dabei ist im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens auch der Nachweis zu führen, daß die geplanten Statistiken nach Art und Umfang notwendig sind, um einen dringenden Informationsbedarf zu decken. Insofern wird schon bei der Anordnung von Bundesstatistiken darauf geachtet, daß nur Daten erhoben werden, die man auch wirklich braucht. Ergänzend hierzu wird in regelmäßigen Zeitabständen kritisch geprüft, ob die einzelnen Bundesstatistiken weiterhin unverzichtbar sind, oder ob sie angesichts eines gesunkenen Informationsbedarfs eingeschränkt oder gestrichen werden können. Die erste kritische Bestandsaufnahme — die dann zum 1. Statistikbereinigungsgesetz führte — fand Mitte der siebziger Jahre statt; weitere Programmüberprüfungen folgten in den Jahren 1984 und 1986. Zuletzt wurde das Programm der Bundesstatistik 1993/94 im Zusammenhang mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm überprüft und an mehreren Stellen gekürzt. In Anbetracht der mehrfachen Überprüfung und Anpassung des Programms der Bundesstatistik war kaum zu erwarten, daß bei der neuerlichen Prüfung viel an Verzichtbarem gefunden werden würde.

3 Ergebnisse der Überprüfung

3.1 Vorgesehene Kürzungs- und Rationalisierungsmaßnahmen

Im Oktober 1995 hat der erweiterte ALA-Statistik die von den fünf Projektgruppen vorgeschlagenen Kürzungs- und Rationalisierungsmaßnahmen abschließend beraten und insgesamt 45 Vorschläge beschlossen. Die Vorschläge wurden dem Bundeskabinett in einem Bericht des ALA-Statistik vorgelegt; sie sind in der Kabinettsitzung am 24. Januar 1996 gebilligt worden.

Als Ergebnis der Programmüberprüfung sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- 15 Statistiken werden ganz eingestellt,
 - zum Beispiel die Handelsvermittlungsstatistik, die Statistik der Kapitalgesellschaften, die Pressestatistik, die Rehabilitationsstatistik und die Auslandsstatistik.
- Bei 15 Statistiken werden Teile der Erhebung oder Merkmale gestrichen,
 - dies betrifft zum Beispiel die Baustatistiken, die Außenhandelsstatistik und die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung.
- Bei zehn Statistiken wird der Stichprobenumfang verringert,
 - u. a. bei der Handwerksberichterstattung und der Laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel um 10 % und bei der Großhandelsstatistik sogar um 30 %.
- Verlängerung der Periodizität,
 - zum Beispiel in der Holzstatistik von viertel- auf halbjährlich, in der Düngemittelstatistik und beim Monatsbericht im Baugewerbe von monatlich auf vierteljährlich, in der Statistik der meldepflichtigen Krankheiten von vierteljährlich auf jährlich und in der Kriegsofferfürsorgestatistik von jährlich auf zweijährlich.

- Mehrere Statistiken werden zusammengelegt,
 - vorgesehen ist zum Beispiel die Integration der Weinbauerhebung und der Gartenbauerhebung in die Landwirtschaftszahlung (Haupterhebung) sowie die Zusammenlegung der Bodennutzungshaupterhebung, der Arbeitskräfteerhebung und der Viehzahlung auf einen Termin

- Bei verschiedenen Statistiken sollen künftig Verwaltungsdaten starker genutzt bzw. die Erhebungsverfahren rationalisiert werden;

so soll für die Weinstatistiken und die Weinbauerhebung zum Beispiel die Weinbaukartei genutzt werden, in der Hochsee- und Küstenfischereistatistik sollen Daten aus der Quotenüberwachung übernommen, und für die Bodennutzungshaupterhebung und die Viehzahlung sollen künftig Daten aus dem integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKos) genutzt werden.

Zu den — aus der Sicht des Statistischen Bundesamtes — gravierendsten Maßnahmen zählen die Einstellung der Länderberichte der Auslandsstatistik — die bis zuletzt umstritten war — und die Einstellung der Pressestatistik.

Der erweiterte ALA-Statistik war sich bewußt, daß die vorgeschlagenen Programmkürzungen zwangsläufig mit Informationsverlusten verbunden sind; er hält diese Einschränkungen aber noch für vertretbar.

3.2 Einsparwirkungen

Die Kürzungs- und Rationalisierungsvorschläge führen bei Bund und Ländern insgesamt zu Kosteneinsparungen von rund 15 Mill. DM pro Jahr. Diese Einsparungen müssen sich aber nicht unmittelbar in einer entsprechenden Verringerung der Haushaltsansätze der statistischen Ämter niederschlagen. So sind zur Umsetzung der Rationalisierungs- und Kürzungsmaßnahmen zum Teil nicht unerhebliche Umstellungsarbeiten — zum Beispiel die Anpassung von Aufbereitungsprogrammen — erforderlich, so daß für eine gewisse Übergangszeit zunächst Mehraufwand entsteht, bevor die Maßnahmen schließlich kostenwirksam werden. Außerdem gilt es zu bedenken, daß den statistischen Ämtern in den letzten Jahren zusätzliche Aufgaben — insbesondere durch die wachsenden Anforderungen der EU — übertragen wurden, ohne daß hierfür entsprechende Mittel bewilligt worden wären. Falls es nicht in ausreichendem Maße gelingt, die geplanten und meist sehr umfangreichen Statistikvorhaben der EU abzuwehren oder in ihren Ausmaßen wesentlich einzuschränken, steht zu befürchten, daß die Kostenentlastungen bei den statistischen Ämtern durch zusätzlichen Aufwand an anderer Stelle wieder zunichte gemacht werden.

3.3 Entlastung der Befragten

Die beschlossenen Rationalisierungs- und Kürzungsmaßnahmen führen nicht nur zu Kostensenkungen, sondern auch zu einer spürbaren Entlastung der Befragten von statistischen Meldepflichten. Da zahlreiche Erhebungen gestrichen, in ihrer Häufigkeit verringert, bei weniger Befragten durchgeführt oder auf die Auswertung von Verwaltungsunterlagen umgestellt werden sollen, müssen viele

Auskunftgebende künftig nicht mehr oder nur noch seltener zu bestimmten Statistiken melden. So werden Zehntausende Unternehmen von Berichtspflichten befreit, zum Beispiel 5 000 Handwerksbetriebe, mehrere tausend Unternehmen des Einzelhandels, des Großhandels und der Handelsvermittlung sowie zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe. Vor allem wegen dieser Entlastungswirkungen wurden die Ergebnisse der Programmüberprüfung auch von Vertretern der Wirtschaft positiv bewertet.

3.4 Ergänzende Rationalisierungs- und Kürzungsmaßnahmen

Ausgelöst durch die drastischen Einsparungen bei der Bundesstatistik im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms haben die statistischen Ämter von Bund und Ländern bereits im Jahr 1993 eine breit angelegte Offensive zur Rationalisierung der statistischen Arbeitsverfahren, insbesondere durch den verstärkten Einsatz modernster Informationstechniken eingeleitet. Im Rahmen dieser Rationalisierungsinitiative, die im Statistischen Bundesamt unter der Bezeichnung „Statistik 2000“ zusammengefaßt wurde⁹⁾, ist eine Reihe von Maßnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der statistischen Ämter und zur Entlastung der Befragten — wie etwa die Erprobung der direkten Gewinnung unternehmensstatistischer Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen — vorgesehen. Für den Bericht an das Bundeskabinett hat das Statistische Bundesamt den erweiterten ALA-Statistik über den Zwischenstand des Projekts „Statistik 2000“ unterrichtet.

Weitere Möglichkeiten zur Kosteneinsparung und insbesondere zur Entlastung der Unternehmen dürften sich mittelfristig durch den Aufbau des statistischen Unternehmensregisters ergeben, der gemäß EG-Verordnung¹⁰⁾ für alle Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Aufbau und Führung des Unternehmensregisters werden zwar mit hohen Kosten verbunden sein, doch eröffnet dieses Instrument vielfältige Möglichkeiten, die unternehmensstatistischen Erhebungen noch effizienter durchzuführen und die Stichprobenumfänge — und damit die Belastung der Unternehmen — so gering wie möglich zu halten. In diesen Register sind verschiedene Grunddaten aufzunehmen, die überwiegend aus vorhandenen Verwaltungsdaten — also ohne direkte Befragungen bei den Unternehmen — gewonnen werden sollen. In den Projektgruppen, die sich mit den Wirtschaftsstatistiken befaßt haben, sind hierzu bereits einige konkrete Rationalisierungs- und Kürzungsvorschläge im Zusammenhang mit der künftigen Nutzung des Unternehmensregisters erarbeitet worden; da der vollständige Registeraufbau aber noch einige Jahre in Anspruch nehmen wird — so muß zum Beispiel für den Zugang der statistischen Ämter zu den Verwaltungsdaten

zunächst eine gesetzliche Regelung geschaffen werden —, werden sich diese Maßnahmen erst mittelfristig verwirklichen lassen. Sie sind daher noch nicht als Rationalisierungs- oder Kürzungsmaßnahmen in den Bericht des erweiterten ALA-Statistik aufgenommen worden.

Unberücksichtigt blieben auch einige weitere Vorschläge der Projektgruppen, die noch umfangreicher methodischer Untersuchungen durch die statistischen Ämter bedürfen, bevor abschließend über ihre Realisierbarkeit entschieden werden kann.

4 Zur Umsetzung der Maßnahmen

Bundesstatistiken sind grundsätzlich durch förmliches Gesetz anzuordnen. Darin müssen nach § 9 BStatG u. a. die Erhebungsmerkmale, die Art der Erhebung, die Periodizität und der Kreis der Befragten festgelegt werden. Da der überwiegende Teil der beschlossenen Rationalisierungs- und Kürzungsmaßnahmen diese Charakteristika der einzelnen Statistiken verändert, müssen zahlreiche Gesetzesgrundlagen entsprechend angepaßt werden, bevor die Maßnahmen umgesetzt werden können. Hierzu wird — wie schon bei den Statistikbereinigungen der Vergangenheit — ein Artikelgesetz ausgearbeitet und in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden. Es ist zu erwarten, daß dieses Gesetz noch im ersten Halbjahr 1996 verabschiedet wird.

Da gemeinschaftsrechtliche Vorgaben bei der Programmüberprüfung zunächst nicht als Hindernis für Kürzungsvorschläge betrachtet wurden¹¹⁾, stehen einzelne Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Agrarstatistik, nicht im Einklang mit bestehenden oder bereits absehbaren EG-Rechtsvorschriften. Die Umsetzung dieser Kürzungsmaßnahmen setzt daher voraus, daß es in Verhandlungen auf europäischer Ebene — vor allem mit der Europäischen Kommission als Initiator von EG-Rechtsgrundlagen und Hauptnutzer von Gemeinschaftsstatistiken — gelingt, entsprechende Rechtsänderungen oder Ausnahmeregelungen für die Bundesrepublik Deutschland zu erwirken.

In einzelnen Fällen, insbesondere wenn die Maßnahmen eine Nutzung von Verwaltungsdaten anstelle direkter Befragungen vorsehen, ist die amtliche Statistik auf die Unterstützung anderer Behörden und Institutionen angewiesen. Insofern hängen die Termine und Modalitäten der Umsetzung von der Bereitschaft dieser Stellen ab, ihren Beitrag zu Kosteneinsparungen und zur Entlastung der Befragten zu leisten. Bei der vorgesehenen stärkeren Nutzung vorhandener Daten für statistische Zwecke ist es mitunter auch erforderlich, die außerordentlich strenge, auch von den Befragten nicht immer nachvollziehbare Handhabung des Datenschutzes zu überprüfen.

Der erweiterte ALA-Statistik soll nach dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 24. Januar 1996 die Umsetzung der Rationalisierungsmaßnahmen begleiten und dem Kabinett bis zum Ende des Jahres 1996 über weitere Prüfergebnisse berichten.

⁹⁾ Siehe hierzu Merk, H. G.: „Statistik auf dem Weg ins nächste Jahrtausend“ in Merk, H. G./Burgin, G. und Mitarbeiter: „Statistik 2000 — Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik“, Band 27 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, S. 13 ff., Wiesbaden 1994.

¹⁰⁾ Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke (Amtsbl. der EG Nr. L 196, S. 1 ff.).

¹¹⁾ Siehe hierzu Abschnitt 2.3 dieses Beitrags.

5 Fazit

Bei der Gesamtbetrachtung der Rationalisierungs- und Kürzungsmaßnahmen ist zu bedenken, daß das Programm der Bundesstatistik bereits mehrfach, zuletzt im Gefolge des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKP) von 1993, systematisch überprüft und bereinigt worden ist. Außerdem zeigt die Entwicklung der letzten 20 Jahre, daß die Bundesstatistik zu den wenigen öffentlichen Aufgaben zählt, für die, gemessen am Bundeshaushalt und am Bruttoinlandsprodukt (BIP), immer weniger ausgegeben wurde. So ist der Anteil des Haushalts des Statistischen Bundesamtes am Gesamthaushalt des Bundes von 0,6 Promille im Jahr 1975 auf nunmehr 0,49 Promille im Jahr 1995 gesunken. Bezogen auf das BIP ist der Anteil der Statistikausgaben des Bundes — in Analogie zur Staatsquote könnte man von der „Statistikquote“ sprechen — im gleichen Zeitraum von 0,097 Promille auf 0,068 Promille — also um rund ein Drittel — zurückgegangen. Vor diesem Hintergrund werden die Ergebnisse der Programmüberprüfung von den Nutzern und Befragten als sehr beachtlich eingestuft. Der erweiterte ALA-Statistik selbst hat diese Bewertung in seinem Bericht an das Bundeskabinett zum Ausdruck gebracht.

Dipl.-Volkswirt Wolfgang Klitsch

Erwerbstätigkeit der ausländischen Bevölkerung

Vorbemerkung

Die Situation der ausländischen Bevölkerung in Deutschland ist in den letzten Jahren zunehmend in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Der nach wie vor starke Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern wie auch die Tatsache, daß die Beteiligung der ausländischen Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ständig an Bedeutung gewonnen hat, hat das öffentliche Interesse nach statistischen Angaben über die Entwicklungen und Strukturen der ausländischen Bevölkerung stark anwachsen lassen.

In der Vergangenheit hat sich die Aufbereitung und Bereitstellung statistischer Angaben über Ausländer schwerpunktmäßig auf bevölkerungsstatistische Merkmale wie Stand, Entwicklung und Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung, Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle sowie Wanderungen konzentriert. Der folgende Beitrag wird sich in der Hauptsache mit der Erwerbsbeteiligung der ausländischen Bevölkerung und mit ihrer Stellung am deutschen Arbeitsmarkt befassen.

Bei den verwendeten Zahlen handelt es sich im wesentlichen um Ergebnisse des Mikrozensus, der als jährliche Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens mit einem Auswahlsatz von 1 % durchgeführt wird und auch speziell an Ausländerinnen und Ausländer gerichtete Zusatzfragen erlaubt. Zur Ergänzung des Überblicks werden auch Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen hinzugezogen. Nicht erfaßt werden in allen statistischen Erhebungen jene Ausländerinnen und Ausländer, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, zum Beispiel als Geschäfts- oder Urlaubsreisende, und solche, die den Stationierungsstreitkräften oder den diplomatischen und konsularischen Vertretungen angehören (einschl. Familienangehöriger). Nicht zur ausländischen Bevölkerung zählen in der Regel Aussiedler.¹⁾ Die Darstellungen sind wohnortbezogen, das heißt sie umfassen nur Personen mit Wohnort in Deutschland. Pendler aus dem Ausland mit Arbeitsort in Deutschland sind nicht einbezogen.

Im folgenden wird zunächst die Entwicklung der letzten Jahrzehnte im früheren Bundesgebiet dargestellt. Anschließend werden anhand der Ergebnisse des Mikrozensus 1994 demographische und erwerbsstatistische Merk-

male der Ausländerbeschäftigung in Deutschland behandelt. Besonders untersucht werden dabei die Aspekte der Erwerbsbeteiligung bzw. Erwerbsquoten der Ausländerinnen und Ausländer, die wirtschaftliche und berufliche Gliederung, die Altersstruktur, die wöchentlichen Arbeitszeiten, wie auch die regionale Verteilung der ausländischen Erwerbstätigen. Bei den wesentlichen Merkmalskombinationen werden den Ergebnissen für Ausländerinnen und Ausländer auch die für Deutsche gegenübergestellt.

Bei der Beurteilung der Zahlen ist der durch den Stichprobenfehler bestimmte Unsicherheitsbereich (Zufallsschwankungen) der Ergebnisse zu beachten.²⁾

Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland hat Tradition

Ausländische Arbeitskräfte als wichtiger Faktor auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind keine aktuelle Besonderheit. Bereits vor mehr als 100 Jahren wurden in Deutschland in beachtlichem Umfang polnische Saisonarbeiter angeworben, und mit der fortschreitenden Industrialisierung zur Jahrhundertwende strömten wiederum Polen, vor allem als Bergleute, in das Ruhrgebiet und nach Schlesien. Italiener wurden in Süddeutschland als Bahnarbeiter eingesetzt.

Im früheren Bundesgebiet wurde ab 1955 der durch die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch durch Änderungen in der Altersstruktur und längere Ausbildungszeiten ausgelöste Arbeitskräftemangel durch das Anwerben von ausländischen Arbeitskräften vorwiegend aus den Mittelmeerländern ausgeglichen. Was zunächst als vorübergehende Entlastung des überbeanspruchten deutschen Arbeitsmarktes gedacht war, entwickelte sich dann im Laufe der Jahre zu einer stetigen Wanderungsbewegung. Den Arbeitskräften folgten die Familien, aus dem Provisorium wurde ein fester Bestandteil der westdeutschen Wohnbevölkerung. Mittlerweile haben viele dieser Familien ihren Lebensmittelpunkt endgültig nach Deutschland verlegt.

Besonders stark setzte der Zustrom von Ausländern — im Zeichen günstiger wirtschaftlicher Entwicklung — Ende der 60er Jahre ein und wurde erst 1973 nach einem vorläufigen Höchststand von 4 Mill. durch den Anwerbestopp eingedämmt und zu einer rückläufigen Entwicklung gebracht. Ab 1978 nahm die Ausländerzahl durch den verstärkten Zuzug von Familienangehörigen sowie nach wie vor relativ hoher Geburtenrate dann wieder stark zu. Erst als die Konjunktur 1980 im Zeichen der zweiten Ölkrise zurückging, setzte ein erneuter Rückgang ein, zusätzlich motiviert durch ein Rückkehrprogramm der Bundesregierung. Gestoppt wurde dieser Trend dann durch den Konjunkturaufschwung Mitte der 80er Jahre. In der Folgezeit bewirkten die hohen Zuzugszahlen, die auch durch den bis Mitte 1993 anhaltenden Anstieg der Zahl der Asylsuchenden bedingt waren, Jahr für Jahr eine Steigerung der

¹⁾ Allerdings bleiben diejenigen Aussiedler Ausländer, die nicht bzw. noch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und auch nicht durch Aufnahme in Deutschland Deutsche werden wollen und deshalb bei der Registrierung im Grenzdurchgangslager durch Abgabe einer schriftlichen Erklärung auf den Erwerb der Eigenschaft als Deutsche(r) ohne deutsche Staatsangehörigkeit verzichtet haben

²⁾ Da der relative Standardfehler für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 (1%ige Erhebung), d. h. für weniger als 50 Personen oder Fälle in der Stichprobe, für alle Merkmalsgruppen über $\pm 15\%$ hinausgeht, werden diese Ergebnisse in den Tabellen wegen ihres geringen Aussagewertes nicht ausgewiesen und durch einen Schrägstrich (/) ersetzt

ausländischen Bevölkerungszahl 1994 lebten in Deutschland fast 7 Mill. Menschen aus anderen Ländern. Dies entspricht einem Anteil von 8,6 % an der Gesamtbevölkerung. Nahezu jeder zwölfte Einwohner besitzt demnach einen fremden Paß. Etwa ein Viertel von ihnen (24,3 %) kamen aus Staaten der Europäischen Union (EU), ein Drittel (34,6 %) aus der Türkei und rund 14,8 % stammen aus Jugoslawien (Serbien/Montenegro) sowie den ehemaligen jugoslawischen Republiken Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien.

Unterschiede bei der Entwicklung der Erwerbspersonen und Erwerbsquoten

Welche Bedeutung die ausländischen Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt haben, läßt sich besonders gut an der Entwicklung der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) ablesen. Ihre Entwicklung verlief ähnlich wie die der ausländischen Wohnbevölkerung. So betrug im früheren Bundesgebiet die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen 1970 rund 1,7 Mill.; ihren vorläufigen Höchststand erreichte sie dann 1974 mit fast 2,5 Mill. Bis Ende der 70er Jahre sank sie dann wieder ab bis auf rund 2,1 Mill., um dann wieder tendenziell zu steigen. 1994 betrug die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen in

Deutschland mehr als 3,6 Mill. (siehe auch Tabelle 1). Ganz anders verlief dagegen die Entwicklung der Ausländererwerbsquote³⁾, die 1970 noch 70,8 % betrug und bis 1994 tendenziell bis auf 52,2 % abgesunken ist. Für dieses Absinken der Ausländererwerbsquote sind verschiedene Einflüsse maßgebend. Nach dem Anwerbestopp 1973 haben ausländische Erwerbstätige, die sich zu einer längeren Aufenthaltsdauer entschlossen haben, ihre Familienangehörigen nachgeholt. Damit sind Abwanderungen ausländischer Erwerbspersonen teilweise durch Zuwanderungen von Nichterwerbspersonen kompensiert worden. Die Folge dieser Entwicklung ist ein erheblicher Rückgang der Gesamterwerbsquote der Ausländer, weil insbesondere der Zuzug von Familienangehörigen die Verschiebung der Relationen zugunsten nichterwerbstätiger Frauen und Kinder im nichterwerbsfähigen Alter mit sich brachte. Die Erwerbsquote der Deutschen stieg im Zeitraum 1970 bis 1994 tendenziell von 42,7 auf 49,2 % an. Diese Entwicklung ist größtenteils auf die zunehmende Bereitschaft der Frauen, eine Beschäftigung auszuüben, zurückzuführen. So hat sich die Erwerbsquote der Frauen von 29,3 % 1970 auf 41,2 % 1994 erhöht, die der Männer ist

³⁾ Anteil der ausländischen Erwerbspersonen an der ausländischen Wohnbevölkerung

Tabelle 1: Deutsche und ausländische Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben¹⁾

Jahr ²⁾	Insgesamt				Deutsche				Ausländer/-innen						
	Bevölkerung	Erwerbspersonen		Nicht-erwerbs- personen	Erwerbs- quote	Bevölkerung	Erwerbspersonen		Nicht-erwerbs- personen	Erwerbs- quote	Bevölkerung	Erwerbspersonen		Nicht-erwerbs- personen	Erwerbs- quote
		ins- gesamt	dar.: Erwerbs- tätige				ins- gesamt	dar.: Erwerbs- tätige				ins- gesamt	dar.: Erwerbs- tätige		
	1000				1000				1000				% ³⁾		
	Insgesamt				Insgesamt				Insgesamt				% ³⁾		
1970	60 651	26 610	26 494	34 041	43,9	58 212	24 883	24 778	33 329	42,7	2 439	1 727	1 716	712	70,8
1974	62 061	27 234	26 853	34 827	43,9	58 038	24 760	24 425	33 279	42,7	4 022	2 474	2 428	1 548	61,5
1977	61 420	26 855	25 884	34 565	43,7	57 551	24 710	23 843	32 841	42,9	3 869	2 146	2 041	1 723	55,5
1982	61 660	28 335	26 774	33 326	46,0	56 954	25 940	24 632	31 015	45,5	4 706	2 395	2 143	2 311	50,9
1987	61 070	29 441	27 083	31 628	48,2	56 944	27 296	25 239	29 648	47,9	4 126	2 145	1 844	1 980	51,9
1988	61 338	29 681	27 366	31 657	48,4	56 963	27 434	25 412	29 530	48,2	4 374	2 247	1 955	2 127	51,4
1989	61 872	29 889	27 742	31 983	48,3	57 143	27 450	25 610	29 693	48,0	4 729	2 439	2 132	2 291	51,6
1990	63 062	31 305	29 334	31 757	49,6	57 968	28 697	27 025	29 271	49,5	5 094	2 608	2 309	2 486	51,2
1991	79 829	40 088	37 445	39 742	50,2	74 189	37 168	34 835	37 021	50,1	5 640	2 920	2 611	2 721	51,8
1992	80 438	40 126	36 940	40 313	49,9	74 243	36 866	34 068	37 377	49,7	6 195	3 260	2 872	2 935	52,6
1993	81 100	40 179	36 380	40 921	49,5	74 337	36 631	33 391	37 706	49,3	6 763	3 548	2 989	3 215	52,5
1994	81 368	40 236	36 076	41 132	49,4	74 398	36 597	33 094	37 801	49,2	6 970	3 639	2 982	3 331	52,2
	Männlich				Männlich				Männlich				% ³⁾		
1970	28 867	17 075	17 004	11 792	59,2	27 341	15 848	15 782	11 494	58,0	1 525	1 227	1 222	298	80,4
1974	29 684	17 178	16 960	12 506	57,9	27 280	15 451	15 260	11 829	56,6	2 404	1 727	1 701	677	71,8
1977	29 282	16 749	16 246	12 532	57,2	27 099	15 289	14 845	11 810	56,4	2 182	1 460	1 400	722	66,9
1982	29 495	17 421	16 592	12 074	59,1	26 859	15 789	15 114	11 070	58,8	2 636	1 632	1 479	1 004	61,9
1987	29 315	17 814	16 578	11 501	60,7	27 027	16 357	15 300	10 670	60,5	2 288	1 457	1 278	831	63,7
1988	29 480	17 904	16 759	11 576	60,7	27 067	16 382	15 402	10 686	60,5	2 412	1 522	1 357	895	63,1
1989	29 777	17 994	16 948	11 784	60,4	27 193	16 350	15 478	10 842	60,1	2 585	1 644	1 470	941	63,6
1990	30 473	18 528	17 585	11 945	60,8	27 680	16 797	16 028	10 883	60,7	2 793	1 731	1 557	1 062	62,0
1991	38 548	23 125	21 875	15 423	60,0	35 443	21 183	20 121	14 260	59,8	3 105	1 942	1 754	1 163	62,5
1992	38 953	23 045	21 623	15 908	59,2	35 516	20 877	19 702	14 638	58,8	3 438	2 168	1 922	1 270	63,1
1993	39 382	23 088	21 296	16 294	58,6	35 607	20 720	19 290	14 887	58,2	3 775	2 368	2 006	1 407	62,7
1994	39 532	23 038	20 988	16 494	58,3	35 677	20 630	19 016	15 047	57,8	3 855	2 408	1 972	1 448	62,5
	Weiblich				Weiblich				Weiblich				% ³⁾		
1970	31 784	9 535	9 489	22 249	30,0	30 871	9 036	8 996	21 835	29,3	913	500	494	414	54,7
1974	32 376	10 056	9 893	22 321	31,1	30 759	9 309	9 165	21 450	30,3	1 618	747	728	871	46,2
1977	32 138	10 106	9 638	22 032	31,4	30 452	9 420	8 998	21 031	30,9	1 686	685	640	1 001	40,6
1982	32 166	10 914	10 182	21 252	33,9	30 095	10 151	9 518	19 944	33,7	2 070	763	664	1 307	36,8
1987	31 755	11 627	10 505	20 127	36,6	29 917	10 939	9 939	18 978	36,6	1 838	688	566	1 149	37,4
1988	31 858	11 777	10 607	20 081	37,0	29 896	11 052	10 009	18 844	37,0	1 962	725	598	1 237	37,0
1989	32 095	11 895	10 794	20 200	37,1	29 950	11 100	10 132	18 851	37,1	2 145	795	662	1 349	37,1
1990	32 589	12 777	11 749	19 812	39,2	30 288	11 900	10 997	18 388	39,3	2 301	877	752	1 424	38,1
1991	41 281	16 962	15 570	24 319	41,1	38 746	15 985	14 714	22 761	41,3	2 535	977	857	1 558	38,5
1992	41 485	17 080	15 317	24 404	41,2	38 728	15 989	14 366	22 739	41,3	2 757	1 092	951	1 666	39,6
1993	41 717	17 091	15 084	24 626	41,0	38 730	15 911	14 101	22 819	41,1	2 988	1 180	983	1 807	39,5
1994	41 836	17 198	15 088	24 638	41,1	38 721	15 966	14 079	22 754	41,2	3 115	1 231	1 010	1 884	39,5

¹⁾ Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland. — ²⁾ 1970 Ergebnis der Volks- und Berufszählung, 1974 bis 1994 Ergebnisse des Mikrozensus — ³⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung.

Tabelle 2 Ausländische Bevölkerung und Erwerbspersonen sowie Erwerbsquoten im April 1994 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland
Ergebnis des Mikrozensus

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Staatsangehörigkeit						
		Italien	Griechenland	Ehemaliges Jugoslawien ¹⁾	Spanien	Turkei	Osterreich	Übrige Staaten ²⁾
		1000						
Bevölkerung insgesamt	6 970	645	367	1 034	141	2 415	188	2 181
männlich	3 855	390	203	552	77	1 324	105	1 204
weiblich	3 115	254	164	482	64	1 091	83	977
Erwerbspersonen insgesamt	3 639	388	219	594	85	1 078	124	1 152
Männer	2 408	277	135	359	53	751	79	754
Frauen	1 231	110	84	235	33	326	46	398
		Prozent						
Erwerbsquote insgesamt	52,2	60,1	59,7	57,4	60,4	44,6	66,3	52,8
männlich	62,5	71,1	66,6	65,0	68,7	56,7	75,0	62,6
weiblich	39,5	43,3	51,1	48,8	50,6	29,9	55,1	40,7
Erwerbsquote der Personen im Alter von 15 Jahren und mehr insgesamt	67,1	74,1	73,0	71,8	69,7	63,7	73,0	64,3
Männer	79,7	84,9	81,0	81,3	78,6	80,7	83,0	75,8
Frauen	51,2	56,0	62,9	61,0	58,3	42,9	60,3	49,9

¹⁾ Jugoslawien (Serbien/Montenegro), Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Slowenien — ²⁾ Hierbei handelt es sich im wesentlichen um die Niederlande, Portugal und übrige EU-Staaten, die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Marokko, die Tschechische Republik, die Slowakei und Tunesien.

1994 mit 57,8 % gegenüber 1970 (58,0 %) sogar leicht zurückgegangen

Türkische Staatsangehörige sind nach wie vor am stärksten vertreten unter den ausländischen Erwerbspersonen

Mit fast 1,1 Mill. stellten Türkinnen und Türken 1994 das stärkste Kontingent unter den ausländischen Erwerbspersonen. Danach folgten mit 594 000 Erwerbspersonen die Staaten des ehemaligen Jugoslawien. Aus Italien wurden 387 000 Erwerbspersonen registriert, aus Griechenland 219 000, aus Österreich 124 000 und aus Spanien 85 000. Aus den übrigen Staaten⁴⁾ kamen 1994 1,15 Mill. Erwerbspersonen. Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der Erwerbspersonen aus den „übrigen Staaten“ seit 1988 (556 000) mehr als verdoppelt hat. Ebenfalls hohe Zuwachsraten gegenüber 1988 konnten in diesem Zeitraum auch die Türkei mit + 57,1 % und die Staaten des ehemaligen Jugoslawien mit + 81,1 % registrieren. Weniger ausgeprägt war die Entwicklung der Erwerbspersonen aus Italien mit lediglich + 12,8 %, die Zahl der Erwerbspersonen aus Spanien nahm mit — 4,5 % sogar leicht ab.

Vergleicht man die Erwerbsquoten der Ausländer/-innen nach Nationalitäten, so stellt man fest, daß die türkischen Staatsangehörigen, die 1994 die höchste Zahl der ausländischen Erwerbspersonen stellten, nur eine unterdurchschnittliche Erwerbsquote von 44,6 % aufwiesen. Die Erwerbsquote für türkische Frauen lag sogar nur bei 29,9 % (türkische Männer 56,7 %). Im Vergleich dazu lag die Erwerbsquote der Bürgerinnen und Bürger aus Österreich bei 66,3 % (Männer 75,0 %, Frauen 55,1 %), aus Spanien bei 60,4 % (Männer 68,7 %, Frauen 50,6 %) und Italien bei 60,1 % (Männer 71,1 %, Frauen 43,3 %).

Auch gemessen an der ausländischen Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung. Danach haben die höchste Erwerbsquote die Personen aus Italien mit 74,1 %, gefolgt von denen aus Österreich und Griechenland jeweils mit 73,0 % und denen aus Spanien mit 69,7 %. Auch hier weisen die Personen aus der Türkei mit lediglich 63,7 % die niedrigste Erwerbsquote der nachgewiesenen Staatsangehörigkeiten auf (siehe Tabelle 2).

Größerer Jugendanteil bei der ausländischen Bevölkerung

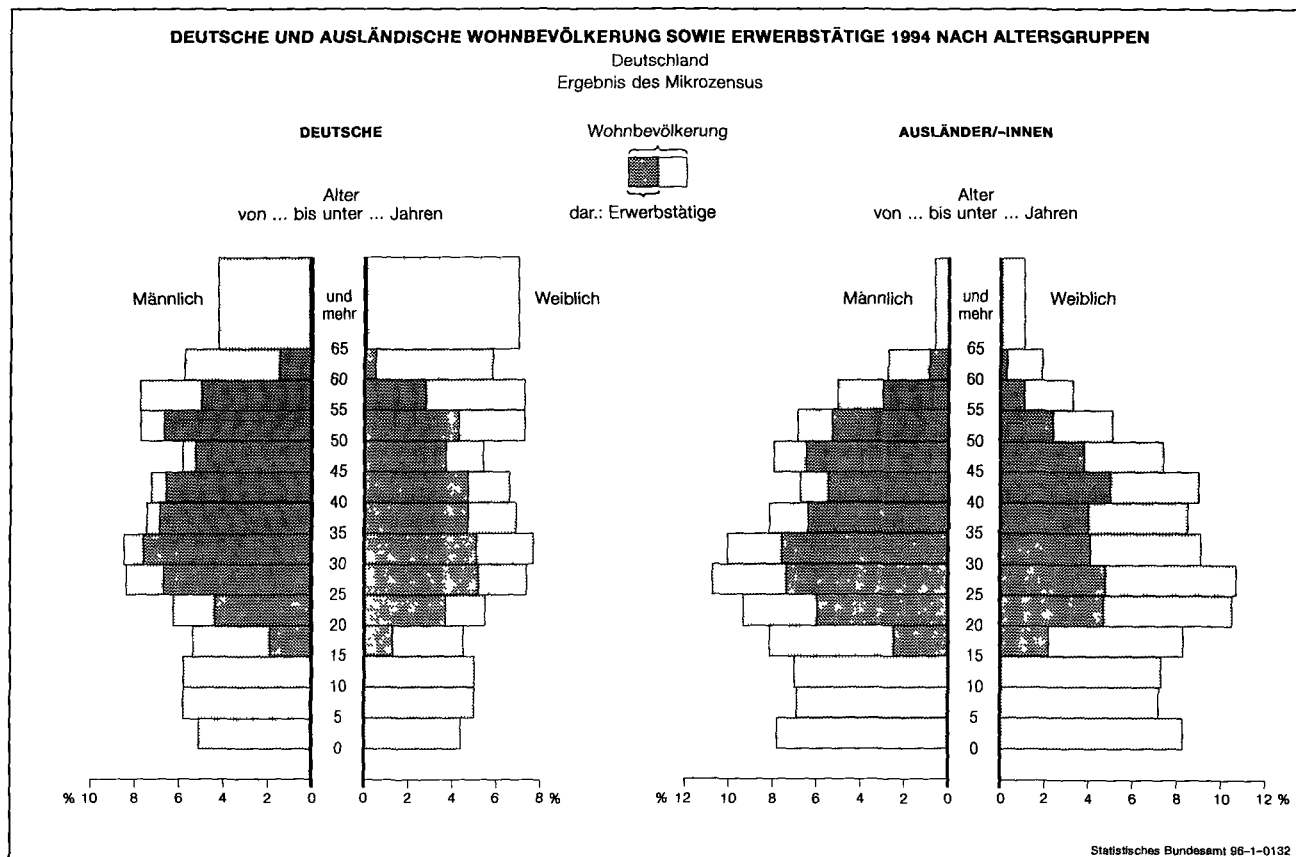
Bei einem Vergleich der Altersstrukturen zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung (siehe Ta-

⁴⁾ Hier handelt es sich im wesentlichen um die Niederlande, Portugal und übrige EU-Staaten, die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Marokko und Tunesien

Tabelle 3: Bevölkerung im April 1994 nach Altersgruppen

Deutschland
Ergebnis des Mikrozensus
Prozent

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt			Deutsche			Ausländer/-innen		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
unter 15	16,1	17,1	15,1	15,5	16,6	14,5	22,2	21,6	22,8
15 — 20	5,2	5,6	4,8	4,9	5,4	4,5	8,2	8,1	8,3
20 — 25	6,2	6,6	5,8	5,9	6,3	5,5	9,9	9,4	10,5
25 — 35	16,3	17,3	15,5	16,0	16,9	15,1	20,4	20,8	19,8
35 — 45	14,3	14,8	13,8	14,1	14,8	13,5	16,1	15,0	17,5
45 — 55	13,2	13,8	12,7	13,2	13,7	12,7	13,8	14,9	12,6
55 — 60	7,3	7,5	7,0	7,5	7,7	7,3	4,3	5,1	3,3
60 — 65	5,5	5,5	5,5	5,8	5,8	5,8	2,4	2,8	1,9
65 und mehr	15,9	11,8	19,8	17,1	12,8	21,1	2,7	2,2	3,3
Insgesamt ...	100	100	100	100	100	100	100	100	100



belle 3) fällt auf, daß der prozentuale Anteil junger Ausländerinnen und Ausländer deutlich höher liegt als der entsprechende Wert bei der deutschen Bevölkerung. In der Gruppe unter 15 Jahren lag im April 1994 der Anteil der ausländischen Bevölkerung bei 22,2 %. Der Anteil der deutschen Bevölkerung in dieser Altersgruppe betrug lediglich 15,5 %. Auch in der Bevölkerungsgruppe, die im „erwerbsfähigen“ Alter (von 15 bis unter 65 Jahren) steht, lag der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer mit rund 75 % gegenüber rund 67 % bei den Deutschen höher, jeweils gemessen an der entsprechenden Gesamtbevölkerungszahl.

Bei der Personengruppe, die in der Regel bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist, das heißt bei der Altersgruppe 65 Jahre und mehr, sind die Ausländerinnen und Ausländer lediglich mit einem Anteil von 2,7 % gegenüber 17,1 % bei den Deutschen vertreten (siehe auch Schaubild 1).

Viele junge Ausländerinnen und Ausländer stehen bereits im Erwerbsleben

Auch der Anteil der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die bereits im Alter von 15 bis unter 25 Jahren erwerbstätig sind, lag 1994 mit 18,1 % wesentlich höher als der entsprechende Anteil der Deutschen mit 12,7 %. Noch deutlicher ist der Unterschied bei den ausländischen Frauen dieser Altersgruppe mit 21,4 % gegenüber 13,6 % bei den deutschen Frauen. In der Altersgruppe 25 bis unter 60 Jahre lag der prozentuale Anteil der Deutschen etwas höher mit rund 84 % gegenüber rund 80 % bei den ausländischen Erwerbstätigen. Ab 60 Jahre und älter ist die Zahl der Erwerbstätigen sowohl bei den Ausländerinnen und Ausländern wie auch bei den Deutschen nur noch unbedeutend – sicherlich auch beeinflusst durch die in den vergangenen Jahren zu beobachtende Tendenz, schon früher als mit 65 Jahren in den Ruhestand zu gehen. Der entsprechende Anteil lag 1994 bei den Ausländerinnen

Tabelle 4: Erwerbstätige im April 1994 nach Altersgruppen

Deutschland
 Ergebnis des Mikrozensus
 Prozent

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt			Deutsche			Ausländer/-innen		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
15 – 20	3,7	3,7	3,8	3,6	3,6	3,5	5,5	4,8	6,9
20 – 25	9,4	8,6	10,4	9,1	8,3	10,1	12,6	11,7	14,5
25 – 35	27,6	27,2	28,2	27,6	27,0	28,3	28,7	29,3	27,3
35 – 45	25,6	25,2	26,1	25,6	25,4	26,0	24,8	23,3	27,7
45 – 55	22,3	22,7	22,0	22,4	22,6	22,2	21,6	22,9	19,1
55 – 60	8,3	9,0	7,3	8,6	9,3	7,6	5,0	5,8	3,3
60 – 65	2,3	2,7	1,4	2,2	2,8	1,5	1,4	1,8	0,8
65 und mehr	0,8	0,9	0,8	0,9	1,0	0,8	0,4	0,4	/
Insgesamt ..	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Tabelle 5 Deutsche und ausländische Erwerbstätige im April 1994 nach Stellung im Beruf und ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland
Ergebnis des Mikrozensus

Stellung im Beruf	Erwerbstätige													
	insgesamt	Deutsche			Ausländer/-innen nach der Staatsangehörigkeit									
					zusammen			Italien	Griechenland	Ehemaliges Jugoslawien ¹⁾	Spanien	Türkei	Österreich	Übrige Staaten ²⁾
		1 000	% ³⁾	% ⁴⁾	1 000	% ³⁾	% ⁵⁾	% ⁶⁾						
Selbständige	3 288	3 043	92,6	9,2	245	7,4	8,2	13,0	13,0	5,1	/	4,0	16,6	10,3
dar : Frauen	862	804	93,3	5,7	57	6,7	5,7	7,6	9,1	3,6	/	2,9	/	7,6
Mithelfende Familienangehörige	488	464	95,1	1,4	24	4,9	0,8	/	/	/	/	/	/	0,9
dar : Frauen	399	383	95,9	2,7	16	4,0	1,6	/	/	/	/	/	/	1,7
Beamten/Beamte	2 471	2 471	100	7,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
dar : Frauen	648	648	100	4,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Angestellte	16 847	16 038	95,2	48,5	809	4,8	27,2	22,9	18,9	20,5	31,8	13,9	55,5	42,4
dar : Frauen	9 535	9 133	95,8	64,9	403	4,2	39,9	37,1	23,2	32,1	46,4	24,4	68,2	57,8
Auszubildende ⁷⁾	633	575	90,9	1,7	58	9,1	1,9	1,5	/	1,8	/	2,9	/	1,3
dar : Frauen	391	356	91,2	2,5	34	8,8	3,4	/	/	2,8	/	5,6	/	2,4
Arbeiter/-innen	12 982	11 079	85,3	33,5	1 904	14,7	63,8	63,4	65,7	73,8	64,1	81,6	26,3	46,4
dar : Frauen	3 645	3 111	85,4	22,1	534	14,6	52,8	53,4	64,0	63,3	48,8	71,9	17,3	32,9
Auszubildende ⁸⁾	709	627	88,4	1,9	82	11,6	2,8	1,9	/	3,2	/	4,6	/	1,5
dar : Frauen	208	184	88,6	1,3	24	11,4	2,3	/	/	/	/	4,4	—	/
Insgesamt	36 076	33 094	91,7	100	2 982	8,3	100	100	100	100	100	100	100	100
dar : Frauen	15 088	14 079	93,3	100	1 010	6,7	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Jugoslawien (Serbien/Montenegro), Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Slowenien — ²⁾ Hierbei handelt es sich im wesentlichen um die Niederlande, Portugal und übrige EU-Staaten, die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Marokko, die Tschechische Republik, die Slowakei und Tunesien — ³⁾ Anteil an Spalte 1 — ⁴⁾ Anteil an der Summe der deutschen Erwerbstätigen insgesamt — ⁵⁾ Anteil an der Summe der erwerbstätigen Ausländer/-innen insgesamt — ⁶⁾ Anteil an der Summe der jeweiligen Erwerbstätigen insgesamt — ⁷⁾ In anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen — ⁸⁾ In anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen

und Ausländern bei 1,8 %, bei den Deutschen immerhin noch bei 3,1 % (siehe Tabelle 4).

Fast zwei Drittel der ausländischen Erwerbstätigen sind Arbeiterinnen bzw. Arbeiter

Auch bei einer Aufgliederung nach der Stellung im Beruf zeigen sich beachtliche Unterschiede zwischen den deutschen und ausländischen Erwerbstätigen. Während unter

den deutschen Erwerbstätigen mit 33,5 % rund ein Drittel Arbeiterinnen und Arbeiter sind, belief sich 1994 der Anteil bei den Ausländern mit rund 64 % auf fast zwei Drittel. Unterteilt nach Staatsangehörigkeit gab es mit fast 82 % bei den Personen aus der Türkei den höchsten Arbeiteranteil, gefolgt von den Erwerbstätigen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit knapp 74 %. Bei griechischen (rd. 66 %), spanischen (rd. 64 %) und italienischen (gut 63 %) Staatsangehörigen waren die Anteile etwa gleich hoch. Von den österreichischen Erwerbstätigen in Deutschland verdien-

Tabelle 6: Deutsche und ausländische Erwerbstätige im April 1994 nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Deutschland
Ergebnis des Mikrozensus

Wirtschaftsabteilung	Erwerbstätige													
	insgesamt	Deutsche			Ausländer/-innen nach der Staatsangehörigkeit									
					zusammen			Italien	Griechenland	Ehemaliges Jugoslawien ¹⁾	Spanien	Türkei	Österreich	Übrige Staaten ²⁾
		1 000	% ³⁾	% ⁴⁾	1 000	% ³⁾	% ⁵⁾	% ⁶⁾						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 190	1 148	96,4	3,5	43	3,6	1,4	/	/	1,3	/	1,1	/	2,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	602	555	92,2	1,7	47	7,8	1,6	/	/	1,0	/	3,5	/	0,8
Verarbeitendes Gewerbe	9 851	8 689	88,2	26,3	1 162	11,8	39,0	39,2	48,3	35,8	48,8	51,4	30,5	27,4
Baugewerbe	3 180	2 878	90,5	8,7	303	9,5	10,2	10,2	4,4	17,3	7,3	9,3	7,0	8,9
Handel	4 402	4 096	93,0	12,4	307	7,0	10,3	9,1	8,0	9,1	10,0	9,1	15,1	12,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 169	2 023	93,3	6,1	146	6,7	4,9	3,6	5,4	4,3	7,1	4,7	5,4	5,6
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 281	1 241	96,8	3,7	41	3,2	1,4	/	/	1,1	/	/	/	2,0
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	9 033	8 221	91,0	24,8	812	9,0	27,2	31,1	29,8	27,0	18,4	17,5	30,9	34,7
Organisationen ohne Erwerbszweck und Private Haushalte	874	832	95,1	2,5	42	4,9	1,4	/	/	1,5	/	0,7	/	2,1
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	3 493	3 413	97,7	10,3	80	2,3	2,7	2,6	/	1,6	/	2,2	/	4,0
Insgesamt	36 076	33 094	91,7	100	2 982	8,3	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Jugoslawien (Serbien/Montenegro), Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Slowenien — ²⁾ Hierbei handelt es sich im wesentlichen um die Niederlande, Portugal und übrige EU-Staaten, die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Marokko, die Tschechische Republik, die Slowakei und Tunesien — ³⁾ Anteil an Spalte 1 — ⁴⁾ Anteil an der Summe der deutschen Erwerbstätigen insgesamt — ⁵⁾ Anteil an der Summe der erwerbstätigen Ausländer/-innen insgesamt — ⁶⁾ Anteil an der Summe der jeweiligen Erwerbstätigen insgesamt.

ten lediglich rund 26 % ihren Lebensunterhalt als Arbeiter/-innen. Etwa spiegelbildlich liegen die jeweiligen Anteile bei den Angestellten. Hier waren die Erwerbstätigen aus Österreich mit einem Anteil von gut 55 % an der Spitze, gefolgt von denen aus Spanien (rd. 32 %), Italien (rd. 23 %), Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (rd. 20 %) und Griechenland (rd. 19 %). Den geringsten Anteil wiesen hier die türkischen Erwerbstätigen mit knapp 14 % auf.

Bezogen auf alle ausländischen Erwerbstätigen waren 1994 etwas mehr als 27 % Angestellte. Der entsprechende Wert bei den deutschen Erwerbstätigen lag bei knapp 49 % (siehe Tabelle 5).

Immer mehr ausländische Erwerbstätige machen sich selbständig

Von besonderem Interesse ist die Zahl der ausländischen Selbständigen — weniger wegen ihrer Größe, sondern vielmehr unter dem Gesichtspunkt der Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. So gab es 1994 unter den ausländischen Erwerbstätigen 8,2 %, das sind rund 245 000 selbständige Existenzen. Seit 1988 (124 000) hat sich ihre Zahl damit nahezu verdoppelt. 1970 hatte der entsprechende Anteil erst bei 38 400 bzw. 1,6 % gelegen. Der Wunsch nach freiem Unternehmertum läßt sich für Ausländerinnen und Ausländer vorzugsweise im Dienstleistungsbereich verwirklichen.

Besonders unternehmungsfreudig sind offenbar die Österreicher mit einem Anteil von fast 17 %, gefolgt von den Italienern und Griechen mit jeweils 13,0 %. Weniger Mut zur Selbständigkeit haben die Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und aus Spanien.

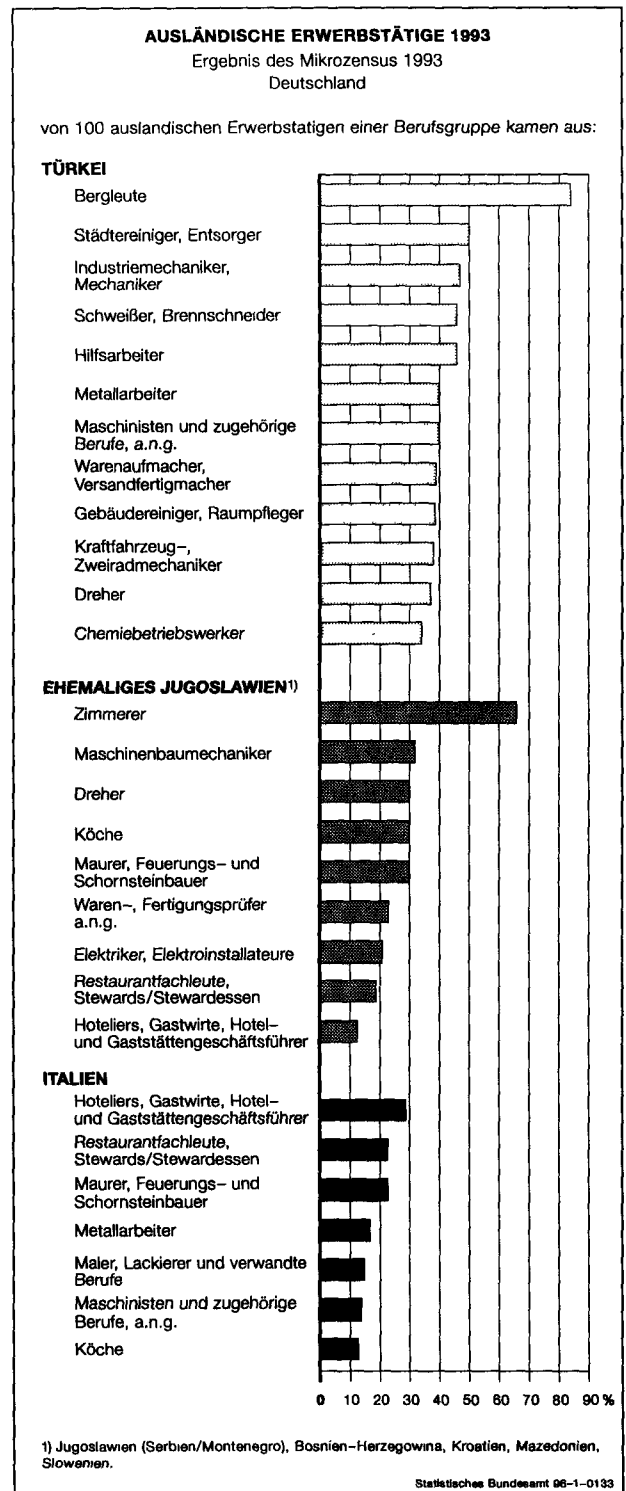
Der Anteil der deutschen Selbständigen, gemessen an der Summe der deutschen Erwerbstätigen insgesamt, lag 1994 bei 9,2 % (siehe Tabelle 5).

Schwerpunkte der Erwerbstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

Sowohl für die deutschen wie auch für die ausländischen Erwerbstätigen stellen das Verarbeitende Gewerbe und der Dienstleistungsbereich bei weitem die meisten Arbeitsplätze. Mehr als die Hälfte aller deutschen Erwerbstätigen (51,1 %) und zwei Drittel aller ausländischen Erwerbstätigen (66,2 %) arbeiteten 1994 allein in diesen beiden Wirtschaftsabteilungen. Relativ hohe Anteile erreichten die Ausländerinnen und Ausländer noch im Baugewerbe (10,2 %) und im Handel (10,3 %), die Deutschen im Handel (12,4 %) und bei „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“ (10,3 %).

Auch in der Untergliederung nach Herkunftsländern lagen die höchsten Anteile der jeweiligen Erwerbstätigen generell im Verarbeitenden Gewerbe, wobei unter den Erwerbstätigen aus der Türkei (51,4 %), aus Griechenland (48,3 %) und aus Spanien (48,8 %) besonders viele dieser Wirtschaftsabteilung angehörten. Im Baugewerbe stellten Erwerbstätige aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 17,3 % und in den „Dienstleistungen“ diejenigen aus Italien mit 31,1 % die höchsten Anteile gemessen an ihrer jeweiligen Gesamtzahl (siehe Tabelle 6).

Schaubild 2



Ausländische Erwerbstätige ergreifen am häufigsten Fertigungsberufe

Auch hinsichtlich der Beschäftigung in verschiedenen Berufsbereichen lassen sich Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Erwerbstätigen feststellen. Im April 1993⁵⁾ übten weit mehr als die Hälfte der deutschen

⁵⁾ Da die Frage nach dem Beruf im Mikrozensus nur in zweijährigen Abständen gestellt wird — zuletzt 1993 —, liegen berufsstatistische Angaben nur aus dem Jahr 1993 vor.

Erwerbstätigen (59,7 %) Dienstleistungsberufe aus, 26 % waren in Fertigungsberufen tätig. Von den ausländischen Erwerbstätigen war knapp die Hälfte (48,7 %) in Fertigungsberufen und 40,7 % in Dienstleistungsberufen beschäftigt. Landwirtschaftliche Berufe, Bergleute, Mineralgewinner sowie auch technische Berufe spielten sowohl bei den deutschen wie auch bei den ausländischen Erwerbstätigen anteilmäßig nur eine untergeordnete Rolle (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Erwerbstätige im April 1993 nach Berufsbereichen¹⁾

Deutschland						
Ergebnis des Mikrozensus						
Berufsbereich	Erwerbstätige					
	insgesamt		Deutsche		Ausländer/-innen	
	1000	%	1000	%	1000	%
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau	1 205	3,3	1 165	3,5	40	1,3
Bergleute, Mineralgewinner	84	0,2	60	0,2	25	0,8
Fertigungsberufe	10 147	27,9	8 690	26,0	1 457	48,7
Technische Berufe	2 337	6,4	2 235	6,7	101	3,4
Dienstleistungsberufe	21 139	58,1	19 921	59,7	1 217	40,7
Sonstige Arbeitskräfte	1 468	4,0	1 319	3,9	149	5,0
Insgesamt	36 380	100	33 391	100	2 989	100

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992

Die höchsten Anteile ausländischer Personen, jeweils gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in den einzelnen Berufsbereichen, gab es mit rund 30 % bei den Bergleuten, gefolgt von den Fertigungsberufen mit 14,4 %. Bei den Dienstleistungsberufen erreichten sie lediglich einen Wert von 5,8 %, bei den technischen Berufen von 4,3 % und bei den landwirtschaftlichen Berufen 3,3 %.

Untersucht man, welche Anteile die einzelnen Nationalitäten an den gesamten ausländischen Erwerbstätigen einer Berufsgruppe haben, so sieht man, daß beim Beruf des

Bergmannes rund 84 % aller ausländischen Bergleute aus der Türkei kommen. Ebenfalls überwiegend mit türkischen Erwerbstätigen besetzt sind die Berufe Industriemechaniker (47 %), Schweißer (46 %), Metallarbeiter (40 %) und Maschinisten (40 %); bei den „Städtereinigern, Entsorgern“ beträgt ihr Anteil sogar 50 %. Die Erwerbstätigen aus dem ehemaligen Jugoslawien wiederum stellen bei den Zimmerern (66 %), den Maschinenbaumechanikern (32 %), den Drehern, Kochen, Maurern, Feuerungs- und Schornsteinbauern mit jeweils 30 % den höchsten Anteil. Italienerinnen und Italiener waren wiederum überdurchschnittlich häufig als Hoteliers, Gastwirte (29 %), Restaurantfachleute, Stewards/Stewardessen (23 %) sowie als Maurer, Feuerungs- und Schornsteinbauer (23 %) tätig (siehe auch Schaubild 2).

Immer mehr ausländische Erwerbstätige nehmen eine Teilzeitbeschäftigung auf

Der Anteil teilzeitbeschäftigter Ausländerinnen und Ausländer (unter 36 normalerweise je Woche geleistete Arbeitsstunden) lag mit 15,4 %, gemessen an allen ausländischen Erwerbstätigen, 1994 zwar immer noch niedriger als der vergleichbare Wert der deutschen Erwerbstätigen (18,1 %), aber im Vergleich zu 1985 (8,2 % ausländische Teilzeitbeschäftigte) hat sich ihr Anteil fast verdoppelt und damit dem entsprechenden Wert der deutschen Erwerbstätigen angenähert. Der Anteil der deutschen Erwerbstätigen, die weniger als 36 Stunden pro Woche arbeiten, hat sich in diesem Zeitraum um 4,2 Prozentpunkte erhöht. Den höchsten Anteil unter den ausländischen Teilzeitarbeitskräften hatten 1994 mit 17,3 % die Personen aus Spanien, gefolgt von denen aus Österreich mit 16,3 % und aus Griechenland mit 14,7 %. Die höchste Zunahme unter den teilzeitbeschäftigten Erwerbstätigen gab es allerdings bei

Tabelle 8: Erwerbstätige nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und normalerweise je Woche geleisteten Arbeitsstunden

Staatsangehörigkeit	Erwerbstätige					
			Davon mit . . . normalerweise geleisteten Arbeitsstunden			
	insgesamt	Frauen	unter 36		36 und mehr	
			insgesamt	dar.: Frauen	insgesamt	dar.: Frauen
1000	% ¹⁾	1000	% ²⁾	1000	% ²⁾	
1994						
Deutschland						
Insgesamt	36 076	15 088	41,8	17,9	40,6	82,1
Deutsche	33 094	14 079	42,5	18,1	41,2	81,9
Ausländer/-innen	2 982	1 010	33,9	15,4	31,5	84,6
davon aus:						
Italien	344	94	27,3	12,6	32,4	87,4
Griechenland	185	71	38,2	14,7	28,5	85,2
Ehemaliges Jugoslawien ³⁾	490	199	40,6	14,2	27,2	85,8
Spanien	76	29	38,4	17,3	34,0	82,7
Türkei	857	260	30,4	13,0	28,0	87,0
Österreich	116	42	35,9	16,3	38,1	83,7
Übrige Staaten	914	315	34,5	19,2	36,3	80,8
1985						
Früheres Bundesgebiet						
Insgesamt	26 626	10 225	38,4	13,5	31,0	86,5
Deutsche	24 604	9 571	38,9	13,9	31,7	86,1
Ausländer/-innen	2 022	654	32,3	8,2	19,6	91,8
davon aus:						
Italien	323	88	27,2	6,5	19,7	93,5
Griechenland	142	56	39,4	7,8	16,5	92,2
Jugoslawien	337	129	38,3	7,6	18,1	92,4
Spanien	79	28	35,4	9,0	22,1	91,0
Türkei	587	163	27,8	5,7	14,4	94,3
Österreich	98	34	34,7	11,5	26,8	88,5
Übrige Staaten	456	156	34,2	12,6	25,4	87,4

1) Anteil an Spalte 1. — 2) Anteil an Spalte 2 — 3) Jugoslawien (Serbien/Montenegro), Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Slowenien.

den türkischen Erwerbstatigen mit einer Steigerung des Anteils von 5,7 % (1985) auf 13,0 % (1994).

Daß die Teilzeitbeschäftigung weiterhin eine Domäne der Frauen ist, zeigt sich daran, daß 31,5 % aller ausländischen erwerbstatigen Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Überdurchschnittlich hoch sind die Anteile der erwerbstatigen österreichischen Frauen in Deutschland mit 38,1 %, der Spanierinnen mit 34,0 % bzw. der Italienerinnen mit 32,4 %. Der Anteil der deutschen Frauen mit Teilzeitbeschäftigung lag 1994 bei 41,2 % (siehe Tabelle 8)

Ausländische Erwerbstatige konzentrieren sich auf wenige Bundesländer

Ausschlaggebend für die regionale Verteilung der ausländischen Erwerbstatigen sind die jeweiligen örtlichen Wirtschaftsstrukturen und Erwerbsmöglichkeiten. So liegt ihr

Anteil in den industriellen Ballungsgebieten, wie zum Beispiel an Rhein und Ruhr oder im Rhein-Main-Gebiet, wesentlich über dem Bundesdurchschnitt. In ländlich strukturierten Gebieten spielen die ausländischen Erwerbstatigen nur eine untergeordnete Rolle.

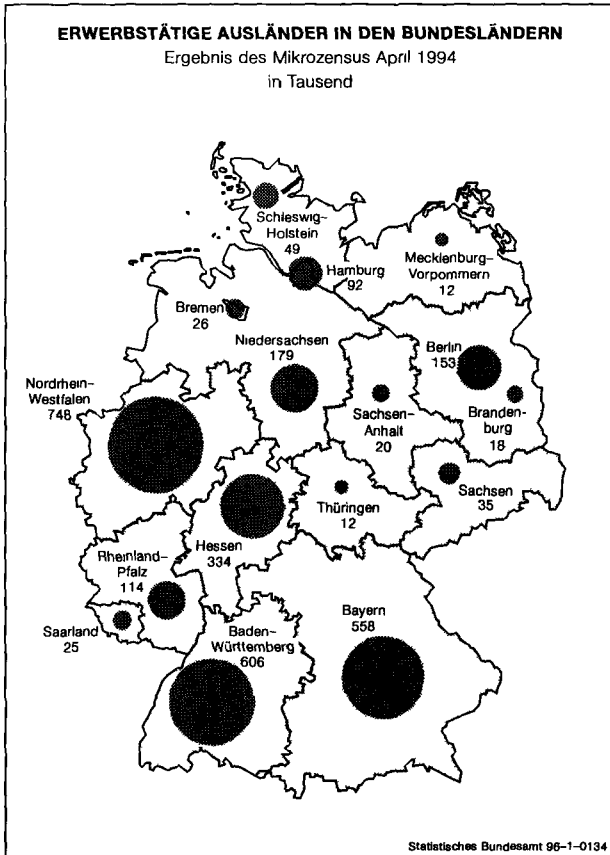
Wie Tabelle 9 zeigt, gab es die meisten ausländischen Erwerbstatigen 1994 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen (748 000 oder 25,1 %). Die zweit-höchste Zahl ausländischer Erwerbstatiger wies mit 606 000 oder 20,3 % Baden-Württemberg auf, gefolgt von Bayern (559 000 oder 18,7 %) und Hessen (335 000 oder 11,2 %). Auf diese vier Länder entfielen mit rund 2,25 Mill. 75,4 % der ausländischen Erwerbstatigen. In den neuen Bundesländern lagen außer in Sachsen (1,2 %) die Anteile der ausländischen Erwerbstatigen jeweils unter 1 % (siehe auch Schaubild 3). Gemessen an allen Erwerbstatigen je Bundesland fanden sich die meisten ausländischen Erwerbstatigen in Baden-Württemberg (12,8 %), Hessen

Tabelle 9: Ausländische Erwerbstatige im April 1994 in den Ländern des Bundesgebietes nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten
Ergebnis des Mikrozensus

Land	Insgesamt			Staatsangehörigkeit													
				Italien		Griechenland		Ehemaliges Jugoslawien ¹⁾		Spanien		Türkei		Österreich		Übrige Staaten	
	1 000	% ²⁾	% ³⁾	% ⁴⁾	% ⁵⁾	% ⁴⁾	% ⁵⁾	% ⁴⁾	% ⁵⁾	% ⁴⁾	% ⁵⁾	% ⁴⁾	% ⁵⁾	% ⁴⁾	% ⁵⁾		
Baden-Württemberg	606	20,3	12,8	32,5	18,5	27,4	8,4	30,0	24,3	20,5	2,6	16,9	23,9	12,6	2,4	13,3	20,0
Männer	387	19,6	14,1	31,3	20,2	27,1	8,0	28,8	21,7	20,4	2,5	16,6	25,7	12,0	2,3	12,7	19,6
Frauen	219	21,7	10,9	36,0	15,4	27,9	9,0	31,7	28,8	20,6	2,7	17,4	20,7	13,5	2,6	14,4	20,8
Bayern	559	18,7	9,7	15,0	9,2	19,6	6,5	24,7	21,6	7,8	1,1	16,8	25,8	53,0	11,0	15,2	24,9
Männer	362	18,4	10,9	15,7	10,9	19,5	6,2	25,3	20,3	/	/	15,8	26,0	53,1	10,9	15,1	24,9
Frauen	196	19,4	8,0	13,0	6,2	19,7	7,1	23,8	24,1	/	/	19,1	25,3	53,0	11,2	15,4	24,7
Berlin	153	5,1	9,5	1,8	4,0	2,9	3,5	4,4	14,0	/	/	6,4	35,8	/	/	6,4	38,3
Männer	97	4,9	11,0	/	/	/	/	4,1	12,2	/	/	5,9	36,5	/	/	6,4	39,3
Frauen	56	5,6	7,7	/	/	/	/	4,9	17,3	/	/	7,5	34,6	/	/	6,5	36,5
Brandenburg	18	0,6	1,7	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2,0	97,3
Männer	15	0,8	2,5	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2,4	96,7
Frauen	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Bremen	26	0,9	9,0	/	/	/	/	/	/	/	/	1,5	50,4	/	/	0,8	29,1
Männer	18	0,9	10,8	/	/	/	/	/	/	/	/	1,7	54,7	/	/	/	/
Frauen	8	0,8	6,5	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Hamburg	92	3,1	11,9	1,7	6,3	/	/	2,5	13,1	/	/	3,1	29,0	/	/	4,3	42,7
Männer	61	3,1	14,1	/	/	/	/	2,5	11,9	/	/	3,3	31,6	/	/	4,3	41,5
Frauen	31	3,1	9,0	/	/	/	/	/	/	/	/	2,8	23,9	/	/	4,4	44,7
Hessen	335	11,2	12,4	12,4	12,8	12,9	7,1	11,4	16,8	22,9	5,2	10,1	25,9	7,4	2,6	10,9	29,7
Männer	217	11,0	13,7	11,4	13,2	13,1	6,9	11,2	15,0	23,6	5,1	9,9	27,2	7,6	2,6	10,9	30,0
Frauen	118	11,6	10,6	15,0	12,0	12,6	7,6	11,8	19,9	21,6	5,4	10,6	23,5	/	/	10,9	29,1
Mecklenburg-Vorpommern	12	0,4	1,5	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1,2	94,2
Männer	10	0,5	2,1	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1,5	92,7
Frauen	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Niedersachsen	179	6,0	5,3	5,0	9,6	3,6	3,7	3,7	10,1	/	/	7,3	35,1	/	/	7,1	36,3
Männer	118	6,0	6,0	5,1	10,9	/	/	3,6	8,8	/	/	7,0	35,3	/	/	7,1	35,9
Frauen	61	6,0	4,5	/	/	/	/	3,9	12,6	/	/	8,2	35,1	/	/	7,1	36,7
Nordrhein-Westfalen	748	25,1	10,1	24,4	11,2	28,6	7,1	16,9	11,1	32,9	3,3	31,9	36,5	9,9	1,5	24,0	29,3
Männer	509	25,8	11,4	25,1	12,3	28,6	6,4	17,1	9,8	31,5	2,9	33,5	39,3	9,3	1,4	23,7	28,0
Frauen	239	23,7	8,1	22,7	8,9	28,5	8,4	16,7	13,9	35,1	4,3	28,0	30,5	/	/	24,4	32,1
Rheinland-Pfalz	114	3,8	6,7	3,9	11,7	/	/	4,0	17,1	/	/	3,6	26,7	/	/	4,7	37,6
Männer	81	4,1	7,9	4,4	13,5	/	/	4,6	16,5	/	/	3,7	27,5	/	/	4,8	35,5
Frauen	33	3,3	4,9	/	7,5	/	/	3,1	18,6	/	/	3,2	25,1	/	/	4,5	42,2
Saarland	24	0,8	5,7	2,5	35,4	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1,0	38,7
Männer	17	0,9	6,4	2,6	38,7	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	0,9	32,7
Frauen	8	0,7	4,6	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Sachsen	35	1,2	1,8	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	3,6	93,9
Männer	26	1,3	2,4	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	4,1	94,6
Frauen	9	0,9	1,0	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	2,6	92,0
Sachsen-Anhalt	20	0,7	1,7	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1,9	87,3
Männer	14	0,7	2,2	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1,9	82,3
Frauen	6	0,6	1,1	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1,8	100
Schleswig-Holstein	49	1,6	3,9	/	/	/	/	/	/	/	/	1,9	34,2	/	/	2,5	46,2
Männer	33	1,7	4,5	/	/	/	/	/	/	/	/	2,0	36,7	/	/	2,3	42,2
Frauen	16	1,6	3,2	/	/	/	/	/	/	/	/	1,8	29,6	/	/	2,7	53,1
Thüringen	12	0,4	1,1	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1,3	95,0
Männer	8	0,4	1,2	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1,2	92,1
Frauen	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Deutschland	2 982	100	8,3	100	11,5	100	6,2	100	16,4	100	2,5	100	28,7	100	3,9	100	30,7
Männer	1 972	100	9,4	100	12,7	100	5,8	100	14,8	100	2,4	100	30,2	100	3,8	100	30,4
Frauen	1 010	100	6,7	100	9,3	100	7,0	100	19,7	100	2,9	100	25,8	100	4,1	100	31,2

1) Jugoslawien (Serbien/Montenegro), Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Slowenien. — 2) Anteil an den ausländischen Erwerbstatigen in den Ländern des Bundesgebietes. — 3) Anteil der ausländischen Erwerbstatigen an den Erwerbstatigen insgesamt des jeweiligen Bundeslandes. — 4) Anteil der ausländischen Erwerbstatigen je Staatsangehörigkeit in dem jeweiligen Bundesland. — 5) Anteil der ausländischen Erwerbstatigen je Staatsangehörigkeit an den ausländischen Erwerbstatigen insgesamt des jeweiligen Bundeslandes.

Schaubild 3



(12,4 %), Hamburg (11,9 %) und Nordrhein-Westfalen (10,1 %).

Aufgeteilt nach Nationalitäten lebten 32,9 % aller spanischen Erwerbstätigen, 31,9 % aller türkischen und 28,6 % aller griechischen Erwerbstätigen im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Baden-Württemberg wurde dagegen mehr von den Erwerbstätigen aus Italien (32,5 %) und denen aus dem ehemaligen Jugoslawien (30,0 %) bevorzugt. Österreichische Erwerbstätige (53,0 %) zog es schwerpunktmäßig nach Bayern. Auch die Erwerbstätigen aus dem ehemaligen Jugoslawien erreichten hier mit 24,7 % noch einen relativ hohen Wert. In Nordrhein-Westfalen leben, wie bereits erwähnt, nicht nur besonders viele türkische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch ihr Anteil an den erwerbstätigen Ausländern insgesamt ist dort mit 36,5 % besonders hoch. Noch höher ist dieser Anteil der Türkinnen und Türken allerdings in Bremen mit 50,4 %, wobei dort allerdings nur 1,5 % aller türkischen Erwerbstätigen in Deutschland wohnen. In Berlin, wo 6,4 % aller türkischen Erwerbstätigen leben, beträgt ihr Anteil an den erwerbstätigen Ausländerinnen und Ausländern insgesamt 35,8 %. Einen bemerkenswert hohen Anteil in bezug auf die ausländischen Erwerbstätigen erreichten die Italienerinnen und Italiener im Saarland mit 35,4 %, dies sind allerdings nur 2,5 % aller italienischen Erwerbstätigen in Deutschland.

Dipl.-Volkswirt Carsten Cornelsen

Branchen, Standorte und Verkaufsfläche im Einzelhandel

Vorbemerkung

Im Einzelhandel hat sich in den letzten Jahrzehnten ein tiefgreifender Strukturwandel vollzogen. Auf Grund erhöhten Wettbewerbsdrucks und gestiegener Kosten mußten viele kleinere Unternehmen, insbesondere im Lebensmittelhandel, ihre Geschäftstätigkeit aufgeben, während Großfilialisten und Verbundgruppen ihre Marktposition stärken konnten. Im Zuge dieses Konzentrationsprozesses entstanden neue Betriebsformen. Bereits in den sechziger Jahren waren es die Supermärkte, die mit der Verbreitung des Selbstbedienungsprinzips rasch an Bedeutung gewannen. Es folgten die großflächigen Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser, die sich häufig in Stadtrandlagen oder in Gewerbegebieten ansiedelten. In den achtziger Jahren kamen die Fachmärkte auf. Sie sind mittlerweile in vielen Branchen vertreten und machen den traditionellen Fachgeschäften in immer stärkerem Maße Konkurrenz. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist nach der Privatisierung des Handels ein noch schnellerer Wandel zu beobachten.

Der nachfolgende Aufsatz vermittelt ein aktuelles Struktur- bild des deutschen Einzelhandels vor dem Start in den Europäischen Binnenmarkt. Als Datenbasis dient die im Jahr 1993 durchgeführte Handels- und Gaststättenzählung (HGZ 1993), in der alle Unternehmen des Einzelhandels mit sämtlichen Arbeitsstätten erfaßt wurden. Ausgenommen waren lediglich Kleinunternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 25 000 DM. Im folgenden werden die Arbeitsstättendaten ausgewertet, da sie im Gegensatz zu den Unternehmensergebnissen eine exakte regionale Zuordnung ermöglichen.¹⁾ Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen Branchenstrukturen, Betriebsgrößen, die regionale Verteilung nach Bundesländern und nach örtlichen Geschäftslagen sowie Verkaufsflächen, Bedienungsformen und Betriebsformen. Besonderer Wert wird auf die getrennte Darstellung der Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost gelegt, da die Einzelhandelsstrukturen in beiden Gebieten noch sehr unterschiedlich sind. Der Beitrag wird abgeschlossen durch einen Vergleich mit den Ergebnissen der vorangegangenen HGZ im Jahr 1985. Grundlage der wirtschaftssystematischen Gliederung ist die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993). Der Einzelhandel ist dort in der Abteilung 52 zusammengefaßt. Der Bereich Kraftfahrzeughandel, Tankstellen wird in der Abteilung 50 gesondert dargestellt und deshalb hier nicht behandelt.

¹⁾ Die Unternehmensergebnisse wurden bereits in einem früheren Beitrag dieser Zeitschrift vorgestellt. Siehe dazu Krockow, A.: „Erste Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993“ in WiSta 9/1995, S. 688ff

Branchen

Am Erhebungsstichtag 30. April 1993 wurden in Deutschland 487 000 Arbeitsstätten im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) gezählt, die sich aus 359 000 Einbetriebsunternehmen, das heißt Unternehmen mit nur einer Arbeitsstätte, sowie 128 000 Niederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen zusammensetzten. Sie beschäftigten rund 2,7 Mill. Personen (einschl. aller Teilzeitbeschäftigten ohne Umrechnung auf Vollzeitbeschäftigte) und erwirtschafteten im Geschäftsjahr 1992 Umsätze in Höhe von 672 Mrd. DM (siehe Tabelle 1).

Die umsatzstärkste Wirtschaftsgruppe war der „sonstige Facheinzelhandel“, der fast die Hälfte aller Einzelhandelsarbeitsstätten stellte und 38 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes erwirtschaftete. Er umfaßt das gesamte Spektrum des Fachhandels mit Nichtlebensmitteln (in Verkaufsräumen) mit Ausnahme der Apotheken, des Einzelhandels mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Erzeugnissen sowie des Einzelhandels mit Gebrauchsgütern und Antiquitäten.

Einen fast gleich hohen Umsatzanteil erreichte der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, obwohl auf ihn nur 13 % aller Verkaufsstätten entfielen. Hierzu zählen Einheiten, die ein breites Warenangebot ohne ausgeprägten Sortimentsschwerpunkt bereithalten. Neben Geschäften mit kauf- oder warenhausähnlichem Sortiment gehören dazu u. a. Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser, aber auch nichtspezialisierte Lebensmittelgeschäfte mit umfassendem Sortiment (z. B. Supermärkte).²⁾

Auf die restlichen vier Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels entfielen zusammen zwar 37 % aller Arbeitsstätten, aber nur 25 % des Umsatzes im Einzelhandel. Darunter befinden sich auch die Einzelhandelsbetriebe, die ihre Waren nicht in Verkaufsräumen, sondern im Versandhandel, über Straßenverkaufsstände, auf Märkten, vom Lager oder ambulant (Haustürverkauf, Verkaufswagen) absetzen. Der nicht ladengebundene Handel stellte immerhin 18 % aller Arbeitsstätten im Einzelhandel, sein Umsatzanteil lag bei 11 %.

Die Ergebnisse zeigen erwartungsgemäß, daß die einzelnen Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels ein sehr unterschiedliches Umsatzgewicht haben. Zumindest aus der Sicht der deutschen Verhältnisse erscheint die Gliederung der Wirtschaftsgruppen in der WZ 1993, die unmittelbar aus der Europäischen Wirtschaftszweigsystematik NACE Rev. 1 abgeleitet ist, unausgewogen und nur begrenzt aussagefähig. Bei der näheren Betrachtung von Branchenergebnissen ist daher eine tiefergehende Aufgliederung (z. B. nach Wirtschaftsklassen) angebracht. Das gilt insbesondere für den sonstigen Facheinzelhandel (Wirtschaftsgruppe 52.4), dessen Branchenpalette von Textilien und Bekleidung über Möbel und Hausrat, Elektroartikel, Bücher bis hin zu Uhren und Schmuck reicht.

²⁾ Formale Voraussetzung für die Zuordnung zum Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (Wirtschaftsgruppe 52.1) ist gemäß den Richtlinien der WZ 1993, daß das Warensortiment fünf oder mehr Wirtschaftsklassen (Viersteller) der Gruppen 52.2, 52.3 oder 52.4 umfaßt, deren Wertschöpfungsanteil jeweils mehr als 5 %, aber weniger als 50 % betragt (siehe dazu auch Vorbemerkungen zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993, S. 25ff)

Tabelle 1. Arbeitsstätten, Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel
in wirtschaftssystematischer Gliederung

Wirtschaftszweig ¹⁾	Arbeitsstätten		Beschäftigte			Umsatz 1992 ²⁾				
	am 30.4.1993				je Arbeits- stätte	insgesamt		je Arbeits- stätte	je Beschäf- tigten	
	Anzahl	%	Anzahl	%		Mill. DM	%			1000 DM
Deutschland										
52.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	65 719	13,5	820 519	30,1	12,5	252 315	37,6	3 839	308	
52.2 Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen)	55 572	11,4	193 430	7,1	3,5	31 669	4,7	570	164	
52.3 Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	35 361	7,3	228 198	8,4	6,5	56 508	8,4	1 598	248	
52.4 Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	239 705	49,2	1 233 807	45,2	5,1	254 746	37,9	1 063	206	
52.5 Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren (in Verkaufsräumen)	4 938	1,0	9 978	0,4	2,0	1 033	0,2	209	104	
52.6 Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	86 025	17,7	241 380	8,9	2,8	75 280	11,2	875	312	
52 Einzelhandel insgesamt (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)	487 320	100	2 727 312	100	5,6	671 551	100	1 378	246	
Früheres Bundesgebiet										
52.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	51 070	12,7	706 387	29,6	13,8	217 748	36,6	4 264	308	
52.2 Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen)	43 719	10,9	164 479	6,9	3,8	27 301	4,6	624	166	
52.3 Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	30 256	7,5	198 430	8,3	6,6	49 005	8,2	1 620	247	
52.4 Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	200 648	49,9	1 095 610	45,9	5,5	230 293	38,7	1 148	210	
52.5 Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren (in Verkaufsräumen)	4 633	1,2	9 376	0,4	2,0	976	0,2	211	104	
52.6 Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	71 680	17,8	210 893	8,8	2,9	70 403	11,8	982	334	
52 Einzelhandel insgesamt (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)	402 006	100	2 385 175	100	5,9	595 726	100	1 482	250	
Neue Länder und Berlin-Ost										
52.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	14 649	17,2	114 132	33,4	7,8	34 567	45,6	2 360	303	
52.2 Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen)	11 853	13,9	28 951	8,5	2,4	4 368	5,8	369	151	
52.3 Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	5 105	6,0	29 768	8,7	5,8	7 503	9,9	1 470	252	
52.4 Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	39 057	45,8	138 197	40,4	3,5	24 453	32,2	626	177	
52.5 Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren (in Verkaufsräumen)	305	0,4	602	0,2	2,0	57	0,1	187	95	
52.6 Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	14 345	16,8	30 487	8,9	2,1	4 877	6,4	340	160	
52 Einzelhandel insgesamt (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)	85 314	100	342 137	100	4,0	75 825	100	889	222	

¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. — ²⁾ Einschl. Umsatzsteuer; Geschäfts- oder Kalenderjahr 1992.

Der Vergleich zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigt Unterschiede in den Branchenstrukturen. So ist die relative Bedeutung des Lebensmittelhandels im Osten wesentlich höher als im Westen. Auf den Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungsmittel, sowie den Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren zusammen entfielen in den neuen Ländern 46 %, im früheren Bundesgebiet dagegen nur 34 % des jeweiligen gesamten Einzelhandelsumsatzes.

Betriebsgrößen

Im Durchschnitt wurden 1992 im deutschen Einzelhandel je Arbeitsstätte knapp 1,4 Mill. DM umgesetzt. Die Verteilung nach Umsatzgrößenklassen zeigt aber, daß mehr als die Hälfte (56 %) der Arbeitsstätten Umsätze von weniger als 500 000 DM im Jahr erzielten, wenn man einmal die Einheiten ohne volles Geschäftsjahr (Neugründungen) außer Betracht läßt. Bei der Beurteilung dieser Größenordnungen ist zu beachten, daß der in den Umsätzen enthaltene Rohertrag (Umsatz abzüglich Wareneinsatz) wesentlich

niedriger ist. Für den Einzelhandel insgesamt liegt er bei etwa 37 % des Umsatzes. Lediglich 2 % der Arbeitsstätten erreichten Jahresumsätze von 10 Mill. DM und mehr. Auf sie entfielen jedoch rund 40 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Von diesen umsatzstarken Einheiten gehörten allein 55 % zum Einzelhandel mit Waren verschiedener Art.

In den neuen Ländern war der mittlere Umsatz je Arbeitsstätte mit 890 000 DM deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet (1,5 Mill. DM). Hier erzielten drei Viertel aller Arbeitsstätten Umsätze von unter 500 000 DM. Einheiten mit einem Jahresumsatz von mindestens 10 Mill. DM waren zwar zahlenmäßig unbedeutend, vereinigten aber 30 % des Einzelhandelsumsatzes in den neuen Ländern auf sich.

Auch die Verteilung nach Beschäftigtengrößenklassen macht die kleinbetriebliche Struktur im Einzelhandel deutlich. Im Durchschnitt waren je Arbeitsstätte 5,6 Personen (einschl. aller Teilzeitbeschäftigten) tätig. In 90 % aller Arbeitsstätten waren weniger als zehn Mitarbeiter beschäftigt. Nahezu die Hälfte der örtlichen Einheiten wurden so-

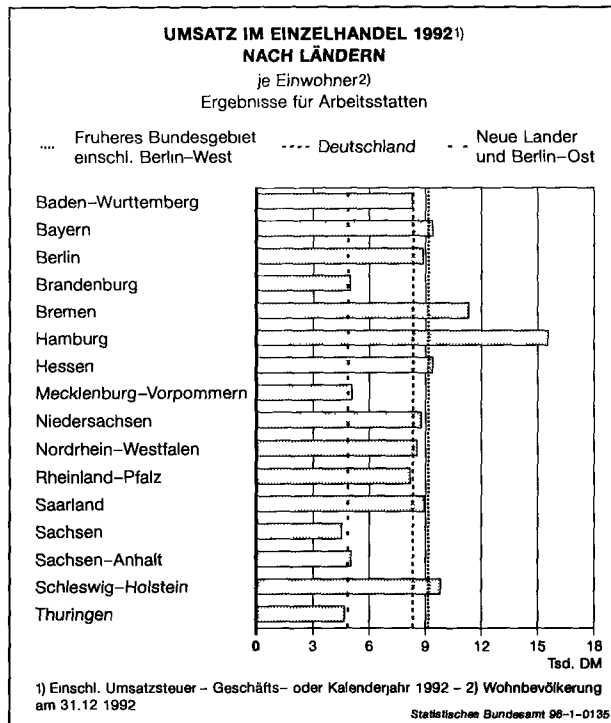
gar nur von einem oder zwei Beschäftigten betrieben. Der Ost-West-Vergleich zeigt auch hier Unterschiede. Während die im westlichen Bundesgebiet ansässigen Einzelhandelsverkaufsstätten im Schnitt 5,9 Personen beschäftigten, lag der Personalbestand in den neuen Ländern nur bei 4 Beschäftigten.

Regionale Verteilung

Besiedlungsdichte, regionale Lage, städtischer oder ländlicher Charakter und flächenmäßige Ausdehnung sind Ursache für die unterschiedliche Struktur des Einzelhandels in den einzelnen Bundesländern. Da sich der Einzelhandel mit seiner Tätigkeit im wesentlichen an die privaten Haushalte wendet, läßt sich der von ihm erzielte Umsatz sinnvoll zur Wohnbevölkerung in Beziehung setzen, also zu der Anzahl der ortsansässigen Verbraucher (siehe Tabelle 2 und Schaubild 1). Auffallend ist, daß der Pro-Kopf-Umsatz in den neuen Ländern nur etwa halb so hoch ist wie im früheren Bundesgebiet. Kaufkraftunterschiede, die sich aus niedrigeren Einkommen und einer höheren Arbeitslosenquote in den neuen Ländern ergeben, sind dafür die Hauptursache. Ein weiterer Grund besteht darin, daß die ostdeutschen Konsumenten ihre Käufe zum Teil in Westdeutschland oder über dort ansässige Versandhandelsunternehmen tätigen. Der Einkaufstourismus in das frühere Bundesgebiet hat allerdings nach der schnellen Anpassung des Warenangebots an den westlichen Standard bei weitem nicht mehr die Bedeutung wie in der Wiedervereinigungsphase 1990/1991. Außerdem fließt Kaufkraft ins benachbarte Ausland (Polen, Tschechien), weil dort verschiedene Waren wesentlich preisgünstiger angeboten werden. Dabei ist natürlich zu beachten, daß umgekehrt auch Ausländerinnen und Ausländer zum Einkauf in die grenznahen Regionen des Bundesgebietes fahren.

Die Dichte des Verkaufstellennetzes, gemessen an der Wohnbevölkerung des jeweiligen Bundeslandes, zeigt ebenfalls Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern auf. Auf jeweils 10 000 Einwohner kamen 1993 in den neuen Ländern 54 Einzel-

Schaubild 1



handelsarbeitsstätten gegenüber 62 im früheren Bundesgebiet. Innerhalb der beiden Gebiete schwankt diese Kennzahl allerdings von Land zu Land nicht unerheblich.

Unter dem Gesichtspunkt der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs interessiert vor allem die Zahl der Geschäfte mit Sortimentsschwerpunkt Lebensmittel. Sie lag in den neuen Ländern je 10 000 Einwohner bei 16,7 und damit immerhin höher als im früheren Bundesgebiet (13,7). Dennoch ist das Angebot an Lebensmittelverkaufsstellen in den neuen Ländern heute wesentlich geringer als zu Zeiten der ehemaligen DDR. Die Versorgung der Bevölkerung erfolgte seinerzeit über ein staatlich organisiertes, flächendeckendes Netz von Kleinverkaufsstätten, so daß auf jeweils 10 000 Einwohner 28,7 Nahrungsmittelgeschäf-

Tabelle 2: Wohnbevölkerung, Arbeitsstätten, Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel nach Ländern

Land	Wohnbevölkerung am 31. 12. 1992	Arbeitsstätten			Beschäftigte			Umsatz 1992 ¹⁾		
		am 30. 4. 1993		je 10 000 Einwohner	am 30. 4. 1993		je 10 000 Einwohner	insgesamt		je Einwohner
		Anzahl	%		Anzahl	%		Mill DM	%	
	1 000									
Baden-Württemberg	10 149	53 688	11,0	53	331 799	12,2	327	84 400	12,6	8 316
Bayern	11 770	78 044	16,0	66	429 140	15,7	365	110 703	16,5	9 406
Berlin	3 486	20 426	4,2	59	116 636	4,3	337	30 870	4,6	8 907
Brandenburg	2 543	13 400	2,7	53	55 734	2,0	219	12 725	1,9	5 004
Bremen	686	4 628	0,9	67	31 450	1,2	458	7 778	1,2	11 338
Hamburg	1 689	11 387	2,3	67	80 374	2,9	476	26 290	3,9	15 565
Hessen	5 923	34 806	7,1	59	213 494	7,8	360	55 731	8,3	9 409
Mecklenburg-Vorpommern	1 865	10 409	2,1	56	42 028	1,5	225	9 480	1,4	5 083
Niedersachsen	7 578	45 991	9,4	61	282 220	10,3	372	66 669	9,9	8 798
Nordrhein-Westfalen	17 679	110 053	22,6	62	640 600	23,5	362	151 629	22,6	8 572
Rheinland-Pfalz	3 881	25 181	5,2	65	138 450	5,1	357	31 811	4,7	8 197
Saarland	1 084	7 983	1,6	74	45 375	1,7	419	9 710	1,4	8 958
Sachsen	4 641	23 776	4,9	51	95 737	3,5	206	21 200	3,2	4 568
Sachsen-Anhalt	2 797	15 135	3,1	54	61 827	2,3	221	14 155	2,1	5 061
Schleswig-Holstein	2 680	16 009	3,3	60	104 040	3,8	388	26 409	3,9	9 854
Thüringen	2 546	16 404	3,4	64	58 408	2,1	229	11 992	1,8	4 710
Deutschland	80 975	487 320	100	60	2 727 312	100	337	671 551	100	8 293
Früheres Bundesgebiet	65 291	402 006	82,5	62	2 385 175	87,5	365	595 726	88,7	9 124
Neue Länder und Berlin-Ost	15 686	85 314	17,5	54	342 137	12,5	218	75 825	11,3	4 834

¹⁾ Einschl. Umsatzsteuer, Geschäfts- oder Kalenderjahr 1992.

te entfielen ³⁾ Viele dieser Kleinbetriebe mußten seither geschlossen werden, da sie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht rentabel zu führen waren

Die Kennzahl „Einzelhandelsumsatz je Einwohner“ ergibt für die Stadtstaaten Bremen und Hamburg deutlich höhere Werte als für die Flächenländer. Hier kommt die für Großstädte typische Versorgungsfunktion gegenüber dem Umland zum Ausdruck. Für Berlin wurde sich ein ähnlicher Effekt zeigen, wenn man allein den Westteil der Stadt betrachtete.

Die Stadtorientierung der Verbraucher wird noch deutlicher, wenn man die Einzelhandelsumsätze getrennt nach kreisfreien Städten und Kreisen zusammenfaßt (siehe Tabelle 3). Während 1992 in den kreisfreien Städten mit 27 Mill. Personen lediglich 34 % der Gesamtbevölkerung wohnten, wurde in diesen Städten mit 300 Mrd. DM 45 % des Gesamtumsatzes im Einzelhandel getätigt. Der Umsatz je Einwohner betrug 11 000 DM und lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (8 300 DM) und dem Durchschnittswert der Kreise (7 000 DM). Waren des täglichen Bedarfs wie etwa Lebensmittel werden erwartungsgemäß eher wohnortnah gekauft. Allerdings zeigt sich auch hier eine, wenn auch schwächer ausgeprägte Verschiebung der Kaufkraftströme zu den städtisch geprägten Regionen. Ein Grund hierfür ist sicherlich, daß berufliche Pendler aus dem Umland der Städte einen Teil ihrer Einkäufe am Ort des Arbeitsplatzes erledigen. Dazu kommt, daß die Verbraucher offenbar bereit sind, auch größere Entfernungen in Kauf zu nehmen, wenn der Einkauf dadurch preisgünstiger wird. Dabei wird, bedingt durch bessere Transportmöglichkeiten und die erhöhte Haltbarkeit vieler Produkte, die Einkaufshäufigkeit verringert.

Tabelle 3: Wohnbevölkerung und Umsatz im Einzelhandel in kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschland

Kreisfreie Städte mit ... bis unter ... Einwohnern Landkreise	Wohnbevölkerung am 31. 12. 1992		Umsatz 1992 ¹⁾			
			Einzelhandel insgesamt		dar: mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren ²⁾	
	1 000	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Kreisfreie Städte unter 100 000	2 664,4	3,3	29 831	4,4	9 319	3,9
100 000 — 500 000	12 114,0	15,0	128 467	19,1	36 987	15,7
500 000 — 1 Mill.	6 147,4	7,6	68 820	10,2	19 712	8,3
1 Mill. und mehr	6 411,2	7,9	73 282	10,9	20 892	8,8
Zusammen	27 336,9	33,8	300 400	44,7	86 910	36,8
Landkreise	53 637,8	66,2	371 151	55,3	149 280	63,2
Insgesamt	80 974,6	100	671 551	100	236 190	100

¹⁾ Einschl. Umsatzsteuer, Geschäfts- oder Kalenderjahr 1992 — ²⁾ Wirtschaftszweige 52.11 und 52.2.

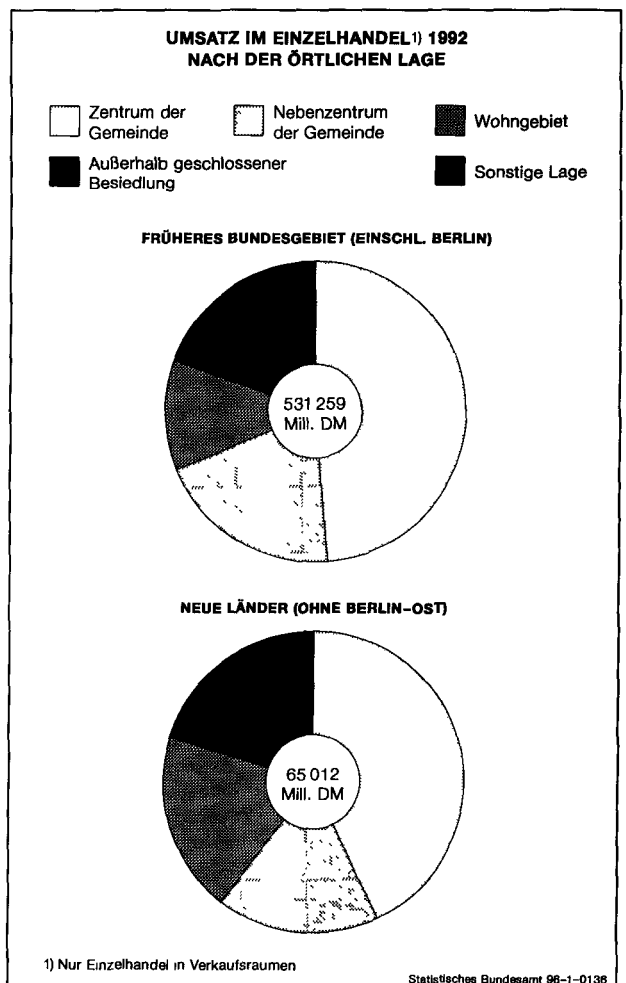
Neben administrativen räumlichen Gliederungen ermöglicht die HGZ 1993 auch Auswertungen nach der „örtlichen Lage“ der Verkaufsstätten. Die Angaben hierzu beruhen auf der Selbsteinstufung der Auskunftspflichtigen anhand von sieben Antwortkategorien. Sie wurden aber nur für

Ladengeschäfte (Einzelhandel in Verkaufsräumen) erhoben. In den zentralen Geschäftslagen (Zentrum bzw. Nebenzentrum der Gemeinde) wurden 68 % des Einzelhandelsumsatzes erwirtschaftet, knapp 30 % davon in Fußgängerzonen. Auf Geschäfte, die in Wohngebieten gelegen waren, entfielen 13 %. Außerhalb geschlossener Besiedlung sowie in sonstigen Lagen wie etwa in Gewerbegebieten oder an Ausfallstraßen wurden 20 % der Umsätze getätigt. Vor allem großflächige Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser, Möbel-, Bau- und andere Fachmärkte bevorzugten diese Geschäftslagen.

In den neuen Ländern war der Umsatzanteil der zentral gelegenen Geschäfte mit 60 % geringer als im Westen (siehe Schaubild 2). Dagegen entfiel auf Wohngebiete ein höherer Anteil (19 %). Außerörtliche oder sonstige Geschäftslagen hatten in beiden Gebietsteilen eine etwa gleich große Bedeutung. Dies ist insofern bemerkenswert, als diese Standorte in der ehemaligen DDR kaum zur Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften genutzt wurden. Begrenzte Verkaufsflächen, der Wunsch der Verbraucher nach mit dem Auto gut zu erreichenden Einkaufsmöglichkeiten sowie zum Teil ungeklärte Eigentumsrechte an den innerstädtischen Immobilien haben offenbar viele Kaufleute veranlaßt, in periphere Geschäftslagen auszuweichen.

Sehr aufschlußreich ist ein Ländervergleich der Unternehmens- und Arbeitsstättenergebnisse (siehe Tabelle 4). Während in den Unternehmenstabellen die regionale Zu-

Schaubild 2



³⁾ Siehe dazu auch die als Arbeitsunterlage des Statistischen Bundesamtes vorliegende Veröffentlichung „Der Einzelhandel in der Bundesrepublik Deutschland — Ein Strukturvergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern“

Tabelle 4 Gegenüberstellung von Ergebnissen aus den Unternehmens- und Arbeitsstättentabellen im Einzelhandel

Land	Unternehmenstabellen ¹⁾						Arbeitsstättentabellen ²⁾					
	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Umsatz		Arbeitsstätten		Beschäftigte		Umsatz	
	am 30.4.1993						am 30.4.1993					
	Anzahl	%	Anzahl	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Mill. DM	%
Baden-Württemberg	59 687	12,1	361 389	12,6	89 084	13,0	53 688	11,0	331 799	12,2	84 400	12,6
Bayern	78 962	16,0	431 152	15,0	104 951	15,3	78 044	16,0	429 140	15,7	110 703	16,5
Berlin	21 137	4,3	105 926	3,7	26 628	3,9	20 426	4,2	116 636	4,3	30 870	4,6
Brandenburg	12 750	2,6	43 137	1,5	8 948	1,3	13 400	2,7	55 734	2,0	12 725	1,9
Bremen	4 319	0,9	22 774	0,8	5 310	0,8	4 628	0,9	31 450	1,2	7 778	1,2
Hamburg	12 046	2,4	80 966	2,8	24 981	3,6	11 387	2,3	80 374	2,9	26 290	3,9
Hessen	39 163	7,9	290 569	10,1	74 741	10,9	34 806	7,1	213 494	7,8	55 731	8,3
Mecklenburg-Vorpommern	9 651	2,0	31 615	1,1	5 768	0,8	10 409	2,1	42 028	1,5	9 480	1,4
Niedersachsen	45 214	9,1	255 066	8,9	57 368	8,4	45 991	9,4	282 220	10,3	66 669	9,9
Nordrhein-Westfalen	112 845	22,8	795 949	27,8	191 283	27,9	110 053	22,6	640 600	23,5	151 629	22,6
Rheinland-Pfalz	23 960	4,8	123 477	4,3	27 766	4,1	25 181	5,2	138 450	5,1	31 811	4,7
Saarland	7 814	1,6	49 324	1,7	10 811	1,6	7 983	1,6	45 375	1,7	9 710	1,4
Sachsen	21 927	4,4	76 194	2,7	14 258	2,1	23 776	4,9	95 737	3,5	21 200	3,2
Sachsen-Anhalt	13 849	2,8	44 624	1,6	8 492	1,2	15 135	3,1	61 827	2,3	14 155	2,1
Schleswig-Holstein	16 290	3,3	105 319	3,7	25 638	3,7	16 009	3,3	104 040	3,8	26 409	3,9
Thüringen	15 255	3,1	48 482	1,7	8 843	1,3	16 404	3,4	58 408	2,1	11 992	1,8
Deutschland	494 869	100	2 865 963	100	684 871	100	487 320	100	2 727 312	100	671 551	100
Fruheres Bundesgebiet einschl. Berlin	421 437	85,2	2 621 911	91,5	638 562	93,2	408 196	83,8	2 413 578	88,5	601 999	89,6
Neue Länder ohne Berlin-Ost	73 432	14,8	244 052	8,5	46 309	6,8	79 124	16,2	313 734	11,5	69 553	10,4

¹⁾ Regionale Zuordnung nach dem Sitz der Unternehmen. — ²⁾ Regionale Zuordnung nach dem Sitz der Arbeitsstätten. — ³⁾ Einschl. Umsatzsteuer; Geschäfts- oder Kalenderjahr 1992

ordnung der Arbeitsstätten sowie ihrer Beschäftigten und Umsätze, unabhängig von ihrem eigenen Standort, nach dem Sitz des Unternehmens erfolgt, ermöglichen die Arbeitsstättentabellen eine gebietscharfe Abgrenzung der Umsätze und Beschäftigten im Einzelhandel.⁴⁾ Eine Gegenüberstellung zeigt demnach einerseits die Arbeitsstätten, Umsätze und Beschäftigten der im jeweiligen Bundesland ansässigen Einzelhandelsunternehmen (Unternehmenstabellen) und andererseits die tatsächlich im Land vorhandenen Einzelhandelsverkaufsstätten sowie die dort beschäftigten Personen und erzielten Umsätze (Arbeitsstättentabellen). Für die neuen Länder insgesamt ergaben sich dabei in der gebietscharfen Abgrenzung der Arbeitsstättenergebnisse deutlich höhere Umsätze und Beschäftigtenzahlen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß ein erheblicher Teil der Einzelhandelsaktivitäten in den neuen Ländern von Niederlassungen westdeutscher Firmen ausgeübt wird. Sie erwirtschafteten allein rund ein Drittel des gesamten Einzelhandelsumsatzes in den neuen Bundesländern und stellten auch mehr als ein Fünftel der Beschäftigten. In einzelnen Branchen war dieser Effekt noch ausgeprägter. So entfielen im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art 50 % des Umsatzes und 38 % der Beschäftigten auf Arbeitsstätten, deren Unternehmenssitz sich im früheren Bundesgebiet befand. Aus wettbewerbspolitischer Sicht dürfte der Marktanteil westdeutscher Einzelhandelsunternehmen in den neuen Ländern sogar noch erheblich größer sein, als es in diesen Ergebnissen zum Ausdruck kommt. Sofern nämlich Niederlassungen westdeutscher Unternehmen in den neuen Ländern als rechtlich selbständige Einheiten operieren, werden sie als Unternehmen den neuen Ländern zugerechnet, obwohl sie unter Leitung einer im früheren Bundesgebiet ansässigen Unternehmenszentrale stehen.

⁴⁾ Da für die Unternehmensergebnisse keine Aufgliederung der Ergebnisse für Berlin nach Ost und West vorgenommen wurde, wird in dieser Tabelle Berlin als Ganzes dem früheren Bundesgebiet zugerechnet. Demzufolge fehlt Berlin-Ost in den Ergebnissen für die neuen Länder

Verkaufsfläche und Bedienungsform

Von den 487 320 Arbeitsstätten im Einzelhandel wurden die weitaus meisten, nämlich 401 287 (82 %) als Ladengeschäft betrieben (Einzelhandel in Verkaufsräumen). Ihr Anteil am gesamten Einzelhandelsumsatz erreichte sogar 89 %. Die Bezeichnung „Ladengeschäft“ ist wiederum ein Sammelbegriff für eine Reihe verschiedenartiger Betriebsformen, die sich durch Größe, Verkaufsstrategie, Sortimentsbreite und -tiefe, örtliche Lage und Rechtsform erheblich voneinander unterscheiden. Die Vielfalt der Ladengeschäfte reicht vom kleinen Einbetriebsunternehmen des Facheinzelhandels mit kostenintensiver Kundenbetreuung über die Filiale des Lebensmitteldiscounters mit reiner Selbstbedienung und das mittelständische Kaufhaus bis zum großen Warenhaus, Fachmarkt oder Verbrauchermarkt. Von den einzelnen Betriebsformen werden zum Teil ganz bestimmte Standorte, zum Beispiel in Wohngebieten, im Stadtkern oder außerhalb von Ortschaften bevorzugt.

Wesentliche Kriterien zur Untergliederung der Ladengeschäfte sind — neben der Branchenzugehörigkeit — Art und Umfang der Bedienung von Kunden sowie die Größe ihrer Verkaufsfläche, die von weniger als 50 m² bis über 30 000 m² reicht. Die Gesamtverkaufsfläche im Einzelhandel betrug 1993 mehr als 87 Mill. m². Das war mehr als beispielsweise die in den Bundesländern Hamburg und Bremen zusammen für Wohnzwecke verfügbare Fläche. Die durchschnittliche Verkaufsfläche je Ladengeschäft lag bei 218 m² (siehe Tabelle 5). Allerdings hatten zwei Drittel aller Ladengeschäfte in Deutschland im Jahr 1993 eine Verkaufsfläche von weniger als 100 m², mehr als die Hälfte davon sogar weniger als 50 m². Der Umsatzanteil dieser kleinen Geschäfte lag bei 22 %. Demgegenüber verfügten nur 10 % der Geschäfte über eine Verkaufsfläche von 400 m² und mehr, die aber 57 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes erwirtschafteten. Auf Grund der unterschiedlichen Warensortimente und Betriebsformen schwankt die Verkaufsfläche von Branche zu Branche zum Teil nicht unerheblich (siehe Schaubild 3 auf S. 162).

Tabelle 5: Ladengeschäfte des Einzelhandels, Beschäftigte, Verkaufsfläche und Umsatz nach Größenklassen der Verkaufsfläche und Bedienungsformen

Ladengeschäfte mit einer Verkaufsfläche von bis unter m ² Bedienungsform	Ladengeschäfte		Beschäftigte		Verkaufsfläche		Umsatz 1992 ¹⁾				Beschäftigte je Arbeitsstätte Anzahl
	am 30.4.1993						insgesamt		je		
	Anzahl	%	Anzahl	%	1000 m ²	%	Mill. DM	%	1000 DM	m ² Verkaufsfläche DM	
Deutschland											
unter 100	265 605	66,2	841 634	33,9	12 221	14,0	132 604	22,2	157,6	10 851	3,2
Selbstbedienung	28 718	7,2	78 941	3,2	1 554	1,8	12 333	2,1	156,2	7 936	2,7
Herkömmliche Bedienung	236 887	59,0	762 693	30,7	10 667	12,2	120 271	20,2	157,7	11 275	3,2
100 — 400	94 728	23,6	565 534	22,8	16 935	19,4	124 663	20,9	220,4	7 361	6,0
Selbstbedienung	31 199	7,8	185 656	7,5	6 477	7,4	49 555	8,3	266,9	7 651	6,0
Herkömmliche Bedienung	63 529	15,8	379 878	15,3	10 458	12,0	75 108	12,6	197,7	7 182	6,0
400 — 1000	27 091	6,8	356 732	14,4	16 367	18,7	117 658	19,7	329,8	7 189	13,2
Selbstbedienung	17 141	4,3	232 606	9,4	10 426	11,9	87 740	14,7	377,2	8 415	13,6
Herkömmliche Bedienung	9 950	2,5	124 126	5,0	5 941	6,8	29 918	5,0	241,0	5 036	12,5
1000 — 3 000	9 870	2,5	291 472	11,7	15 854	18,2	86 258	14,5	295,9	5 441	29,5
Selbstbedienung	5 238	1,3	176 108	7,1	8 461	9,7	55 922	9,4	317,5	6 609	33,6
Herkömmliche Bedienung	4 632	1,2	115 364	4,6	7 393	8,5	30 336	5,1	263,0	4 103	24,9
3 000 und mehr	3 993	1,0	429 738	17,3	25 958	29,7	134 848	22,6	313,8	5 195	107,6
Selbstbedienung	2 286	0,6	282 463	11,4	14 833	17,0	90 041	15,1	318,8	6 070	123,6
Herkömmliche Bedienung	1 707	0,4	147 275	5,9	11 125	12,7	44 807	7,5	304,2	4 028	86,3
Ladengeschäfte insgesamt	401 287	100	2 485 110	100	87 335	100	596 031	100	239,8	6 825	6,2
Selbstbedienung	84 582	21,1	955 774	38,5	41 751	47,8	295 591	49,6	309,3	7 080	11,3
Herkömmliche Bedienung	316 705	78,9	1 529 336	61,5	45 585	52,2	300 440	50,4	196,5	6 591	4,8
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin											
unter 100	215 904	64,5	714 376	32,5	10 106	13,1	112 324	21,2	157,2	11 115	3,3
Selbstbedienung	17 860	5,3	54 282	2,5	985	1,3	8 192	1,5	150,9	8 317	3,0
Herkömmliche Bedienung	198 044	59,1	660 094	30,0	9 121	11,9	104 132	19,6	157,8	11 417	3,3
100 — 400	83 240	24,9	509 187	23,2	14 993	19,5	112 678	21,2	221,3	7 515	6,1
Selbstbedienung	25 550	7,6	157 546	7,2	5 469	7,1	43 023	8,1	273,1	7 867	6,2
Herkömmliche Bedienung	57 690	17,2	351 641	16,0	9 524	12,4	69 655	13,1	198,1	7 314	6,1
400 — 1000	23 458	7,0	316 392	14,4	14 140	18,4	103 631	19,5	327,5	7 329	13,5
Selbstbedienung	14 541	4,3	201 351	9,2	8 823	11,5	75 748	14,3	376,2	8 585	13,8
Herkömmliche Bedienung	8 917	2,7	115 041	5,2	5 317	6,9	27 883	5,3	242,4	5 244	12,9
1000 — 3 000	8 602	2,6	260 069	11,8	13 880	18,0	76 298	14,4	293,4	5 497	30,2
Selbstbedienung	4 447	1,3	151 989	6,9	7 219	9,4	48 104	9,1	316,5	6 664	34,2
Herkömmliche Bedienung	4 155	1,2	108 080	4,9	6 661	8,7	28 194	5,3	260,9	4 233	26,0
3 000 und mehr	3 631	1,1	398 825	18,1	23 796	30,9	126 088	23,7	316,1	5 299	109,8
Selbstbedienung	2 011	0,6	257 999	11,7	13 232	17,2	82 956	15,6	321,5	6 269	128,3
Herkömmliche Bedienung	1 620	0,5	140 826	6,4	10 564	13,7	43 132	8,1	306,3	4 083	86,9
Ladengeschäfte zusammen	334 835	100	2 198 849	100	76 916	100	531 019	100	241,5	6 904	6,6
Selbstbedienung	64 409	19,2	823 167	37,4	35 730	46,5	258 024	48,6	313,5	7 221	12,8
Herkömmliche Bedienung	270 426	80,8	1 375 682	62,6	41 186	53,5	272 995	51,4	198,4	6 628	5,1
Neue Länder ohne Berlin-Ost											
unter 100	49 701	74,8	127 258	44,5	2 115	20,3	20 280	31,2	159,4	9 589	2,6
Selbstbedienung	10 858	16,3	24 659	8,6	569	5,5	4 141	6,4	167,9	7 278	2,3
Herkömmliche Bedienung	38 843	58,5	102 599	35,8	1 546	14,8	16 139	24,8	157,3	10 439	2,6
100 — 400	11 488	17,3	56 347	19,7	1 942	18,6	11 986	18,4	212,7	6 172	4,9
Selbstbedienung	5 649	8,5	28 110	9,8	1 008	9,7	6 532	10,0	232,4	6 480	5,0
Herkömmliche Bedienung	5 839	8,8	28 237	9,9	934	9,0	5 454	8,4	193,2	5 839	4,8
400 — 1000	3 633	5,5	40 340	14,1	2 227	21,4	14 027	21,6	347,7	6 299	11,1
Selbstbedienung	2 600	3,9	31 255	10,9	1 602	15,4	11 991	18,4	383,7	7 485	12,0
Herkömmliche Bedienung	1 033	1,6	9 085	3,2	625	6,0	2 036	3,1	224,1	3 258	8,8
1000 — 3 000	1 268	1,9	31 403	11,0	1 972	18,9	9 960	15,3	317,2	5 051	24,8
Selbstbedienung	791	1,2	24 119	8,4	1 241	11,9	7 818	12,0	324,1	6 300	30,5
Herkömmliche Bedienung	477	0,7	7 284	2,5	731	7,0	2 142	3,3	294,1	2 930	15,3
3 000 und mehr	362	0,5	30 913	10,8	2 163	20,8	8 760	13,5	283,4	4 050	85,4
Selbstbedienung	275	0,4	24 464	8,5	1 601	15,4	7 084	10,9	289,6	4 425	89,0
Herkömmliche Bedienung	87	0,1	6 449	2,3	562	5,4	1 676	2,6	259,9	2 982	74,1
Ladengeschäfte zusammen	66 452	100	286 261	100	10 419	100	65 012	100	227,1	6 240	4,3
Selbstbedienung	20 173	30,4	132 607	46,3	6 021	57,8	37 566	57,8	283,3	6 239	6,6
Herkömmliche Bedienung	46 279	69,6	153 654	53,7	4 399	42,2	27 446	42,2	178,6	6 239	3,3

¹⁾ Einschl. Umsatzsteuer, Geschäfts- oder Kalenderjahr 1992.

Der Vergleich des früheren Bundesgebietes mit den neuen Ländern⁵⁾ läßt beträchtliche Unterschiede in der Größenstruktur der Einzelhandelsgeschäfte erkennen (siehe Schaubild 4 auf S. 162). Die mittlere Verkaufsfläche lag 1993 in den neuen Ländern mit 157 m² erheblich unter dem Niveau des westlichen Bundesgebiets (230 m²). Drei Vier-

tel aller ostdeutschen Geschäfte hatten eine Verkaufsfläche von unter 100 m², im Westen waren es nur 65 %. Dementsprechend war der Umsatzanteil dieser kleinen Einheiten in den neuen Ländern mit 31 % auch wesentlich höher als im früheren Bundesgebiet (21 %). Trotz der vergleichsweise großen Bedeutung kleinflächiger Betriebe in den neuen Ländern darf aber nicht übersehen werden, daß auch dort bereits die Hälfte des Einzelhandelsumsatzes (58 % im früheren Bundesgebiet) von Einheiten mit einer Mindestverkaufsfläche von 400 m² erzielt wurde. Es ist zu erwarten, daß sich ähnlich wie in Westdeutschland eine

⁵⁾ Da in dieser Gliederungstiefe noch keine Trennung der Ergebnisse für Berlin nach Ost und West vorliegt, wurde wie in Tabelle 4 Berlin dem früheren Bundesgebiet zugeschlagen.

Schaubild 3



Entwicklung in Richtung größerer Flächen vollziehen wird. Die 1993 ermittelte Gesamtverkaufsfläche von 10,4 Mill. m² im ostdeutschen Einzelhandel war bereits mehr als doppelt so groß wie in der ehemaligen DDR im Jahr 1988. Die durchschnittliche Ladengröße lag dort damals nur bei 68 m².

Die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen „Umsatz je Beschäftigten“ bzw. „Umsatz je m² Verkaufsfläche“ lassen deutlich erkennen, daß kleinere Läden mit verhältnismäßig

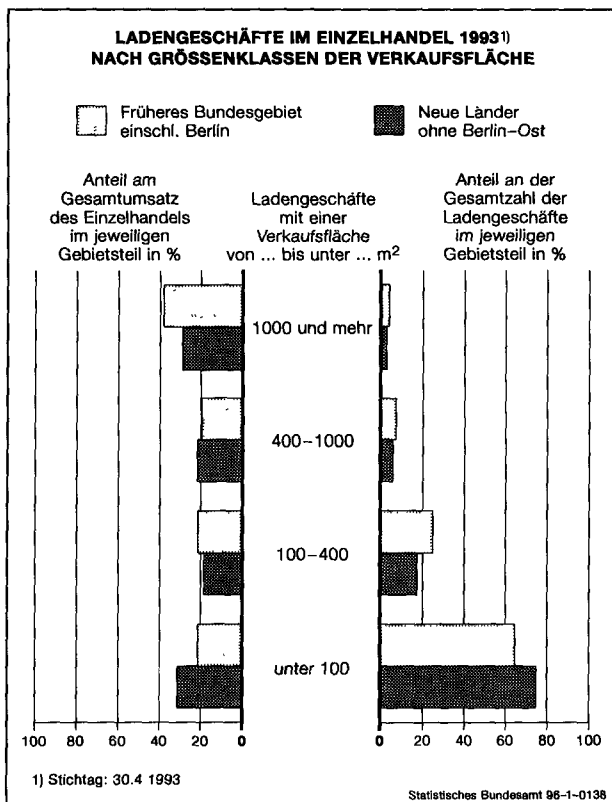
wenig Personal und geringer Verkaufsfläche eine bessere Flächenleistung erzielten als die großen Einheiten. Der Umsatz je Beschäftigten war dagegen vergleichsweise niedrig. Geringere Umschlagshäufigkeit der Waren, mehr Beratung und Bedienung beim Verkauf problematischer, technischer oder auch besonders hochwertiger Güter machen den Warenabsatz in kleineren Geschäften im allgemeinen personalintensiv. Eine größere Verkaufsfläche bietet dagegen die Möglichkeit, Handelsware in Regalen, Ständern oder anderen Auslagen übersichtlich zu präsentieren und den Käufern die Auswahl teilweise oder sogar vollständig selbst zu überlassen. Damit kann die Umsatzleistung je Beschäftigten — unter Inkaufnahme einer geringeren Flächenleistung — gesteigert werden.

Die weitaus meisten Befragten gaben bei der HGZ 1993 an, ihre Waren überwiegend in herkömmlicher Bedienung zu verkaufen. Lediglich in 21 % der Ladengeschäfte überwog die Selbstbedienung. Im nichtspezialisierten Lebensmittelhandel (Wirtschaftsklasse 52.11) hat sich allerdings die Selbstbedienung inzwischen fast vollständig durchgesetzt. Hier wurden 95 % des Branchenumsatzes von SB-Geschäften erwirtschaftet. Im Ost-West-Vergleich zeigen sich signifikante Unterschiede: In den neuen Ländern ist der Anteil der Verkaufsstätten, die „überwiegend Selbstbedienung“ angaben, mit 30 % deutlich höher als im früheren Bundesgebiet (19 %). Ihr Umsatzanteil erreichte im Osten 58 %, im Westen 49 %. Dabei hat die Selbstbedienung in allen Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels in den neuen Ländern größere Bedeutung als im westlichen Bundesgebiet.

Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, daß von den Auskunftspflichtigen nur anzugeben war, ob Selbstbedienung oder herkömmliche Bedienung dominiert. In der Realität sind jedoch vielfach Mischformen anzutreffen. Während zum Beispiel Waren des täglichen Bedarfs im wesentlichen ohne Bedienung verkauft werden, wird bei anderen Waren — bei Bedarf — Beratung durch das Verkaufspersonal angeboten. Hier können wiederum verschiedene Abstufungen im Bedienungsumfang vorkommen, zum Beispiel trifft der Kunde selbst die Auswahl oder Vorauswahl, der Verkaufsvorgang wird aber unter Hinzuziehung des Personals abgeschlossen. Durch die Art der Fragestellung wurden demnach die vielfältigen, in der Realität anzutreffenden Bedienungsarten gemäß der Selbsteinstufung der Befragten auf zwei „Idealtypen“ reduziert. Diese Selbsteinschätzung spiegelt jedoch im allgemeinen nur die eigene Sicht der Befragten wider, die einerseits nicht objektiv meß- und nachvollziehbar sein kann, andererseits auch nicht unbedingt mit der Bewertung aus anderer Sicht, zum Beispiel aus der des Kunden, übereinstimmen muß. Trotz dieser Einschränkungen können die Ergebnisse nach Bedienungsformen aber zumindest grob Aufschluß über branchenspezifische Unterschiede und Entwicklungstendenzen geben.

Die SB-Geschäfte in Deutschland waren mit durchschnittlich 11,3 Beschäftigten, 494 m² Verkaufsfläche und 3,5 Mill. DM Jahresumsatz 1992 wesentlich größer als die Ladengeschäfte mit herkömmlicher Bedienung, die im Mittel nur 4,8 Personen beschäftigten, über eine Verkaufsfläche von 144 m² verfügten und 950 000 DM umsetzten. Die Kennzahl

Schaubild 4



„Umsatz je Beschäftigten“ lag für die SB-Geschäfte bei 309 000 DM, für die übrigen Geschäfte nur bei 197 000 DM. Daraus läßt sich allerdings noch keine Aussage über Unterschiede in der Ertragskraft und Produktivität ableiten, da in der Umsatzleistung je nach Branche, Bedienungsform usw. wegen der verschiedenen hohen Aufwendungen unterschiedliche Vorleistungs- und Ertragsanteile enthalten sind. Auch die Kennzahl „Umsatz je m² Verkaufsfläche“ ergab für SB-Geschäfte mit 7 080 DM einen höheren Wert als in den anderen Geschäften (6 591 DM).

Betriebsformen

Mehr als 90 % der Arbeitsstätten zählten zum stationären, also an feste Standorte gebundenen Einzelhandel. Die weitaus meisten von ihnen waren Ladengeschäfte. Innerhalb dieser Kategorie lassen sich wiederum verschiedene Betriebsformen unterscheiden, die mit Hilfe der Kriterien „Sortiment“, „Bedienungsform“ und „Verkaufsfläche“ wie folgt definiert wurden:

Betriebsform	Sortiment			Bedienungsform	Verkaufsfläche
	Waren verschiedener Art, Haupttrichtung				
	Nahrungsmittel	Nichtnahrungsmittel			
	Umsatzanteil Nahrungsmittel in %				
70 und mehr	35 bis 69	unter 35	überwiegend Selbstbedienung	mindestens m ²	
Supermärkte	x			x	400
Verbrauchermärkte, SB-Warenhäuser		x		x	1 000
Kauf- und Warenhäuser			x		1 000

In der Praxis gibt es allerdings keine einheitlichen Abgrenzungskriterien, so daß die in der Öffentlichkeit kursierenden Zahlen zwangsläufig differieren. Nach den vorliegenden Ergebnissen entfielen auf die unter den Ladengeschäften gesondert aufgeführten Betriebsformen knapp 30 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes, obwohl ihr Anteil an der Gesamtzahl der Einzelhandelsarbeitsstätten unter 4 % lag (siehe Tabelle 6).

Neben den Ladengeschäften zählen zum stationären Einzelhandel auch Kioske, feste Straßenverkaufsstände, der Handel vom Lager und sonstige, örtlich gebundene Betriebsformen (z. B. Automatenverkauf). Der Umsatzanteil des restlichen stationären Einzelhandels war aber mit we-

niger als 5 % vergleichsweise gering. Kaum höher war der Anteil des Versandhandels, der knapp 6 % des Einzelhandelsumsatzes erzielte.

Der ambulante Handel umfaßt bewegliche Verkaufsstände an Straßen und auf Märkten, den Handel über Verkaufswagen (Fahrverkauf) sowie den Hausturverkauf. Er erreichte lediglich 1 % des Einzelhandelsumsatzes. Trotz dieses geringen Anteils darf nicht übersehen werden, daß dieser Betriebsform beim Ausgleich regionaler Versorgungsdefizite — insbesondere in dünnbesiedelten ländlichen Gebieten — eine wichtige Funktion zukommt.

In den neuen Ländern belief sich der Umsatzanteil des stationären Handels sogar auf fast 98 %. Der Versandhandel hat dort keine nennenswerte Bedeutung. Auch das Umsatzgewicht des ambulanten Handels ist mit knapp 2 % gering, jedoch etwas höher als im früheren Bundesgebiet. Der auf Supermärkte, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte sowie Kauf- und Warenhäuser entfallende Umsatzanteil lag wie im Westen bei annähernd 30 %.

Entwicklung im früheren Bundesgebiet seit 1985

Rückvergleiche mit früheren Erhebungen lassen sich auf Grund des unterschiedlichen Gebietsstandes nur für das frühere Bundesgebiet durchführen (siehe Tabelle 7 auf S. 164). Im Vergleich zur vorangegangenen Zählung im Jahr 1985 (Stichtag war damals im Einzelhandel der 29. März 1985) haben dort die Zahl der Arbeitsstätten um 23 000 (+ 6 %) sowie die Zahl der Beschäftigten um 343 000 (+ 17 %) zugenommen. Die überproportionale Zunahme der Beschäftigten ist wesentlich auf den Anstieg bei der Zahl der Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen, die in der HGZ nicht gesondert erhoben wurden und deshalb ungewichtet in die Gesamtzahl der Beschäftigten eingingen. Dies belegen die Ergebnisse der monatlichen Repräsentativerhebungen, nach denen die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) seit 1985 um annähernd die Hälfte gestiegen ist und damit 1993 rund 42 % der Beschäftigten insgesamt ausmachte.

Die Umsätze im westdeutschen Einzelhandel sind zwischen 1984 und 1992 um knapp 190 Mrd. DM (+ 47 %) auf 600 Mrd. DM gestiegen. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 5 %. In dem nominalen Umsatzanstieg seit 1984 schlägt sich allerdings auch die zwischenzeitliche Erhöhung des Preisniveaus nieder, die für den Einzelhandel insgesamt — gemessen am In-

Tabelle 6: Arbeitsstätten, Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel nach Betriebsformen
Deutschland

Betriebsform des Einzelhandels ¹⁾	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Umsatz ²⁾	
	am 30. 4. 1993				1992	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Mill. DM	%
Stationärer Einzelhandel	448 214	92,0	2 597 456	95,2	626 611	93,3
Ladengeschäfte	401 295	82,3	2 485 932	91,1	596 271	88,8
darunter						
Supermärkte und andere SB-Lebensmittelmärkte	16 220	3,3	322 145	11,8	117 169	17,4
SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte	996	0,2	95 631	3,5	35 964	5,4
Kauf- und Warenhäuser	1 191	0,2	178 475	6,5	43 006	6,4
Restlicher stationärer Einzelhandel	46 919	9,6	111 524	4,1	30 340	4,5
Ambulanter Handel	28 675	5,9	63 525	2,3	7 094	1,1
Versandhandel	10 431	2,1	66 331	2,4	37 845	5,6
Einzelhandel insgesamt	487 320	100	2 727 312	100	671 551	100

¹⁾ Ohne Kfz-Handel und Tankstellen — ²⁾ Geschäfts- oder Kalenderjahr 1992; einschl. Umsatzsteuer.

Tabelle 7: Vergleich der Zählungsergebnisse 1993 mit 1985 im Einzelhandel in wirtschaftssystematischer Gliederung
Früheres Bundesgebiet

Wirtschaftszweig ¹⁾	Arbeitsstätten			Beschäftigte					Umsatz ²⁾		
	30 4 1993	29 3 1985	Veränderung 1993 gegenüber 1985	30 4 1993	29 3 1985	Veränderung 1993 gegenüber 1985	je Arbeitsstätte		1992	1984	Veränderung 1992 gegenüber 1984
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		Mill DM		%
52.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	51 070	67 865	- 24,7	706 387	701 225	+ 0,7	13,8	10,3	217 748	169 193	+ 28,7
52.2 Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen)	43 719	39 495	+ 10,7	164 479	123 200	+ 33,5	3,8	3,1	27 301	19 150	+ 42,6
52.3 Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	30 256	27 941	+ 8,3	198 430	151 567	+ 30,9	6,6	5,4	49 005	29 638	+ 65,3
52.4/5 Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen) ³⁾	205 281	181 279	+ 13,2	1 104 986	877 402	+ 25,9	5,4	4,8	231 269	135 343	+ 70,9
52.6 Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	71 680	61 927	+ 15,7	210 893	188 427	+ 11,9	2,9	3,0	70 403	53 184	+ 32,4
52 Einzelhandel insgesamt (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)	402 006	378 507	+ 6,2	2 385 175	2 041 821	+ 16,8	5,9	5,4	595 726	406 508	+ 46,5

¹⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. — ²⁾ Einschl. Umsatzsteuer; Geschäfts- oder Kalenderjahr 1992 bzw. 1984. — ³⁾ Einschl. Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern (in Verkaufsräumen).

der Einzelhandelsverkaufspreise für das frühere Bundesgebiet — knapp 10 % betrug.

Die Vergleichbarkeit von wirtschaftsfachlich tief gegliederten Ergebnissen wird dadurch beeinträchtigt, daß der HGZ 1985 noch die Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, zugrunde lag, die zum Teil nur näherungsweise auf die WZ 1993 umgeschlüsselt werden kann. Schwierigkeiten bereitet hierbei vor allem die Abgrenzung des Einzelhandels in Verkaufsräumen von den übrigen Vertriebsformen, da in der früheren Systematik lediglich nach dem Warensortiment und nicht nach den Absatzwegen unterschieden wurde. Die aus der Gegenüberstellung von Branchenergebnissen resultierenden Veränderungsraten dürfen deshalb nicht als exakte Größen angesehen werden, sie geben aber zumindest Aufschluß über grundlegende Entwicklungslinien.

Während die Zahl der Beschäftigten in nahezu allen Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels im früheren Bundesgebiet deutlich gestiegen ist, hat sich die Zahl der Arbeitsstätten in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich entwickelt. Im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ist der Bestand stark zurückgegangen. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, daß insbesondere viele kleine

Lebensmittelgeschäfte mit breitem Sortiment ihre Geschäftstätigkeit aufgegeben haben. Die durchschnittliche Verkaufsfläche hat nämlich in diesem Bereich (Wirtschaftsklasse 52.11) stark zugenommen. Gestiegen ist dagegen die Zahl der spezialisierten Lebensmittelhändler, die sich damit offenbar gegenüber den Großfilialisten der Lebensmittelbranche behaupten konnten. Stark expandiert hat die Zahl der Verkaufsstätten im sonstigen Facheinzelhandel, wobei sich allerdings auf Grund der außerordentlich heterogenen Zusammensetzung dieser Wirtschaftsgruppe hinter dem Gesamtergebnis sehr unterschiedliche Entwicklungen in den Einzelbranchen verbergen können. Zugenommen hat auch die Zahl der Einzelhändler, die ihre Waren nicht in Verkaufsräumen absetzen. Alles in allem läßt sich feststellen, daß der Rückgang der Zahl der Geschäfte im Lebensmittelhandel durch die Zugänge im Nichtlebensmittelhandel mehr als kompensiert wurde. Damit hat sich ein Trend fortgesetzt, der schon in der ersten Hälfte der achtziger Jahre zu beobachten war.

Alle Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels im früheren Bundesgebiet konnten zwischen 1984 und 1992 erhebliche Umsatzzuwächse verbuchen. Den höchsten Anstieg erzielte der sonstige Facheinzelhandel mit 71 %, während

Tabelle 8: Vergleich der Zählungsergebnisse 1993 mit 1985 im Einzelhandel in wirtschaftssystematischer Gliederung
Früheres Bundesgebiet¹⁾

Wirtschaftszweig ²⁾	Ladengeschäfte			Verkaufsfläche				
	30 4. 1993	29. 3. 1985	Veränderung 1993 gegenüber 1985	30. 4. 1993	29 3. 1985	Veränderung 1993 gegenüber 1985	je Ladengeschäft	
	Anzahl		%	1 000 m ²		%	1993	1985
52.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	51 742	67 865	- 23,8	27 521	23 832	+ 15,5	532	351
52.2 Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen) ³⁾	44 288	39 495	+ 12,1	2 867	2 130	+ 34,6	65	54
52.3 Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	30 737	27 941	+ 10,0	2 880	1 995	+ 44,4	94	71
52.4/5 Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen) ⁴⁾	208 068	181 279	+ 14,8	43 648	31 164	+ 40,1	210	172
52 Einzelhandel insgesamt (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)	334 835	316 580	+ 5,8	76 916	59 119	+ 30,1	230	187

¹⁾ 1985: einschl. Berlin-West; 1993: einschl. Berlin — ²⁾ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. — ³⁾ 1985: einschl. Handel vom Lager (Verkaufsfläche geschätzt). — ⁴⁾ Einschl. Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern (in Verkaufsräumen).

der nicht ladengebundene Einzelhandel trotz der deutlichen Zunahme der Zahl der Einheiten seine Umsätze nur um ein Drittel steigern konnte

Die Verkaufsfläche im westdeutschen Einzelhandel hat seit 1985 um 30 % zugenommen und erreichte damit 1993 ein Gesamtvolumen von 77 Mill. m². Im Durchschnitt je Ladengeschäft bedeutete das einen Anstieg von 187 auf 230 m² (siehe Tabelle 8). Die Verkaufsflächenexpansion war in allen Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels zu beobachten. Im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art war der prozentuale Anstieg der Gesamtverkaufsfläche auf Grund des zahlenmäßigen Rückgangs der Geschäfte am geringsten. Die mittlere Fläche hat dafür in dieser Branche am deutlichsten zugenommen. Da in den zentralen Geschäftslagen der Gemeinden eine Ausweitung der Verkaufsfläche nur noch begrenzt möglich ist, dürfte die Zunahme vor allem auf die Neuerrichtung von Einzelhandelsbetrieben in Wohn- oder Gewerbegebieten sowie außerhalb geschlossener Besiedlung zurückzuführen sein. Auf diese Standorte entfielen 1993 immerhin rund 37 % der Gesamtverkaufsfläche im Einzelhandel.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, daß die Ausdehnung der Verkaufsfläche überzeichnet wird, weil in den Ergebnissen für 1993 Berlin als Ganzes dem früheren Bundesgebiet zugerechnet wurde. Der Ergebnisvergleich ist aber noch aus einem anderen Grund beeinträchtigt: In der HGZ 1985 wurde die Verkaufsfläche bei Ladengeschäften erfaßt, in der HGZ 1993 für den Einzelhandel in Verkaufsräumen (Wirtschaftsgruppen 52.1 bis 52.5). Bei der Umschlüsselung der WZ 1979 auf die WZ 1993 wurden beide Kategorien gleichgesetzt. Tatsächlich ist der Einzelhandel in Verkaufsräumen aber nach den Richtlinien der WZ 1993 weiter gefaßt. In der HGZ 1985 wurden beispielsweise viele Getränkemärkte nicht als Ladengeschäfte eingestuft, sondern dem „Handel vom Lager“ zugerechnet, da sie ihre Waren in lagerhallenähnlichen Räumlichkeiten absetzen. In der HGZ 1993 wurden sie dagegen in der Regel zum Einzelhandel in Verkaufsräumen gezählt und mit ihrer Verkaufsfläche erhoben. Der Handel in Verkaufsräumen im Sinne der WZ 1993 und die von ihm angebotene Verkaufsfläche sind also in den umgeschlüsselten Ergebnissen der HGZ 1985 tendenziell untererfaßt, die Veränderungsraten somit überhöht. Um diesen methodischen Effekt auszuschalten, kann man in beiden Erhebungen für den Lagerhandel die Verkaufsfläche anhand der Angaben zur Geschäftsfläche schätzen und mit der Verkaufsfläche der Ladengeschäfte zusammenfassen. Man kommt dann nur zu einem Verkaufsfächenzuwachs von 24 %.

Der Umsatzanteil der selbstbedienungsorientierten Verkaufsstätten ist zwischen 1984 und 1992 von 43 auf 49 % gestiegen. Hier kommen die Bestrebungen des Einzelhandels zum Ausdruck, den Verkaufsvorgang — vor allem im Bereich der Massendistribution — immer weiter zu rationalisieren.

Dipl.-Handelslehrer Albrecht Krockow

Methodik zur Abgrenzung, Gliederung und Ermittlung der Bildungsausgaben in Deutschland

Vorbemerkung

Der Bildung wird im allgemeinen eine große Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung beigemessen. Für die einen ist Bildung ein „Prozeß der personellen Selbstverwirklichung“ und hat daher einen besonderen emanzipatorischen Charakter.¹⁾ Bildung wird hiernach als Bürgerrecht und als Voraussetzung für die Verwirklichung der Chancengleichheit und die Demokratisierung der Gesellschaft angesehen.²⁾

Die Ökonomen betonen wiederum die wirtschaftliche Bedeutung der Bildung. Für sie ist Bildung eine Investition, die dazu führt, daß sich über die im Bildungswesen vermittelten Kenntnisse, Fertigkeiten sowie kognitiven Fähigkeiten die wertschöpfende Potenz der Menschen erhöht und dies letztendlich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Volkswirtschaften sowie die künftigen Wachstumsprozesse der Volkswirtschaft positiv beeinflusst.³⁾

Aufgrund der großen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bedeutung der Bildung engagiert sich der Staat in einem besonderen Maße auf diesem Gebiet. Die Unterhaltung und Finanzierung von Bildungseinrichtungen und Bildungsmaßnahmen gehört zu den zentralen Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Und die (relative) Höhe der Bildungsausgaben wird schnell zum Gradmesser der Zukunftsvorsorge gemacht. Allerdings sind in Zeiten, in denen die Situation der öffentlichen Haushalte angespannt ist und aufgrund des finanziellen Drucks die Staatsausgaben eingeschränkt werden, auch die Bildungsausgaben aufgrund ihres relativ großen Anteils an den öffentlichen Budgets nicht von einer kritischen Analyse ausgeschlossen.

Die Bedeutung des Bildungsbereichs für den wirtschaftlichen Wachstumsprozeß sowie für den Staatshaushalt haben in den letzten Jahren dazu geführt, daß auf nationaler und internationaler Ebene wieder verstärkt über die Bildungsausgaben diskutiert wird. Internationale Vergleiche der Bildungsausgaben erhalten dabei ein zunehmendes Gewicht. Zu nennen sind insbesondere die Arbeiten auf OECD-Ebene⁴⁾ zu „Education at a Glance“, welches nun-

mehr in der dritten Auflage vorliegt⁵⁾ In der Zwischenzeit haben auch die UNESCO⁶⁾ und das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) das Konzept der OECD übernommen. Ab 1996 führen diese Organisationen gemeinsame Erhebungen bei den Mitgliedstaaten durch.

Insbesondere von den Arbeiten der OECD sind wichtige Impulse für die nationale Berichterstattung über die Bildungsausgaben ausgegangen. Nach den Berechnungen der OECD sind die in den Statistiken nachgewiesenen Bildungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Industriestaaten relativ gering. Um zu klären, ob dies auf eine unvollständige Erfassung der Bildungsausgaben zurückzuführen oder aber das Resultat eines in Deutschland in der Tat geringeren Umfangs finanzieller Ressourcen im Bildungsbereich ist, hat das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie das Statistische Bundesamt beauftragt, die Konzepte und Methoden zur Ermittlung und Darstellung der Bildungsausgaben zu überprüfen und Vorschläge zur Schließung von Datenlücken bzw. zur Vervollständigung des statistischen Instrumentariums zu erarbeiten.

Mit dem Projekt werden im einzelnen folgende Ziele verfolgt:

- Sukzessive Entwicklung einer Gesamtkonzeption zur Erfassung und Darstellung der Bildungsausgaben für die Bundesrepublik Deutschland. Den Ausgangspunkt hierfür bilden die Datenanforderungen der internationalen Organisationen, Bezugsrahmen ist hierbei insbesondere der von der OECD, der UNESCO und Eurostat entwickelte Erhebungsbogen.
- Entwicklung von Definitionen und Abgrenzungen für sämtliche Dimensionen des Untersuchungsgegenstandes auf der Basis der nationalen Statistiken und der Anforderungen von UNESCO/OECD/Eurostat; das heißt gegebenenfalls auch Präzisierung bzw. Modifizierung der zur Zeit angewandten Methoden und Definitionen.
- Weiterentwicklung der Aufbereitungsverfahren der nationalen Statistiken, um die Genauigkeit der für die internationalen Organisationen bereitgestellten Daten zu erhöhen.
- Entwicklung adäquater Schätzverfahren zum Ausfüllen der Datenlücken auf der Basis vorhandener amtlicher und nicht-amtlicher Statistiken sowie gegebenenfalls Vorschläge für die Durchführung von Sondererhebungen.
- Entwicklung adäquater Fortschreibungsverfahren auf der Grundlage zeitnaher finanzstatistischer Daten und der Umfrage der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, um aktuelle Daten für die nationale und internationale Berichterstattung bereitzustellen.

¹⁾ Siehe Köck, P./Ott, H.: „Wörterbuch für Erziehung und Unterricht“, 1989, S. 73

²⁾ Siehe Dahrendorf, R.: „Bildung ist Bürgerrecht“, 1965, S. 23 ff

³⁾ Siehe Maier, H.: „Bildungsökonomie“, 1994, S. 43 f

⁴⁾ OECD — Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

⁵⁾ Siehe OECD „Bildung Kompakt“, 1995

⁶⁾ UNESCO — Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur.

- Entwicklung geeigneter Schatzverfahren zur präzisen Zuordnung der Ausgaben auf die einzelnen Bildungsstufen (z. B. Vorschul-, Primarschul-, Sekundarschul-erziehung usw.) Da die Schulsysteme in den einzelnen Bundesländern recht heterogen sind, müssen zumindest für die Ausgaben der öffentlichen Schulen länderspezifische Verfahren entwickelt werden
- Vergleich der Berechnungsverfahren und der -ergebnisse mit ähnlichen Bildungssystemen anderer Länder (Österreich, Schweiz).

Auf nationaler Ebene befassen sich zur Zeit verschiedene Gremien der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und der Bund-Länder-Kommission verstärkt mit der Analyse der Bildungsausgaben der einzelnen Bundesländer. Ein Ziel dabei ist u. a. die Berechnung finanzstatistischer Kennzahlen für den Bildungsbereich (z. B. der Ausgaben je Schüler in einer Differenzierung nach Schularten).

Um Doppelarbeiten zu vermeiden, die Konzepte und Methoden zu koordinieren und den externen Sachverstand zu nutzen, werden die Projektarbeiten des Statistischen Bundesamtes von einem Beratungsgremium begleitet, dem Vertreter des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, der Unterausschüsse Hochschuldaten und Schuldaten der KMK, der Bund-Länder-Kommission, des Bundesinstituts für Berufsbildung, des Instituts der Deutschen Wirtschaft und des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung angehören.

1 Definitionen und Abgrenzung

1.1 Der Bildungsbegriff

Der diesem Projekt zugrundeliegende Bildungsbegriff orientiert sich an der Definition der International Standard Classification of Education (ISCED)⁷⁾. Danach ist Bildung eine organisierte und dauerhafte Form der Kommunikation, deren konstituierendes Merkmal und wesensimmanentes Anliegen die Realisation von Lernerfolg ist⁸⁾. Als Lernerfolg gilt eine anhaltende Veränderung in bezug auf das Verhalten, die Information, das Wissen, das Verständnis, die Einstellung, die Fertigkeiten und/oder die Fähigkeiten des Menschen, die nicht auf das physische Wachstum oder die Entwicklung vererbter Verhaltensweisen zurückzuführen ist. Der Prozeß der Kommunikation verlangt notwendig nach einer Relation zwischen zwei oder mehreren Individuen und beinhaltet als solcher einen Transfer von Informationen. Die Form der Kommunikation gilt als organisiert, wenn sie einem geplanten Schema mit spezifischen definierten (Lern-)Zielen oder systematischem methodischem Vorgehen entspricht und eine Bildungseinrichtung beinhaltet, die sowohl das äußere Umfeld als auch den eigentlichen Ablauf des Lernprozesses als solchen organisiert und/oder Leh-

rerinnen und Lehrer (hierunter fallen auch ehrenamtlich tätige Personen) beschäftigt, die den Fluß der Kommunikation gezielt begleiten und weiterentwickeln. Dauerhaftigkeit der Kommunikation schließlich setzt ein kontinuierliches Hinarbeiten auf den Lernerfolg voraus.

Diese detaillierte theoretische Abgrenzung ist allerdings nur bedingt operational, weil in vielen Fällen Bildung nur ein Teilaspekt eines komplexen Prozesses ist. Erschwerend kommt hinzu, daß Bildungsmaßnahmen von den unterschiedlichsten Institutionen durchgeführt werden können. Aus diesem Grund kann die Abgrenzung des Bildungsbereichs in der Praxis nur anhand von Konventionen vorgenommen werden. Unstrittig ist, daß Kindergärten und andere vorschulische Einrichtungen, die allgemein- und berufsbildenden Schulen, die Hochschulen und die Weiterbildungseinrichtungen dem Bildungsbereich zuzuordnen sind. Bei anderen Einrichtungen (z. B. Sportschulen, Kinderhorten, Hochschulkliniken) besteht kein allgemeines Einvernehmen. Die in der OECD-Erhebung nachgewiesenen unterschiedlichen Volumina der Bildungsausgaben lassen unterschiedliche Abgrenzungen des Bildungsbereichs vermuten. Es wird deshalb für zweckmäßig gehalten, bei der Abgrenzung des Bildungsbereichs auf eine allgemein anerkannte bereichsübergreifende Systematik zurückzugreifen. Die Abgrenzung orientiert sich in erster Linie an der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1) bzw. an den Dienstleistungen, durch welche die Wirtschaftszweige des Abschnitts M (Abteilung 80) Erziehung und Unterricht dieser Klassifikation beschrieben werden⁹⁾. Diese Parallelität verspricht eine bessere Vergleichbarkeit mit Daten anderer nationaler Fachstatistiken. Da die NACE Rev. 1 für die Gliederung statistischer Daten nach Wirtschaftszweigen in der EU verwendet werden soll¹⁰⁾ und mit der Wirtschaftszweigklassifikation der Vereinten Nationen kompatibel ist, gilt dies in eingeschränktem Umfang auch für internationale Vergleiche.

Zu beachten ist jedoch, daß Unternehmen, örtliche Einheiten usw. nach ihrer Haupttätigkeit zugeordnet werden¹¹⁾, deshalb Bildungsausgaben auch bei anderen Wirtschaftszweigen vorkommen können. Selbst wenn die fachliche Einheit als statistische Einheit angesehen wird, ist die Abgrenzung des Bildungsbereichs nicht überschneidungsfrei. Beispielsweise sind Lehre, Forschung und Krankenbehandlung in Hochschulkliniken „untrennbar“ miteinander verknüpft. Auch die Bereiche Forschung und Lehre in Hochschulen sind aufgrund des Postulats der Einheit von Forschung und Lehre nur mehr oder weniger willkürlich zu trennen. Selbst wenn man sich auf der Ebene der homogenen Produktionseinheit bewegt (Einheit, die durch „eine einheitliche Tätigkeit, nämlich durch Gütereingänge, einen Produktionsprozeß und durch einen Produk-

⁹⁾ Die Dienstleistungen werden definiert in der "Classification of Products by Activity" (CPA). Die CPA ist im Abschnitt M nur unwesentlich tiefer gegliedert als die NACE. Die CPA wurde als Verordnung (EWG) Nr. 3696/93 des Rates vom 29. Oktober 1993 veröffentlicht, eine erneute Publikation mit einigen Änderungen wird zur Zeit vorbereitet.

¹⁰⁾ Siehe Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990.

¹¹⁾ Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1993“, 1994, S. 473.

⁷⁾ Siehe UNESCO "International Standard Classification of Education", 1976, S. 21.

⁸⁾ Siehe OECD "1995 Data Collection on Education Statistics: Definitions, Explanations, and Instructions", 1995, S. 1 ff.

tronsausstoß homogener Güter gekennzeichnet" ist), ist keine vollständig eindeutige Abgrenzung des Bildungsbereichs möglich, da zumindest Bildungstätigkeiten, die ausschließlich internen Zwecken dienen, als Hilfstätigkeiten angesehen werden.¹²⁾

Diese Aspekte werden bei der Abgrenzung des Bildungsbereichs berücksichtigt. In Übersicht 1 ist die für das Projekt „Bildungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland“ vorgesehene Abgrenzung des Bildungsbereichs dargestellt, wobei die Dienstleistungen des Abschnitts M um bildungsrelevante Aktivitäten anderer Bereiche ergänzt werden. Dabei werden ausdrücklich die einbezogenen sowie die nicht einbezogenen¹³⁾ Bildungseinrichtungen/-maßnahmen genannt. Für die Abgrenzung des Bildungsbereichs irrelevant ist, ob es sich um öffentliche oder private Bildungseinrichtungen handelt oder wann und in welcher Form der Unterricht stattfindet. So sind Abendschulen für Erwachsene, Sonderschulen für Behinderte und Fernbildungsstätten ebenso eingeschlossen wie der von Privatlehrern erteilte Einzel- bzw. Nachhilfeunterricht. Entsprechend der NACE Rev. 1 werden Tanzschulen sowie Einrichtungen für den Sport- und Spielunterricht nicht dem Bildungsbereich zugeordnet, weil bei diesen Aktivitäten der „Freizeitcharakter“ überwiegen dürfte. Einbezogen werden sollen aber die Bildungsleistungen der Hochschulkliniken und der Einrichtungen der Jugendarbeit. Ferner sollen die Ausgaben für die Duale Ausbildung in der Wirtschaft und im öffentlichen Bereich sowie die Ausbildung von Beamtenanwärterinnen und -anwärtern im öffentlichen Dienst berücksichtigt werden. In Deutschland nicht zu vernachlässigen sind auch die Ausgaben für die innerbetriebliche berufliche Weiterbildung. Bei der Abgrenzung der Weiterbildung wird der Weiterbildungsbegriff entsprechend dem EG-Aktionsprogramm FORCE verwendet.¹⁴⁾

1.2 Der Ausgabenbegriff

Im Rahmen des Projektes sollen die Bildungsausgaben der gesamten Volkswirtschaft ermittelt werden. Probleme bereitet das sehr heterogene Bildungswesen in Deutschland. Beispielsweise können Bildungseinrichtungen von öffentlichen Trägern (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung), privatgewerblichen Trägern und freien Trägern betrieben werden. Da darüber hinaus der Anteil der von den einzelnen Gruppen erbrachten Bildungsleistungen je nach Bildungsstufe variiert, stellt sich sowohl im Zuge der Berechnung eines Gesamtbudgets Bildung als auch beim Vergleich der Bildungsausgaben der verschiedenen Träger notwendig die Frage nach der Vergleichbarkeit der von den Trägern bereitgestellten Daten. Grund-

sätzlich erfolgt die finanzstatistische Erfassung der Bildungsressourcen entweder auf der Basis des kameralistischen (überwiegend im öffentlichen Sektor bzw. bei Organisationen ohne Erwerbszweck) oder des kaufmännischen Rechnungssystems (im Wirtschaftssektor, im Staatssektor in der Regel bei aus den Kernhaushalten ausgegliederten Bereichen, z. B. einzelnen Hochschulkliniken).¹⁵⁾ Das bedeutet, daß im kameralistischen Bereich Ausgaben und Einnahmen erfaßt werden, während im kaufmännischen Rechnungswesen Aufwendungen bzw. Kosten nachgewiesen werden. Zwischen den nach kaufmännischen und den nach kameralistischen Konzepten für eine bestimmte Rechnungsperiode ermittelten monetären Größen können jedoch beträchtliche methodisch bedingte Unterschiede bestehen.¹⁶⁾ So werden bei den Bildungsausgaben des Staates Ausgaben für die Errichtung von Schulgebäuden im vollen Umfang in die Ausgaben der Rechnungsperiode einbezogen, bei den kaufmännisch buchenden Einrichtungen aber nur in Höhe der Abschreibungen. Fremdkapitalzinsen sind in den Aufwendungen enthalten, während in der kameralistischen Buchführung weder Zins- noch Tilgungszahlungen in die Ausgaben für den Aufgabenbereich Bildung einbezogen werden.

Da der überwiegende Teil der Bildungsausgaben von öffentlichen Haushalten geleistet wird, lehnt sich der diesem Projekt zugrunde gelegte Ausgabenbegriff eng an die kameralistischen Prinzipien der öffentlichen Haushaltswirtschaft an. Zu den Bildungsausgaben rechnen im einzelnen Personalausgaben, Sachausgaben sowie die Ausgaben für Baumaßnahmen und andere Investitionsgüter. Unberücksichtigt bleiben Zins- und Tilgungsausgaben. Werden Einrichtungen kaufmännische Rechnungssysteme an, weisen also Aufwand bzw. Kosten nach, so sind Abschreibungen, Finanzierungsaufwendungen und kalkulatorische Kosten (z. B. kalkulatorische Eigenkapitalzinsen, kalkulatorische Mieten) zu eliminieren. Ausgaben für Investitionen sollen entsprechend den tatsächlichen Ausgaben der jeweiligen Rechnungsperiode zugerechnet werden (Bruttozugänge der Anlagegüter).¹⁷⁾ Diese Beispiele machen deutlich, daß die verwendete Ausgaben definition schon bei der Erfassung der monetären Daten zu berücksichtigen ist.

1.3 Ausgaben für den Bildungsprozeß und Ausgaben für den Lebensunterhalt der Bildungsteilnehmenden

Die Bildungssysteme der Mitgliedstaaten der OECD sind sehr unterschiedlich. Während in Deutschland der Halb-

¹²⁾ Siehe Fußnote 11, S. 482 ff.

¹³⁾ Die praktische Abgrenzung im Einzelfall orientiert sich nicht ausschließlich an den Aktivitäten, sondern auch an den durchführenden Institutionen. Wird eine spezifische Maßnahme von einer Einrichtung durchgeführt, die nicht zum „traditionellen Bildungssystem“ zählt, wird sie im weiteren aus der Betrachtung ausgeschlossen. Inhaltlich ähnliche, jedoch von traditionellen Bildungseinrichtungen wie z. B. einer Volkshochschule, durchgeführte Programme hingegen werden dem Bildungsbereich zugerechnet und als solche im Rahmen des Projektes explizit berücksichtigt.

¹⁴⁾ Siehe Schmidt, B./Hogreve, H. „Erhebung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen im Rahmen des EG-Aktionsprogramms FORCE“ in WiSta 4/1994, S. 247 ff.

¹⁵⁾ Eine simultane Ermittlung der Daten beider Rechnungssysteme findet nur in Einzelfällen statt. So z. B. im Rahmen sogenannter Experimentierklauseln, die den Kommunen in bestimmten Bundesländern neben dem weiterhin zwingenden kameralistischen Haushaltsabschluß die Erprobung einer Umstellung ihres Budgets auf die kaufmännische Rechnung gestatten, oder aber der Krankenhausstatistik, die die Erfragung der Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen auf der Grundlage der kaufmännischen Buchführung zuläßt. Im Bildungsbereich findet die simultane Rechnungslegung keine Anwendung.

¹⁶⁾ Siehe Sturm, R. „Neufassung der statistischen Berichterstattung über die öffentlichen Finanzen bei zunehmender Anwendung kaufmännischer Rechnungssysteme“, 1995, sowie Baetge, J. „Bilanzen“, 1994, S. 1 ff.

¹⁷⁾ Die Abgrenzung der Ausgaben lehnt sich an die im Rahmen der Forschungsstatistiken entwickelten Grundsätze an. Siehe hierzu OECD „Frascati Manual 1993“, 1994, S. 91 ff.

Übersicht 1: Der Bildungsbereich in der Projektabgrenzung

NACE-Code	Bezeichnung	Erläuterung	ISCED-Code	Bemerkungen
80	Erziehung und Unterricht ¹⁾ (NACE-Kernbereich)			
80 10	1) Kindergarten	Einrichtungen, in denen Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt ganztägig während der üblichen Arbeits- und Geschäftszeit oder nur für einen Teil des Tages betreut werden	0	Kinderkrippen, private Spielkreise sind nicht enthalten
80.10	2) Kinderhorte	Einrichtungen, in denen Kinder, die eine Schule besuchen, außerhalb der Unterrichtszeit regelmäßig während der üblichen Arbeits- und Geschäftszeit betreut werden	nn	Aufgrund des Betreuungscharakters vorerst nicht einbezogen
80 10	3) Vor- und Grundschulen	Allgemeinbildende Schulen im Primärbereich 3.1) Grundschulen mit Vorklassen, Schulkindergarten 3.2) Reine Grundschule 3.3) Grundschulen mit Hauptschulklassen/Orientierungsstufe	0/1 1 1/2	Sonderschulen, Ganztagschulen und Internatsschulen werden den jeweiligen Schularten zugeordnet
80 21	4) Allgemeinbildende weiterführende Schulen	4.1) Unterricht in allgemeinbildenden Schulen im ersten Zyklus des Sekundarbereichs, zum Beispiel Hauptschule, Realschule, Gesamtschule ohne Oberstufe 4.2) Unterricht in allgemeinbildenden Schulen im zweiten Zyklus des Sekundarbereichs, zum Beispiel Oberstufengymnasien 4.3) Allgemeinbildende weiterführende Schulen, die beide Zyklen umfassen, zum Beispiel Gymnasien, Gesamtschulen mit Oberstufe.	2 3 (1)/2/3	
80.22	5) Berufsbildende weiterführende Schulen	Stufe unterhalb der Hochschulebene. Schwerpunkt bildet eine fachbezogene Ausbildung. 5.1) Berufsbildende weiterführende Schule, zum Beispiel Berufsschule, Fachoberschule, Berufsbildendes Gymnasium, Berufsaufbauschule 5.2) Verwaltungsfachschulen für den öffentlichen Dienst 5.3) Fachschulen des Gesundheitswesens 5.4) Land- und Forstwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalten 5.5) Andere Fachschulen 5.6) Fach- und Berufsakademien	3 5 5 5 (3) 5 5	1) Weiterbildungseinrichtungen sind in 80.42 enthalten 2) Fachschulen für den öffentlichen Bereich werden häufig als unselbständige Einrichtungen geführt 3) FuE-Tätigkeiten der Lehr- und Versuchsanstalten werden in die Bildungsausgaben einbezogen.
80 3	6) Hochschulen	Erster und zweiter Zyklus im Postsekundarbereich, u. a. Universitäten, Kunsthochschulen, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen	6/7	In die Bildungsausgaben des Hochschulsektors werden auch die FuE-Ausgaben einbezogen Ausgaben für Nicht-LuF-Leistungen sind zu eliminieren.
80 41	7) Fahrschulen	Krafffahr-, Bootsführer-, Flug-, Segel- u. ä. Schulen	nn	
80.42	8) Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht a.n.g.	8.1) Allgemein- und berufsbildender Unterricht an Abendschulen (einschl. Fernunterricht) 8.2) Berufliche Weiterbildung, zum Beispiel PC-Unterricht, Schweißunterricht, Lehrerfortbildung 8.3) Andere allgemeine und politische Erwachsenenbildung, zum Beispiel Sprach-, Musikunterricht, Kurse der Gesundheits- und Umwelterziehung, allgemeine Frauen- und politische Bildung 8.4) Einrichtungen der politischen Bildung, zum Beispiel Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung 8.5) Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendbildung 8.6) Nachhilfeunterricht durch Privatlehrer, Nachhilfeinstitute, Hausaufgabenbetreuungsorganisationen.	1-7	Nicht zum Bildungsbereich zählen. - Sport-, Spiel-, Tanzunterricht durch Sportschulen und dergleichen - Religiöse Unterweisung durch Religionsgemeinschaften - Bildungsreisen allgemeiner Art 1) Schulungsheime, die keine oder nur unwesentliche selbständige Bildungsarbeit leisten, werden dem Beherbergungsgewerbe zugeordnet 2) Alle Bildungsmaßnahmen, die von Volkshochschulen, Jugendbildungseinrichtungen und dergleichen durchgeführt werden, sind dem Bildungsbereich zuzuordnen (auch Sport-, Spiel- und Tanzkurse).
Bildungstätigkeiten außerhalb des NACE-Kernbereichs 80				
aus. 85 32	9) Jugendarbeit	Einrichtungen der Jugendarbeit, zum Beispiel Jugendzentren, -tagesstätten.	nn	
aus: 85.11	10) Hochschulkliniken	Lehr- und Forschungstätigkeiten in Hochschulkliniken.	6/7	Krankenbehandlung in Hochschulkliniken ist auszuschließen
aus: 92 5	11) Bibliotheken, Archive, Museen, zoologische und botanische Gärten	Bildungsarbeit mit Besuchenden durch pädagogische Fachkräfte und dergleichen sowie die Einrichtungen in ihrer Eigenschaft als Serviceeinrichtungen für den Bildungsbereich.	nn	
aus: 75.1	12) Bildungsarbeit der Gebietskörperschaften und dergleichen	- Unterrichtsverwaltung - Verkehrsunterricht durch die Polizei - Bildungsveranstaltungen durch Umweltämter und dergleichen.	nn	Informationsarbeit allgemeiner Art ist auszuschließen
aus. 91	13) Bildungsarbeit der Interessenvertretungen	- Mitarbeit der Kammern, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften bei der beruflichen Bildung - von den Interessenvertretungen durchgeführte Bildungsveranstaltungen allgemeiner oder berufsbildender Art - Bildungsarbeit der Naturschutzverbände und Wohlfahrtsverbände, zum Beispiel Kirchen, Deutsches Rotes Kreuz.	3 nn nn	Informationsarbeit allgemeiner Art ist auszuschließen.
aus 01-99	14) Betriebliche Aus- und Weiterbildung	14.1) Ausbildung - Betriebliche Ausbildung im Rahmen der dualen Bildung - Ausbildung von Beamtenanwärtern/-anwärterinnen im öffentlichen Dienst 14.2) Weiterbildung Berufliche Weiterbildung ist Erwachsenenbildung mit dem Ziel, eine (im Gegensatz zur beruflichen Erstausbildung) bereits erworbene Qualifikation zu erhalten oder zu verbessern. Sie umfaßt die sowohl eher klassischen Maßnahmen in Form von Lehrveranstaltungen (Lehrgänge, Kurse, Seminare usw.), das Lernen in der Arbeitssituation (z. B. Trainee-Programme) als auch andere Formen der Weiterbildung, zum Beispiel Austauschprogramme mit anderen Unternehmen ¹⁾	3 3/5/6/7 3/5/6/7	Schulische Ausbildung im Rahmen der dualen Ausbildung bzw. externer Weiterbildung sind bereits im Kernbereich enthalten.

¹⁾ Diese Abgrenzung des Weiterbildungsbegriffs folgt dem deutschen Teil der Weiterbildungserhebung im Rahmen des FORCE-Programms, die eine künftige europäische Weiterbildungsstatistik liefern und u. a. Aufschluß geben soll über die Zahl der Teilnehmenden und die Dauer der Teilnahme sowie die Kosten der Weiterbildung. — nn: Aufteilung nicht festgelegt bzw. nicht auf einzelne Stufen aufteilbar. Gegebenenfalls ist eine internationale Konvention über einen Ausschluß oder eine Einbeziehung erforderlich.

tagsunterricht überwiegt, ist in Frankreich eine Ganztagsbetreuung üblich. Das bedeutet, daß in Deutschland die Schülerinnen und Schüler in der Regel von ihrer Familie verpflegt werden, während in Frankreich durch die Bildungseinrichtung spezifische Verpflegungs- und Betreuungsleistungen erbracht werden. Aber auch in Deutschland gibt es Bildungseinrichtungen mit angeschlossenen Internaten. Außerdem ist es im Wirtschaftssektor üblich, in die Kosten der dualen Ausbildung die Vergütungen der Auszubildenden und in die Weiterbildungskosten die Personalaufwendungen für die Teilnehmenden an der Weiterbildungsmaßnahme einzubeziehen. Um eine verbesserte Vergleichbarkeit zu erzielen, wird im Rahmen des Projektes zwischen den Ausgaben für den Bildungsprozeß einerseits und den Ausgaben für den Lebensunterhalt andererseits unterschieden.

Die Ausgaben für den Bildungsprozeß (Bildungsausgaben 1. Grades) stellen die Hauptkomponente dar. Ihre quantitativ bedeutsamsten Bestandteile sind die Ausgaben der Bildungseinrichtungen für das Lehrpersonal, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Unterhaltung der Bildungseinrichtungen sowie die Ausgaben für Schulgebäude und andere Investitionsgüter.

Je nach Ausgestaltung der Bildungsverantwortung bzw. -kompetenz sind — in zum Teil nicht unerheblichem Maße — weitere Ausgaben für den Bildungsprozeß zu verzeichnen, die theoretisch von Einheiten sämtlicher anderer Sektoren getätigt werden können. Stellen beispielsweise, wie in aller Regel der Fall, die Bildungseinrichtungen die notwendigen Mittel nicht oder nicht in vollem Umfang bereit, sind die subsidiär von den Bildungsteilnehmenden oder anderen Einrichtungen geleisteten Ausgaben/Aufwendungen den Bildungsausgaben erster Ordnung zuzurechnen. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um die von den Lernenden zu Zwecken der Vorbereitung, dem Verfolgen und der Nachbereitung des besuchten Unterrichts geleisteten Ausgaben, wie zum Beispiel zur Anschaffung von Taschenrechnern, Büchern, Schreibwaren usw. Ob und inwiefern Bildungsteilnehmende die zur Realisation des Lernerfolgs erforderlichen Ausgaben selbst zu leisten haben, ist je nach Bildungseinrichtung und Bundesland verschieden. So ist zum Beispiel ein Anspruch auf Lehrbücher nur in bestimmten Einrichtungen und Bundesländern gegeben. Die Erfassung muß diesen Abweichungen explizit Rechnung tragen. Ebenfalls einzubeziehen sind die von Elternvereinen, Unternehmen oder anderen Organisationen für den Bildungsprozeß geleisteten Ausgaben (z. B. Kauf von Schulbüchern, Computerspenden).

Nicht einzubeziehen sind zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des geleisteten Unterrichts getätigte Ausgaben der Lehrenden (z. B. zur Anschaffung von Computern, Fotokopiergeräten, Lehrbüchern, Schreibutensilien usw.). Im Rahmen des Projektes wird davon ausgegangen, daß Teile der Lehrervergütungen explizit derartigen Zwecken zugedacht sind. Die entsprechenden Ausgaben sind in den Ausgaben der Bildungseinrichtungen enthalten und daher nicht isoliert als solche zu erfassen.

Die Teilnahme am Bildungsprozeß ist nur dann möglich, wenn die Grundbedürfnisse der Lernenden befriedigt werden. Die Ausgaben für den Lebensunterhalt der Bildungsteilnehmenden (Bildungsausgaben 2. Grades) sind daher eine zwingende Voraussetzung für die Partizipation am Bildungsprozeß. Sie umfassen in erster Linie die Ausgaben für die Ernährung, für Wohnraum und Bekleidung sowie zur Befriedigung kultureller und/oder freizeitbezogener Bedürfnisse.¹⁸⁾ Bei Schülerinnen und Schülern werden die Ausgaben für die Lebenshaltung üblicherweise von den Eltern getragen. Bei Ganztagschulen werden aber auch Verpflegungs- und Betreuungsleistungen von der Bildungseinrichtung erbracht und sind in deren Ausgaben enthalten. Bei Internaten wiederum werden die Ausgaben für die gesamte Verpflegung und die Unterbringung von den Einrichtungen getätigt. Des Weiteren umfassen die Ausgaben für den Lebensunterhalt der Bildungsteilnehmenden die Ausgaben für die zum Beispiel im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen häufig in Anspruch genommene auswärtige Unterbringung und Verpflegung sowie die Übernahme von Fahrtkosten. Schließlich werden auch Stipendien, Förderdarlehen u. ä. Zuschüsse (z. B. an Studierende, Doktorandinnen/Doktoranden) sowie Vergütungen für Teilnehmende an Maßnahmen der betrieblichen Weiterbildung zu den Ausgaben zweiten Grades gerechnet.

Die Erfassung und Bewertung der Ausgaben für den Lebensunterhalt wirft eine Reihe von praktischen und methodischen Problemen auf. So ist beispielsweise der Schulbesuch für Kinder in unserem Gesellschaftssystem ein integraler Bestandteil des Sozialisationsprozesses. Aufgrund der rechtlichen Bedingungen ist ihnen auch eine Arbeitstätigkeit untersagt. Außerdem wirtschaften Kinder nicht selbständig und leben in der Regel in den Haushalten ihrer Eltern. Üblicherweise gehen die Kinder mindestens zehn Jahre zur Schule, erst danach haben sie grundsätzlich die Wahlmöglichkeit zwischen Schulbesuch und Arbeitstätigkeit. Aus diesen Gründen sollen im Rahmen dieses Projektes die Ausgaben für den Lebensunterhalt von Schülerinnen und Schülern bis zum 16. Lebensjahr (10. Schuljahr) nicht berücksichtigt werden.

In einigen Bereichen ist die Ausbildung untrennbar mit einer Produktionstätigkeit verbunden (z. B. bei Auszubildenden, Beamtenanwärtern/-anwärterinnen im öffentlichen Dienst). Deshalb erhalten sie eine Vergütung. Da die Ausgaben für den Lebensunterhalt eng korreliert sind mit den Einkünften, sollen im Rahmen dieses Projektes grundsätzlich die gezahlten Ausbildungs- bzw. Anwärtervergütungen bzw. Löhne und Gehälter der an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Personen als Ausgaben für den Lebensunterhalt angesehen werden. Bei Bildungsteilnehmenden, deren Bildungsprozeß nicht mit einer Produktionstätigkeit verknüpft ist, sollten die „durchschnittlichen“ Lebenshaltungsausgaben angesetzt werden. Eine

¹⁸⁾ Die grundsätzliche Erfassung der Ausgaben für den Lebensunterhalt entspricht nicht dem Ausgabenverständnis der OECD. Allerdings werden im Rahmen des OECD-Fragebogens Finance 1 Stipendien des öffentlichen und des privaten Sektors, Förderdarlehen und sonstige Zuschüsse, die nicht in erster Linie oder ausschließlich zum Bestreiten der Studiengebühren sondern vielmehr der Subventionierung der Lebenshaltungskosten dienen, den Bildungsausgaben zugerechnet.

Bewertung mit Opportunitätskosten (entgangenen Verdiensten) ist nicht praktikabel.

Da die Trennung der Ausgaben für den Bildungsprozeß von den Ausgaben für den Lebensunterhalt im Einzelfall eine Reihe systematischer Probleme aufwirft¹⁹⁾, ist vorgesehen, die Zuordnung an der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte zu orientieren.²⁰⁾

1.4 Konzepte für die Darstellung der Bildungsausgaben

Die Analyse der Bildungsausgaben kann aus zwei verschiedenen Blickwinkeln erfolgen:

- Wer erbringt das Bildungsangebot und leistet die Ausgaben hierfür (Durchführungskonzept) bzw.
- wer finanziert die Bildungsausgaben (Finanzierungskonzept)?

Die Ausgaben nach dem Durchführungskonzept werden benötigt, wenn in Verbindung mit nichtmonetären Daten (z. B. Zahl der Absolventinnen/Absolventen, Zahl der Studierenden) die effiziente Mittelverwendung bzw. die Ausgaben verschiedener Bildungsgänge miteinander verglichen werden sollen. Angaben nach dem Finanzierungskonzept geben insbesondere Aufschluß über die Verteilung der finanziellen Lasten zwischen dem öffentlichen und privaten Bereich einerseits und zwischen den verschiedenen Ebenen des öffentlichen Bereichs (Bund, Länder und Gemeinden) andererseits.

Im Rahmen des Projektes werden die Bildungsausgaben sowohl nach dem Durchführungskonzept (Schwerpunkt der Arbeit) als auch nach dem Finanzierungskonzept ermittelt. Beide Konzepte sind statistisch-technisch miteinander verbunden. Eine eindeutige Zuordnung zum Durchführungs- oder zum Finanzierungskonzept kann im Einzelfall Probleme bereiten; schließlich kennt das Bildungswesen in Deutschland Gebietskörperschaften und andere Institutionen, die zugleich eigene Bildungsmaßnahmen durchführen und sich auch an der Finanzierung externer Maßnahmen beteiligen.

1.4.1 Die Bildungsausgaben nach dem Durchführungskonzept

Das Hauptanliegen des Durchführungskonzeptes ist die Ermittlung der Ausgaben, die eine Bildungseinrichtung für die eigens durchgeführten Bildungsmaßnahmen geleistet hat. Eine Erfassung und Abgrenzung der betreffenden Ausgaben muß hierbei streng an „durchgeführte“ Bildungsmaßnahmen in der eigenen Einrichtung ausgerichtet werden. Von immanenter Bedeutung ist mithin die Frage, wer die Bildungsmaßnahme durchführt bzw. in wessen Trägerschaft die durchführende Einrichtung ist. Für den Bildungsbereich kennzeichnend ist,

¹⁹⁾ So ist nicht eindeutig klar, ob die Beschaffung eines Computers eine Ausgabe für den Lebensunterhalt, zur Befriedigung eines Freizeitbedürfnisses, oder eine Ausgabe für den Bildungsprozeß ist

²⁰⁾ Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte“, 1983

daß nicht alle für den Bildungsprozeß getätigten Ausgaben von der Bildungseinrichtung geleistet werden müssen. So ist es üblich, daß die Bildungsteilnehmenden einen Teil der Lernmittel selbst beschaffen. Gebietskörperschaften können unter Umständen Privatschulen Sachleistungen (z. B. Gebäude, Lehrpersonal) unentgeltlich zur Verfügung stellen, während Elternvereine und Unternehmen häufiger Sachmittel (z. B. Computer) den Schulen für den Unterricht kostenlos überlassen. Alle für den Bildungsprozeß getätigten Ausgaben sind im Rahmen des Durchführungskonzeptes einzubeziehen.

Die Durchführungsbetrachtung verlangt demnach Informationen über folgende Ausgaben:

- Unmittelbare Ausgaben der Bildungseinrichtungen für den Bildungsprozeß,
- Ausgaben der Bildungsteilnehmenden für den Bildungsprozeß (ohne Teilnahmegebühren u. a. Transfers),
- Sachleistungen anderer Einrichtungen bzw. Sektoren für die Bildungseinrichtung.

Bei Betrachtungen, für welche auch die Ausgaben für den Lebensunterhalt der Bildungsteilnehmenden relevant sind, müssen diese noch den obigen Ausgaben für den Bildungsprozeß zugeschlagen werden.

1.4.2 Die Bildungsausgaben nach dem Finanzierungskonzept

Nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten und Datenlage kann die Erfassung der Bildungsausgaben nach dem Finanzierungskonzept auf zwei Arten erfolgen: Einerseits können die Einrichtungen, die Bildungsmaßnahmen durchführen, und die teilnehmenden Personen nach den Quellen der für die Finanzierung der Bildungsausgaben verwandten Mittel befragt werden.²¹⁾ Andererseits können die finanzierenden Organisationen oder Personen angehalten werden, Angaben zu den von ihnen für die Durchführung interner und externer Maßnahmen bereitgestellten Mitteln zu machen. Im Gegensatz zur Durchführungsbetrachtung ist die ausschließliche Erfassung der Ausgaben für Bildungszwecke für das Finanzierungskonzept nicht ausreichend, denn viele Einrichtungen erzielen auch Einnahmen bzw. Erträge. Des weiteren sind Zahlungsverflechtungen sowohl zwischen den einzelnen Sektoren als auch innerhalb dieser (z. B. zwischen einzelnen Unternehmen oder zwischen einzelnen öffentlichen Haushalten) zu berücksichtigen. Die Finanzierungsbetrachtung verlangt dementsprechend für alle Bildungseinrichtungen nach folgenden Informationen:

- Ausgaben/Aufwendungen für die von der betreffenden Einrichtung selbst durchgeführten Bildungsmaßnahmen,

²¹⁾ Da zahlreiche Einrichtungen nicht selbst Bildungsmaßnahmen durchführen, sondern ausschließlich eine Funktion bei der Finanzierung von Maßnahmen wahrnehmen (z. B. Entsendung der Mitarbeiter/-innen eines Unternehmens auf von Dritten durchgeführte Lehrgänge), ist allerdings die alleinige Aggregation der Finanzierungsbeiträge der unmittelbar aktiven, durchführenden Einrichtungen (als Träger der Bildungsleistung) zum sektorellen und/oder totalen Beitrag unzureichend. Vielmehr müssen auch die Finanzierungsbeiträge der ausschließlich mittelbar aktiven, finanzierenden Einrichtungen (als Träger der Bildungsfinanzierung) explizit in das Kalkül eingehen

- Ausgaben an Dritte für extern durchgeführte Bildungsmaßnahmen (z.B. Zahlungen an akademische Lehrkrankenhäuser für die Ausbildung von Medizinstudenten und -studentinnen),
- Einnahmen für intern und extern durchgeführte Bildungsmaßnahmen (z.B. Teilnahmegebühren, Spenden, Zuschüsse vom öffentlichen oder privaten Bereich)

Der Finanzierungsbeitrag einer Einrichtung ergibt sich durch Subtraktion der erzielten Einnahmen von den gesamten Bildungsausgaben der betreffenden Einrichtung. Bei der Berechnung des Finanzierungsbeitrags muß beachtet werden, daß grundsätzlich die gleichen Probleme wie bei der Durchführungsbeurteilung anfallen und darüber hinaus auch die Einnahmen nichtbildungsbezogene Bestandteile beinhalten können. Für die Beurteilung der Lastenverteilung zwischen dem öffentlichen und privaten Bereich ist auch die Auswirkung der steuerlichen Regelungen relevant.

Die Ausgaben für den Lebensunterhalt der Bildungsteilnehmenden werden primär von ihnen selbst — also den privaten Haushalten — bestritten. Diese finanzieren ihre Ausgaben in erster Linie aus ihrem Einkommen (aus unselbständiger oder selbständiger Arbeit, aus Vermögen) oder aus Transfers. Einige Transfers sind bildungsbezogen (z.B. Stipendien, Kindergeld für Personen in Ausbildung). Bestimmte bildungsbezogene Transfers der öffentlichen Haushalte werden wiederum nicht direkt an die privaten Haushalte gezahlt, sondern kommen den Bildungsteilnehmenden indirekt zugute (z.B. öffentliche Zuschüsse für den Bau von Studentenwohnheimen, für die Schülerbeförderung).

2 Klassifikationen für die Gliederung der Bildungsausgaben

Analog zur OECD wird im Rahmen dieses Projektes eine Gliederung der Ausgaben nach Sektoren, ISCED-Stufen und Ausgabenarten angestrebt.

2.1 Gliederung nach Sektoren

Die sektorale Gliederung richtet sich nach dem Konzept der Darstellung. Bei der Finanzierungsbeurteilung orientiert sich die Unterteilung an der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen üblichen Sektorenbildung. Sie umfaßt die Sektoren „Staat“, „Private Haushalte“, „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“, „Unternehmen“ und „Internationale Organisationen/Ausland“. ²²⁾ Die Zuordnung von Einrichtungen nach der Durchführungsbeurteilung erfolgt hingegen in Analogie zur Gliederung auf OECD-Ebene. Grundsätzlich erfolgt eine Dreiteilung der Einrichtungen in „Öffentliche Einrichtungen“, „Staatsab-

²²⁾ Zum Staat gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung, nicht aber im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform (z.B. Deutsche Bahn AG, Geschäftsbereiche der Deutschen Bundespost). Zur Sektorenabgrenzung siehe z.B. Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen — Hauptbericht 1994“, S. 24 ff.

hängige private Einrichtungen“ sowie „Unabhängige private Einrichtungen“. Eine Einrichtung gilt als öffentlich, wenn sie unmittelbar von einer öffentlichen Stelle des Bildungswesens kontrolliert oder verwaltet wird oder durch einen staatlichen Träger (im Gegensatz zu Kirchen, Gewerkschaften oder privaten Unternehmen) kontrolliert wird. ²³⁾ Von entscheidender Bedeutung für die Eigenschaft der Staatsabhängigkeit bzw. -unabhängigkeit der betreffenden privaten Einrichtung hingegen ist allein der Grad der Finanzierung durch die öffentliche Hand. ²⁴⁾

2.2 Gliederung nach Bildungsstufen (ISCED-levels)

Die ISCED-Klassifikation strebt eine supranational gültige Darstellung von Bildungssystemen in sieben hierarchisch geordneten Stufen an. ²⁵⁾ Primäres Zuordnungsmerkmal dieser Klassifikation ist die Wertigkeit der von den Bildungseinrichtungen vergebenen Bildungsabschlüsse. Die Zuordnung der nationalen Bildungseinrichtungen zu den ISCED-Stufen ist aus Übersicht 2 ersichtlich.

Probleme bei der praktischen Umsetzung der Gliederung ergeben sich auf zwei Ebenen:

- Zum einen lassen sich bestimmte allgemeine Ausgabenposten, wie zum Beispiel Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit zur Bildungsförderung, zum Teil nicht den einzelnen Bildungseinrichtungen zurechnen. Die anschließende Zuordnung der Einrichtungen zu den ISCED-Stufen ist mithin a priori systematisch verzerrt. Im Rahmen des Projektes soll daher fallweise geprüft werden, ob und in welchem Ausmaß die pauschale Zurechnung das Gesamtergebnis signifikant verfälscht und ob eine anteilige Zurechnung möglich ist.
- Zum anderen erstreckt sich die Zuordnung bestimmter Bildungseinrichtungen bzw. -programme innerhalb der ISCED-Klassifikation auf mehrere ISCED-levels (z.B. Gymnasien). Im Rahmen der Projektarbeiten sollen in diesen Fällen die Ausgaben der entsprechenden Einrichtungen nicht pauschal einer Stufe, sondern anteilig den betreffenden levels zugerechnet werden. ²⁶⁾

2.3 Gliederung nach Ausgabenarten

Im Rahmen der OECD-Lieferungen sind die Ausgaben der Bildungseinrichtungen primär zu differenzieren nach Personalausgaben, sonstigen laufenden Ausgaben und Inve-

²³⁾ Siehe OECD „UOE 1995 Data Collection on Educational Finance“, 1995, S. 9 f.

²⁴⁾ Eine private Einrichtung wird als staatsabhängig bezeichnet, wenn:

- das Lehrpersonal direkt oder indirekt von einer öffentlichen Stelle bezahlt wird oder
- mehr als 50 % der für die eigentliche zentrale Bildungsarbeit verfügbaren Mittel durch öffentliche Stellen bereitgestellt werden

Die Entscheidung über die Staats(un)abhängigkeit einer privaten Bildungseinrichtung erfolgt nicht fallweise, sondern wird, analog zu den OECD-Empfehlungen, für die Gesamtheit der betreffenden Einrichtungen eines Typs (z.B. Kindergärten, Hochschulen) getroffen. Siehe OECD „UOE 1995 Data Collection on Educational Finance“, 1995, S. 10.

²⁵⁾ Parallel hierzu umfaßt die ISCED-Struktur mit der Stufe ISCED 9 („education not definable by level“) eine Sammelkategorie für sämtliche Programme, welche keine spezifischen Bildungstätigkeiten bzw. Abschlüsse voraussetzen. Siehe UNESCO „International Standard Classification of Education“, 1976, S. 5 ff.

²⁶⁾ Die Verfahren zur Gliederung der Ausgaben nach Bildungsstufen dürften sich orientieren an dem Verfahren zur Berechnung der Ausgaben je Schüler nach Schularten. Siehe hierzu Haug, R.: „Schulsausgaben im Vergleich“, 1989, sowie Brugger, P.: „Finanzstatistische Kennzahlen für den Bildungsbereich“, 1992.

Übersicht 2: Zuordnung nationaler Bildungseinrichtungen zur ISCED

ISCED 7 („Universitärer Tertiärbereich [Promotionen]“)	
Universitäten Theologische Hochschulen Pädagogische Hochschulen Kunsthochschulen	
ISCED 6 („Universitärer Tertiärbereich [Diplom u. ä. Prüfungen]“)	
Universitäten Theologische Hochschulen Pädagogische Hochschulen Kunsthochschulen Fachhochschulen Verwaltungsfachhochschulen	
ISCED 5 („Nichtuniversitärer Tertiärbereich“)	
Fachschulen Fach-/Berufsakademien Schulen des Gesundheitswesens	
ISCED 3 („Sekundarbereich II“)	
allgemeinbildend:	beruflich:
Gymnasien (11. – 13. Klasse)	Berufsvorbereitungsjahr
Integrierte Gesamtschulen (11 – 13. Klasse)	Berufsgrundbildungsjahr
Freie Waldorfschulen (11 – 13. Klasse)	Berufsaufbauschulen
Sonderschulen (11. – 13. Klasse)	Berufsfachschulen
Abendgymnasien	Fachoberschulen
Kollegs	Berufsschulen (Duales System)
	Fachgymnasien
	Kollegschulen
	Berufs-/Technische Oberschulen
ISCED 2 („Sekundarbereich I“)	
Hauptschulen	Integrierte Gesamtschulen (5 – 10. Klasse)
Schulartunabhängige Orientierungsstufe	Freie Waldorfschulen (5. – 10. Klasse)
Realschulen	Sonderschulen (5 – 10. Klasse)
Integrierte Klassen für Haupt- und Realschüler	Abendhauptschulen
Gymnasien (5 – 10. Klasse)	Abendrealschulen
ISCED 1 („Primarbereich“)	
Grundschulen Integrierte Gesamtschulen (1. – 4. Klasse) Freie Waldorfschulen (1. – 4. Klasse) Sonderschulen (1. – 4. Klasse)	
ISCED 0 („Elementarbereich“)	
Kindergärten Vorklassen Schulkindergarten Sonderschulen im Elementarbereich	

stitionsausgaben.²⁷⁾ Gesondert ausgewiesen werden sollen bildungsbezogene Ausgaben, die nicht unmittelbar von den Bildungseinrichtungen getätigt werden (z. B. die Zuschläge für die Beamtenversorgung). Ebenfalls gesondert auszuweisen sind die öffentlichen und privaten Transfers, die der Finanzierung der Bildungseinrichtungen bzw. des Lebensunterhalts der Bildungsteilnehmenden dienen. Weitergehende Untergliederungen (z. B. eine gesonderte Darstellung der Personalausgaben für Lehrkräfte, sonstiges pädagogisches und administratives Personal sowie unterstützendes Personal) scheitern in Deutschland häufig an der Gliederungstiefe oder aber der Gliederungsrichtung der Jahresrechnungsstatistik. Die Höhe der im Bildungswesen dominierenden Personalausgaben/-aufwendungen bestimmt sich nach den jährlichen Dienstbezügen der Beamtinnen und Beamten, Angestelltengehältern und Arbeiterlöhnen mit den zugehörigen Kosten oder Neben-

²⁷⁾ Siehe OECD. "UOE 1995 Data Collection on Educational Finance", 1995, S. 20 ff. Diese Einteilung ist nicht in allen Bereichen überschneidungsfrei: Im Bereich der kameralistischen Rechnung z. B. werden neben den Investitionen sowie den laufenden Personal- und Sachausgaben Übertragungsausgaben nachgewiesen. Sie stellen Zahlungen an Personen, Unternehmen und sonstige Einrichtungen des nichtöffentlichen Bereichs dar.

leistungen wie Prämien, Urlaubsgeld, Zuschüsse zur Altersversorgung und sonstige Sozialversicherungszahlungen usw. Die laufenden Sachausgaben umfassen sämtliche nicht den Investitionen zuzuordnenden Käufe von Material, Bedarfs- und Ausrüstungsgegenständen sowie sonstige laufende Sachausgaben für Instandhaltung, Anschaffung von Lern- und Lehrmitteln, Spiel- und Beschäftigungsmaterial, Sammlungen von Bibliotheken, Versicherung, Fernmelde- und Rundfunkgebühren, Unterhaltung von Fahrzeugen u. ä., Reinigung usw. Zu den laufenden Bildungsausgaben zählen ferner die Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen sowie die Bewirtschaftung der Grundstücke. Ferner sind auch erworbene Dienstleistungen für Bildungsmaßnahmen den übrigen Betriebsausgaben zuzurechnen. Investitionsausgaben im Sinne des Projektes entsprechen den jährlichen Bruttoausgaben für Gegenstände des Anlagevermögens, die für Bildungszwecke benötigt werden. Hierzu zählen sowohl die Ausgaben für Grundstücke und Gebäude (z. B. Erwerb von Grundstücken sowie Kauf oder Bau von Gebäuden einschließlich Ausgaben für größere Erweiterungen, Veränderungen und/oder Ersatzarbeiten) als auch Ausgaben für Geräte und Ausrüstung (bewegliches Vermögen). Ausgaben für geringerwertige Gebrauchsgegenstände, wie zum Beispiel Werkzeuge, sowie für relativ unbedeutende Verbesserungen und/oder Ersatzarbeiten an Gebäuden stellen keine Investitionsausgaben im Sinne dieses Projektes dar, sondern sind vielmehr den sonstigen laufenden Ausgaben zuzuordnen.²⁸⁾

2.4 Sonstige Gliederungen

Neben den drei o. a. Gliederungen wäre auch eine Systematisierung der Bildungsausgaben nach Wirtschaftszweigen (z. B. analog zur Klassifikation der Wirtschaftszweige) und Ausbildungsberufen sowie der Art der Ausbildung (z. B. Aus-/Weiterbildung, Erst-/Zweitausbildung, interne/externe Ausbildung) denkbar. Derartige Darstellungsformen sind unter Umständen im Rahmen spezifischer Fragestellungen von näherem Interesse. Ob und gegebenenfalls nach welcher (anderen als der unter 2.1, 2.2 und 2.3 genannten) Systematik die Bildungsausgaben im Rahmen des Projektes untergliedert werden, bestimmt sich u. a. nach ihrer Relevanz für die Datengewinnung und wird im Laufe der konkreten Arbeiten zu den betreffenden Bereichen entschieden werden.

3 Zur Systematisierung der Zahlungsströme im Bildungsbereich

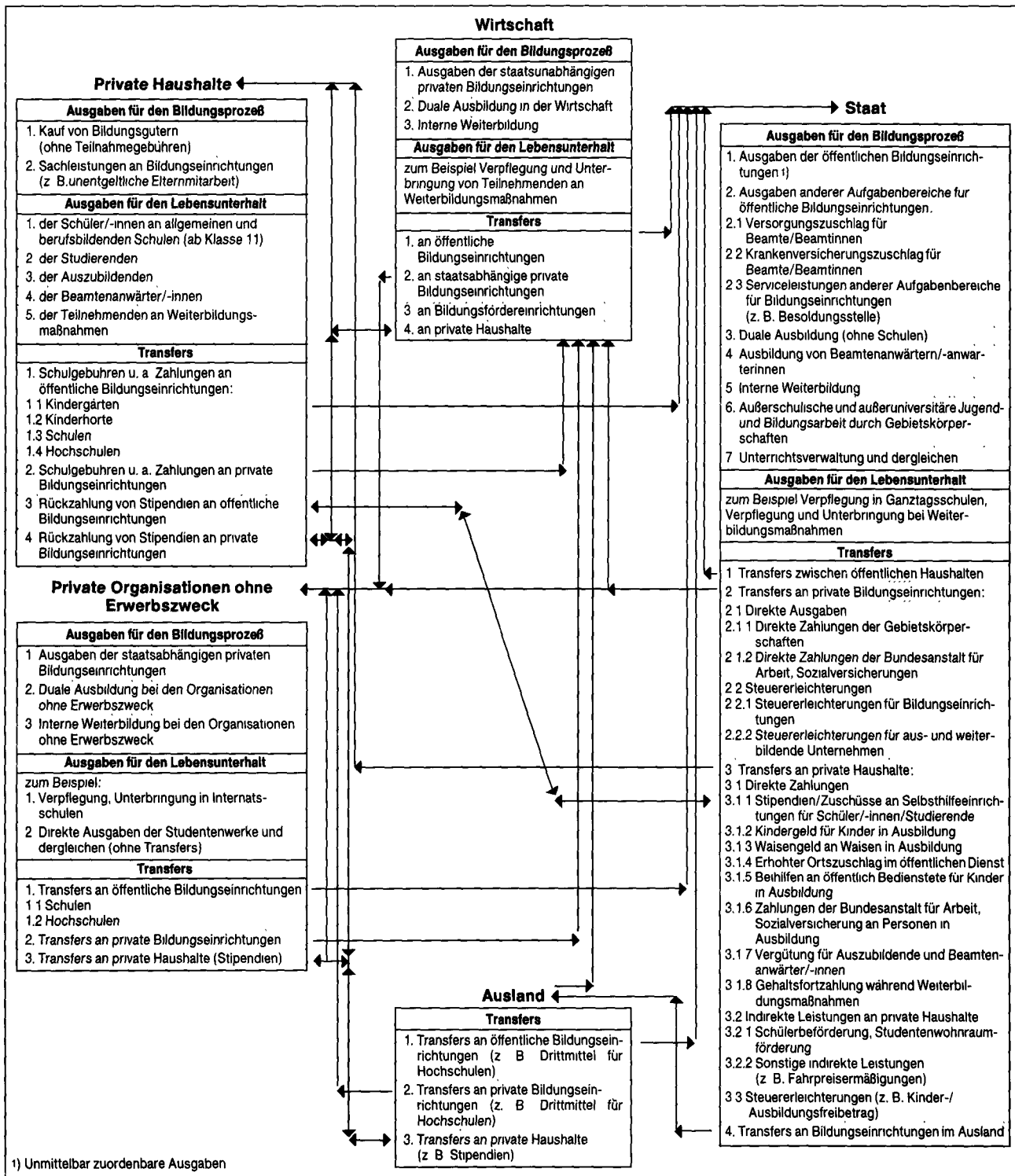
Die bisherigen Ausführungen machen die Vielschichtigkeit des Projektes deutlich. Sollen sowohl die Ausgaben für den Bildungsprozeß als auch die Ausgaben für den

²⁸⁾ Geringerwertige Gebrauchsgegenstände werden in der kaufmännischen Buchführung den laufenden Ausgaben zugeordnet, wenn sie den Wert von 800,— DM nicht übersteigen. Zur Abgrenzung der Investitionsausgaben gegenüber den laufenden Sachausgaben kommen auch im Bereich der öffentlichen Haushalte explizite Wertgrenzen zur Anwendung. Da diese Wertgrenze zwischen der staatlichen (i. e. DM 10 000,—) und der kommunalen Ebene (i. e. DM 800,—) differiert, ist die Zuordnung im Einzelfall nicht immer eindeutig.

Lebensunterhalt nach dem Durchführungs- und Finanzierungs-konzept sowie nach Bildungsstufen und Ausgabenarten dargestellt werden, so setzt dies detailliertes statistisches Datenmaterial voraus, das auch alle Zahlungsbeziehungen (Ströme) zwischen den Sektoren bzw. Einrichtungen des Bildungswesens aufzeigt. Dieses ist jedoch zur Zeit für viele Bereiche in einheitlicher, kompatibler Form nicht vorhanden. Da aus Kostengründen eine vollständige statistische Durchleuchtung des Bereichs kaum realisierbar erscheint, hat die Übersicht über die Zahlungsströme (siehe Übersicht 3) in erster Linie definitorischen Charakter.

Im Laufe der Projektarbeiten wird sich zeigen, welche Datenlücken durch eine Änderung der Aufbereitungsverfahren und welche durch Sondererhebungen geschlossen werden können. Im Einzelfall dürfte es auch erforderlich sein, relativ unbedeutend erscheinende Zahlungsströme zu vernachlässigen bzw. schwerpunktartig zuzuordnen. Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, daß die Bildungsausgaben von der OECD jährlich erhoben werden und eine Aktualisierung der Daten bei in mehrjährigen Abständen durchgeführten Erhebungen ebenfalls beträchtliche Probleme aufwerfen wird.

Übersicht 3: Übersicht über die Zahlungsströme



4 Ermittlung der Bildungsausgaben

4.1 Jahresrechnungsstatistik — Hauptdatenquelle für die öffentlichen Bildungsausgaben

Grundlage für die Ermittlung der Bildungsausgaben des öffentlichen Sektors sind die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik im Rahmen des Systems der Finanzstatistik. Der Berichtskreis der Jahresrechnungsstatistik umfaßt den Bund, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen, sowie die Sozialversicherung²⁹⁾. Es wer-

²⁹⁾ Hierzu und zu den weiteren Trägern des Berichtskreises siehe Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 3 4 „Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte für Bildung, Wissenschaft und Kultur 1992“, S. 6

Übersicht 4: Primäre Einrichtungen/Maßnahmen des Bildungswesens im Sinne der Finanzstatistik und deren Aufteilung nach Bildungsstufen der ISCED

Aufgabenbereich ¹⁾	Funktionsziffer ²⁾	Gliederungsnummer ³⁾	Bildungsstufe (nach ISCED)
Verwaltung	11		
Unterrichtsverwaltung/ <i>Schulverwaltung</i>	111	20	9
Schulen und vorschulische Bildung	12		
Grund- und Hauptschulen	121	21	1/2
Sonderschulen	122	27	1/2
Realschulen	123	22	2
Gymnasien	124	23	2/3
Gesamtschulen	125	28	2
Kindergärten/ <i>Tageseinrichtungen für Kinder</i>	126	4c ¹	0
Berufliche Schulen	127	—	3
<i>Berufsschulen und dergleichen</i>	—	24	3
<i>Fachoberschulen und dergleichen</i>	—	26	3
Fachschulen/ <i>Fachschulen und dergleichen</i>	128	25	5
Sonstiges/ <i>Übrige schulische Aufgaben</i>	129	292	3
Hochschulen	13		
Universitäten, Technische Hochschulen, Technische Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Gesamthochschulen	131	—	6/7
Hochschulkliniken	132	—	6/7
Verwaltungsfachhochschulen	133	—	6/7
Kunsthochschulen	136	—	6/7
Fachhochschulen	137	—	6/7
Deutsche Forschungsgemeinschaft, Sonderforschungsbereiche	138	—	6/7
Sonstiges	139	—	6/7
Förderung des Bildungswesens	14		
Ausbildungsförderung für Schüler/-innen	141	—	1–3
Ausbildungsförderung für Studierende	142	—	6/7
Andere Förderungsmaßnahmen für Schüler/-innen	143	—	1–3
Andere Förderungsmaßnahmen für Studierende	144	—	6/7
Schülerbeförderung	145	290	1–3
Studentenwohnraumförderung	146	—	6/7
Sonstiges	149	—	6/7
Sonstiges Bildungswesen	15		
Außerschulische Jugendbildung	151	—	9
Volkshochschulen	152	350	9
Sonstige Weiterbildung/ <i>Sonstige Volksbildung</i>	153	355	9
Lehrerfortbildung	154	—	9
Betriebliche und überbetriebliche Aus- und Fortbildung einschließlich Ausbilderförderung	155	—	9
Förderung der politischen Bildung	156	—	9
Bibliothekswesen/ <i>Öffentliche Buchereien</i>	157	352	9
Berufsakademien, Fachakademien	158	—	5
Sonstiges	159	—	9

¹⁾ Die kursiv ausgerichteten Bezeichnungen kennzeichnen die Titel der Gliederungsnummern im Rahmen der Kommunalfinanzen, sofern diese abweichen von dem Titel im Rahmen der Staatsfinanzen — ²⁾ Funktionsziffern nach der staatlichen Haushaltssystematik. — ³⁾ Gliederungsnummern nach der kommunalen Haushaltssystematik

den jährlich die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen dieser Träger nach Ausgaben- und Einnahmenarten (i. e. Gruppierungsnummern) sowie Aufgabenbereichen (i. e. Funktionsziffern) erfaßt. Das Spektrum der bildungsrelevanten Aufgabenbereiche der Finanzstatistik ist gekennzeichnet durch die Oberfunktionen 11 bis 15³⁰⁾. Die Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Aufgabenbereichen ermöglicht eine Aufteilung nach Bildungsstufen bzw. eine Unterscheidung nach den Ausgaben für den Bildungsprozeß einerseits und für den Lebensunterhalt andererseits. Direkt ablesbar ist eine Gliederung nach Ausgabenarten. Übersicht 4 gibt einen Überblick über die erfaßten Einrichtungen bzw. Maßnahmen sowie deren Zuordnung auf Bildungsstufen (ISCED)

Neben den unmittelbaren Ausgaben für öffentliche Bildungseinrichtungen enthält die Jahresrechnungsstatistik auch Daten über die Zuschüsse der öffentlichen Hand. Sie können, je nach Status des Zuschußempfangenden, Transfers an private Bildungseinrichtungen und Bildungsfördereinrichtungen (z. B. Gruppierungsnummer 684 „Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen“) oder an Bildungsteilnehmende (z. B. Funktionsziffer 142 „Ausbildungsförderung für Studierende“) darstellen. Über die Einnahmen lassen sich auch die Zahlungen des privaten Bereichs an die öffentlichen Bildungseinrichtungen ableiten.

4.2 Die Grenzen der Jahresrechnungsstatistik

4.2.1 Die Notwendigkeit spezifischer Ergänzungen und Bereinigungen

Wenngleich die Finanzstatistik nahezu vollständig das Ausgabenverhalten öffentlicher Bildungseinrichtungen sowie die Transfervolumina der öffentlichen Hand dokumentiert, lassen sich die Ergebnisse dieser Statistik zur Berechnung der öffentlichen Bildungsausgaben nicht ohne weiteres übernehmen. Ursächlich hierfür sind in erster Linie die Unschärfen der den Finanzstatistiken zugrundeliegenden Systematiken der öffentlichen Haushalte. So werden in der Regel die Ausgaben und Einnahmen für Einrichtungen dem Aufgabenbereich zugeordnet, dem das Tätigkeitsgebiet dieser Einrichtung am ehesten entspricht. Viele Einrichtungen sind jedoch in mehreren Aufgabenbereichen tätig, so daß diese Einrichtungen schwerpunktmäßig zugeordnet werden müssen. Wie in der Übersicht 5 auf S. 176 verdeutlicht, müssen mithin zur Berechnung der „genuinen“ Bildungsausgaben (d. h. einschließlich der Bildungsausgaben der nicht schwerpunktmäßigen, aber bildungsnahen Einrichtungen) spezifische Bereinigungen und Ergänzungen der zum Teil (aufgaben-) bereichsübergreifenden Finanzdaten vorgenommen werden. Die Notwendigkeit zu ergänzenden und bereinigenden Maßnahmen gilt dabei sowohl für die direkten Personal- und Sachausgaben selbst als auch für die Transfers an nichtöffentliche Sektoren. Das verdeutlichen die folgenden Beispiele:

³⁰⁾ Im kommunalen Bereich werden die Aufgabenbereiche durch den Gliederungsplan bestimmt, der weitgehend kompatibel mit dem Funktionenplan ist

Übersicht 5. Von der Jahresrechnungsstatistik zu den öffentlichen Bildungsausgaben

Bildungsausgaben (Projektkonzept)								
Bildungsausgaben laut Finanzstatistik								
Eliminierung		Kernbereich			Integration			
		Ausgaben für öffentliche Bildungseinrichtungen ¹⁾						
Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Ausland	Ausgaben für Nicht-Bildungszwecke der Bildungseinrichtungen	Personalausgaben	Übriger laufender Sachaufwand	Investitionsausgaben	Versorgungszuschlag für Beamte/Beamtinnen	Zuschlag für Beihilfen und dergleichen	Sachleistungen anderer Bereiche (z. B. Gebäude)	Serviceleistungen anderer Aufgabenbereiche für Bildungseinrichtungen
Nicht-LuF-Ausgaben in Hochschulen	Ausgaben für Krankenbehandlung in Hochschulkliniken				Ausbildung v. Auszubildenden, Beamtenanwärtern/-anwärterinnen	Interne Weiterbildung	Bildungseinrichtungen anderer Aufgabenbereiche (z. B. Bundeswehrhochschulen)	
Transfers an private Bildungseinrichtungen								
In Transfers enthaltene Ausgaben für Nicht-Bildungszwecke		Zuweisungen und Zuschüsse für: – laufende Zwecke – Investitionen		Sachtransfers aus dem Bildungsbereich ²⁾	Sachtransfers aus Nicht-Bildungsbereich	Steuererleichterungen	Anderen Aufgabenbereichen nachgewiesene Transfers (z. B. Bundesanstalt für Arbeit)	
Transfers an Bildungsteilnehmende								
		Förderung nach dem BAföG	Sonstiges (z. B. Schülerbeförderung, private Studentenwohnraumförderung)	Ausgaben der Bildungseinrichtungen für den Lebensunterhalt ²⁾	Kinderzuschlag im öffentlichen Dienst	Kindergeld für Bildungsteilnehmende	Steuererleichterungen für Bildungsteilnehmende	Vergünstigungen für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen
					Anderen Aufgabenbereichen nachgewiesene Transfers (z. B. Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherung)			
Transfers an Bildungsfördereinrichtungen								
In Transfers enthaltene Ausgaben für Nicht-Bildungseinrichtungen		Studentenwerke	Sonstiges (z. B. Förderstiftungen)	Sachtransfers aus Bildungsbereich ²⁾	Sachtransfers aus Nicht-Bildungsbereichen	Steuererleichterungen	Anderen Aufgabenbereichen nachgewiesene Transfers für die Bildungsförderung	

¹⁾ In den Ausgaben für Bildungseinrichtungen sind in geringem Umfang Ausgaben für den Lebensunterhalt (z. B. Verpflegung in Kindergärten) und für private Bildungseinrichtungen (z. B. Abordnung von Lehrpersonal unter Fortzahlung der Bezüge an Privatschulen) enthalten. Entsprechende Umsetzungen sind vorzunehmen. –²⁾ Umsetzungen von Ausgaben der öffentlichen Bildungseinrichtungen.

Die Ausgaben für öffentliche Bildungseinrichtungen enthalten nicht nur die Ausgaben für den Bildungsprozeß.

1. Häufig erbringen Hochschulen neben Lehre und Forschung (LuF) sogenannte Nicht-LuF-Leistungen, wie zum Beispiel die Krankenbehandlung in Hochschulkliniken, chemische, technische und andere Untersuchungen sowie technische und juristische Gutachten.³¹⁾ Die durch diese Leistungen verursachten Ausgaben sind laut Finanzstatistik Bestandteil der Hochschulausgaben. Da diese Leistungen jedoch nicht direkt Bildungszwecken dienen, müssen die Ergebnisse der Finanzstatistik entsprechend bereinigt werden.³²⁾

2. Ähnlich wie die Hochschulen erbringen auch Schulen des Primar- und Sekundarbereichs zum Teil Leistungen, die andere als Bildungszwecke verfolgen. Zu diesen Zu-

satzleistungen zählen u. a. die Verpflegung und Betreuung (z. B. in Ganztagschulen) sowie die Unterbringung (z. B. in Internaten) der Schülerinnen und Schüler. Die durch die Erbringung zusätzlicher bildungsfremder Leistungen anfallenden Ausgaben sind, da Bestandteil der finanzstatistisch erfaßten Ausgaben dieser Einrichtungen, zur Ermittlung der „echten“ Bildungsausgaben zu eliminieren.

3. Wie im Abschnitt 2.3 dargestellt, sind die Aufwendungen für die Altersversorgung der im Bildungswesen tätigen Personen Teil der Bildungsausgaben. Bei der finanzstatistischen Nachweisung der Personalausgaben gibt es haushaltssystematisch bedingte Unterschiede. Bei Angestellten und Arbeitern bzw. Arbeiterinnen des öffentlichen Dienstes umfassen nämlich die spezifischen, unter den betreffenden Funktionsziffern des Bildungsbereichs ausgewiesenen Personalausgaben auch die geleisteten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile zur Renten- und Arbeitslosenversicherung. Im Gegensatz hierzu sind die Ausgaben für die Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten sowie die geleisteten Beihilfezahlungen nicht in den Personalausgaben des Bildungsbereichs enthal-

³¹⁾ Siehe Hetmeier, H.-W.: „Methodik, Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm der Hochschulfinanzstatistik seit 1992“ in WiSta 11/1994, S. 912

³²⁾ Entsprechendes gilt auch für die Hochschulfinanzstatistik (siehe Unterpunkt 4.3)

ten³³⁾ Die effektiv geleisteten Beihilfe- und Versorgungszahlungen werden in der staatlichen Haushaltssystematik (Gruppierungsnummern 441 „Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger und dgl.“, 432 „Versorgung der Beamten und Richter“ und 446 „Beihilfen für Versorgungsempfänger“) nicht nach Funktionen gegliedert, sondern vielmehr zentral, das heißt für alle Ruhestandsbeamten und -beamtinnen des gesamten öffentlichen Dienstes, nachgewiesen. Um vollständig vergleichbare Ausgabendaten zu erhalten, müssen daher die Beamtenbezüge gleichsam ex-post im Sinne einer Zuschlagskalkulation um die fiktiven Sozialbeiträge erhöht werden.

4. Bei der Ermittlung der „genuinen“ Bildungsausgaben (im Gegensatz zu den Ausgaben im Sinne der Finanzstatistik) ist weiter zu berücksichtigen, daß Bildungsleistungen, gleichsam als Neben- oder Hilfstätigkeit, auch außerhalb der primären Bildungseinrichtungen erbracht werden. Da im Rahmen der Finanzstatistik (aufgaben-)bereichsübergreifend tätige Einrichtungen gemäß dem Schwerpunktprinzip einem Aufgabenbereich zugeordnet werden, sind derartige sekundäre Bildungseinrichtungen anderen als den Bildungsfunktionsziffern zugeordnet. Die bei der Erstellung dieser Bildungsnebenleistung hervorgerufenen Ausgaben müssen daher den Bildungsausgaben der Finanzstatistik zugesetzt werden. Zu diesen Einrichtungen zählen u. a. Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder, die zu Unterrichtszwecken von Schulen genutzt werden. Weitere Serviceleistungen für das Bildungswesen (und jeden anderen öffentlichen Aufgabenbereich) werden in Teilen auch von der zentralen bzw. allgemeinen Verwaltung erbracht. Im Falle derartiger Dienstleistungen (z. B. Auszahlung der Löhne, Gehälter und Bezüge durch die Besoldungsstellen) muß eine anteilige Zurechnung der Ausgaben der betreffenden Institutionen erfolgen.

Transferleistungen sind im Gegensatz zu den oben dargestellten „direkten Ausgaben“ nicht für die Durchführungs-, sondern die Finanzierungs Betrachtung von zentraler Bedeutung. Sie sind zu unterscheiden sowohl nach dem jeweiligen Transfergeber und Transferempfänger (z. B. Bildungseinrichtungen, Bildungsteilnehmende) als auch danach, ob sie direkter oder indirekter Art sind. Direkte Zahlungen stellen reale Zahlungsströme dar (im Gegensatz zu fiktiven Minderbelastungen), die an einen Schulbesuch, ein Hochschulstudium o. ä. geknüpft sind. Wichtigster (aber nicht ausschließlicher) direkter Transfergeber ist die öffentliche Hand. Die Empfänger sind sowohl Bildungseinrichtungen als auch die Bildungsteilnehmenden selbst. Umsetzungen werden zum Beispiel in folgenden Fällen erforderlich:

1. Transferleistungen der Bundesanstalt für Arbeit und der Sozialversicherung werden auch dann, wenn sie unmittelbar Bildungszwecke erfüllen, nicht den den Aufgabenbereich Bildung kennzeichnenden Funktionen zugeordnet,

³³⁾ Gemäß dem Alimentationsprinzip ist der öffentliche Dienstherr verpflichtet, seinen Beamtinnen und Beamten, aber auch den Pensionären und deren Hinterbliebenen, einen angemessenen Lebensunterhalt in Form von Dienst- bzw. Versorgungsbezügen zu gewährleisten. Ein Anspruch auf Versorgungsleistungen aus öffentlichen Mitteln wird daher nicht erst durch Entrichtung spezifischer Beitragszahlungen, sondern bereits durch den Erwerb des Beamtensstatus erworben.

sondern nach dem Schwerpunkt unter anderen Aufgabenbereichen nachgewiesen. Mithin sind entsprechende Umsetzungen der Ausgaben dieser Institutionen in Höhe der anteiligen, Bildungszwecken dienenden Transfers erforderlich.³⁴⁾

2. Neben den „traditionellen“ Stipendien und Zuschüssen an Schülerinnen und Schüler sowie Studierende erhalten Bildungsteilnehmende bzw. deren Familienangehörige häufig finanzielle Leistungen der öffentlichen Hand zum Beispiel in Form von Kindergeldzahlungen für in Ausbildung befindliche Kinder, Beihilfezahlungen an öffentlich Bedienstete für Kinder in Ausbildung sowie erhöhte Ortszuschläge im öffentlichen Dienst. Derartige Zahlungen sind, da unmittelbar oder mittelbar auf die Bildungsaktivität zurückzuführen, den Bildungsausgaben zuzurechnen. Da der Umfang dieser Transfers nicht unmittelbar den amtlichen Statistiken entnommen werden kann, müssen zunächst entsprechende Schätzverfahren entwickelt werden.

Auch indirekte Transfers dürfen im Rahmen einer Finanzierungs Betrachtung nicht vernachlässigt werden. Grundsätzlich treten indirekte Transfers auf in Form von Steuererleichterungen und nichtsteuerlichen Vergünstigungen. Dementsprechend groß ist die Bedeutung der öffentlichen Hand als mittelbarer Finanzierer³⁵⁾. Steuerlich mittelbar finanziert werden sowohl private Haushalte (z. B. in Form von Ausbildungs- und Kinderfreibeträgen) als auch private Organisationen ohne Erwerbszweck (in aller Regel Steuerbefreiung der Umsätze von unmittelbar dem Schul- und Bildungszweck dienenden Leistungen privater Schulen und anderer allgemein- oder berufsbildenden Einrichtungen)³⁶⁾ sowie der Wirtschaftssektor (z. B. als Minderung der Ertragssteuerschuld infolge der in Höhe der Nettokosten der betrieblich durchgeführten und/oder finanzierten Bildungsmaßnahmen reduzierten Unternehmensgewinne). Nichtsteuerlich bedingte Vergünstigungen hingegen werden in aller Regel nur den Bildungsteilnehmenden gewährt. Sie beschreiben durch Bildungsaktivitäten zu realisierende fiktive Minderbelastungen, wie zum Beispiel Fahrpreisermäßigungen im öffentlichen Nahverkehr für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende oder die Befreiung von der Sozialversicherungspflicht bei der Ausübung von „Studentenjobs“. Da es sich bei den indirekten Transfers grundsätzlich nicht um reale Zahlungsströme (bzw. Ist-Ausgaben), sondern Minderbelastungen handelt, enthält die Finanzstatistik keine Angaben zu derartigen Erleichterungen. Dementsprechend wären eine gesonderte, monetäre Schätzung sowie die Zusetzung zu den Basisdaten der Finanzstatistik erforderlich. Der größte Teil dieser Vergünstigungen ist allerdings, wenn überhaupt,

³⁴⁾ Zu beachten ist hierbei des Weiteren, daß derartige bildungsrelevante Transfers grundsätzlich sowohl den privaten Bildungseinrichtungen als auch den Bildungsteilnehmenden zugute kommen. In diesen Fällen muß zum Zwecke der sachgerechten sektoralen Darstellung eine Trennung der Ausgaben für die institutionelle Förderung einerseits sowie die individuelle Förderung andererseits erfolgen.

³⁵⁾ Bildungsrelevante Steuererleichterungen entstehen in aller Regel ex-post (d. h. nach Durchführung der Bildungsaktivität) als gesetzlich verordnete oder aber durch Konvention vereinbarte Konsequenz einer Übernahme finanzieller Lasten durch durchführende Einrichtungen.

³⁶⁾ Siehe § 4 Nr. 21 Umsatzsteuergesetz.

nur mit hohem Aufwand sowie erheblichen Unsicherheitsmomenten zu quantifizieren. Die Schätzung des indirekten geldwerten Vorteils des Bildendenstatus soll daher nicht einzelfallweise, sondern für einzelne quantitativ bedeutsame Gruppen von Bildungsteilnehmenden bzw. -einrichtungen erfolgen.³⁷⁾

4.2.2 Die Aktualisierung der Haushaltssystematiken

Wie an den obigen Ausführungen deutlich wird, ist die Aussagefähigkeit der finanzstatistischen Daten aufgrund der schwerpunktmäßigen haushaltssystematischen Zuordnung in Teilbereichen erheblich beeinträchtigt. Dieses Zuordnungsprinzip macht es zusammen mit den Tendenzen zur Globalisierung und Flexibilisierung der Haushalte erforderlich, die funktionale Gliederung in den öffentlichen Haushalten und damit in der Finanzstatistik zu überdenken. Zur Verbesserung der Darstellung bietet sich grundsätzlich eine Anpassung an die Schulstatistik an. Probleme bei einer vollständigen Anpassung ergeben sich allerdings im Zusammenhang mit den Grundsätzen der Veranschlagung in den öffentlichen Haushalten³⁸⁾, da Bildungsgänge verschiedener Bildungsstufen zum Teil in einer Bildungseinrichtung (z. B. eine Schule umfaßt eine kaufmännische Berufsschule sowie eine Fachoberschule für Wirtschaft) und/oder mehrere Schultypen (z. B. Haupt-, Real- und Gymnasialschule) in einem Schulzentrum vereinigt sind — Lehrpersonal und Sachmittel aber nur als Ganzes zugewiesen werden — und eine Ermittlung und Umlage der „anteiligen Gemeinausgaben“ (z. B. die Ausgaben für eine gemeinschaftlich genutzte Sporthalle) den Rahmen der Kameralistik sprengen würde. Dennoch lassen sich über die partielle Neuordnung des Funktionsplanes der staatlichen Haushalte bzw. des Gliederungsplanes der kommunalen Haushalte Verbesserungen erreichen (z. B. gesonderte Aufgabenbereiche für Grundschulen sowie verwaltungsinterne Bildungseinrichtungen der Aus- und Weiterbildung).

4.3 Die Hochschulfinanzstatistik

Die Hochschulfinanzstatistik liefert Informationen über die Einnahmen und Ausgaben der Hochschulen in fachlicher und haushaltsmäßiger Gliederung.³⁹⁾ Im Gegensatz zur Jahresrechnungsstatistik stellt sie auch Daten über die privaten Hochschulen zur Verfügung.

Erfaßt werden:

- die direkt in den Hochschulhaushalt eingestellten Einnahmen und Ausgaben,
- Drittmittel, die auf Verwahrkonten bewirtschaftet werden und
- Ausgaben aus Nichthochschultiteln.

³⁷⁾ Besondere Probleme bereitet, auch bei Verwendung EDV-gestützter steuertheoretischer Modellanalysen, die Schätzung steuerlich bedingter Vergünstigungen

³⁸⁾ Hiernach lassen sich einzelne Ausgaben und Einnahmen nur insgesamt einem Haushaltstitel zuordnen

³⁹⁾ Siehe Fußnote 30, S. 911 ff

Insofern stellt die Hochschulfinanzstatistik umfassendere Angaben zu den Hochschulausgaben bereit als die Jahresrechnungsstatistik. Keine ausreichenden Informationen liefert die Hochschulfinanzstatistik für eine Finanzierungsrechnung, da bei den Einnahmen der Hochschulen die Zahlungen des Bundes für die Finanzierung der Grundausrüstung (z. B. nach dem Hochschulbauförderungsgesetz, nach dem Hochschülerneuerungsprogramm) nicht berücksichtigt werden. Diese fließen nämlich dem Land zu und lassen sich vielfach nicht direkt den Hochschulen zuordnen. Für die Verteilung der öffentlichen Ausgaben auf Bund und Länder muß daher auf die Jahresrechnungsstatistik zurückgegriffen werden.

Für die ihr übertragenen Aufgaben erhält die Hochschule eine finanzielle Grundausrüstung, ohne daß hierbei nach Aufgaben differenziert wird. Aufgrund der besonderen Situation der Hochschulen sehen die internationalen Richtlinien vor, daß die Ausgaben für Lehre und Forschung (LuF) als Bildungsausgaben gemeldet werden sollen. Die Angaben zu den Bildungsausgaben des Hochschulbereichs sollen jedoch mit der Methodik zur Berechnung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) der Hochschulen abgestimmt sein, so daß sich die FuE-Ausgaben durch Subtraktion eliminieren lassen.⁴⁰⁾ Die Ausgaben für die Nicht-LuF-Leistungen der Hochschulen (insbesondere die Ausgaben für die Krankenbehandlung an den medizinischen Einrichtungen) sollen jedoch nicht in die Bildungsausgaben einbezogen werden. Unterstellt man, daß diese Leistungen kostendeckend erbracht werden, so lassen sich die Bildungsausgaben (LuF) über den Abzug der Einnahmen für Nicht-LuF-Leistungen ausgliedern.

4.4 Andere amtliche und nicht-amtliche Datenquellen

Ogleich die Erfassung der Ausgaben und Transfers des öffentlichen Sektors nicht unproblematisch ist, gestattet die in spezifischen Bereichen ergänzte und bereinigte Finanzstatistik (mit Ausnahme der indirekten Transferzahlungen) relativ präzise Aussagen zur Höhe der öffentlichen Ausgaben für Bildung. Ungleich schlechter hingegen ist die Datenlage bei den privaten Bildungsausgaben zu beurteilen. So liegen, abgesehen von dem Bereich der Hochschulen, a priori keinerlei amtliche Daten zu den Ausgaben der privaten Schulen vor.⁴¹⁾ Auch die finanziellen Anstrengungen der Unternehmen im Rahmen von Ausbildungsaktivitäten, die Aufwendungen der privaten Haushalte u. ä. werden von der Finanzstatistik nicht erfaßt. Um dennoch Schätzwerte für diese Bereiche zu erhalten, muß man hilfsweise auf andere amtliche und/oder nicht-amtliche Datenquellen zurückgreifen.⁴²⁾ Im folgenden sollen beispielartig einige dieser Quellen genannt werden.

⁴⁰⁾ Zur Methodik der Berechnung der FuE-Ausgaben siehe Hetmerer, H.-W. „Öffentliche Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung 1987“ in WiSta 2/1990, S. 123 ff

⁴¹⁾ Im Rahmen der Finanzstatistik wird allein die Höhe der öffentlichen Zuschüsse an private Einrichtungen erfaßt. Diese entsprechen aber nur einem (mehr oder minder bestimmten) Teil der Gesamtausgaben (siehe Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 11/1533)

⁴²⁾ Zu den Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer Sondererhebung siehe Abschnitt 4.5

4.4.1 Andere Datenquellen der amtlichen Statistik für die Ermittlung der Bildungsausgaben

Neben der Finanz- und Hochschulfinanzstatistik liefern auch andere amtliche Statistiken hilfreiche Informationen zur näheren Erfassung spezifischer Einzelaspekte oder zur Entwicklung von Schätzverfahren. Die Schulstatistik zum Beispiel macht detaillierte Angaben zur Anzahl der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte und der von diesen erteilten Unterrichtsstunden an allgemein- und berufsbildenden Schulen. Erfasst werden öffentliche und private Schulen. Durch Vergleich der schulstatistischen Daten für öffentliche und private Einrichtungen lassen sich eventuelle intersektorale Abweichungen im Mengengerüst aufzeigen und damit mögliche Ursachen für einen potentiellen Mehr- oder Minderbedarf an finanziellen Mitteln herausarbeiten. Läßt die Berechnung „kostenprägnanter“ Kennziffern des Mengengerüsts, wie zum Beispiel die Betreuungsrelation oder die Klassenstärke, keinen Zweifel an der Vergleichbarkeit öffentlicher und privater Einrichtungen, wäre es theoretisch denkbar, die Realisationen spezifischer Finanzindikatoren an öffentlichen Einrichtungen auf die vergleichbaren privaten Einrichtungen in entsprechender Weise zu übertragen.

Die Personalstandstatistik erfaßt die Beschäftigten, die in einem unmittelbaren, grundsätzlich entgeltpflichtigen Dienst- bzw. Arbeitsvertragsverhältnis u. a. zu Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden, kommunalen Zweckverbänden, der Bundesanstalt für Arbeit und den Sozialversicherungsträgern stehen und Gehalt, Vergütung oder Lohn aus den Haushaltsmitteln dieser Stellen beziehen.⁴³⁾ Basisdaten für weitere Berechnungen lassen sich der Personalstandstatistik an zahlreichen Stellen entnehmen. So macht die Statistik u. a. Angaben zur Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder sowie zur Anzahl der beihilfeberechtigten Beamtinnen und Beamten.

Die „Erhebung zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen im Rahmen des EG-Aktionsprogramms FORCE“ schließlich liefert wichtige Anhaltspunkte über Weiterbildungsaktivitäten im Wirtschaftssektor.⁴⁴⁾

4.4.2 Sonstige Datenquellen für die Ermittlung der Bildungsausgaben

Für bestimmte bildungsrelevante Zahlungsströme gibt es zwar keine verlässlichen Daten der amtlichen Statistik, doch können nicht-amtliche Datenquellen ausgeschöpft werden.

Ausgangsbasis für die Erfassung der **Ausbildungskosten der privaten Wirtschaft** ist die von dem Bundesinstitut für Berufsbildung durchgeführte Erhebung „Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung“. Grundlage dieser Erhebung war eine repräsentative Befragung von Ausbildungsbetrieben der größten Kammerbe-

reiche Industrie und Handel sowie Handwerk in den alten Bundesländern im Jahr 1992.⁴⁵⁾ Zur Verwendung der Ergebnisse dieser Studie sind gezielte Ergänzungen und Bereinigungen erforderlich. Diese umfassen u. a. die Anpassung der erfaßten Ausbildungskosten an den dem Projekt zugrundeliegenden Ausgabenbegriff (siehe Abschnitt 1.2).

Zum **Nachhilfeunterricht** haben Bielefelder Erziehungswissenschaftler für die Weltgesundheitsorganisation eine Studie erstellt, für die etwa 6 000 Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen befragt wurden.⁴⁶⁾ Neben der Anzahl der an Nachhilfeunterricht partizipierenden Schülerinnen und Schüler wurden auch die verursachten Ausgaben erfaßt. Es wird zu prüfen sein, ob und wie die Ergebnisse dieser Studie in das Projektkonzept integriert werden können.

Eine weitere wichtige Datenquelle stellt die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks dar. Im Mittelpunkt des Fragebogens zu dieser Erhebung stehen die „Angaben zur wirtschaftlichen Lage der Studierenden“. Hier werden bilanzartig für bestimmte Kategorien von Einnahmen- und Ausgabenarten monatliche Veränderungen des Geldvermögens erfaßt.⁴⁷⁾ Anhand der Eintragungen zu den entsprechenden Ausgabenpositionen lassen sich erste Anhaltspunkte für eine Schätzung der Ausgaben für den Kauf von Bildungsgütern einerseits und den Lebensunterhalt andererseits gewinnen. Da im Rahmen dieser Erhebung ausschließlich eine Erfassung des Kreises der Studierenden erfolgt, sind weitere Maßnahmen für andere Gruppen von Bildungsteilnehmenden erforderlich.⁴⁸⁾

Zu dem Bereich **Weiterbildung** haben das Institut der Deutschen Wirtschaft und das Bundesinstitut für Berufsbildung Untersuchungen durchgeführt.⁴⁹⁾ Da zunächst die Ausgaben für die Weiterbildung nicht einbezogen werden sollen, wird hier auf eine Beschreibung dieser Erhebung verzichtet.

4.5 Sondererhebungen

Auch die Verwendung der verfügbaren nicht-amtlichen Datenquellen gewährleistet noch kein vollständiges Bild. Zur Schließung dieser quantitativ und qualitativ keineswegs zu vernachlässigenden Datenlücken ist geplant, gleichsam als *ultima ratio*, auf eine Erhebung nach § 7 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) zurückzugreifen. Bei-

⁴⁵⁾ Siehe v. Bardeleben, R. et al. „Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung. Erste repräsentative Untersuchungsergebnisse“, 1994.

⁴⁶⁾ Siehe Universität Bielefeld, SFB 227, Pressemitteilung „Nachhilfeunterricht — eine Domäne der gehobenen Schichten“.

⁴⁷⁾ Siehe Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.). „Das soziale Bild der Studentenschaft in der BRD“, 1995, S. 8 ff.

⁴⁸⁾ Hilfreich sind die Ergebnisse der Studie auch für die Gruppe der Schüler/-innen. So ist theoretisch eine Anpassung der studentischen Angaben der Sozialerhebung an den Ausgabenbedarf von Schülerinnen und Schülern in bestimmten Altersgrenzen denkbar.

⁴⁹⁾ Siehe Weiss, R. „Betriebliche Weiterbildung — Ergebnisse der Weiterbildungserhebung der Wirtschaft“, 1994, sowie v. Bardeleben, R./Beicht, U./Herget, H./Holzschuh, J./Krekel, E. M. „Individuelle Kosten und Nutzen der beruflichen Weiterbildung — erste repräsentative Untersuchungsergebnisse“, 1994.

⁴³⁾ Hierzu und zu den Erhebungsmerkmalen siehe Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 6 „Personal des öffentlichen Dienstes 1993“, S. 5.

⁴⁴⁾ Siehe Fußnote 14.

spiele hierfür sind die „Ausgaben der privaten Bildungseinrichtungen“ sowie die „Ausgaben für die Ausbildung von Beamtenanwärterinnen und -anwärtern“⁵⁰⁾ Besondere Probleme bei der Durchführung derartiger Sondererhebungen wären u. a. bei der Bereitstellung des Adressenmaterials der Erhebungseinheiten und der methodischen Konzeption zu erwarten. Ferner müßte sichergestellt werden, daß auch schulspezifische Besonderheiten, wie zum Beispiel die Erbringung zusätzlicher Leistungen in Form von Betreuung, Verpflegung und/oder Unterkunft, ebenso in dem Erhebungsbogen Berücksichtigung fänden wie schulübergreifende Verflechtungen (z. B. die Höhe empfangener Zuwendungen und Zuschüsse sowie Schulgebühren).

5 Fortgang der Arbeiten

Erster Arbeitsschritt war die Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen, wie sie in den einzelnen Abschnitten dieses Beitrags dargelegt sind. Im weiteren Verlauf sollen die Aufbereitungsverfahren an die Konzepte angepaßt und die Datenlücken über Sondererhebungen geschlossen werden. Nach Maßgabe ihrer Relevanz für internationale Datenlieferungen und ihrer quantitativen Bedeutung haben die Schätzung der Ausgaben privater Bildungseinrichtungen sowie die Ermittlung der Ausgaben für die Ausbildung von Beamtenanwärtern und -anwärterinnen höchste Priorität.⁵¹⁾ Die mittelfristig geplanten Erhebungen nach § 7 BStatG gilt es, durch den Aufbau eines Berichts-kreises und die Gestaltung des Erhebungsbogens vorzubereiten. Parallel hierzu sollen Vorschläge zur Anpassung des der Erhebung „Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung“ des Bundesinstituts für Berufsbildung zugrundeliegenden Kostenbegriffs an das Ausgabenkonzept erarbeitet werden. In der langen Frist sind gezielt die Möglichkeiten zur Integration des öffentlichen Sektors in diese Erhebung zu prüfen. Im weiteren Verlauf der Projektarbeiten sollen dann die Ausgaben der privaten Haushalte für den Bildungsprozeß (i. e. Ausgaben für den Kauf von Bildungsgütern sowie Ausgaben für den Nachhilfeunterricht) sowie die Bildungsbeiträge der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck⁵²⁾ erfaßt werden. Schließlich werden die Erfassung der Transfers der öffentlichen Haushalte an private Haushalte sowie die Verknüpfung der Bildungsausgaben nach den Finanzierungs- und Durchführungskonzepten im Rahmen des Bildungsbudgets angestrebt. Parallel zu den o. a. Arbeitsschritten sollen zur sukzessiven Verbesserung der Meldungen an die OECD kurzfristig die Umstellung der Berechnung der Ausgaben für

den Hochschulbereich auf die Hochschulfinanzstatistik und die Integration allgemeiner Verwaltungsleistungen für den Bildungsbereich sowie die Entwicklung von Verfahren zur Gliederung der Ausgaben nach ISCED-Stufen vorgenommen werden

*Dipl.-Volkswirt Patrick Lünemann/
Dipl.-Kaufmann Heinz-Werner Hetmeier*

⁵⁰⁾ Für die in diesen Bereichen erwarteten erheblichen Finanzvolumina spricht das jeweils zugrundeliegende, sehr umfangreiche Mengengerüst. So erstreckt sich z. B. das Tätigkeitsfeld privater Einrichtungen auf sämtliche Schulformen und -bereiche. Die Schülerzahlen privater Schulen sind im allgemeinen gewichtig und übersteigen, so z. B. im Vorschulbereich, zum Teil die Werte der entsprechenden öffentlichen Einrichtungen. Auch von der Ausbildung von Beamtenanwärtern/-anwärterinnen sind große Teile der Beschäftigungsfelder im öffentlichen Dienst betroffen, wie z. B. der einfache und mittlere Dienst, Personen im Lehramtsreferendariat, Inspektoren und Inspektorinnen, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Erzieher/-innen im Anerkennungsjahr sowie die Bereiche Polizei, Bundesgrenzschutz und Verteidigung.

⁵¹⁾ Zurückgestellt wurden daher u. a. zunächst alle Arbeiten, welche die Bereiche „Weiterbildung“ und „Steuererleichterungen“ betreffen.

⁵²⁾ Sowohl die Transfers an private Haushalte als auch die Leistungen von Vereinen zur Förderung von Bildungseinrichtungen.

Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1994

Vorbemerkung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes werden jährlich im Rahmen der Personalstandstatistik nach den Vorschriften des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz — FPStatG) vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2119) erfaßt. Am Erhebungsstichtag 30. Juni werden Bestandsdaten der Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber über Art, Umfang und Dauer des Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnisses, Aufgabenbereich, Geschlecht, Laufbahngruppe, Einstufung (Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe), Alter, Dienst- bzw. Arbeitsort, Dienst- bzw. Lebensaltersstufe, Ortszuschlag sowie bei den Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern, Soldatinnen und Soldaten sowie Dienstordnungsangestellten der Wohnort erhoben. Die Erfassung des Merkmals Wohnort hat auch bei der Erhebung 1994 zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Aufbereitung der Ergebnisse geführt, da in den maschinell geführten Verwaltungsdateien in großem Umfang fehlerhafte Angaben über die Adressen der Beschäftigten gespeichert waren. Die Berichtigung dieser Fehler hat zwangsläufig zu Terminverzögerungen bei der Ergebnisbereitstellung geführt.

In der Abgrenzung der Personalstandstatistik gehörten 1994 zum öffentlichen Dienst: der Bund, die Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.), die kommunalen Zweckverbände, das Bundeseisenbahnvermögen und die Deutsche Bundespost (unmittelbarer öffentlicher Dienst) sowie die Bundesanstalt für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, die Sozialversicherungsträger, die Träger der Zusatzversorgung und rechtlich selbständige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen mit Dienstherrnfähigkeit (mittelbarer öffentlicher Dienst). Gegenüber dem Vorjahr ist eine Änderung im Kreis der Auskunftspflichtigen eingetreten. Die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Reichsbahn gehören durch die am 1. Januar 1994 erfolgte Privatisierung nicht mehr zum öffentlichen Dienst. Durch diese Maßnahme sind rund 284 000 Tarifbeschäftigte der ehemaligen Deutschen Bundesbahn/Reichsbahn keine Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mehr. Dagegen werden die Beamtinnen und Beamten der ehemaligen Deutschen Bundesbahn über das neu errichtete Bundeseisenbahnvermögen weiterhin einbezogen. Bei Vergleichen mit dem Vorjahr wird diese Änderung im Berichtskreis entsprechend berücksichtigt.

Erfaßt werden die Beschäftigten, die am Erhebungsstichtag in einem unmittelbaren entgeltpflichtigen Dienst- bzw. Arbeitsvertragsverhältnis zu den auskunftspflichtigen Behörden, Gerichten und Einrichtungen stehen und in der Regel Gehalt, Vergütung oder Lohn aus Haushaltsmitteln dieser Dienststellen beziehen.

Bei dem Erhebungsverfahren und dem Erhebungsumfang der Personalstandstatistik bestehen weiterhin Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern. Während im früheren Bundesgebiet der vollständige Merkmalskatalog auf maschinellen Datenträgern überwiegend von zentralen Besoldungsdienststellen geliefert wird, nehmen die Auskunftspflichtigen in den neuen Ländern überwiegend noch die in der Rechtsgrundlage vorgesehene Übergangsregelung in Anspruch, nach der bis zum Jahr 1997 ein vereinfachtes Erhebungsverfahren durchgeführt werden kann. Dieses sieht die Erfassung von Summendatensätzen in der Gliederung nach Art, Umfang und Dauer des Dienstverhältnisses, Aufgabenbereich, Geschlecht, Laufbahngruppe und Einstufung vor. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf diesen für das gesamte Bundesgebiet gemeinsamen Merkmalskatalog.

6,1 Mill. Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Am 30. Juni 1994 waren 6,1 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Dienststellen des unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Dienstes beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 125 000 oder 2,0% Beschäftigte weniger gezählt. Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber für den Arbeitsmarkt ergibt sich aus dem Anteil an der Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen. Durch das Ausscheiden der Tarifbeschäftigten der ehemaligen Deutschen Bundesbahn/Reichsbahn aus dem Bereich des

Tabelle 1: Personal im öffentlichen Dienst

Beschäftigungsbereich	Deutschland				Insgesamt
	1000				
	30 Juni 1994 ¹⁾			30. Juni 1993	
	Beamtinnen/ Beamte, Richter/ -innen und Soldatinnen/ Soldaten	Ange- stellte	Arbei- ter/ -innen		
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	2 141,6	2 402,2	1 122,6	5 666,3	5 831,4
Vollzeitbeschäftigte	1 938,6	1 801,4	799,8	4 539,8	4 752,1
Teilzeitbeschäftigte	203,0	600,8	322,7	1 126,6	1 079,3
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	1 723,1	2 272,6	870,2	4 866,0	4 997,7
Vollzeitbeschäftigte	1 538,8	1 707,0	626,9	3 872,7	4 060,3
Teilzeitbeschäftigte	184,3	565,6	243,4	993,3	937,4
Bund²⁾	345,2	125,1	107,3	577,6	602,9
Vollzeitbeschäftigte	342,8	108,2	102,7	553,7	579,3
Teilzeitbeschäftigte	2,4	16,9	4,5	23,8	23,6
Länder	1 201,3	1 061,8	218,9	2 482,0	2 510,7
Vollzeitbeschäftigte	1 029,5	766,0	173,9	1 969,4	2 012,0
Teilzeitbeschäftigte	171,8	295,8	45,0	512,6	498,6
Gemeinden/Gv.	176,6	1 085,8	544,1	1 806,4	1 884,1
Vollzeitbeschäftigte	166,4	832,9	350,3	1 349,6	1 468,9
Teilzeitbeschäftigte	10,1	252,9	193,8	456,9	415,2
Kommunale Zweckverbände ..	2,7	40,5	23,7	66,9	62,7
Vollzeitbeschäftigte	2,6	31,2	17,4	51,2	47,5
Teilzeitbeschäftigte	0,1	9,3	6,2	15,7	15,1
Bundeseisenbahnvermögen ..	122,2	0,6	5,7	128,5	134,3 ³⁾
Vollzeitbeschäftigte	120,8	0,5	5,7	127,0	132,8 ³⁾
Teilzeitbeschäftigte	1,4	0,1	0,1	1,5	1,5 ³⁾
Deutsche Bundespost	293,6	88,4	223,0	605,0	636,8
Vollzeitbeschäftigte	276,4	62,6	149,9	488,9	511,5
Teilzeitbeschäftigte	17,2	25,8	73,1	116,1	125,2
Mittelbarer öffentlicher Dienst ..	43,2	333,4	51,5	428,0	387,9
Vollzeitbeschäftigte	40,9	297,9	41,2	380,0	342,3
Teilzeitbeschäftigte	2,3	35,5	10,3	48,0	45,5
Insgesamt	2 184,7	2 735,5	1 174,1	6 094,3	6 219,3
Vollzeitbeschäftigte	1 979,4	2 099,3	841,1	4 919,8	5 094,5
Teilzeitbeschäftigte	205,3	636,3	333,0	1 174,6	1 124,8

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Ohne Grundwehrdienstleistende (1994: 148,4). — ³⁾ Deutsche Bundes-/Reichsbahn methodisch angepaßt

öffentlichen Dienstes ist dieser Anteil unter 20% gesunken. Die Quote beträgt nunmehr 19,4%. Die zum 1. Januar 1995 erfolgte Privatisierung der Deutschen Bundespost führte zu einer weiteren erheblichen Reduzierung der Beschäftigtenzahl des öffentlichen Dienstes; sie wird künftig bei rund 5,5 Mill. liegen. Das entspricht einem Anteil von etwa 17,5% an der Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen.

Hohe Teilzeitquote

Von den 6,1 Mill. Beschäftigten hatten 4,9 Mill. einen Arbeitsvertrag als Vollzeitkräfte, während knapp 1,2 Mill. mit verkürzter Arbeitszeit eingesetzt waren. Im Vorjahresvergleich zeigt sich ein Rückgang bei der Zahl der Vollzeitbeschäftigten (— 175 000 oder — 3,4%). Dagegen wurde das Arbeitsplatzangebot im Teilzeitbereich weiter ausgebaut. Binnen Jahresfrist wurden 50 000 neue Stellen (+ 4,4%), die überwiegend von Frauen nachgefragt werden, besetzt. Die Teilzeitquote im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland hat sich durch diese Entwicklung auf 19,3% erhöht (1993: 18,1%). Sie liegt damit deutlich über der entsprechenden Quote bei den abhängig Erwerbstätigen insgesamt (15,9%).

Deutliche Personalreduzierung im unmittelbaren öffentlichen Dienst

Die Behörden, Gerichte und Einrichtungen des unmittelbaren öffentlichen Dienstes führten Mitte 1994 knapp 5,7 Mill. Beschäftigte in ihren Lohn- und Gehaltslisten; das waren 165 000 oder 2,8% weniger als 1993. Damit hat sich die Personalreduzierung im unmittelbaren öffentlichen Dienst, allerdings etwas abgeschwächt, fortgesetzt. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiteten 4,5 Mill. mit der vollen Arbeitszeit, 1,1 Mill. bevorzugten kürzere Arbeitszeitformen. Bei den Vollzeitkräften waren im Vergleich zum Vorjahr 212 000 Arbeitsplätze (— 4,5%) weniger besetzt; dagegen wurden bei den Teilzeitbeschäftigten 47 000 Kräfte (+ 4,4%) mehr gezählt. Aufgrund dieser Entwicklung errechnet sich eine Teilzeitquote von knapp 20%.

Im unmittelbaren öffentlichen Dienst erstreckte sich der Personalrückgang auf alle Beschäftigungsbereiche. Bei den Behörden, Gerichten und Einrichtungen des Bundes waren am Erhebungsstichtag 578 000 Beschäftigte eingesetzt; innerhalb eines Jahres verringerte sich in diesem Beschäftigungsbereich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 25 000 (— 4,2%). Von den Beschäftigten hatten 554 000 einen Dienst- oder Arbeitsvertrag mit voller und 24 000 mit verkürzter Arbeitszeit. Die rückläufigen Beschäftigtenzahlen betrafen Vollzeitbeschäftigte; im Teilzeitbereich war noch ein geringfügiger Anstieg (+ 200) zu beobachten. Im Bereich der Bundesverwaltung ergibt sich damit die relativ geringe Teilzeitquote von 4,1% (1993: 3,9%). Ohne Berücksichtigung der Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten, die ausschließlich den Vollzeitkräften zuzurechnen sind, liegt sie bei 6,5% (1993: 6,3%). Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen wird beim Bund, wie in den Jahren zuvor, wesentlich durch die planmäßige Rückführung der Personalstärke der Bundeswehr beeinflusst. Die Veränderung der sicherheitspolitischen Lage hat

sowohl Auswirkung auf die Zahl des militärischen als auch des zivilen Personals

Die Länder beschäftigten Mitte 1994 knapp 2,5 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie bilden den personalintensivsten Beschäftigungsbereich innerhalb des öffentlichen Dienstes. Gegenüber dem Vorjahr wurden 29 000 Beschäftigte weniger gemeldet. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß durch die rechtliche Verselbständigung von Landesdienststellen rund 30 000 ehemalige Landesbedienstete nunmehr im mittelbaren öffentlichen Dienst im Bereich der rechtlich selbständigen Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit nachgewiesen werden. Bei Berücksichtigung dieser Entwicklung liegt die Gesamtbeschäftigtenzahl im Landesdienst auf dem Vorjahresniveau. Von den Beschäftigten waren 1,97 Mill. Vollzeit- und 513 000 Teilzeitkräfte. Im Vorjahresvergleich waren unter Berücksichtigung der erwähnten Ausgliederung bei den Vollzeitbeschäftigten ein Rückgang um 13 000 und bei den Teilzeitkräften ein Anstieg um 14 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verzeichnen. Die Teilzeitquote liegt im Landesdienst mit 20,7% merklich über dem Gesamtdurchschnitt des öffentlichen Dienstes.

Im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern ergab sich eine unterschiedliche Entwicklung. Im früheren Bundesgebiet wurde noch ein Anstieg der Arbeitsplätze im Landesdienst festgestellt. Dieser betraf hauptsächlich Vollzeitstellen (20 000); im Teilzeitbereich war nur ein geringer Zuwachs (+ 3 000) festzustellen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ergaben sich rückläufige Beschäftigtenzahlen im Landesdienst. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 22 000 Beschäftigte weniger eingesetzt. Hierbei ging die Zahl der Vollzeitkräfte um 33 000 zurück. Dieser Rückgang wurde teilweise durch 11 000 zusätzliche Teilzeitstellen ausgeglichen. Insgesamt gesehen wird damit der Anstieg der Teilzeitkräfte im Landesdienst maßgeblich durch die Entwicklung in den neuen Ländern bestimmt. Bezüglich der Teilzeitquote bestehen zur Zeit noch deutliche Unterschiede zwischen dem Landesdienst des früheren Bundesgebietes (21,7%) und dem Landesdienst in den neuen Ländern (17,0%).

Die kommunalen Arbeitgeber (Gemeinden/Gv., kommunale Zweckverbände) beschäftigten Mitte 1994 1,87 Mill. Arbeitskräfte; davon waren 1,4 Mill. voll- und 473 000 teilzeitbeschäftigt. Mit einer Teilzeitquote von 25,2% nehmen die kommunalen Arbeitgeber damit den Spitzenplatz innerhalb des öffentlichen Dienstes ein. Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sie ihren Mitarbeiterstab um insgesamt 74 000 Beschäftigte. Der starke Rückgang bei der Zahl der Vollzeitbeschäftigten (— 116 000 oder — 7,6%) wurde nur teilweise durch mehr Teilzeitkräfte (+ 42 000 oder + 9,8%) ausgeglichen. Die rückläufigen Beschäftigtenzahlen bei den Kommunen wurden sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern festgestellt. Im früheren Bundesgebiet wurden 15 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger gezählt. Die Personalreduzierung betraf ausschließlich Vollzeitarbeitsplätze. Auffallend ist, daß im früheren Bundesgebiet bei den kommunalen Arbeitgebern ebenso wie im Landesdienst der Zuwachs an Teilzeitarbeitsplätzen zum Stillstand gekommen ist. An-

ders sieht es in den neuen Ländern aus. Hier wurden über 40 000 neue Teilzeitkräfte gezählt. Dadurch wird der starke Abbau von Vollzeitkräften (— 100 000) etwas abgemildert.

Die beiden Sondervermögen des Bundes, das Bundeseisenbahnvermögen und die Deutsche Bundespost haben ihren Personalbestand ebenfalls weiter verringert. Das Bundeseisenbahnvermögen, das die Beamtinnen und Beamten der Deutschen Bundesbahn sowie in geringem Umfang auch Angestellte und Arbeiter/-innen übernommen hat, beschäftigte Mitte 1994 128 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Zahl der ehemaligen Bundesbahnbeamten belief sich hierbei auf 122 000; das waren knapp 6 000 weniger als im Vorjahr. Die drei Unternehmensbereiche der Deutschen Bundespost setzten im letzten Jahr vor der Privatisierung 605 000 Beschäftigte ein; das waren 32 000 weniger (— 5,0%) als 1993.

Weiterer Personalanstieg im mittelbaren öffentlichen Dienst

Bei den erfaßten Einrichtungen des mittelbaren öffentlichen Dienstes wurden am Erhebungsstichtag 428 000 Beschäftigte gezählt; das waren 40 000 mehr als im Vorjahr. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß rund 30 000 ehemalige Landesbedienstete, wie bereits erwähnt, nunmehr im mittelbaren öffentlichen Dienst nachgewiesen werden. Somit wurden tatsächlich nur 10 000 neue Stellen im mittelbaren öffentlichen Dienst eingerichtet; dies entspricht einem Anstieg von 2,6%.

Weniger Angestellte, Arbeiter sowie Berufs- und Zeitsoldaten

Im Bereich des öffentlichen Dienstes spielen neben den tarifvertraglich geregelten Arbeitsverhältnissen traditionell die öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse für Beamte, Richter und Soldaten eine wichtige Rolle. Sie basieren auf speziellen Gesetzen und sind für Tätigkeiten der klassischen Hoheitsverwaltung zwingend vorgeschrieben. Aber auch für Aufgaben im Bereich der Leistungsverwaltung können Beamtinnen und Beamte eingesetzt werden. Für die personalpolitischen Überlegungen der öffentlichen Dienstherren ist hierbei das Streikverbot der Beamtenschaft von besonderer Bedeutung. Durch die deutsche Vereinigung ist das Gewicht der öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse etwas zurückgegangen, da sich in den neuen Ländern der Einsatz von Beschäftigten in einem Beamtenverhältnis zur Zeit hauptsächlich auf den Bereich der klassischen Hoheitsverwaltung beschränkt. Zudem führt die Privatisierung der Bahn und der Post dazu, daß bei ihnen keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr in ein Beamtenverhältnis berufen werden. Von den 6,1 Mill. Beschäftigten hatten 1,95 Mill. Beamtinnen und Beamte, 213 000 Berufs- bzw. Zeitsoldatinnen und -soldaten sowie 22 000 Richterinnen und Richter ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis. Aufgrund von Tarifverträgen wurden 2,74 Mill. Angestellte und 1,17 Mill. Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich nur ein Personalzuwachs bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in ein Beamtenverhältnis berufen worden waren. Insgesamt wurden 26 000 zusätzliche Beamtenverhältnisse gezählt. Die Zunahme ist hauptsächlich auf Ver-

Tabelle 2: Personal im öffentlichen Dienst nach dem Dienstverhältnis

Deutschland
1 000

Beschäftigungsbereich	30 Juni 1994 ¹⁾			30 Juni 1993
	Beamtinnen/ Beamte, Richter/ -innen und Soldatinnen/ Soldaten	Ange- stellte	Arbei- ter/ -innen	Insgesamt
Beschäftigte				
Insgesamt	2 184,7	2 735,5	1 174,1	6 094,3
dar.: Frauen	624,2	1 860,4	488,3	2 972,9
Vollzeitbeschäftigte				
Unmittelbarer öffentlicher Dienst				
.....	1 938,6	1 801,4	799,8	4 539,8
dar.: Frauen	422,7	1 129,7	184,8	1 737,2
Bund, Länder und Gemeinden/Gv.				
.....	1 538,8	1 707,0	626,9	3 872,7
dar.: Frauen	353,8	1 070,4	142,2	1 566,4
Bund²⁾				
.....	342,8	108,2	102,7	553,7
dar.: Frauen	18,7	58,8	16,2	93,6
Länder				
.....	1 029,5	766,0	173,9	1 969,4
dar.: Frauen	292,9	477,0	42,6	812,6
Gemeinden/Gv.				
.....	166,4	832,9	350,3	1 349,6
dar.: Frauen	42,1	534,6	83,4	660,1
Kommunale Zweckverbände				
dar.: Frauen	2,6	31,2	17,4	51,2
Bundeseisenbahnvermögen				
dar.: Frauen	0,3	16,8	3,2	20,3
Deutsche Bundespost				
dar.: Frauen	120,8	0,5	5,7	127,0
Mittelbarer öffentlicher Dienst				
dar.: Frauen	5,4	0,3	0,3	6,0
Zusammen				
.....	276,4	62,6	149,9	488,9
dar.: Frauen	63,3	42,1	39,2	144,6
Mittelbarer öffentlicher Dienst				
dar.: Frauen	40,9	297,9	41,2	380,0
Zusammen				
.....	12,3	181,5	8,4	202,3
Zusammen				
.....	1 979,4	2 099,3	841,1	4 919,8
dar.: Frauen	435,1	1 311,2	193,3	1 939,5
dagegen am 30. Juni 1993				
.....	1 979,1	2 191,8	923,5	5 094,5
dar.: Frauen	411,0	1 386,0	230,8	2 027,7
Teilzeitbeschäftigte				
Unmittelbarer öffentlicher Dienst				
.....	203,0	600,8	322,7	1 126,6
dar.: Frauen	187,1	514,7	285,0	986,8
Bund, Länder und Gemeinden/Gv.				
.....	184,3	565,6	243,4	993,3
dar.: Frauen	169,1	481,2	213,2	863,5
Bund²⁾				
.....	2,4	16,9	4,5	23,8
dar.: Frauen	2,0	16,3	4,3	22,7
Länder				
.....	171,8	295,8	45,0	512,6
dar.: Frauen	157,7	228,8	39,6	426,1
Gemeinden/Gv.				
.....	10,1	252,9	193,8	456,9
dar.: Frauen	9,3	236,1	169,3	414,8
Kommunale Zweckverbände				
dar.: Frauen	0,1	9,3	6,2	15,7
Bundeseisenbahnvermögen				
dar.: Frauen	0,1	8,5	5,9	14,5
Deutsche Bundespost				
dar.: Frauen	1,4	0,1	0,1	1,5
Mittelbarer öffentlicher Dienst				
dar.: Frauen	1,3	0,1	0,0	1,4
Zusammen				
.....	17,2	25,8	73,1	116,1
dar.: Frauen	16,6	24,9	65,8	107,4
Mittelbarer öffentlicher Dienst				
dar.: Frauen	2,3	35,5	10,3	48,0
Zusammen				
.....	2,1	34,4	10,0	46,6
Zusammen				
.....	205,3	636,3	333,0	1 174,6
dar.: Frauen	189,2	549,2	295,0	1 033,4
dagegen am 30. Juni 1993				
.....	197,4	612,2	315,2	1 124,8
dar.: Frauen	182,2	523,7	290,8	996,7

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ Darunter Berufs- und Zeitsoldaten (212,7), darunter Frauen (2,0). — ³⁾ Deutsche Bundes-/Reichsbahn methodisch angepaßt.

beamtungen in den neuen Ländern zurückzuführen. Bei den tarifvertraglich geregelten Arbeitsverhältnissen ging die Zahl der Angestellten (— 68 000) und die der Arbeiterinnen und Arbeiter (— 65 000) deutlich zurück. Die Zahl der Berufs- bzw. Zeitsoldatinnen und -soldaten war ebenfalls rückläufig (— 18 000).

Bei den Vollzeit- und den Teilzeitbeschäftigten zeigt sich teilweise eine unterschiedliche Entwicklung. Während im Beamtenverhältnis sowohl mehr Vollzeit- als auch Teilzeitbeschäftigte erfaßt wurden, erstreckte sich der Rückgang bei den Angestellten und Lohnempfängern ausschließlich

auf Vollzeitbeschäftigte. Bei den Angestellten waren mehr als 90 000 und bei den Arbeiterinnen und Arbeitern gut 80 000 Vollzeitarbeitsplätze weniger besetzt. Der Verringerung des Arbeitszeitvolumens der tarifvertraglich beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde durch mehr Teilzeitarbeitsplätze (Angestellte + 24 000, Lohnempfänger: + 18 000) nur leicht entgegengesteuert.

Die Personalentwicklung in den einzelnen Beschäftigungsbereichen zeigt, daß sich die Zahl der Beamten-dienstposten bei den Ländern (+ 41 000), im kommunalen Bereich (+ 3 000), beim Bund (+ 1 000) sowie im mittelbaren öffentlichen Dienst (+ 1 000) erhöht hat. Rückläufige Beamtenzahlen wurden vom Bundeseisenbahnvermögen (— 6 000) und der Deutschen Bundespost (— 13 000) gemeldet. Der Rückgang bei den Tarifbeschäftigten ist im kommunalen Bereich am stärksten ausgefallen. Mit Ausnahme des mittelbaren öffentlichen Dienstes wurden auch in den anderen Beschäftigungsbereichen rückläufige Zahlen der eingesetzten Angestellten sowie Arbeiterinnen und Arbeiter gemeldet.

Beschäftigung von Frauen rückläufig

Der allgemeine Personalabbau im öffentlichen Dienst hat sich auch auf die Beschäftigung von Frauen ausgewirkt. Mitte 1994 beschäftigten die öffentlichen Arbeitgeber 2,97 Mill. Frauen in ihrem Mitarbeiterstab; das waren 52 000 oder 1,7 % weniger als im Vorjahr. Der Frauenanteil hat sich jedoch leicht auf 48,8 % (1993: 48,6 %) erhöht.

Knapp zwei Drittel oder 1,9 Mill. im öffentlichen Dienst beschäftigte Frauen übten ihren Beruf mit der vollen Arbeitszeit aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden 88 000 vollzeitbeschäftigte Frauen weniger gezählt. Die Zahl der Frauen, die einen Teilzeitarbeitsplatz in ihrem Dienst- bzw. Arbeitsvertrag vereinbart hatten, ist weiter gestiegen (+ 37 000) und hat damit die Millionengrenze (1,03 Mill.) überschritten.

Im Landesdienst waren Mitte 1994 1,24 Mill. Frauen beschäftigt. Trotz der stagnierenden Gesamtbeschäftigtenzahl erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiterinnen in diesem Beschäftigungsbereich noch um 11 000. In den Diensten der kommunalen Arbeitgeber standen 1,1 Mill. Frauen; das waren 56 000 weniger als im Vorjahr. In diesem Ergebnis spiegelt sich die Anpassung der Personalausstattung der Kommunen in den neuen Ländern insbesondere bei sozialen Einrichtungen an das Beschäftigungsniveau der Kommunen im früheren Bundesgebiet wider. Bei der Deutschen Bundespost arbeiteten 252 000, im mittelbaren öffentlichen Dienst 249 000, beim Bund 116 000 und beim Bundeseisenbahnvermögen 7 000 Frauen. Neben den Ländern erhöhten auch der Bund (+ 1 000) und der mittelbare öffentliche Dienst (+ 8 000) die Zahl der bei ihnen beschäftigten Mitarbeiterinnen. Werden diese absoluten Zahlen in Beziehung zur Gesamtbeschäftigtenzahl des jeweiligen Beschäftigungsbereichs gesetzt, ergibt sich der höchste Frauenanteil bei den Kommunen (59,2 %), im mittelbaren öffentlichen Dienst (58,2 %) und bei den Ländern (49,9 %). Die entsprechenden Quoten bei den zum Einflußbereich des Bundes gehörenden Beschäftigungsbereichen (Bund: 20,2 % — ohne Soldaten: 31,4 % —, Bundes-

eisenbahnvermögen: 5,8 % und Deutsche Bundespost: 41,7 %) liegen zum Teil deutlich niedriger. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Frauenanteil nur beim Bund und den Ländern erhöht. Die teilweise hohen Quoten im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland werden wesentlich durch die Beschäftigtenstruktur in den neuen Ländern beeinflusst. Hier sind knapp zwei Drittel (65,1 %) der Beschäftigten Frauen. Im früheren Bundesgebiet liegt der Frauenanteil mit 44,4 % deutlich niedriger.

Mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des höheren und gehobenen Dienstes

Die Erfassung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten nach Besoldungs- und der Angestellten nach Vergütungsgruppen und die entsprechende Zuordnung zu den Laufbahngruppen der Beamtenschaft gibt einen Überblick über die berufliche Qualifikation der Beschäftigten sowie Hinweise auf ihre Einkommenssituation. So wird für eine Tätigkeit im höheren Dienst in der Regel als Eingangsvoraussetzung ein Hochschulabschluß gefordert, im gehobenen Dienst ist es ein zum Hochschulstudium berechtigender Abschluß, im mittleren Dienst der Realschulabschluß und im einfachen Dienst der Hauptschulabschluß bzw. jeweils ein vergleichbarer Bildungsabschluß. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind je nach Ausbildung und Qualifikation dem mittleren bzw. einfachen Dienst zuzuordnen.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Vollzeitbeschäftigte sowie auf Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten. Für die Teilzeitbeschäftigten mit weniger als der Hälfte der Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten liegen keine entsprechenden Angaben vor. In dieser Abgrenzung gehörten von den 5,9 Mill. Beschäftigten 634 000 oder 10,7 % dem höheren, 1,5 Mill. oder 25,5 % dem gehobenen, 2,4 Mill. oder 41,0 % dem mittleren und 243 000 oder 4,1 % dem einfachen Dienst an; 1,1 Mill. oder 18,6 % waren Lohnempfänger/-innen. Diese Struktur ergibt einen Stellenkegel, nach dem gut ein Drittel der Beschäftigten nach Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppen des höheren und gehobenen Dienstes eingestuft ist, während knapp zwei Drittel den beiden unteren Laufbahngruppen zuzuordnen sind. Im Vergleich zum Vorjahr setzte sich der langjährige Trend des Anstiegs der Beschäftigtenzahlen im höheren und gehobenen Dienst fort. Dagegen wurden die Mitarbeiterzahlen im mittleren und einfachen Dienst sowie im Lohnbereich zurückgeführt. Damit besteht trotz insgesamt rückläufiger Beschäftigtenzahlen nach wie vor ein Bedarf an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Zusammen mit dem Zusatzbedarf für die aus Altersgründen ausgeschiedenen Beschäftigten kann der öffentliche Dienst damit eine wichtige Perspektive für Hochschul- bzw. Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen bieten. Im einzelnen wurden im höheren Dienst 6 000 und im gehobenen Dienst 27 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Für 2,8 Mill. der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen liegt eine Gliederung nach Laufbahngruppen vor. Von ihnen waren 171 000 oder 6,0 % in Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppen des höheren Dienstes eingestuft;

Tabelle 3: Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1994 nach Laufbahngruppen¹⁾Deutschland
1000

Beschäftigungsbereich	Insgesamt	Beamtinnen/Beamte, Richter/-innen, Soldatinnen/Soldaten und Angestellte					Arbeiter/-innen
		zusammen	hoherer	gehobener	mittlerer	einfacher	
Beschäftigte ²⁾							
Insgesamt	5 919,2	4 816,2	634,1	1 512,0	2 427,0	243,0	1 103,0
dar.: Frauen	2 846,2	2 421,2	171,3	738,1	1 434,9	77,0	425,2
dagegen am 30. Juni 1993 ³⁾	6 036,0	4 872,0	627,9	1 484,6	2 495,6	264,0	1 163,9
dar.: Frauen	2 894,8	2 438,9	167,1	713,8	1 474,0	84,0	455,9
Vollzeitbeschäftigte							
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	4 539,8	3 739,9	536,7	1 148,2	1 837,1	217,0	799,8
dar.: Frauen	1 737,2	1 552,4	117,9	466,8	912,3	55,4	184,8
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	3 872,7	3 245,8	524,0	1 055,7	1 547,3	118,7	626,9
dar.: Frauen	1 566,4	1 424,2	115,9	445,8	819,0	43,5	142,2
Bund	553,7	451,0	39,0	84,4	276,4	51,2	102,7
dar.: Frauen	93,6	77,4	4,0	12,9	57,5	3,1	16,2
Länder	1 969,4	1 795,6	402,5	697,1	659,9	36,0	173,9
dar.: Frauen	812,9	770,0	92,6	319,2	340,1	18,1	42,6
Gemeinden/Gv	1 349,6	999,3	82,5	274,2	610,9	31,6	350,3
dar.: Frauen	660,1	576,8	19,4	113,7	421,3	22,3	83,4
Kommunale Zweckverbände	51,2	33,8	4,2	8,5	19,8	1,3	17,4
dar.: Frauen	20,3	17,1	0,8	2,4	13,2	0,8	3,2
Bundeseisenbahnvermögen	127,0	121,3	1,6	18,3	93,6	7,7	5,7
dar.: Frauen	6,0	5,7	0,1	1,0	4,6	0,0	0,3
Deutsche Bundespost	488,9	339,0	6,8	65,6	177,4	89,2	149,9
dar.: Frauen	144,6	105,4	1,1	17,6	75,6	11,1	39,2
Mittelbarer öffentlicher Dienst	380,0	338,8	22,5	115,3	195,0	6,0	41,2
dar.: Frauen	202,3	193,8	4,5	46,2	140,0	3,1	8,4
Zusammen	4 919,8	4 078,7	559,2	1 263,5	2 033,1	222,9	841,1
dar.: Frauen	1 939,5	1 746,2	122,4	513,0	1 052,3	58,5	193,3
dagegen am 30. Juni 1993 ³⁾	5 094,5	4 170,9	556,0	1 248,7	2 121,8	244,5	923,5
dar.: Frauen	2 027,7	1 796,9	120,0	500,3	1 110,5	66,1	230,8
Teilzeitbeschäftigte ⁴⁾							
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	955,9	701,3	74,0	242,8	365,2	19,3	254,6
dar.: Frauen	864,7	639,9	48,1	219,8	354,3	17,7	224,8
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	849,8	655,4	73,7	239,9	324,2	17,7	194,4
dar.: Frauen	765,9	595,7	47,9	217,3	314,2	16,3	170,3
Bund	23,3	19,0	1,0	2,1	15,2	0,7	4,2
dar.: Frauen	22,2	18,1	0,7	1,8	14,9	0,7	4,0
Länder	441,4	404,3	66,5	208,0	123,8	6,0	37,1
dar.: Frauen	391,2	357,3	42,4	189,8	119,6	5,5	33,9
Gemeinden/Gv	385,2	232,1	6,2	29,8	185,1	11,0	153,1
dar.: Frauen	352,6	220,2	4,8	25,7	179,7	10,1	132,3
Kommunale Zweckverbände	12,0	7,9	0,2	1,0	6,3	0,4	4,2
dar.: Frauen	11,4	7,5	0,2	0,8	6,2	0,4	4,0
Bundeseisenbahnvermögen	1,4	1,4	0,0	0,3	1,2	0,0	0,0
dar.: Frauen	1,3	1,3	0,0	0,2	1,1	0,0	0,0
Deutsche Bundespost	92,6	36,6	0,0	1,8	33,6	1,2	56,1
dar.: Frauen	86,0	35,5	0,0	1,5	32,8	1,1	50,5
Mittelbarer öffentlicher Dienst	43,5	36,1	1,0	5,7	28,7	0,8	7,4
dar.: Frauen	42,3	35,1	0,8	5,3	28,3	0,7	7,2
Zusammen	999,4	737,5	75,0	248,5	393,9	20,1	262,0
dar.: Frauen	906,9	675,0	48,8	225,2	382,5	18,4	232,0
dagegen am 30. Juni 1993 ³⁾	941,5	701,1	71,8	235,9	373,8	19,5	240,4
dar.: Frauen	867,1	642,0	47,1	213,5	363,5	17,9	225,1

¹⁾ Vortläufiges Ergebnis. — ²⁾ Ohne Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten. — ³⁾ Deutsche Bundes-/Reichsbahn methodisch angepaßt — ⁴⁾ Mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit

738 000 oder 25,9% gehörten dem gehobenen, 1,4 Mill. oder 50,4% dem mittleren und 77 000 oder 2,7% dem einfachen Dienst an. 425 000 oder 14,9% waren Arbeiterinnen. Diese Struktur zeigt, daß die Frauen in den Laufbahngruppen des gehobenen und mittleren Dienstes überdurchschnittlich vertreten sind. Mehr als drei Viertel aller im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen sind in Besoldungs- und Vergütungsgruppen dieser beiden Laufbahngruppen eingestuft. Das starke Gewicht der Frauen in den Laufbahngruppen des gehobenen und mittleren Dienstes wird auch durch den jeweiligen Frauenanteil bestätigt. Er liegt im gehobenen Dienst mit 48,8% leicht und im mittleren Dienst mit 59,1% merklich über dem Gesamtdurchschnitt von 48,1%. Defizite zeigen sich insbesondere noch im höheren Dienst; hier ist mit 27,0% der niedrigste Frauenanteil festzustellen.

Zwei Drittel der Personalzunahme im höheren Dienst entfielen auf Frauen; im gehobenen Dienst beträgt der entsprechende Anteil der Frauen sogar 90%. Das zeigt, daß die Frauen bei der Wiederbesetzung von frei gewordenen bzw. bei der erstmaligen Besetzung von zusätzlichen Stellen des höheren und gehobenen Dienstes besonders berücksichtigt wurden. Bei einer Fortsetzung dieser Einstellungspraxis dürfte der Frauenanteil auch im gehobenen Dienst in Kürze 50% erreicht haben.

Jeder dritte Beschäftigte ist im Bildungswesen tätig

Für das Personal des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. gibt die Gliederung nach Aufgabenbereichen Hinweise auf die ausgeübte Tätigkeit der beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hierbei wird das Per-

Tabelle 4: Personal des Bundes, der Länder und Gemeinden/Gv. nach Aufgabenbereichen
Deutschland
1000

Aufgabenbereich	Beschäftigte am 30. Juni		Vollzeitbeschäftigte am 30. Juni		Teilzeitbeschäftigte am 30. Juni	
	1994 ¹⁾	1993	1994 ¹⁾	1993	1994 ¹⁾	1993
Kernhaushalt	4 144,6	4 206,3	3 297,6	3 415,0	847,0	791,3
Allgemeine Dienste	1 751,5	1 742,7	1 584,1	1 588,4	167,4	154,3
Politische Führung und zentrale Verwaltung ²⁾	731,6	710,9	624,3	614,9	107,3	96,1
darunter: Steuer- und Finanzverwaltung	274,9	267,2	239,1	233,7	35,9	33,5
Verteidigung	378,1	405,5	366,9	394,1	11,2	11,4
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	446,0	435,6	418,6	409,9	27,3	25,8
Rechtsschutz	195,9	190,6	174,3	169,6	21,6	21,0
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung ³⁾	1 523,9	1 507,5	998,8	1 006,8	525,1	500,7
darunter:						
Schulen und vorschulische Bildung ⁴⁾	1 105,9	1 092,6	713,6	720,6	392,3	372,0
Hochschulen	263,2	263,7	173,6	172,3	89,6	91,4
Soziale Sicherung	268,2	268,0	209,4	215,0	58,7	53,0
Gesundheit, Sport und Erholung	149,6	145,9	110,1	118,3	39,5	27,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinstdienste	221,3	210,3	190,1	193,5	31,2	16,9
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	35,3	37,6	29,6	33,5	5,7	4,1
Energie- und Wasserwirtschaft ⁵⁾	29,2	28,3	24,1	24,9	5,0	3,3
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	120,3	121,4	112,0	116,4	8,3	5,0
Wirtschaftsunternehmen	45,5	43,7	39,4	39,7	6,1	4,0
Nicht zuordenbar ⁶⁾	x	100,9	x	78,5	x	22,4
Sonderrechnungen ⁷⁾	721,3	791,3	575,0	645,3	146,3	146,1
darunter:						
Hochschulkliniken	161,8	162,9	130,2	132,1	31,5	30,8
Krankenhäuser und Heilstätten	448,6	478,2	344,4	373,7	104,2	104,4
Wirtschaftsunternehmen	76,6	132,0	70,5	124,0	6,1	8,0
Insgesamt	4 866,0	4 997,7	3 872,7	4 060,3	993,3	937,4

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ²⁾ Einschl. auswärtiger Angelegenheiten. — ³⁾ Einschl. kultureller Angelegenheiten. — ⁴⁾ Einschl. Unterrichtsverwaltung. — ⁵⁾ Einschl. Gewerbe, Dienstleistungen. — ⁶⁾ Gemeinden/Gv. unter 3000 Einwohnern in den neuen Ländern 1993. — ⁷⁾ Mit kaufmännischem Rechnungswesen.

sonal des Bundes und der Länder entsprechend der haushaltsrechtlichen Zuordnung der Behörden, Gerichte und Einrichtungen erfaßt, während die Beschäftigten der Gemeinden direkt dem Aufgabenbereich, in dem sie tätig sind, zugeordnet werden. In den neuen Ländern wurde bei der Erhebung 1994 erstmals das Personal aller Gemeinden nach Aufgabenbereichen erhoben. Aus diesem Grund ist ein Vergleich mit den Vorjaheresergebnissen nur bedingt möglich.

Die haushaltsrechtliche Gliederung des Personals der Gebietskörperschaften zeigt, daß von den 4,9 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 4,1 Mill. bei Behörden, Gerichten und Einrichtungen beschäftigt sind, deren Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsplan brutto (= Kernhaushalt) veranschlagt werden. Weitere 721 000 Beschäftigte sind bei Sondervermögen, die aus den Haushalten ausgegliedert wurden, eingesetzt.

Im Bereich des Kernhaushaltes zeigt sich als Schwerpunkt des Personaleinsatzes bei den Gebietskörperschaften das Bildungswesen. In diesem Aufgabenbereich, der überwiegend in die Zuständigkeit der Länder fällt, sind

1,52 Mill. Beschäftigte tätig, dies entspricht einem Anteil von 37% am Gesamtpersonal der Kernhaushalte. Die Mehrzahl dieser Beschäftigten (1,11 Mill.) arbeitet in Tageseinrichtungen für Kinder und in Schulen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten liegt im Bereich des Bildungswesens bei über 50%. Dies zeigt, daß die Erziehungs- und Lehrberufe günstige Voraussetzungen für verkürzte Arbeitszeiträume bieten.

Weitere personalintensive Aufgabenbereiche sind die „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ mit 732 000 (17,7%), die innere Sicherheit („Öffentliche Sicherheit und Ordnung“, „Rechtsschutz“) mit 642 000 (15,5%) und die äußere Sicherheit („Verteidigung“) mit 378 000 (9,1%) Beschäftigten. Auch unter Einschluß der Grundwehrdienstleistenden (148 000), die in der Personalstandstatistik nicht erfaßt werden, zeigt sich, daß zur Zeit für die innere Sicherheit deutlich mehr Personal eingesetzt wird.

Im Bereich der aus den Haushalten ausgegliederten Sondervermögen sind die Beschäftigten insbesondere in den kommunalen und staatlichen Krankenhäusern (449 000 Beschäftigte) sowie an den Hochschulkliniken (162 000 Beschäftigte) tätig.

Dr. Werner Breidenstein

Der „Interimsindex“ — ein Zwischenschritt auf dem Weg zum europäischen Verbraucherpreisindex

Vorbemerkung

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) hat ab Berichtsmonat Januar 1996 die Veröffentlichung teilharmonisierter Verbraucherpreisindizes (Interimsindizes) aus den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgenommen und zugleich rückwirkend Vergleichsdaten für die Jahre 1994 und 1995 bereitgestellt. Die aktuellen Interimsindizes werden künftig — zusätzlich zu den nationalen Originalindizes — monatlich bekanntgegeben und auch in ausgewählte Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes übernommen.

Damit haben die intensiven Bemühungen um eine methodische Angleichung der nationalen Verbraucherpreisindizes in Europa zu ersten greifbaren Ergebnissen geführt. Sie stehen unter der Verpflichtung der Maastrichter Verträge, das Konvergenzkriterium Preisstabilität nach einheitlichen Vorgaben zu messen. Die Bezeichnung „Interimsindex“ betont den Übergangscharakter dieser Indizes und macht deutlich, daß bis zum Eintritt in die dritte Phase der europäischen Währungsunion weitere Fortschritte bei der Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes notwendig sind. Sie werden allerdings angesichts einer Vielzahl von Schwierigkeiten nur schrittweise zu realisieren sein.

Das Statistische Bundesamt nimmt die erstmalige Veröffentlichung der Interimsindizes zum Anlaß, im folgenden über Zielsetzung, Vorgeschichte und Perspektiven der Harmonisierungsarbeiten an der Verbraucherpreisstatistik in Europa zu berichten. Im Zentrum stehen dabei Ausführungen zu Methodik und Aussagefähigkeit der neuen Indizes¹⁾.

1 Ausgangssituation: der unharmonisierte europäische Verbraucherpreisindex

Eurostat veröffentlicht in seiner Reihe „Konjunkturstatistiken“ seit langem monatlich die aktuellen Verbraucherpreisindizes der Mitgliedstaaten der Europäischen Union²⁾. Dieser zusammenfassenden Veröffentlichung liegen die offiziellen Ergebnisse der nationalen statistischen Ämter zugrunde. Die nachgewiesenen nationalen Indizes

unterscheiden sich zum Teil grundlegend, u. a. hinsichtlich des Abdeckungsbereichs, der Berechnungsmethode, der verwendeten Definitionen, Systematiken und Basisjahre. Für die Bundesrepublik Deutschland wird der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland übernommen

Aus den nationalen Indizes berechnet Eurostat behelfsweise den gemeinsamen unharmonisierten Verbraucherpreisindex für die Mitgliedstaaten. Als Gewichtung wird der Anteil der einzelnen Länder am Privaten Verbrauch herangezogen; die in Landeswährung ausgedrückten Werte werden mit Hilfe von Kaufkraftparitäten umgerechnet.

Dieser europäische Index kann allenfalls Anhaltspunkte für eine vergleichende Betrachtung der Verbraucherpreise vermitteln, genügt aber nicht den Anforderungen, die aus statistisch-methodischer Sicht zu stellen sind. Deshalb wurde frühzeitig nach Wegen zu einer Harmonisierung gesucht.

2 Harmonisierungsbestrebungen in der Vergangenheit

Bereits 1976 wurde von Eurostat eine Studie in Auftrag gegeben, um Methode und Verfahren der Berechnung nationaler Verbraucherpreisindizes zu dokumentieren³⁾ und Vorschläge zur Harmonisierung zu entwickeln. Angesichts der Komplexität des Problems, der Vielzahl der zu lösenden Probleme und der politischen Implikationen sind die entsprechenden Bemühungen seinerzeit über Ansätze nicht hinausgekommen. Wertvolle zusätzliche Anregungen vermittelten ein Handbuch der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu den Verbraucherpreisindizes⁴⁾ sowie eine Studie des Instituts für Soziale Studien in Den Haag über die Berechnungsmethoden für Verbraucherpreisindizes in den Mitgliedstaaten im Auftrag der Europäischen Gemeinschaften⁵⁾, die beide im Jahr 1989 erschienen.

3 Die Auswirkungen der Maastrichter Verträge und das Konvergenzkriterium „Preisstabilität“

Erst die Verpflichtungen nach dem Maastrichter Vertragswerk vom 7. Februar 1992 haben die Voraussetzungen für eine Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes in Europa entscheidend verändert. Die Verträge legen u. a. vier sogenannte Konvergenzkriterien fest, anhand derer zu gegebener Zeit bestimmt wird, welche Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung erfüllen. Eines dieser vier Kriterien ist die „Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität, ersichtlich aus einer Inflationsrate, die der Inflationsrate jener — höchstens drei — Mitgliedstaaten nahekommt,

¹⁾ Siehe Buchwald, W. „Zur Harmonisierung der Preisstatistik in den Europäischen Gemeinschaften“ in „Statistik 2000 — Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik“, Band 27 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, S. 147, Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Indizes — Status quo und europäische Zukunft“, Band 28 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik

²⁾ Eurostat: Verbraucherpreisindex, Themenkreis 2 Wirtschaft und Finanzen, Reihe B Konjunkturstatistiken

³⁾ Siehe Stadlbauer „Verbraucherpreisindizes in der EG: Vergleich der bestehenden Indizes und Ansätze zu ihrer Harmonisierung“, Luxemburg 1976.

⁴⁾ Siehe Turvey, R. „Consumer price indices — An ILO manual“, International Labour Office, Genf 1989.

⁵⁾ Siehe Teekens, R.: „Verbraucherpreisindizes in der Europäischen Gemeinschaft“, Themenkreis 2 Wirtschaft und Finanzen, Reihe E Methoden, Luxemburg 1989

die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben“⁶⁾). Im Protokoll über die Konvergenzkriterien nach Artikel 109j des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft werden diese Kriterien weiter spezifiziert. Dort heißt es in Artikel 1: „Das Kriterium der Preisstabilität bedeutet, daß ein Mitgliedstaat eine anhaltende Preisstabilität und eine während des letzten Jahres vor der Prüfung gemessene durchschnittliche Inflationsrate aufweisen muß, die um nicht mehr als 1 ½ Prozentpunkte über der Inflationsrate jener — höchstens drei — Mitgliedstaaten liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. Die Inflation wird anhand des Verbraucherpreisindex auf vergleichbarer Grundlage unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Definitionen in den einzelnen Mitgliedstaaten gemessen.“

Die bisher von Eurostat übernommenen Verbraucherpreisindizes der einzelnen Mitgliedstaaten genügen — wie erwähnt — diesen Ansprüchen nicht, weil sie sich in vielfältiger Weise unterscheiden. Die Vergleichbarkeit wird zum Beispiel beeinträchtigt durch Unterschiede

- im Abdeckungsbereich der Indizes, das heißt der Einbeziehung bzw. Nichtberücksichtigung bestimmter Waren und Dienstleistungen,
- in der Behandlung von Qualitätsänderungen, zum Beispiel bei Modellwechsel,
- im Vorgehen bei fehlenden Preisbeobachtungen, zum Beispiel wenn ein Artikel ausverkauft ist,
- in der Berechnungsformel des Index,
- in der Periodizität der Anpassung des Index an veränderte Verbrauchsgewohnheiten,
- in der Art der Einbeziehung von Saisonartikeln und
- in der Anzahl der beobachteten Preisreihen und ihrer Untergliederung.

Die erwähnten Unterschiede resultieren u. a. aus unterschiedlichen Zielsetzungen und Verwendungszwecken der nationalen Indizes, sind aber auch Folge institutioneller Unterschiede, zum Beispiel im Bildungs- oder im Gesundheitswesen der einzelnen Länder. Sie verhindern den durch die Maastrichter Verträge geforderten Inflationsvergleich „auf vergleichbarer Grundlage“ und zwingen dazu, rasch nach Wegen zur Harmonisierung zu suchen. Im Dezember 1991 nahmen daher die Leiter der nationalen statistischen Ämter den Vorschlag von Eurostat an, eine Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes einzusetzen, die ihre Arbeit im Juni 1993 aufgenommen hat. Vertreten sind in diesem Gremium alle Mitgliedstaaten, ferner Beobachter der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der ILO, von anderen Direktionen der Kommission und des Ausschusses der Präsidenten der Zentralbanken.

In den Sitzungen dieser Arbeitsgruppe wurde sehr schnell deutlich, daß eine Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes nicht sofort und in einem Schritt realisiert werden kann, andererseits enthält der Vertrag über die Europäi-

sche Union zwingende Terminvorgaben. Danach muß der Ministerrat der EU vor dem 1. Juli 1998 feststellen, welche Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung erfüllen. Um die benötigten Informationen zum erreichten Grad der Preisstabilität bereitstellen zu können, müssen vergleichbare Verbraucherpreisindizes bis Anfang 1998 vorliegen. Dies machte einen Stufenplan erforderlich, dessen erste Stufe spätestens bis zum März 1996 zu realisieren ist und dessen zweite Stufe bis zum Januar 1997 reicht.

Maßgeblich beeinflußt wurde diese Kompromißlösung, die Eingang in die grundlegende Ratsverordnung 2494/95 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes vom 23. Oktober 1995 gefunden hat, durch eine vergleichende Untersuchung des deutschen und französischen Verbraucherpreisindex, die 1994 gemeinsam vom französischen Statistischen Zentralamt (INSEE) und dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden durchgeführt worden ist. Beide Ämter hatten zur weiteren Intensivierung ihrer langjährigen Zusammenarbeit beschlossen, Projekte von besonderer Aktualität und Bedeutung gemeinsam in Angriff zu nehmen. Es lag nahe, die Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes als prioritäres Vorhaben einzustufen und voranzutreiben. Den Preisstatistikern beider Länder ist es in gemeinsamer Arbeit gelungen, die Vergleichbarkeit ihrer nationalen Verbraucherpreisindizes untereinander entscheidend zu verbessern. Da hierfür weder zusätzliche Sach- noch Personalkapazitäten bereitstanden, konnten nur die bedeutendsten Quellen der Unvergleichbarkeit anhand des vorhandenen Materials bereinigt werden. Erhebliche Eingriffe in die Preiserhebung oder in die Aufbereitungspraxis schieden daher von vornherein aus. Statt dessen konzentrierten sich die Harmonisierungsbemühungen auf die Angleichung der Abdeckungsbereiche des Index als der wichtigsten Ursache der Unvergleichbarkeit. Die Ergebnisse dieser Studie wurden u. a. in dieser Zeitschrift veröffentlicht.⁷⁾

4 Der europäische „Interimsindex“

Der Erfolg des deutsch-französischen Pilotprojektes trug dazu bei, diesen methodischen Ansatz auch auf die anstehende europäische Harmonisierung zu übertragen. Die ursprüngliche Überlegung, einen harmonisierten Verbraucherpreisindex in Europa *uno actu* einzuführen, wurde zugunsten des erwähnten Stufenplanes aufgegeben. In der Stufe 1 wird der sogenannte „Interimsindex“ eingeführt, der einen Zwischenschritt auf dem Weg zur Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes in Europa darstellt. Die Interimsindizes sind also aus den bestehenden nationalen Verbraucherpreisindizes abgeleitete Indizes, die nach verbindlichen Vorgaben der EU von allen Mitgliedsländern formal vereinheitlicht werden. Sie sind nur im Hinblick auf ihre Zielsetzung — die Verbesserung der europäischen Vergleichbarkeit — den offiziellen nationalen Indizes überlegen. Die bestehenden nationalen Indizes

⁶⁾ Artikel 109j, EG-Vertrag

⁷⁾ Siehe Saglio, A / Buchwald, W / Elbel, G. „Der deutsche und französische Verbraucherpreisindex im Vergleich“ in WiSta 12/1994, S. 957 ff.

Tabelle 1. Die Umrechnungen der nationalen Verbraucherpreisindizes im Überblick

Ware/Leistung	Belgien	Dane-mark	Deutsch-land	Grie-chen-land	Spa-nien	Frank-reich	Irland	Ita-lien	Luxem-burg	Nieder-lande	Oster-reich	Por-tugal	Finn-land	Schwe-den	Groß-britan-nien und Nord-irland
Alkoholische Getränke									+						
Tabakwaren								+	+						
Schonheitsreparaturen u a				+											
Unterstellte Mieten		-	-							-		-		-	
Hypothekenzinsen	-						-						-	-	-
Gebaude- und/oder Hausratversicherung	-		-		-		-			-		-	-	-	-
Wasser (verbrauchs- unabhängige Steuer)				-											-
Gebrauchte Kraftfahrzeuge (Gewicht)				+											
Gesundheitswesen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pauschalreisen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Reiseversicherungen															
Kfz-Steuer, Straßen- benutzungsgebühren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kfz-Versicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Führerscheinegebühren															
Bildungswesen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Soziale Dienste	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Finanzielle Dienstleistungen a n.g.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Dienstleistungen a n.g.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

„+“ in der Tabelle bedeutet, daß die entsprechende Position im offiziellen Index nicht enthalten ist, für den Interimsindex wurden Zusetzungen vorgenommen, „-“ bedeutet, daß die entsprechende Position im offiziellen nationalen Index enthalten ist und für den Interimsindex herausgerechnet wurde.

werden auch unter veränderten Bedingungen ihren angestammten Platz im Datenangebot der amtlichen Statistik behalten und nichts von ihrer Bedeutung verlieren.

Der Interimsindex für Deutschland ist ein gesamtdeutscher Verbraucherpreisindex. Er weicht vom offiziellen Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im wesentlichen dadurch ab, daß die Ausgaben für das Wohnen im eigenen Heim (unterstellte Nettokaltmieten für Eigentümer), für das Gesundheits- und Bildungswesen, für Finanzdienstleistungen (z. B. Versicherungen aller Art), für Pauschalreisen, für sonstige Dienstleistungen und die Kfz-Steuer nicht einbezogen sind. Dies hat seinen Grund darin, daß sich die Verhältnisse in den einzelnen Mitgliedsländern der EU hier so tiefgreifend unterscheiden, daß eine statistische Vergleichbarkeit kurzfristig nicht erreichbar war und deshalb der nächsten Phase der Harmonisierungsarbeit vorbehalten bleiben muß. Neue Güter müssen für den deutschen Interimsindex nicht aufgenommen werden. Welche Umrechnungen in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erforderlich wurden, ist Tabelle 1 zu entnehmen.

In Tabelle 2 auf S. 190 wird die Ableitung des deutschen Interimsindex aus dem amtlichen Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland im einzelnen dargestellt. Ausgehend von den Ergebnissen des offiziellen deutschen Verbraucherpreisindex (Spalten 1 und 2), werden in den Spalten 3 bis 8 die erforderlichen Umrechnungen nachgewiesen, die zum deutschen Interimsindex führen. Die Spalten 3 und 4 „Wohnungsnutzung“ sind eine Zusammenfassung der unterstellten Bruttokaltmieten für vom Eigentümer selbstgenutzte Wohnungen abzüglich der kalten Nebenkosten (wie Wasser, Abwasser, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Schornsteinfegergebühren) sowie abzüglich der Hausratversicherungen. Die

Versicherungen sind entsprechend der beim europäischen Verbraucherpreisindex angewandten Güterklassifikation „COICOP“⁸⁾ derzeit nicht den finanziellen Dienstleistungen zugeordnet, sondern auf die einzelnen Verwendungszwecke aufgeteilt, so daß die Hausratversicherungen der Hauptgruppe „Wohnen“ zugeschlagen sind. Die Spalten 5 und 6 enthalten das Bildungs- und das Gesundheitswesen, die Spalten 7 und 8 alle übrigen aus dem deutschen Index ausgeklammerten Positionen, insbesondere die Finanzdienstleistungen (z. B. Kraftfahrzeugversicherungen, Bankdienstleistungen), sonstige Dienstleistungen (z. B. Pauschalreisen, Rechtsberatung) sowie alle Gebühren und Steuern (z. B. Paßgebühren, Kfz-Steuer). Insgesamt entsprechen die Abzüge einem Gewicht von 16,5 % aller Verbrauchsausgaben. Der Interimsindex enthält somit 83,5 % aller Verbrauchsausgaben im deutschen Verbraucherpreisindex, gemessen an den Verbrauchsgewohnheiten des Jahres 1991. In Spalte 9 wird der deutsche Interimsindex auf der Basis 1991 = 100 nachgewiesen, Spalte 10 enthält die Umbasierung auf das Jahr 1994. Dieses Jahr wurde als Indexbasisjahr für den Interimsindex vereinbart. Es ist darauf hinzuweisen, daß dies eine rein rechnerische Umformung der Ergebnisse darstellt; der Berechnung liegen weiter die Verbrauchsgewohnheiten des Jahres 1991 zugrunde. In Spalte 11 werden die monatlichen Preissteigerungsraten gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres ausgewiesen.

Wie sich den Ergebnissen entnehmen läßt, liegt der Interimsindex, gemessen an der Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat, 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte

⁸⁾ „Classification of individual consumption by purpose“, vorläufige, revidierte Fassung

Tabelle 2 Der deutsche Interimsindex

Ableitung aus dem amtlichen Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Gegenstand der Nachweisung	Preisindex für die Lebenshaltung		Aus dem Interimsindex ausgeschlossene Güter						Interimsindex		
			Wohnungs-nutzung ¹⁾		Bildung und Gesundheit		Andere Dienstleistungen und Gebühren ²⁾				
Gewichte in Promille	1000		86,29		43,17		35,07		835,47		
Jahr Monat	1991 = 100	% ³⁾	1991 = 100	% ³⁾	1991 = 100	% ³⁾	1991 = 100	% ³⁾	1991 = 100	1994 = 100	% ⁴⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1994 Jan.	111,4	+ 3,1	117,9	+ 4,1	115,4	+ 6,7	114,7	+ 4,6	110,4	99,0	+ 2,8
Febr.	112,1	+ 3,0	118,4	+ 4,2	115,7	+ 5,9	120,5	+ 5,4	110,9	99,5	+ 2,7
März ...	112,2	+ 2,8	119,1	+ 4,1	115,9	+ 5,8	120,0	+ 5,7	111,0	99,5	+ 2,5
April ...	112,3	+ 2,7	119,6	+ 4,2	115,9	+ 5,5	114,1	+ 3,6	111,3	99,8	+ 2,3
Mai ...	112,6	+ 2,7	119,7	+ 3,9	116,1	+ 5,3	115,8	+ 5,0	111,5	100,0	+ 2,4
Juni ...	112,9	+ 2,7	120,1	+ 4,3	116,5	+ 5,4	118,5	+ 4,3	111,7	100,2	+ 2,3
Juli ...	113,2	+ 2,5	120,4	+ 4,3	116,6	+ 4,9	123,5	+ 4,6	111,9	100,4	+ 2,2
Aug.	113,4	+ 2,7	120,7	+ 4,2	116,7	+ 4,8	123,9	+ 3,2	112,0	100,4	+ 2,3
Sept.	113,2	+ 2,7	121,1	+ 4,1	117,0	+ 4,5	121,2	+ 3,7	111,8	100,3	+ 2,5
Okt.	113,1	+ 2,6	121,5	+ 4,1	117,2	+ 4,5	118,0	+ 4,4	111,9	100,4	+ 2,3
Nov.	113,2	+ 2,5	122,0	+ 4,3	117,2	+ 4,2	119,8	+ 4,3	111,8	100,3	+ 2,2
Dez.	113,4	+ 2,5	122,3	+ 4,2	117,6	+ 4,2	122,6	+ 4,2	111,9	100,4	+ 2,2
1995 Jan.	113,8	+ 2,2	122,2	+ 3,6	118,5	+ 2,7	119,3	+ 4,0	112,4	100,8	+ 1,8
Febr.	114,3	+ 2,0	122,8	+ 3,7	118,7	+ 2,6	124,5	+ 3,3	112,8	101,2	+ 1,7
März ...	114,3	+ 1,9	123,1	+ 3,4	118,8	+ 2,5	124,0	+ 3,3	112,8	101,2	+ 1,7
April ...	114,6	+ 2,0	123,7	+ 3,4	119,0	+ 2,7	121,5	+ 6,5	113,1	101,4	+ 1,6
Mai ...	114,6	+ 1,8	124,0	+ 3,6	119,1	+ 2,6	118,8	+ 2,6	113,3	101,6	+ 1,6
Juni ...	115,0	+ 1,9	124,3	+ 3,5	119,3	+ 2,4	122,3	+ 3,2	113,6	101,9	+ 1,7
Juli ...	115,2	+ 1,8	124,5	+ 3,4	119,7	+ 2,7	128,8	+ 4,3	113,5	101,8	+ 1,4
Aug.	115,3	+ 1,7	125,6	+ 4,1	119,6	+ 2,5	127,1	+ 2,6	113,5	101,8	+ 1,4
Sept.	115,2	+ 1,8	126,0	+ 4,0	120,2	+ 2,7	124,2	+ 2,5	113,4	101,7	+ 1,4
Okt.	115,1	+ 1,8	126,3	+ 4,0	120,4	+ 2,7	120,7	+ 2,3	113,4	101,7	+ 1,3
Nov.	115,1	+ 1,7	126,6	+ 3,8	120,4	+ 2,7	121,0	+ 1,0	113,4	101,7	+ 1,4
Dez.	115,4	+ 1,8	127,0	+ 3,8	120,5	+ 2,5	124,1	+ 1,2	113,6	101,9	+ 1,5

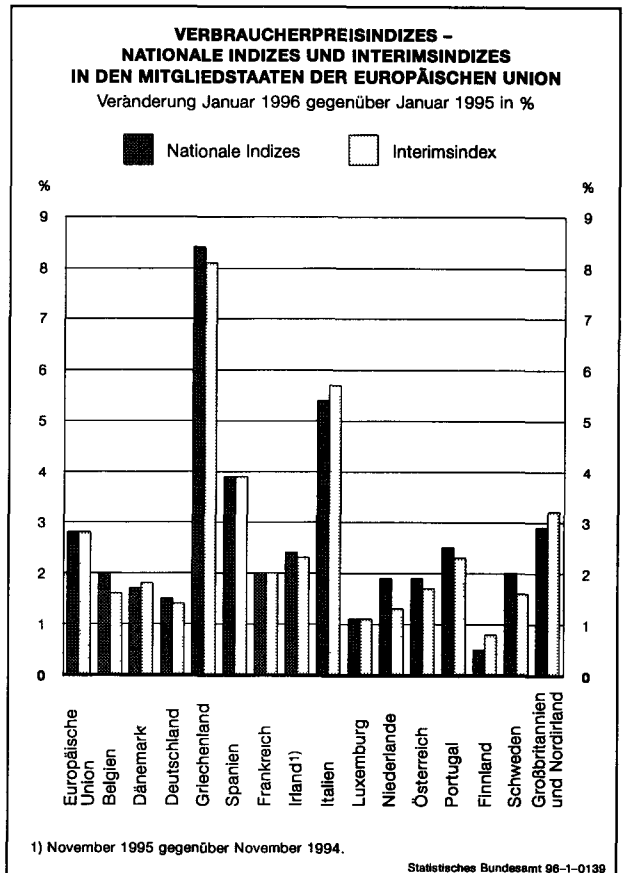
¹⁾ Unterstellte Nettokalkmieten für selbstgenutzte Eigentumswohnungen, Hausratversicherungen. — ²⁾ U. a. Pauschalreisen, Dienstleistungen der Versicherungen, verschiedene Gebühren. — ³⁾ Veränderung gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres. — ⁴⁾ Veränderung gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres, bezogen auf die Indexbasis 1994 = 100.

unter dem amtlichen deutschen Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Dieses Ergebnis kommt zustande, weil die nicht einbezogenen Güter in Deutschland in den letzten Jahren überdurchschnittlich hohe Preissteigerungen erfahren haben. Der deutsch-französische Vergleich der Verbraucherpreisindizes hatte 1994 zu noch größeren Korrekturen geführt. Dies hatte hauptsächlich zwei Gründe. Zum einen wurden seinerzeit die kalten Nebenkosten der Eigentümer-Wohnungen herausgerechnet, die sich in Deutschland in den letzten Jahren besonders stark verteuert haben, andererseits waren im Index (auf Preisbasis 1985 = 100) die Dienstleistungen der Versicherungen noch mit ihren Bruttoprämien berücksichtigt. Inzwischen wurde mit der Umstellung auf das neue Basisjahr 1991 = 100 bei den Versicherungsprämien die deutsche Praktik internationalen Gepflogenheiten angepaßt und die Erstattungen der Versicherungsunternehmen an private Haushalte im Schadensfall (als Abzugsposten) einbezogen⁹⁾.

5 Aktuelle Ergebnisse im europäischen Vergleich

Tabelle 3 stellt die Ergebnisse der Interimsindizes den offiziellen nationalen Verbraucherpreisindizes der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegenüber. Wie man sieht, unterscheiden sich im europäischen Durchschnitt die offiziellen nationalen Indizes kaum vom nun berechneten Interimsindex. Die einzelnen nationalen Indi-

zes zeigen aber ein sehr uneinheitliches Bild. Neben dem deutschen liegen auch die Interimsindizes für Belgien, Griechenland, die Niederlande, Österreich, Portugal und



⁹⁾ Siehe Elbel, G. „Zur Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1991“ in WiSta 11/1995, S. 801 ff

Tabelle 3: Verbraucherpreisindizes — Nationale Indizes und Interimsindizes in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union
Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr in %

Land Index	1995												1996
	Januar	Februar	Marz	April	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Januar
Europäische Union													
Nationale Indizes	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,8
Interimsindex	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,8
Belgien													
Nationaler Index	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0
Interimsindex	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6
Dänemark													
Nationaler Index	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7
Interimsindex	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,8
Deutschland													
Nationaler Index	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5
Interimsindex	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4
Griechenland													
Nationaler Index	+11,1	+10,4	+10,3	+ 9,9	+ 9,8	+ 9,7	+ 8,9	+ 8,7	+ 8,4	+ 8,3	+ 8,2	+ 8,1	+ 8,4
Interimsindex	+10,9	+10,2	+10,1	+ 9,7	+ 9,6	+ 9,3	+ 8,6	+ 8,4	+ 8,2	+ 8,2	+ 7,9	+ 7,9	+ 8,1
Spanien													
Nationaler Index	+ 4,4	+ 4,8	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,1	+ 4,7	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,9
Interimsindex	+ 4,3	+ 4,8	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,1	+ 5,1	+ 4,6	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,9
Frankreich													
Nationaler Index	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,0
Interimsindex	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0
Irland ¹⁾													
Nationaler Index	—	+ 2,6	—	—	+ 2,8	—	—	+ 2,5	—	—	+ 2,4	—	—
Interimsindex	—	+ 2,7	—	—	+ 2,6	—	—	+ 2,0	—	—	+ 2,3	—	—
Italien													
Nationaler Index	+ 3,9	+ 4,3	+ 4,7	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,6	+ 5,5	+ 5,7	+ 5,6	+ 5,5	+ 5,7	+ 5,7	+ 5,4
Interimsindex	+ 3,8	+ 4,4	+ 5,2	+ 5,4	+ 5,3	+ 5,8	+ 5,6	+ 6,0	+ 5,8	+ 5,6	+ 5,9	+ 5,9	+ 5,7
Luxemburg													
Nationaler Index	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1
Interimsindex	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1
Niederlande													
Nationaler Index	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9
Interimsindex	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3
Österreich													
Nationaler Index	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9
Interimsindex	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7
Portugal													
Nationaler Index	+ 4,4	+ 4,6	+ 4,8	+ 4,6	+ 4,3	+ 3,8	+ 3,7	+ 4,1	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,4	+ 2,5
Interimsindex	+ 4,1	+ 4,1	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,0	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,3
Finnland													
Nationaler Index	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5
Interimsindex	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,8
Schweden													
Nationaler Index	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,0
Interimsindex	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 1,6
Großbritannien und Nordirland													
Nationaler Index	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,9
Interimsindex	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,2

¹⁾ Indexberechnung erfolgt nur vierteljährlich.

— im Januar 1996 — Schweden unter den offiziellen nationalen Indizes. Fast identisch sind die Interimsindizes und die offiziellen Verbraucherpreisindizes in Spanien, Frankreich und Luxemburg. Höher als die offiziellen Inflationsraten sind die Preisveränderungsraten der Interimsindizes in Dänemark, Italien, Finnland sowie in Großbritannien und Nordirland. Man kann also nicht sagen, daß der Interimsindex die Inflationsraten grundsätzlich nach unten korrigiert. Die unterschiedliche Wirkungsweise in den einzelnen Mitgliedstaaten wird auch im Schaubild deutlich.

Rückschlüsse auf die Qualität eines nationalen Index, etwa derart, daß eine gute Übereinstimmung mit dem harmonisierten Index für eine gute Qualität des Index spricht, sind unzulässig. Deutlich zeigen die Ergebnisse aber die Notwendigkeit der Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes. Für internationale Inflationsvergleiche sind die offiziellen nationalen Indizes demnach ungeeignet. So ist durch die vorläufige Harmonisierung zum Beispiel der Inflationsabstand zwischen den Niederlanden sowie Großbritannien und Nordirland von 1 Prozentpunkt nach den offiziellen Verbraucherpreisindizes auf 1,9 Prozentpunkte nach den Interimsindizes angewachsen.

6 Veröffentlichung des Interimsindex für Deutschland

Der Interimsindex für Deutschland wird — zusammen mit den Interimsindizes der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union — sowohl von Eurostat als auch vom Statistischen Bundesamt und von den statistischen Zentralämtern der anderen Mitgliedstaaten veröffentlicht. Das Statistische Bundesamt wird die Werte in den Monatsberichten der Fachserie 17 „Preise“, Reihe 7 „Preisindizes für die Lebenshaltung“ nachweisen. Dort sollen in tabellarischer Form — ähnlich wie in Tabelle 1 dieses Aufsatzes — auch die wichtigsten Faktoren für die Abweichung des Interimsindex vom offiziellen gesamtdeutschen Verbraucherpreisindex quantifiziert werden. Eine regelmäßige Kommentierung dieser Zahlen oder die laufende Verbreitung durch Pressemitteilungen sind aufgrund des eingeschränkten Informationsgehaltes dieser Zahlen nicht vorgesehen.

7 Geplante Weiterentwicklung bis zum Januar 1997

Entsprechend den bisherigen Planungen von Eurostat soll ab Januar 1997 ein vollharmonisierter europäischer Ver-

braucherpreisindex berechnet werden. Diese Zielsetzung wird sich allerdings angesichts der noch zu lösenden vielfältigen methodischen und organisatorischen Probleme voraussichtlich nicht voll realisieren lassen. Insbesondere ist noch nicht abzuschätzen, wie rasch vereinbarte Änderungen in den Mitgliedstaaten in die Praxis umgesetzt werden können. Aller Voraussicht nach wird auch der harmonisierte Verbraucherpreisindex der Stufe 2 in der Anfangsphase noch nicht allen Anforderungen gerecht werden können. Bereits abzusehen ist, daß der Abdeckungsbereich des Interimsindex erweitert werden kann und bestimmte nationale Verfahren der Indexberechnung aneinander angeglichen werden können.

So können voraussichtlich die Pauschalreisen, einige Versicherungen und freiverkäufliche Medikamente in den Verbraucherpreisindex der Stufe 2 einbezogen werden. Damit könnte der Deckungsgrad von derzeit 83,5 % um weitere 2 bis 3 Prozentpunkte erhöht werden. Hinsichtlich der nationalen Berechnungsverfahren sind Vorschriften zur Behandlung von Qualitätsänderungen und zur Vorgehensweise bei fehlenden Preisbeobachtungen in Vorbereitung. Bestimmte Verfahren, die zu einer Verzerrung der berechneten Inflationsraten führen könnten, werden künftig untersagt werden müssen. Hierbei sind strenge Maßstäbe anzulegen, weil Regeln, die in Ländern mit relativ geringen Inflationsraten (z. B. Deutschland) akzeptabel erscheinen, in Ländern mit hoher Inflation das Ergebnis verfälschen können. Für die Umsetzung der beschlossenen Änderungen wird den Mitgliedsländern eine Übergangsfrist von maximal einem Jahr eingeräumt. Auch Deutschland wird solche Übergangsfristen benötigen, da die Verbraucherpreisstatistik — der üblichen Arbeitsteilung im föderalen System der amtlichen Statistik folgend — eine Gemeinschaftsaufgabe der statistischen Ämter von Bund und Ländern ist. Änderungen in der Erhebungs- und Aufbereitungspraxis wirken sich somit auch in den Bundesländern aus.

8 Nationale Indizes versus Interimsindex

Für eine gewisse Übergangszeit, deren Länge noch nicht abzuschätzen ist, werden in der deutschen amtlichen Statistik die herkömmlichen amtlichen Preisindizes für die Lebenshaltung und die neuen Interimsindizes nebeneinander stehen. Es wäre falsch, hieraus auf ein Konkurrenzverhältnis zu schließen. Vielmehr handelt es sich bei den Interimsindizes — wie dargelegt — um eine besonders erklärungsbedürftige Größe, deren Verwendung nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig und nur für eingeschränkte Zwecke, nämlich zur Messung des Konvergenzkriteriums „Preisstabilität“, sinnvoll ist. Ihre eigentliche Legitimation beziehen die Interimsindizes also aus ihrer Bedeutung für die Konvergenzdiskussion. Erinnerung sei ferner daran, daß die Interimsindizes — wie ihre Bezeichnung erkennen läßt — weitere Verbesserungen fordern, an denen in Europa in den kommenden Jahren zielstrebig zu arbeiten sein wird. Ob, wann und wie die deutschen Preisindizes für die Lebenshaltung in einem voll harmonisierten europäischen Verbraucherpreisindex aufgehen werden, läßt sich gegenwärtig noch nicht beurteilen.

Dies bedeutet, daß die nationalen Preisindizes ihre bisherige Bedeutung für die verschiedensten Verwendungszwecke auch künftig unverändert und ungeschmälert behalten. Das gilt auch und besonders für die Verwendung in Wertsicherungsklauseln nach § 3 des Währungsgesetzes.

Dipl.-Kaufmann Günther Elbel

Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1991

Vorbemerkung

Mit dem Berichtsmonat Januar 1996 werden nun auch die Indizes der Seefrachtraten auf der neuen allgemeinen Preisbasis 1991 nachgewiesen. Im System der Preisstatistiken haben sie die Aufgabe, die Preisentwicklung für Gütertransportleistungen im Seeverkehr aus der Sicht der deutschen Volkswirtschaft zu messen. Als Preisindizes für Dienstleistungseinfuhren und -ausfuhren ergänzen sie die nur auf die Wareneinfuhr und -ausfuhr bezogenen Indizes der Außenhandelspreise. Die Bedeutung der Preisbeobachtung in diesem Bereich zeigt sich u. a. darin, daß ein erheblicher Teil der deutschen Außenhandelsgüter über See transportiert wird.¹⁾ In bezug auf den Außenhandelswert ist der Seeverkehr nach dem Straßenverkehr der zweitwichtigste Verkehrsweig.²⁾ Die Entwicklung der Frachtraten ist somit nicht nur für alle Anbieter und Nachfrager von Gütertransportleistungen von großem Interesse zur Einschätzung der Markt- und Wettbewerbssituation, sondern auch ein wichtiger Indikator für die allgemeine Wirtschaftsanalyse und Konjunkturbeobachtung. Darüber hinaus dienen die Indizes zur Deflationierung der Seefrachten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.³⁾ Außerdem werden sie von der Deutschen Bundesbank für die Berechnung der Leistungs- und Zahlungsbilanz herangezogen.

In den letzten Jahrzehnten haben sich mit der Spezialisierung der Frachtschiffe unterschiedliche Märkte in der Hochseeschifffahrt herausgebildet, mit jeweils eigenen Preisbildungsmodalitäten. So beziehen sich die Frachten in der Linienfahrt auf Grundraten für bestimmte Güterarten und Fahrtrouten, die Zeitcharter in der Tramp-Trockenfahrt auf Tagesmietsätze von Schiffen und die Reisecharter in der Tramp-Tankerfahrt auf WORLDSALE-Meßzahlen, die sich auf das Frachtratenverzeichnis der Worldscale Associations in London und New York stützen. Das Statistische Bundesamt berechnet daher für jeden dieser genannten Märkte einen eigenen Frachtratenindex. Die Berechnung erfolgt monatlich. An der Berechnungsmethode und den konzeptionellen Grundlagen hat sich seit Mitte 1977, als das Statistische Bundesamt diese Aufgabe vom Bundes-

ministerium für Verkehr übernahm, nichts Grundsätzliches geändert.⁴⁾

Im folgenden werden Methode und Datengrundlage der einzelnen Indizes beschrieben und die Ergebnisse der Neuberechnung der Indizes für trockene Ladungen dargestellt.

Index der Frachtraten in der Linienfahrt

Indexaussage und -konzept

Der Index der Frachtraten in der Linienfahrt soll die Preisentwicklung der von den deutschen Unternehmen für Im- und Exporte in Anspruch genommenen Seeverkehrsleistungen in der Linienfahrt aufzeigen. Sein derzeitiger Abdeckungsbereich erstreckt sich auf Frachtraten für den weltweiten Gütertransport zur See, soweit sie in der k o n f e r e n z g e b u n d e n e n Linienfahrt von bzw. nach den deutschen N o r d s e e h ä f e n Anwendung finden. Die frei ausgehandelten Raten der Outsider-Linien sind nicht berücksichtigt. Nicht einbezogen sind auch die für die deutsche Wirtschaft bestimmten Seetransporte über die Rheinmündungshäfen bzw. die Verschiffungen deutscher Außenhandelsgüter über diese Häfen, da hierüber statistische Nachweisungen fehlen. Auch die deutschen Ostseehäfen sind bisher nicht in der Indexberechnung berücksichtigt. Ihr Anteil am Güterumschlag ist infolge der deutschen Vereinigung erheblich gestiegen und erreicht inzwischen fast ein Viertel des gesamten Güterumschlags in deutschen Häfen. Für die kommende Indexreform auf Basis 1995 ist deshalb eine entsprechende Ausweitung des Erhebungsbereiches angezeigt. Im Sinne der Preisstatistik handelt es sich bei den Frachtraten der Linienfahrt um Verkaufspreise für Seetransportleistungen.

Der Indexberechnung liegt — wie allen anderen Preisindizes im System der Preisstatistiken — das Laspeyres-Konzept mit festen Gewichten des Basisjahres zugrunde. Auf diese Weise soll die „reine“ Ratenentwicklung zum Ausdruck gebracht werden. Alle für die Höhe der Frachtrate maßgeblichen qualitativen und quantitativen Faktoren, die sogenannten preisbestimmenden Merkmale, müssen deshalb so lange wie möglich konstant gehalten werden. Dies gilt vor allem für die Mengeneinheit des beobachteten Gutes sowie die Verpackungsart. Ändert sich eines dieser Merkmale, so kann die Differenz zwischen der neuen und zuletzt gemeldeten Frachtrate eine „unechte“ Ratenänderung enthalten, die eliminiert werden muß.

Durch das Festhalten an den Verhältnissen des Basisjahres verliert der „Warenkorb“ mit der Zeit an Aktualität, und zwar um so stärker, je dynamischer das Marktgeschehen ist. Er wird deshalb normalerweise alle fünf Jahre hinsichtlich seiner Zusammensetzung und der verteilten Gewichte eingehend überprüft und an die Verhältnisse des neuen Basisjahres angepaßt. Infolge der deutschen Vereinigung mußte abweichend von internationalen Empfehlungen 1991 statt 1990 nach 1985 als neues allgemeines Basisjahr gewählt werden.

¹⁾ 1994 wurden über deutsche Seehäfen 23% der Einfuhrmenge und 17% des Einfuhrwertes importiert sowie 23% der Ausfuhrmenge und 21% des Ausfuhrwertes exportiert. Dabei handelte es sich um Waren im Wert von 104 Mrd. DM (Einfuhr) bzw. 148 Mrd. DM (Ausfuhr)

²⁾ Siehe Müller, K. „Kritische Betrachtung der verkehrsbezogenen Merkmale in der Außenhandelsstatistik“ in WiSta 4/1995, S. 299

³⁾ Siehe Hamer, G. und Mitarbeiter: „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1976“ in WiSta 4/1977, S. 223.

⁴⁾ Siehe Taft, S. „Zur Neuberechnung der Seefrachtratenindizes auf Basis 1980“ in WiSta 8/1984, S. 715 ff

Erhebungs- und Berechnungsmethode

An der Methode der Ratenerfassung, den Berechnungsverfahren sowie den verwendeten Definitionen und Abgrenzungen hat sich wie erwähnt im Rahmen der Umstellung auf das Basisjahr 1991 nichts Wesentliches geändert

- Die Frachtraten werden monatlich bei einer repräsentativen Auswahl von Reedereien, Schiffsmaklern und Agenturen erhoben. Gegenwärtig werden 24 Berichtsstellen nach den jeweils gültigen Frachtraten für eine repräsentative Auswahl von Fahrtrelationen für wichtige Seehandelsgüter befragt.
- Die Berichtsstellen werden über eine gezielte Stichprobe ausgewählt. Für die Auswahl ist entscheidend, daß die Berichtsstelle regelmäßig repräsentative und für die Ratenbeobachtung geeignete Seetransporte durchführt
- Die Berichtsstellen melden Grundraten (Tarifraten, Wettbewerbsraten und „offene“ Raten) sowie Währungsausgleichsfaktoren und Surcharges (z. B. Zuschläge für Bunkeröl und Hafengebühren sowie wegen Kriegsrisiko), die den Abschlüssen von Frachtverträgen zugrunde liegen.
- Aus diesen Angaben werden (Brutto-) Frachtraten je Güterart in einer bestimmten Fahrtrelation auf Pier/Pier-Basis für den Berichtsmonat berechnet, wobei zeitlich begrenzte Abschläge (z. B. „Kamprabatte“) abgezogen werden. Ziel ist die Erfassung der effektiven Rate.
- Soweit im multimodalen Haus/Haus-Verkehr via See kombinierte Raten (intermodal rates) angewandt werden, geht nur die anteilige Frachtrate für den reinen Seetransport in die Indexberechnung ein.
- Die Frachtraten werden in Originalwährung erhoben. Frachtraten, die auf andere Währungen als DM lauten, werden mit Hilfe des amtlichen Monatsmittelkurses in DM umgerechnet. Gegenwärtig werden 50 % der Grundraten in US-Dollar, 46 % in DM und 4 % in anderen Währungen gemeldet.
- Die Indexberechnung auf Basis 1991 stützt sich auf insgesamt 640 Frachtratenreihen, die als Maßzahlen auf der Grundlage des Ratenstandes im Basisjahr dargestellt werden.

Im Hinblick auf die wesentlichen Rechenvorgänge kann der Index als gewogenes arithmetisches Mittel aus den Ratenmaßzahlen bezeichnet werden, die für eine repräsentative Auswahl von Fahrtrelationen für bedeutende Seehandelsgüter gebildet werden. Als Wägungszahlen dienen die Anteile der nach Fahrtgebieten aufgeteilten Güter am Gesamtfrachtwert.

Wägungsableitung

Der für die Wägung erforderliche Gesamtwert der Linienfrachten im Seeverkehr mit den deutschen Nordseehäfen liegt nicht vor. Deshalb muß die Bezugsgröße des Frachtratenindex der Linienfahrt behelfsweise ermittelt werden. Ausgangsdaten hierfür liefert die Seeverkehrsstatistik mit Angaben über die im Rahmen der Linienfahrt in de u t-

schen Seehafen umgeschlagenen Gütermengen im Basisjahr 1991. Dieses entsprechend den in der Verkehrsstatistik verwendeten Klassifikationen nach Verkehrsbeziehungen und Gütergruppen⁵⁾ tief gegliederte Datenmaterial wurde zunächst auf 110 Fahrtrelationen und ausgewählte wichtige Gütergruppen zu 640 Indexpositionen verdichtet. Für jede dieser Positionen wurde eine Jahresdurchschnittsfrachtrate als arithmetisches Mittel aus den im Basisjahr ermittelten Monatsdurchschnittsraten errechnet. Durch Multiplikation der Gütermenge mit der entsprechenden Durchschnittsfrachtrate des Basisjahres ergeben sich Frachtwerte, die dann zur Ableitung der Indexgewichte dienen. Im Vergleich zu 1985 hat die Bedeutung des Containerverkehrs stark zugenommen. Sein Wägungsanteil hat sich von Basis 1985 auf Basis 1991 fast verdoppelt und macht inzwischen gut die Hälfte des Gesamtgewichts aus. Entsprechend deutliche Gewichtseinbußen sind beim konventionellen Stückgut und Massengut festzustellen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Index der Frachtraten in der Linienfahrt
Wägungsanteile sowie Anzahl der Ratenreihen auf Basis 1991 und 1985

Güterbereich	Wägungsanteil		Ratenreihen	
	1991	1985	1991	1985
	‰		Anzahl	
Linienfahrt insgesamt	1000	1000	640	723
Einkommende Linienfahrt	480,04	466,70	241	265
Ausgehende Linienfahrt	519,96	533,30	399	458
Container	514,93	274,40	324	240
Stückgut, konventionell	410,02	621,20	240	360
Massengut, konventionell	75,05	104,40	76	123

Darstellung der Ergebnisse

Die bisherige Indexgliederung in einkommende und ausgehende Fahrt wird auch auf der Basis 1991 beibehalten. Die Gliederung in die Güterbereiche Stückgut und Massengut, jeweils unterschieden nach konventionell und in Containern, wird dahingehend vereinfacht, daß die Ratenentwicklung im Containerverkehr nunmehr zusammengefaßt nachgewiesen wird.

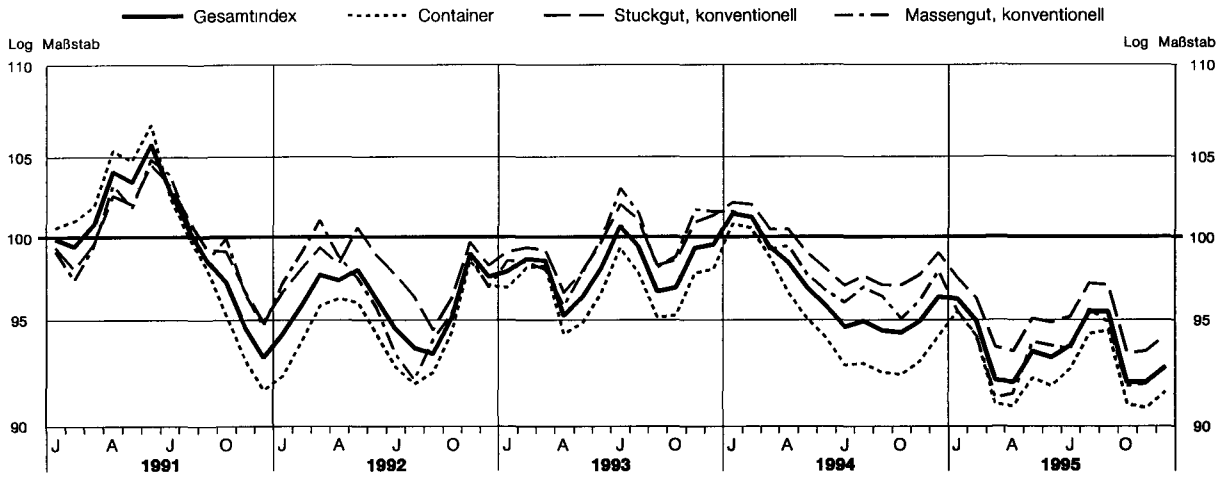
Dem häufig geäußerten Wunsch nach einer Ergebnisgliederung in regionaler Hinsicht, das heißt dem Nachweis von Teilindizes für wichtige Fahrtgebiete, konnte bisher nicht entsprochen werden. Es ist vorgesehen, hier mit der Indexreform auf Basis 1995 Verbesserungen zu erreichen.

Die Ergebnisse der Neuberechnung auf Basis 1991 sind in Tabelle 2 auf S. 196 ab Januar 1991 dargestellt. Sie ersetzen die bisher auf Basis 1985 veröffentlichten Indexwerte. Der obere Teil des Schaubilds zeigt den von starken Schwankungen geprägten Verlauf des Gesamtindex sowie der drei Güterbereiche für den Zeitraum der Rückrechnung. Im Vergleich zu 1991 lagen zuletzt alle Indizes deutlich niedriger. Dabei war der Ratenrückgang beim Containerverkehr etwas stärker ausgeprägt.

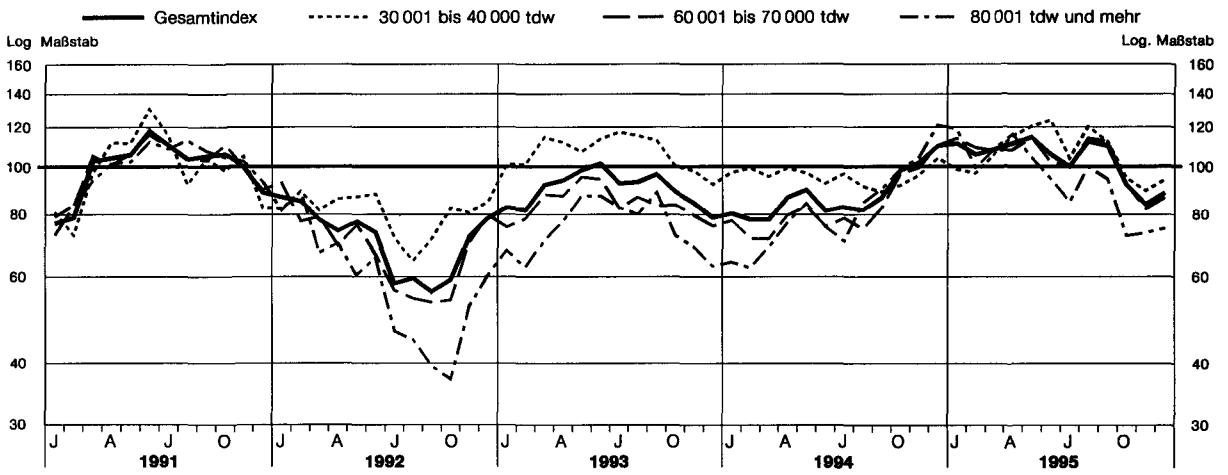
⁵⁾ Hierbei handelt es sich um das Verzeichnis der Verkehrsgebiete und Verkehrsbezirke (in der 1991 gültigen Fassung) sowie das Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik, Ausgabe 1969

INDIZES DER SEEFRACHTRATEN UND DM-WECHSELKURS DES US-DOLLARS

INDEX DER SEEFRACHTRATEN IN DER LINIENFAHRT
1991=100



INDEX DER ZEITCHARTERRATEN IN DER TRAMP-TROCKENFAHRT
1991=100



DM-WECHSELKURS DES US-\$

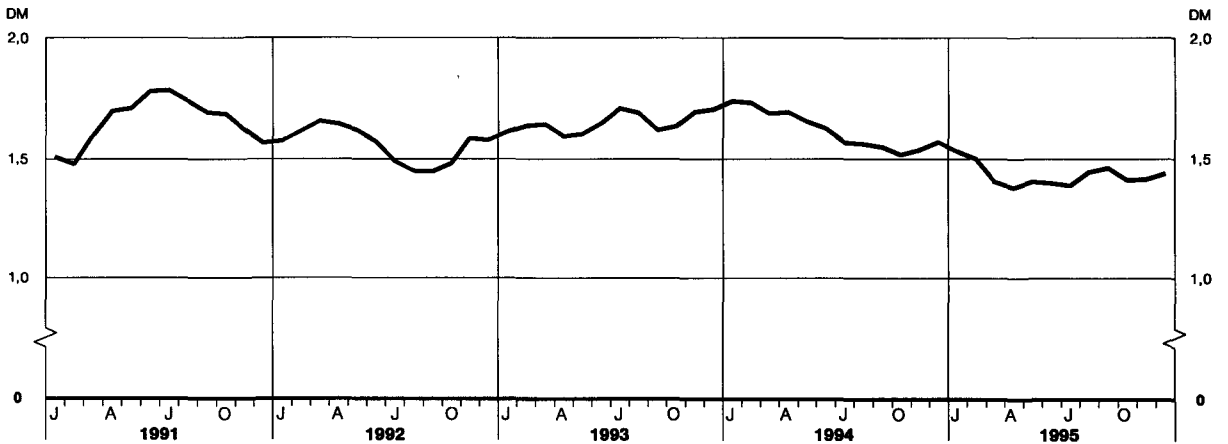


Tabelle 2: Index der Frachtraten in der Linienfahrt
Ergebnisse der Neuberechnung auf Basis 1991 = 100

Jahr Monat	Linien- fahrt ins- gesamt	Einkom- mende Linien- fahrt	Aus- gehende Linien- fahrt	Con- tainer- Linien- fahrt	Konven- tionelles Stuck- gut	Konven- tionelles Massen- gut
1992 D	96,4	97,8	95,0	94,9	98,1	96,9
1993 D	98,3	99,2	97,5	97,1	99,5	99,5
1994 D	97,2	95,7	98,5	95,5	99,0	98,1
1995 D	93,9	90,2	97,4	92,8	95,4	93,7
1991 Januar	99,9	98,4	101,3	100,5	99,4	99,2
Februar	99,5	97,9	101,0	100,9	98,2	97,6
März	100,7	99,9	101,4	101,7	99,6	99,5
April	103,7	103,5	103,8	104,9	102,3	102,9
Mai	103,1	103,7	102,5	104,3	101,8	101,6
Juni	105,3	105,8	104,8	106,4	104,1	104,4
Juli	102,6	103,2	102,0	102,2	102,9	103,5
August	100,5	101,5	99,6	100,1	101,0	100,7
September	98,7	99,7	97,7	98,2	99,3	98,7
Oktober	97,5	97,6	97,3	95,7	99,2	99,9
November	95,1	95,2	95,0	93,4	97,0	96,9
Dezember	93,5	93,5	93,4	91,8	95,3	95,1
1992 Januar	94,7	95,5	94,0	92,5	96,9	97,4
Februar	96,2	97,0	95,6	94,3	98,2	99,1
März	97,9	98,6	97,2	96,2	99,4	100,9
April	97,6	98,6	96,7	96,6	98,5	98,9
Mai	98,2	100,8	95,7	96,4	100,5	97,7
Juni	96,6	99,0	94,3	94,7	99,0	96,1
Juli	95,0	97,7	92,6	93,0	97,9	93,7
August	94,0	96,3	91,9	92,1	96,7	92,3
September	93,7	94,7	92,8	92,7	94,9	94,4
Oktober	95,6	96,2	95,0	94,8	96,6	95,8
November	99,1	100,1	98,2	98,7	99,7	98,9
Dezember	97,8	99,2	96,4	97,3	98,4	97,2
1993 Januar	98,1	98,9	97,4	97,2	99,2	98,7
Februar	98,8	99,8	97,8	98,3	99,4	98,6
März	98,7	99,8	97,7	98,4	99,3	98,2
April	95,7	96,6	94,9	94,7	96,9	96,2
Mai	96,7	97,3	96,1	95,3	98,1	98,0
Juni	98,3	99,0	97,6	96,9	99,7	99,9
Juli	100,6	101,5	99,8	99,4	101,8	102,7
August	99,5	100,4	98,6	98,0	100,9	101,3
September	97,0	97,8	96,3	95,6	98,4	98,3
Oktober	97,2	98,0	96,4	95,7	98,7	98,9
November	99,4	100,3	98,6	98,0	100,8	101,5
Dezember	99,6	100,7	98,7	98,2	101,2	101,4
1994 Januar	101,3	100,4	102,0	100,7	101,9	101,4
Februar	101,1	100,3	101,8	100,5	101,8	101,1
März	99,5	98,7	100,4	98,9	100,4	99,3
April	98,6	97,1	99,9	96,9	100,4	99,5
Mai	97,2	95,8	98,4	95,5	99,1	97,9
Juni	96,2	94,7	97,5	94,5	98,2	97,0
Juli	95,1	93,5	96,5	93,1	97,3	96,4
August	95,4	93,6	97,0	93,2	97,8	97,2
September	94,9	93,1	96,5	92,7	97,3	96,7
Oktober	94,8	92,9	96,4	92,6	97,3	95,5
November	95,4	93,6	97,1	93,3	97,9	96,5
Dezember	96,7	94,8	98,4	94,6	99,1	98,1
1995 Januar	96,6	93,3	99,7	95,9	97,7	95,9
Februar	95,4	92,1	98,5	94,6	96,6	94,6
März	92,3	88,9	95,5	91,1	94,0	91,4
April	92,2	89,2	95,0	91,0	93,8	91,6
Mai	93,8	90,5	96,8	92,4	95,5	94,3
Juni	93,5	90,1	96,7	92,0	95,3	94,1
Juli	94,1	90,7	97,3	92,9	95,6	93,9
August	95,9	92,5	99,1	94,7	97,4	96,0
September	95,9	92,4	99,1	94,9	97,3	95,3
Oktober	92,2	87,3	96,7	91,0	93,7	92,0
November	92,2	87,2	96,7	90,9	93,8	92,1
Dezember	93,0	88,0	97,7	91,7	94,6	93,1

oden bis zu 24 Monaten. Dabei handelt es sich um Abschlüsse für den weltweiten Einsatz von Trockenfrachtern unter verschiedenen Flaggen. Welche Abschlüsse für den Seetransport deutscher Außenhandelsgüter getätigt werden, ist dabei nicht erkennbar. Die Reisecharter (= Einzelreisen) in der Tramp-Trockenfahrt haben inzwischen stark an Marktbedeutung eingebüßt. Daher kommt dem Index der Zeitcharterraten die Rolle eines Marktindikators für die gesamte Tramp-Trockenfahrt zu. Im Sinne der Preisstatistik ist die Zeitcharter in der Trampfahrt als Miete von Schiffstransportraum (einschl. Nebenkosten) anzusehen.

Der Index der Zeitcharterraten in der Tramp-Trockenfahrt wird nach der Laspeyres-Formel mit festen Gewichten des Basisjahres berechnet. Die preistheoretische Forderung nach Konstanz der preisbestimmenden Merkmale im Zeitablauf kann bei dieser Indexberechnung allerdings nicht erfüllt werden. Es fehlen nämlich Angaben über die effektive Beschäftigungsdauer, das heißt die Mietzeit des Schiffes, sowie über technische Merkmale, wie zum Beispiel den Bunkerölverbrauch und die Geschwindigkeit, die die Höhe des Tagesmietsatzes signifikant beeinflussen dürften.

Erfassungs- und Berechnungsmethode

Das Ratenmaterial wird aus der Fachpresse entnommen. Es handelt sich dabei um börsentäglich veröffentlichte Quotierungen von Tagesmietsätzen (in US-Dollar) für Trockenfrachter in Zeitcharter. Aus ihnen werden Monatsdurchschnittssätze für festgelegte Schiffsgrößenklassen errechnet. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Tonnage werden diese Monatsdurchschnittssätze in Charterraten je tdw⁶⁾ umgerechnet. Mit Hilfe des amtlichen Monatsmittelkurses erfolgt eine Umrechnung von US-Dollar in DM.

Die Indexberechnung auf Basis 1991 beruht auf sieben Charterratenreihen, die in der Form von Maßzahlen auf der Grundlage des Ratenstandes im Basisjahr dargestellt werden. Der Index ergibt sich als gewogenes arithmetisches Mittel aus diesen Maßzahlen. Als Wägungszahlen dienen die Anteile am Gesamtcharterwert im Basisjahr, die auf die Frachter der einzelnen Schiffsgrößenklassen entfallen.

⁶⁾ Tons deadweight = Tragfähigkeit des Schiffes in Gewichtstonnen

Tabelle 3: Index der Zeitcharterraten
in der Tramp-Trockenfahrt
Wägungsanteile sowie Basisraten und zugrunde liegendes
Tonnagevolumen auf Basis 1991 = 100

Größenklasse	Wägungs- anteil	Basisrate	Erfasstes Tonnage- volumen 1991
	%	DM je tdw	Mill. tdw
Trockenfahrt (Zeitcharter) insgesamt	100	x	113,613
von ... bis ... tdw			
10 001 — 30 000	10,2	16,12	6,905
30 001 — 40 000	11,8	13,32	9,497
40 001 — 60 000	9,8	10,98	9,619
60 001 — 70 000	44,8	9,54 ¹⁾	50,734
60 001 — 65 000	24,8	9,61	27,963
65 001 — 70 000	20,0	9,46	22,771
70 001 — 80 000	8,7	8,74	10,897
80 001 und mehr	14,7	6,16	25,961

¹⁾ Gewogene Durchschnittsrate

Index der Zeitcharterraten in der Tramp-Trockenfahrt

Indexaussage und -konzept

Der Index der Zeitcharterraten in der Tramp-Trockenfahrt mißt die Entwicklung der Charterraten für Trockenfrachter, die an internationalen Frachtenbörsen erzielt worden sind. Die erfaßten Charterraten beziehen sich auf Zeitcharterverträge für Rund- und Zeitreisen mit Beschäftigungsperi-

Wägungsableitung

Die für die Aufstellung des Wägungsschemas eigentlich erforderlichen Angaben über Vercharterungserlöse im Basisjahr liegen nicht vor. Deshalb wird als Bezugsgröße des Gesamtindex behelfsweise ein Gesamtcharterwert für das Jahr 1991 ermittelt. Er ergibt sich aus der Summe der einzelnen Charterwerte des Jahres 1991, die durch Multiplikation der in der Fachpresse veröffentlichten Tagesmietsätze (von US-Dollar in DM umgerechnet) mit der Tragfähigkeit des Frachters (in tdw) errechnet werden. Für das Basisjahr 1991 wurden insgesamt 1 757 Zeitcharterab-

schlüsse mit einem Tonnagevolumen von 113,6 Mill. tdw erfaßt (siehe Tabelle 3). Da — wie bereits erwähnt — Informationen über die effektive Beschäftigungsdauer der einzelnen Zeitcharter fehlen, wird bei der Wägungsableitung unterstellt, daß die durchschnittliche Beschäftigungszeit bei allen Schiffsgrößenklassen gleich ist.

Darstellung der Ergebnisse

Neben dem Gesamtindex der Zeitcharterraten in der Tramp-Trockenfahrt werden ab der Indexberechnung auf

Tabelle 4: Index der Zeitcharterraten in der Tramp-Trockenfahrt
Ergebnisse der Neuberechnung auf Basis 1991 = 100

Jahr Monat	Trockenfahrt (Zeitcharter) insgesamt	Von ... bis ... tdw					
		10 001 — 30 000	30 001 — 40 000	40 001 — 60 000	60 001 — 70 000	70 001 — 80 000	80 001 und mehr
1992 D	71,6	85,3	80,7	79,7	68,8	68,5	59,3
1993 D	90,4	114,0	107,1	103,9	84,1	82,7	75,6
1994 D	88,0	99,4	95,8	98,4	83,3	83,9	83,3
1995 D	103,6	101,8	106,2	112,9	103,4	107,0	95,0
1991							
Januar	76,7	99,1	80,8	70,4	72,6	69,0	79,1
Februar	78,8	71,6	72,4	67,8	83,0	78,8	83,4
März	102,7	100,6	97,3	109,9	105,1	107,1	93,7
April	104,2	108,0	111,6	110,7	100,9	104,8	101,3
Mai	105,7	110,6	111,3	103,7	105,9	99,8	102,1
Juni	117,8	114,1	130,3	119,5	115,7	123,7	112,0
Juli	110,3	115,3	115,0	105,2	109,5	110,8	108,4
August	103,7	95,3	92,2	111,3	104,1	103,1	113,0
September	105,1	99,9	103,6	113,6	102,7	112,8	107,3
Oktober	106,0	102,9	98,0	105,8	110,3	100,9	104,5
November	99,9	89,8	105,0	102,6	99,5	99,4	102,4
Dezember	88,8	92,6	82,4	79,7	89,9	90,0	93,3
1992							
Januar	86,9	77,7	82,1	88,7	92,6	81,8	81,5
Februar	85,2	100,2	89,2	98,5	77,3	80,9	89,1
März	78,1	88,2	81,5	79,9	79,0	74,0	66,7
April	74,0	91,9	86,1	80,8	69,0	61,9	69,8
Mai	77,4	90,5	86,8	80,9	75,9	82,6	60,2
Juni	73,5	89,4	88,1	82,9	66,3	75,3	65,3
Juli	58,2	68,5	71,4	60,3	56,1	56,9	46,4
August	59,6	74,4	64,3	81,6	53,9	66,0	44,6
September	55,9	66,4	71,5	67,4	52,9	53,0	39,3
Oktober	59,0	84,9	82,3	75,0	53,5	44,2	37,0
November	72,1	95,8	80,7	77,5	69,9	72,1	51,9
Dezember	78,7	95,8	84,9	82,7	79,5	72,7	60,2
1993							
Januar	82,7	101,3	101,1	101,7	75,1	79,7	67,5
Februar	81,6	104,9	101,1	86,9	78,3	70,8	62,5
März	92,0	115,8	114,6	102,4	87,7	79,7	70,8
April	93,9	122,8	111,7	109,4	87,1	81,0	77,4
Mai	98,5	116,4	107,1	106,3	95,2	93,1	87,3
Juni	101,4	123,4	113,5	125,3	94,3	92,3	87,2
Juli	92,6	121,2	117,2	97,3	82,3	90,0	82,5
August	93,1	113,1	115,2	95,9	86,7	91,1	79,9
September	96,6	136,6	112,7	119,3	83,3	88,7	88,6
Oktober	89,0	116,1	100,2	104,3	83,5	81,4	72,2
November	84,4	105,5	98,1	97,7	79,5	77,9	68,7
Dezember	78,8	90,3	92,2	99,8	75,6	67,2	62,8
1994							
Januar	80,4	84,4	97,4	99,6	77,7	72,9	64,0
Februar	78,1	84,4	99,2	105,5	71,3	72,8	62,3
März	78,1	98,0	95,5	93,4	71,1	66,0	68,5
April	86,7	108,9	99,2	101,1	79,6	80,1	77,0
Mai	89,7	106,6	97,0	103,0	82,9	89,5	84,1
Juni	81,4	101,2	92,5	90,8	75,5	73,3	75,3
Juli	82,8	93,2	96,6	94,2	78,6	80,9	70,6
August	81,7	95,7	91,2	90,5	74,5	74,9	84,3
September	86,6	101,1	89,0	88,3	82,4	80,4	90,1
Oktober	98,3	103,2	91,8	104,6	96,7	101,6	98,7
November	101,9	108,9	96,2	110,3	99,3	101,4	104,2
Dezember	110,0	107,4	104,1	100,0	110,1	112,9	120,9
1995							
Januar	111,2	98,8	98,7	115,2	113,9	111,2	118,8
Februar	105,8	97,0	96,9	111,8	109,1	115,5	99,4
März	108,2	98,6	105,9	113,0	107,6	119,2	108,4
April	111,2	106,6	114,9	118,5	107,8	113,2	115,9
Mai	114,5	115,2	120,3	122,0	114,0	118,3	104,1
Juni	105,8	112,4	123,7	114,7	102,0	103,0	94,3
Juli	100,0	101,0	103,8	112,5	100,2	104,1	84,7
August	112,2	108,2	119,9	117,8	113,8	113,3	99,8
September	110,0	105,9	112,2	119,3	112,5	115,0	94,3
Oktober	92,0	102,1	95,0	105,9	92,0	93,5	72,2
November	83,8	82,3	89,3	101,8	82,0	85,4	73,2
Dezember	88,4	93,6	94,1	102,1	86,4	92,7	74,7

Basis 1991 Teilindizes für sechs Hauptschiffsgrößenklassen sowie zwei Unterklassen berechnet. Im Vergleich zur bisherigen Größenklassengliederung, die bereits mit der Indexreform auf Basis 1980 eingeführt worden war, hat sich die Gruppierung der Schiffseinheiten stark verändert. Diese Änderung war erforderlich, um der Tendenz zu größeren Schiffen Rechnung zu tragen und wieder eine gleichmäßigere Besetzung der einzelnen Größenklassen zu erreichen.

Die Ergebnisse der Neuberechnung auf Basis 1991 sind in Tabelle 4 ab Januar 1991 dargestellt. Sie ersetzen die bisher auf Basis 1985 veröffentlichten Indexwerte. Im Jahresdurchschnitt 1995 lagen der Gesamtindex sowie fast alle Gruppenindizes höher als im Basisjahr. Der mittlere Teil des Schaubilds auf S. 195 veranschaulicht die starken Ratschwankungen auf dem Zeitchartermarkt. Es wird auch deutlich, daß die Entwicklung des US-Dollarkurses gegenüber der DM aus deutscher Sicht einen beträchtlichen Einfluß auf die Ratenentwicklung ausübt.

Index der Reisecharterraten in der Tramp-Tankerfahrt

Indexaussage und -konzept

Der Index der Reisecharterraten in der Tramp-Tankerfahrt mißt die Entwicklung der Charterraten für Tanker, die an internationalen Frachtenbörsen unter Bezugnahme auf sogenannte WORLDSCALE-Meßzahlen für prompte und zeitnahe Einzelreisen vereinbart wurden. Die erfaßten Abschlüsse erstrecken sich auf die einkommende Tankerfahrt der nordeuropäischen Häfen (Großbritannien und Nordirland/Kontinent) ab weltweiten Verschiffungsplätzen. Eine Differenzierung nach gecharterten Tankern, die speziell für Mineralölerzeugnisse zur Einfuhr in Deutschland bestimmt sind, ist dabei nicht möglich.

Der weitaus größte Teil der Mineralöltransporte über See wird auf Werkflotten (unternehmenseigene oder langfristig gemietete Tanker) abgewickelt und entzieht sich damit der Preisbeobachtung. Mit dem Reisecharter wird häufig der nur unregelmäßig auftretende Bedarf an zusätzlicher Tankertonnage gedeckt. Gleichwohl kann der Index der Reisecharterraten in der Tankerfahrt als Indikator für den Tankermarkt angesehen werden.

Erfassungs- und Berechnungsmethode

Als Grundlage für das Aushandeln von Abschlüssen in der Tankerfahrt dient das von der Worldscale Association (London) Limited zusammen mit der Worldscale Association (NYC) Inc. jährlich herausgegebene Frachtratenverzeichnis New Worldwide Tanker Nominal Freight Scale (WORLDSCALE). Es wird jährlich zum 1. Januar einer Revision unterzogen, bei der die Basisraten (in US-Dollar je Tonne) an veränderte Bunkerölpreise und/oder Hafengebühren angepaßt werden. Die im Laufe des Jahres vereinbarten Charterraten werden als Prozentwerte (Meßzahlen) der in WORLDSCALE festgelegten absoluten Frachtraten ausgedrückt. Die Abschluß-Meßzahlen werden aus der Fachpresse entnommen und dienen anstelle von absoluten Charterraten für die Preisbeobachtung auf

dem Tankermarkt. Aus den im Laufe des Monats bekanntgewordenen Abschluß-Meßzahlen werden Monatsdurchschnittsmeßzahlen für festgelegte Schiffsgrößenklassen errechnet. Sie werden mit Hilfe des amtlichen Monatsmittelkurses des US-Dollars in DM-Aquivalente umgerechnet.

Seit 1980 werden die WORLDSCALE-Durchschnittsmeßzahlen zu einem Index zusammengefaßt. Der Index ergibt sich als gewogenes arithmetisches Mittel aus den WORLDSCALE-Durchschnittsmeßzahlen, die für fünf Schiffsgrößenklassen bei Rohöltransporten und vier Schiffsgrößenklassen bei der Beförderung von Mineralölprodukten ermittelt werden. Als Wägungszahlen dienen die Anteile der einzelnen Schiffsgrößenklassen an der Gesamttonnage im Jahr 1991. Zur Gesamttonnage (in tdw) aller im Jahr 1991 erfaßten Tanker (unter verschiedenen Flaggen) als Bezugsgröße für die Wägungsableitung mußte behelfsweise gegriffen werden, da Angaben über die erzielten Umsätze im Reisecharter fehlten. Berücksichtigt wurden dabei Tanker aller Größenklassen, die Rohölladungen transportierten, sowie Tanker mit einer Tragfähigkeit bis zu 80 000 tdw, die Mineralölprodukte beförderten. In die Wägungsableitung wurden insgesamt 1 209 Reisecharterabschlüsse mit einer Gesamttonnage von 129,3 Mill. tdw einbezogen (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Index der Reisecharterraten in der Tramp-Tankerfahrt
Wägungsanteile sowie zugrunde liegendes Tonnagevolumen auf Basis 1991 = 100

Güterart Größenklasse	Wägungsanteil	Erfaßtes Tonnagevolumen 1991
	%	Mill. tdw
Tankerfahrt (Reisecharter) insgesamt ...	100	129,252
Rohes Erdöl zusammen ...	92,25	119,238
von ... bis unter ... tdw		
80 000	11,85	15,322
55 000	1,75	2,265
55 000 — 80 000	10,10	13,057
80 000 — 160 000	29,40	38,000
160 000 und mehr	51,00	65,916
160 000 — 250 000	5,97	7,715
250 000 und mehr	45,03	58,201
Mineralölprodukte zusammen ...	7,75	10,014
von ... bis unter ... tdw		
unter 25 000	1,37	1,775
25 000 — 30 000	2,62	3,390
30 000 — 35 000	1,72	2,215
35 000 — 80 000	2,04	2,634

Angestrebte methodische Verbesserungen

Wegen der erwähnten jährlichen Revision des Tarifschemas ergibt sich jeweils zu Jahresbeginn ein Bruch in der Zeitreihe, dessen Ausmaß nicht bekannt ist. Daher sind nur die WORLDSCALE-Meßzahlen innerhalb eines Jahres uneingeschränkt vergleichbar. Um einen echten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, müßten die WORLDSCALE-Meßzahlen in absolute Charterraten umgewandelt werden, die dann in Beziehung zu den jeweiligen Durchschnittsraten des Basisjahres zu setzen wären. Der Berechnungsaufwand würde sich dadurch erheblich erhöhen. Gleichwohl ist eine derartige Verbesserung dringend geboten, um zu einem echten Preisindex für den Tankermarkt zu gelangen, der auch einen Vorjahresvergleich und eine mittelfristige Analyse erlaubt.

Veröffentlichung

Die Indizes der Seefrachtraten werden auch auf der neuen Basis monatlich in Form einer Pressemitteilung (in deutscher und englischer Sprache) veröffentlicht. Außerdem werden sie laufend im Statistischen Wochendienst nachgewiesen. Bis zum jeweiligen Basisjahr zurückreichende Zeitreihen (Monats- und Jahresdurchschnittswerte) enthält die jährlich erscheinende Fachserie 17, Reihe 9 „Preise und Preisindizes für Verkehr und Nachrichtenübermittlung“. Diese Indexreihen sind auch im Statistischen Informationssystem des Bundes (STATIS-BUND) enthalten und für Online-Teilnehmende abrufbereit.

Dipl.-Volkswirtin Irmtraud Beuerlein

Preise im Februar 1996

Im Februar 1996 setzte sich in Deutschland bei der monatlichen Preisentwicklung durchweg wieder ein stärkerer Aufwärtstrend durch, nachdem das Preisgeschehen in den Monaten davor einen im großen und ganzen ruhigen Verlauf genommen hatte. So lagen die monatlichen Steigerungsraten besonders bei den Großhandelsverkaufspreisen und den Preisen für die Lebenshaltung im Berichtsmonat deutlich höher als im Januar 1996. Die Einzel-

handelspreise haben sich im Februar 1996 auf Monatsbasis ebenfalls stärker erhöht als im Vormonat. Die gewerblichen Erzeugerpreise blieben diesmal zwar insgesamt nahezu unverändert, doch bedeutet auch dies insofern eine Verschlechterung der Situation im Vergleich zum Januar 1996, als hier die Preise auf Monatsbasis nicht unerheblich zurückgegangen waren.

Im Gegensatz zu den Monatsraten ergab sich bei den Jahresraten ein recht uneinheitliches Bild. Während sich die entsprechenden Werte bei den Einzelhandelspreisen und bei den Lebenshaltungspreisen für Deutschland geringfügig erhöhten, waren sie — bedingt durch den Basis-effekt der monatlichen Entwicklung vor Jahresfrist — bei den gewerblichen Erzeugerpreisen und bei den Großhandelsverkaufspreisen rückläufig, wobei hier sogar noch das vorjährige Vergleichsniveau mehr oder weniger deutlich unterschritten wurde.

Die Auswirkungen der Preisbewegung bei Mineralöl-erzeugnissen und Saisonwaren in Deutschland auf die jeweiligen Gesamtindizes zeigt die folgende Tabelle. Nennenswerte Teuerungseinflüsse von den Mineralöl-erzeugnissen gingen dabei auf die Monats- und Jahresrate der gewerblichen Erzeugerpreise aus, während bei den Groß- und den Einzelhandelspreisen nur die Jahresrate hiervon stärker betroffen war. Die relativ starke Verteuerung der Saisonwaren innerhalb Monatsfrist sowohl auf der Großhandels- als auch auf der Letztverbraucherstufe wirkte sich durchweg nur geringfügig auf die Monats- und Jahresraten der jeweiligen Gesamtindizes aus.

Ausgewählte Preisindizes
1991 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- ver- kaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland		Früheres Bundes- gebiet
1992 D	101,4	100,1	102,6	105,1	104,0	113,5
1993 D	101,6	99,2	104,7	109,8	107,7	125,4
1994 D	102,2	101,6	105,8	112,8	110,6	130,0
1995 D	104,0	103,7	106,7	114,8	112,5	132,7
1994 Dez.	102,9	102,8	106,1	113,4	111,3	130,5
1995 Jan.	103,4	103,5	106,4	113,8	111,5	131,2
Febr.	103,7	104,3	106,6	114,3	112,1	131,8
März	103,7	104,5	106,6	114,3	112,1	131,7
April	104,0	104,7	106,8	114,6	112,4	132,0
Mai	104,0	104,8	106,9	114,6	112,4	132,1
Juni	104,1	104,8	107,0	115,0	112,8	132,4
Juli	104,1	104,0	106,8	115,2	113,1	132,2
Aug.	104,1	103,4	106,5	115,3	112,9	133,6
Sept.	104,2	103,5	106,6	115,2	112,8	133,5
Okt.	104,1	102,1	106,6	115,1	112,7	133,7
Nov.	104,1	102,0	106,7	115,1	112,7	133,7
Dez.	104,1	102,2	106,8	115,4	113,0	133,9
1996 Jan.	103,4	102,4	107,1	115,5	113,1	134,6
Febr.	103,5	102,8	107,5	116,1	113,7	135,2

Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							Veränderungen Februar 1996 gegenüber	
							Januar 1996	Februar 1995
							%	
1994 Dez.	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2		
1995 Jan.	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5		
Febr.	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5		
März	—	+ 0,2	—	—	—	— 0,1		
April	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2		
Mai	—	+ 0,1	+ 0,1	—	—	+ 0,1		
Juni	+ 0,1	—	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2		
Juli	—	— 0,8	— 0,2	+ 0,2	+ 0,3	— 0,2		
Aug.	—	— 0,6	— 0,3	+ 0,1	— 0,2	+ 1,1		
Sept.	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	— 0,1	— 0,1	— 0,1		
Okt.	— 0,1	— 1,4	—	— 0,1	— 0,1	+ 0,1		
Nov.	—	— 0,1	+ 0,1	—	—	—		
Dez.	—	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1		
1996 Jan.	— 0,7	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5		
Febr.	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4		

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1992 D	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,6	+ 5,1	+ 4,0	+ 13,5
1993 D	+ 0,2	— 0,9	+ 2,0	+ 4,5	+ 3,6	+ 10,5
1994 D	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,7
1995 D	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,1
1994 Dez.	+ 1,6	+ 4,0	+ 1,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,5
1995 Jan.	+ 1,6	+ 4,2	+ 1,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,9
Febr.	+ 1,8	+ 4,4	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
März	+ 1,8	+ 4,4	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
April	+ 2,0	+ 4,3	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9
Mai	+ 1,9	+ 3,5	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7
Juni	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Juli	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,4
Aug.	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,5
Sept.	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,5
Okt.	+ 1,6	— 0,4	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,6
Nov.	+ 1,3	— 0,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,6
Dez.	+ 1,2	— 0,6	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,6
1996 Jan.	—	— 1,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,6
Febr.	— 0,2	— 1,4	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,6

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer — ²⁾ Einschl. Umsatzsteuer.

Deutschland		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Januar 1996	Februar 1995
%		
insgesamt	+ 0,1	— 0,2
ohne Mineralöl-erzeugnisse	— 0,1	— 0,4
Mineralöl-erzeugnisse	+ 3,1	+ 4,6
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,4	— 1,4
ohne Mineralöl-erzeugnisse	+ 0,4	— 1,6
Mineralöl-erzeugnisse	+ 0,5	+ 1,2
ohne Saisonwaren	+ 0,3	— 1,4
Saisonwaren	+ 4,0	— 2,8
Index der Einzelhandelspreise		
insgesamt	+ 0,4	+ 0,8
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,3	+ 0,6
Heizöl und Kraftstoffe	+ 2,1	+ 6,1
ohne Saisonwaren	+ 0,2	+ 0,8
Saisonwaren	+ 3,9	— 2,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,5	+ 1,6
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,4	+ 1,5
Heizöl und Kraftstoffe	+ 1,3	+ 3,7
ohne Saisonwaren	+ 0,4	+ 1,7
Saisonwaren	+ 4,3	— 2,1

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) für Deutschland hat sich im Februar 1996 gegenüber dem Vormonat nur ge-

Schaubild 1

AUSGEWÄHLTE PREISINDIZES

Deutschland

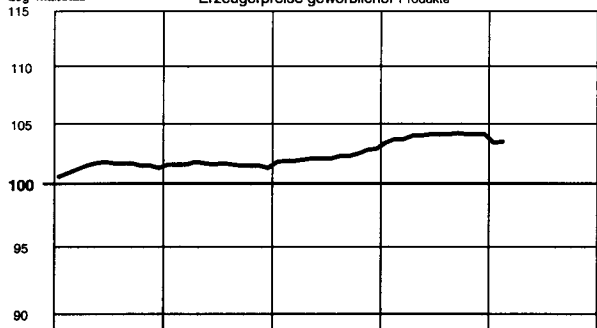
VERÄNDERUNG GEGENÜBER DEM VORJAHR IN %

PREISINDEX

1991 = 100

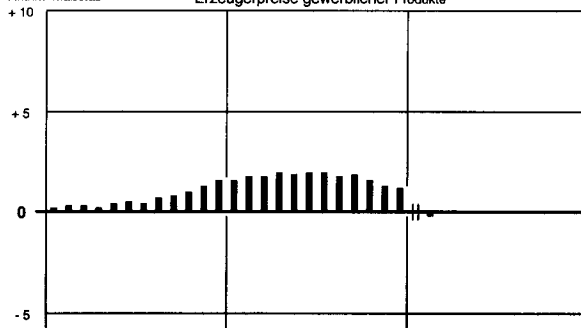
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Log Maßstab

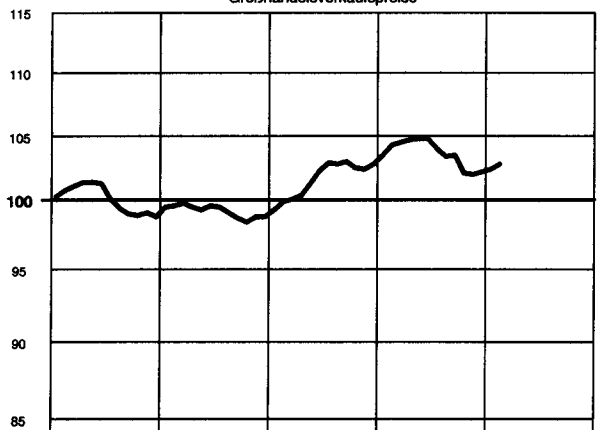


Anthm Maßstab

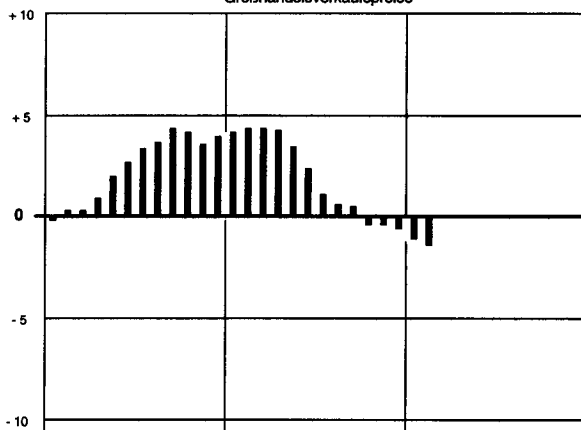
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte



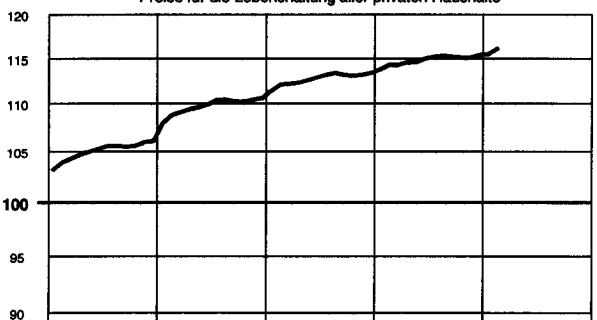
Großhandelsverkaufspreise



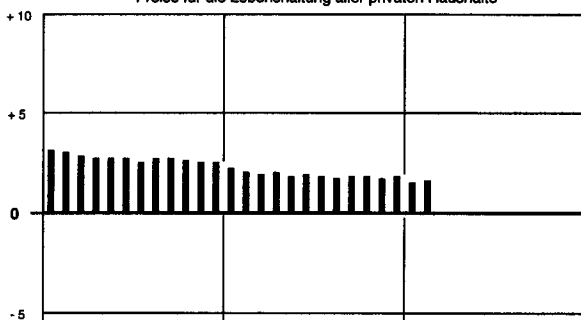
Großhandelsverkaufspreise



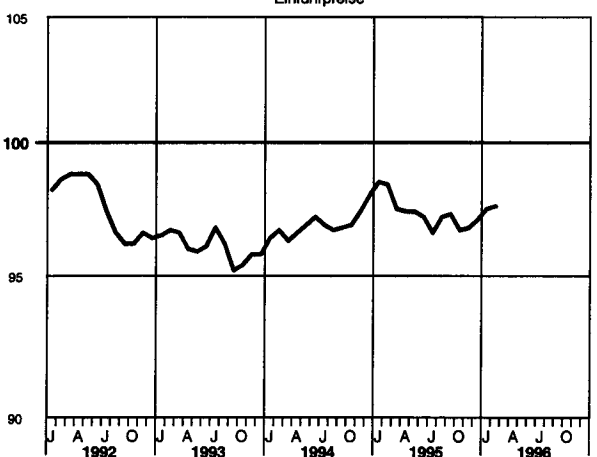
Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte



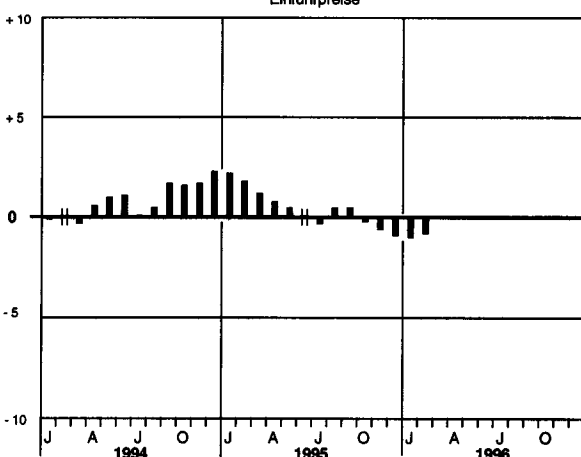
Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte



Einfuhrpreise



Einfuhrpreise



Statistisches Bundesamt 96 - 1 - 0045

Schaubild 2

AUSGEWÄHLTE REIHEN AUS DEM PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG ALLER PRIVATEN HAUSHALTE IM FEBRUAR 1996 Früheres Bundesgebiet Veränderung gegenüber dem Vormonat in %	
Gesamtindex	+ 0,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 0,5
Bekleidung, Schuhe	+ 0,1
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,3
Wohnungsmieten	+ 0,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,6
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 0,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 0,4
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 0,3
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes)	+ 0,2
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	+ 2,9

Statistisches Bundesamt 96 - 1 - 0140

ringfugig erhöht (+ 0,1 %), nachdem er im Januar 1996 noch einen ausgeprägten monatlichen Rückgang (− 0,7 %) aufgewiesen hatte. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat lag der Index im Februar 1996 um 0,2 % niedriger (nachdem im Januar 1996 keine Veränderung gegenüber Januar 1995 eingetreten war). Eine negative Jahresrate des gewerblichen Erzeugerpreisindex war zuletzt im September 1993 mit ebenfalls − 0,2 % festgestellt worden.

Unter den nachgewiesenen Warengruppen kam es von Januar bis Februar 1996 insbesondere bei Mineralölzeugnissen (+ 3,1 %), Leder (+ 0,9 %), Straßenfahrzeugen (+ 0,5 %) sowie Fertigteilmotoren im Hochbau (+ 0,5 %) zu größeren Verteuerungen. Dagegen wurden stärkere Preisrückgänge bei Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe (− 2,0 %), Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (− 1,5 %), Eisen und Stahl (− 1,4 %) sowie bei Schnittholz, Sperrholz und sonstigem bearbeiteten Holz (− 1,2 %) verzeichnet.

Mit + 0,4 % stieg der für Deutschland berechnete Index der Großhandelsverkaufspreise im Februar 1996 auf Monatsbasis doppelt so stark wie im Januar 1996 (+ 0,2 %). Trotzdem unterschritt der Index zuletzt das vorjährige Vergleichsniveau mit − 1,4 % noch deutlicher als im Vormonat (− 1,1 %), da die monatliche Steigerungsrate im entsprechenden Vorjahresmonat mit + 0,8 % weitaus höher ausgefallen war als im Februar 1996.

Von Januar bis Februar 1996 sind besonders die Saisonwaren (Frischobst einschl. Südfrüchten, Frischgemüse, Schnittblumen und Frischfisch) mit + 4,0 % stark im Preis gestiegen, ohne indessen die Veränderungsrate des Gesamtindex stärker zu beeinflussen (+ 0,3 % ohne Saisonwaren).

Der Schwerpunkt der Preiserhöhungen im Großhandel lag diesmal beim Großhandel mit Fertigwaren (+ 0,6 %), wofür wiederum vor allem der Preisanstieg beim Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (+ 1,4 %) verantwortlich war. Nur wenig verändert war das durchschnittliche Preisniveau im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren (+ 0,1 %).

Genau so stark wie der Großhandelspreisindex erhöhte sich von Januar bis Februar 1996 der Index der Einzelhandelspreise für Deutschland mit + 0,4 % (nach + 0,3 % im Vormonat). Die Jahresveränderungsrate erhöhte sich leicht von + 0,7 % im Januar 1996 auf + 0,8 % im Februar 1996.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland ist im Februar 1996 gegenüber dem Vormonat um 0,5 % (nach nur + 0,1 % im Januar 1996) und gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 1,6 % (nach + 1,5 %) gestiegen. Von Januar bis Februar 1996 haben vor allem Dienstleistungen und Reparaturen (+ 1,0 %; darunter Übernachtungen + 2,7 %) stärker im Preis angezogen. Nahrungsmittel verteuerten sich um 0,8 % (darunter saisonabhängige + 5,7 %), während die Steigerungen bei den Teilindizes für Wohnungs- und Garagenutzung + 0,3 % und für andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter + 0,2 % betragen.

Für das frühere Bundesgebiet wurde im Berichtsmonat mit + 0,5 % die gleiche Monatsrate wie beim gesamtdeutschen Index errechnet, während die Jahresrate mit + 1,4 % niedriger ausfiel. Deutliche monatliche Verteuerungen errechneten sich bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln (+ 5,2 %), leichtem Heizöl (+ 4,5 %) sowie bei Gütern für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes und Gütern sonstiger Art (+ 2,9 %).

Bei den für spezielle Haushaltstypen berechneten Preisindizes ergaben sich hinsichtlich der Monatsraten sowohl untereinander als auch gegenüber dem Index aller privaten Haushalte keine größeren Abweichungen, während bezüglich der Jahresraten gewisse Unterschiede zu verzeichnen waren, die — verbunden mit der Preisentwicklung innerhalb Jahresfrist — auf Besonderheiten in der Ausgabenstruktur und Gewichtung der einzelnen Indizes beruhen.

Preisindex für die Lebenshaltung	Veränderungen Februar 1996 gegenüber	
	Januar 1996	Februar 1995
	%	
	Früheres Bundesgebiet	
Preisindex für die Lebenshaltung		
aller privaten Haushalte	+ 0,5	+ 1,4
von 4-Personen-Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	+ 0,5	+ 1,6
von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	+ 0,4	+ 1,3
von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	+ 0,4	+ 1,1

In den neuen Ländern und Berlin-Ost fiel die Vormonatsveränderung mit + 0,4 % etwas niedriger aus als im früheren Bundesgebiet wie auch gegenüber dem Bundesdurchschnitt, während die Jahresveränderungsrate mit + 2,6 % jeweils spürbar höher lag. Letzteres ist vor allem auf die weitaus stärkere Erhöhung der Wohnungsmieten binnen Jahresfrist in den neuen Ländern und Berlin-Ost (+ 9,6 %) im Vergleich zum früheren Bundesgebiet (+ 3,4 %) zurückzuführen

Recht gleichmäßig verlief in den neuen Ländern und Berlin-Ost sowohl die monatliche als auch die jährliche Entwicklung der Preisindizes für spezielle Haushaltstypen. Wie schon beim Gesamtindex ergab sich hier auch bei den einzelnen Indizes für ähnliche Haushaltstypen hinsichtlich der Jahresraten ein stärkerer Anstieg als im früheren Bundesgebiet.

	Veränderungen Februar 1996 gegenüber		%	
	Januar 1996	Februar 1995	Januar 1996	Februar 1995
Neue Länder und Berlin-Ost				
Preisindex für die Lebenshaltung				
aller privaten Haushalte			+ 0,4	+ 2,6
von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten				
mit höherem Einkommen			+ 0,5	+ 2,4
von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten				
mit mittlerem Einkommen			+ 0,5	+ 2,4
von 2-Personen-Rentnerhaushalten			+ 0,6	+ 2,5

Der sogenannte Kraftfahrer-Preisindex (Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung) erhöhte sich im Februar 1996 für Deutschland gegenüber dem Vormonat um 0,3 % (West: + 0,3 %; Ost: + 0,6 %) und gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 1,3 % (West und Ost jeweils + 1,4 %). Der höhere monatliche Anstieg in den neuen Ländern und Berlin-Ost ist dort vor allem auf eine stärkere Verteuerung der Kraftstoffe (+ 1,7 % gegenüber nur + 0,4 % im früheren Bundesgebiet) zurückzuführen.

Die Ergebnisse der monatlichen und jährlichen Veränderungen für Deutschland insgesamt, für das frühere Bun-

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1991 = 100

Verwendungszweck	Veränderungen in %					
	Februar 1996 gegenüber					
	Jan. 1996	Febr. 1995	Jan. 1996	Febr. 1995	Jan. 1996	Febr. 1995
	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
Gesamtindex	+ 0,5	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 2,6
Nahrungsmittel, Getränke,						
Tabakwaren	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	- 0,5
Bekleidung, Schuhe	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,8	- 0,2	- 0,1
Wohnungsmieten, Energie	+ 0,4	+ 3,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 0,1	+ 8,0
Wohnungsmieten	+ 0,3	+ 4,2	+ 0,3	+ 3,4	+ 0,1	+ 9,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,6	- 2,5	+ 0,6	- 2,9	+ 0,4	+ 1,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. ä.	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,7
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,3	+ 2,1
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 0,3	+ 2,0	+ 0,3	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,6
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,7
Güter für persönliche Ausstattung, Beherbergungsleistungen, Güter sonstiger Art	+ 2,8	+ 0,9	+ 2,9	+ 0,8	+ 2,1	+ 1,8

desgebiet sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost, in der Gliederung nach dem Verwendungszweck, zeigt die vorstehende Gegenüberstellung

Die größten Abweichungen zwischen Ost und West ergaben sich bei den Jahresraten. Was bereits für den vollständigen Index galt, nämlich ein stärkerer Anstieg des Ostindex, trifft noch ausgeprägter für einige Verwendungsgruppen zu. Der auffallendste Unterschied war — wie bereits erwähnt — bei den Wohnungsmieten zu verzeichnen. Aber auch gegenläufige Preisentwicklungen waren zu beobachten. So wiesen die Preise für die Verwendungsgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ im Jahresvergleich für das frühere Bundesgebiet eine Erhöhung (+ 0,7 %) auf, in den neuen Ländern und Berlin-Ost dagegen einen Rückgang (- 0,5 %). Das gleiche — wenn auch nicht so ausgeprägt — gilt für die Gruppe „Bekleidung, Schuhe“ (West: + 0,8 %, Ost: - 0,1 %).

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im einzelnen folgenden Veränderungen zum Vormonat bzw. zum entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Februar 1996 gegenüber		%	
	Januar 1996	Februar 1995	Januar 1996	Februar 1995
Deutschland				
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte				
Mineralerzeugnisse	+ 3,1	+ 4,6		
Leder	+ 0,9	- 0,7		
Straßenfahrzeuge	+ 0,5	+ 1,6		
Fertigteilebauten im Hochbau	+ 0,5	+ 2,0		
Boote und Yachten	+ 0,4	+ 3,8		
Maschinenbauerzeugnisse	+ 0,2	+ 2,2		
Holzwaren	+ 0,2	+ 2,3		
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 0,2	+ 0,6		
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges				
bearbeitetes Holz	- 1,2	- 5,4		
Eisen und Stahl	- 1,4	- 1,7		
Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 1,5	- 1,8		
Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe	- 2,0	+ 0,3		
Großhandelsverkaufspreise				
Rohkaffee	+ 14,0	- 28,8		
Frischgemüse	+ 7,4	- 16,4		
Leichtes Heizöl	+ 4,6	+ 6,1		
Schlachtgeflügel	+ 4,5	- 0,3		
Frischobst	+ 3,9	- 1,5		
Fischmehl und Mischfutter	+ 1,9	+ 5,8		
Rohe NE-Metalle	+ 1,3	- 21,3		
Lebendes Schlachtvieh	- 1,5	- 3,4		
Grobkeramische Erzeugnisse	- 1,8	- 1,5		
Kunststoffe	- 2,1	- 11,3		
Halbzeug aus Kunststoff	- 2,2	- 6,6		
NE-Halbzeug	- 2,7	- 4,3		

Dr. Günter Weinreich

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Überprüfung des Programms der Bundesstatistik	3	141
Erwerbstätigkeit der ausländischen Bevölkerung	3	147
Die Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe am 31. März 1996	2	86
Zur Einstellung der Statistik der Aktienmärkte	1	25
Die neue Krankenhausdiagnosestatistik	2	75
Der „Interimsindex“ — ein Zwischenschritt auf dem Weg zum europäischen Verbraucherpreisindex	3	187
Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1991	3	193
Luftemissionsentwicklung der Produktionsbereiche	1	40
Bevölkerung		
Entwicklung der Privathaushalte bis 2015	2	90
Erwerbstätigkeit der ausländischen Bevölkerung	3	147
Erwerbstätigkeit		
Erwerbstätigkeit der ausländischen Bevölkerung	3	147
Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1994	3	181
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1994	1	35
Produzierendes Gewerbe		
Die Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe am 31. März 1996	2	86
Bautätigkeit und Wohnungen		
Kaufwerte für Bauland 1994	1	18
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Branchen, Standorte und Verkaufsfläche im Einzelhandel	3	156
Außenhandel		
Außenhandel im ersten Halbjahr 1995 sowie endgültige Ergebnisse 1994	2	97
Verkehr		
Transport wassergefährdender Stoffe	2	105
Geld und Kredit		
Zur Einstellung der Statistik der Aktienmärkte	1	25
Bildung und Kultur		
Erste Ergebnisse der Gasthörerstatistik	1	31
Methodik zur Abgrenzung, Gliederung und Ermittlung der Bildungsausgaben in Deutschland	3	166
Gesundheitswesen		
Die neue Krankenhausdiagnosestatistik	2	75
Sozialleistungen		
Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe 1993	2	111
Finanzen und Steuern		
Methodik zur Abgrenzung, Gliederung und Ermittlung der Bildungsausgaben in Deutschland	3	166
Finanzplanung von Bund und Ländern 1995 bis 1999	2	120
Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1994	3	181
Personal im Bundesdienst am 30. Juni 1994	1	35
Preise		
Der „Interimsindex“ — ein Zwischenschritt auf dem Weg zum europäischen Verbraucherpreisindex	3	187
Neuberechnung der Indizes der Seefrachtraten auf Basis 1991	3	193
Kaufwerte für Bauland 1994	1	18
Preise im Jahr 1995	1	53
Januar 1996	2	126
Februar 1996	3	200

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt 1995

Heft

1

Seite

9

Umwelt

Luftemissionsentwicklung der Produktionsbereiche

1

40

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen / Veränderungen	130*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	156*	"
Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen	159*	"
Ausgewählte Tabellen		
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen	160*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	161*	"
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe	167*	"
Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern	171*	vierteljährlich
Preise		
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	173*	monatlich
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	174*	"
Preisindex für die Lebenshaltung	180*	"

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995				1996	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bevölkerung ¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit ²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	35 213p	34 957p	34 864p	35 172p	35 138p	35 039p	34 853p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	1 000	35 213p	34 953p	34 836p	35 129p	35 101p	35 009p	34 833p
Früheres Bundesgebiet										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	29 005p	28 654p	28 458p	28 689p	28 659p	28 570p	28 415p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	6 208p	6 303p	6 406p	6 483p	6 479p	6 469p	6 438p
Arbeitsmarkt ⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	1 000	3 419	3 698	3 612	3 521	3 526	3 579	3 791	4 159p	4 270p
dar.: Männer	1 000	1 692	1 863	1 851	1 765	1 771	1 817	1 981	2 272p	2 393p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	90	92	95	108	99	98	99	104p	108p
Ausländer	1 000	359	421	436	425	436	451	472	501p	512p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	9,8	10,6	10,4	10,2	10,2	10,3	10,9	12,0p	12,3p
Offene Stellen	1 000	279	285	321	312	289	273	256	296p	327p
Kurzarbeiter	1 000	948	372	199	159	179	211	231	294p	403p
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitslose	1 000	2 270	2 556	2 565	2 488	2 492	2 536	2 678	2 901p	2 961p
dar.: Männer	1 000	1 277	1 462	1 464	1 390	1 394	1 427	1 543	1 722p	1 786p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	67	73	75	82	77	78	79	83p	86p
Ausländer	1 000	345	409	424	413	424	439	460	488p	498p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,2	9,2	9,3	9,0	9,0	9,2	9,7	10,5p	10,7p
Offene Stellen	1 000	243	234	267	257	231	215	211	251p	277p
Kurzarbeiter	1 000	767	275	128	101	122	151	167	213p	286p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitslose	1 000	1 149	1 142	1 047	1 033	1 034	1 043	1 113	1 257p	1 310p
dar.: Männer	1 000	414	401	387	375	377	389	438	550p	606p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	23	19	20	26	22	20	20	21p	22p
Ausländer	1 000	15	12	12	12	12	12	13	14p	14p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	15,8	16,0	14,9	14,7	14,7	14,8	15,8	17,9p	18,6p
Offene Stellen	1 000	36	51	55	56	58	58	45	45p	50p
Kurzarbeiter	1 000	181	97	71	58	58	60	64	81p	117p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen	Anzahl	.	24 928	28 785	2 536	2 350	2 477	2 695
Unternehmen	Anzahl	.	18 837	22 344	1 948	1 878	1 939	2 174
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	.	3 183	3 348	291	284	277	317
Baugewerbe	Anzahl	.	3 971	5 542	507	467	492	556
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Anzahl	.	4 824	5 584	484	464	485	518
Gastgewerbe	Anzahl	.	1 006	1 235	109	114	108	129
Sonstige Wirtschaftszweige	Anzahl	.	5 853	6 635	557	549	577	654
Übrige Gemeinschaftsdner ⁷⁾	Anzahl	.	6 091	6 441	588	472	538	521
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	Anzahl	.	20 092	21 714	1 889	1 757	1 847	1 931
dar.: Unternehmen	Anzahl	.	14 926	16 470	1 402	1 357	1 385	1 510
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	Anzahl	.	4 836	7 071	648	593	630	764
dar.: Unternehmen	Anzahl	.	3 911	5 874	547	521	554	664
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	190 032	170 782	...	13 612	13 141	13 152
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	119 557	119 300	...	10 234	10 218	10 770

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 156* ff. dargestellt. – 2) Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen. – 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost (Inlandskonzept) – 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept). – Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986 – 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit. – 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose). – 7) Natürliche Personen, Nachläßkonkurrenz

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
Bevölkerung ¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit ²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 0,7p	- 0,3p	- 0,5p	- 0,6p	- 0,3p	- 0,5p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	- 0,7p	- 0,3p	- 0,5p	- 0,6p	- 0,3p	- 0,5p
Früheres Bundesgebiet										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 1,2p	- 0,7p	- 0,7p	- 0,8p	.	..	- 0,3p	- 0,5p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	+ 1,5p	+ 1,6p	+ 0,5p	+ 0,2p	- 0,2p	- 0,5p
Arbeitsmarkt ⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	+ 8,2	- 2,3	+ 4,3	+ 6,5	+ 8,0p	+ 11,6p	+ 1,5	+ 5,9	+ 9,7p	+ 2,7p
dar.: Männer	+ 10,1	- 0,7	+ 6,4	+ 9,1	+ 11,8p	+ 18,3p	+ 2,6	+ 9,0	+ 14,7p	+ 5,3p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 2,7	+ 3,0	+ 12,8	+ 14,6	+ 14,8p	+ 15,5p	- 0,8	+ 1,4	+ 5,3p	+ 3,5p
Ausländer	+ 17,1	+ 3,6	+ 9,2	+ 10,4	+ 10,4p	+ 12,7p	+ 3,6	+ 4,6	+ 6,2p	+ 2,2p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 1,9	+ 12,8	- 2,5	- 2,7	+ 1,6p	+ 0,6p	- 5,6	- 6,3	+ 15,7p	+ 10,5p
Kurzarbeiter	- 60,7	- 46,7	- 1,9	+ 31,5	+ 40,7p	+ 64,4p	+ 17,6	+ 9,4	+ 27,3p	+ 37,2p
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitslose	+ 12,6	+ 0,4	+ 3,5	+ 5,2	+ 5,7p	+ 8,9p	+ 1,8	+ 5,6	+ 8,4p	+ 2,0p
dar.: Männer	+ 14,5	+ 0,1	+ 3,4	+ 5,7	+ 6,6p	+ 11,7p	+ 2,4	+ 8,1	+ 11,6p	+ 3,7p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 8,4	+ 3,2	+ 10,8	+ 13,1	+ 13,5p	+ 13,5p	+ 0,8	+ 2,0	+ 5,2p	+ 3,3p
Ausländer	+ 18,6	+ 3,8	+ 9,2	+ 10,4	+ 10,3p	+ 12,5p	+ 3,6	+ 4,7	+ 6,1p	+ 2,2p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	- 4,0	+ 14,1	- 0,4	- 0,3	+ 3,6p	+ 1,5p	- 7,1	- 1,7	+ 19,1p	+ 10,3p
Kurzarbeiter	- 64,1	- 53,5	+ 0,5	+ 42,8	+ 53,8p	+ 78,7p	+ 24,0	+ 10,5	+ 27,6p	+ 34,7p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitslose	- 0,6	- 8,3	+ 6,4	+ 9,7	+ 13,8p	+ 18,3p	+ 0,9	+ 6,7	+ 13,0p	+ 4,1p
dar.: Männer	- 3,1	- 3,6	+ 19,0	+ 23,3	+ 32,0p	+ 43,6p	+ 3,2	+ 12,4	+ 25,7p	+ 10,2p
Jugendliche unter 20 Jahren	- 14,5	+ 2,5	+ 21,1	+ 20,8	+ 19,8p	+ 24,0p	- 6,4	- 1,0	+ 5,4p	+ 4,5p
Ausländer	- 19,3	+ 0,1	+ 10,2	+ 12,6	+ 14,6p	+ 19,2p	+ 2,7	+ 3,9	+ 7,5p	+ 3,9p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 41,3	+ 7,2	- 9,7	- 12,8	- 8,6p	- 4,2p	+ 0,3	- 23,2	- 0,1p	+ 11,8p
Kurzarbeiter	- 46,6	- 27,2	- 7,4	+ 9,3	+ 15,2p	+ 37,6p	+ 4,0	+ 6,9	+ 26,5p	+ 43,8p
Unternehmen und Arbeitsstätten										
Deutschland										
Insolvenzen		+ 15,5	+ 40,5	+ 5,5	+ 5,4	+ 8,8
Unternehmen		+ 18,6	+ 47,2	+ 10,0	+ 3,2	+ 12,1
Verarbeitendes Gewerbe		+ 5,2	+ 23,7	- 0,9	- 2,5	+ 14,4
Baugewerbe		+ 39,6	+ 68,5	+ 31,4	+ 5,4	+ 13,0
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern		+ 15,8	+ 43,1	+ 1,0	+ 4,5	+ 6,8
Gastgewerbe		+ 22,8	+ 16,1	+ 4,9	- 2,3	+ 19,4
Sonstige Wirtschaftszweige		+ 13,4	+ 56,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 13,3
Ubngne Gemeinschuldner ⁷⁾		+ 5,7	+ 20,6	- 9,9	+ 14,0	- 3,2
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen		+ 8,1	+ 32,0	- 7,4	+ 5,1	+ 4,5
dar.: Unternehmen		+ 10,3	+ 36,6	- 5,9	+ 2,1	+ 9,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen		+ 46,2	+ 73,1	+ 62,9	+ 6,2	+ 21,3
dar.: Unternehmen		+ 50,2	+ 82,8	+ 78,5	+ 6,3	+ 19,9
Gewerbeanmeldungen	- 10,1	..	- 6,4	+ 0,1
Gewerbeabmeldungen	- 0,2	..	+ 9,7	+ 5,4

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 156* ff dargestellt. - 2) Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen - 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern und Berlin-Ost (Inlandskonzept). - 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept) - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986. - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit. - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose). - 7) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1992	1993	1994	1995					
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	16 207	15 897	15 962	16 098
Schweine	1 000	26 514	26 075	24 698	.	.	24 466	.	.	.
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	5 467	4 662	4 188	313	272	372	372	397	404
Kälber	1 000	526	503	493	40	36	35	39	43	43
Schweine	1 000	39 544	39 790	38 922	3 163	3 084	3 212	3 192	3 370	3 326
Schlachtmenge	1 000 t	5 365	5 200	4 967	395	372	414	414	441	438
dar.: Rinder	1 000 t	1 719	1 496	1 343	101	87	118	118	124	125
Kälber	1 000 t	65	64	63	5	4	4	5	5	5
Schweine	1 000 t	3 559	3 620	3 540	288	279	290	290	309	306
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	569 180	571 315	583 740	45 836	46 668	51 270	47 429	45 029	43 614
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	540 961	552 744	582 256	50 016	45 614	50 802	49 306	49 465	52 860
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	13 377	13 086	13 066	13 176
Schweine	1 000	22 115	22 101	21 331	.	.	21 205	.	.	.
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	5 170	4 407	3 876	287	252	340	344	367	371
Kälber	1 000	510	491	483	39	35	34	39	42	42
Schweine	1 000	34 737	35 123	33 645	2 703	2 661	2 726	2 733	2 884	2 824
Schlachtmenge	1 000 t	4 841	4 702	4 401	346	328	362	365	388	383
dar.: Rinder	1 000 t	1 634	1 421	1 251	93	81	109	109	116	116
Kälber	1 000 t	64	63	62	5	4	4	5	5	5
Schweine	1 000 t	3 123	3 199	3 069	247	242	248	249	266	261
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	460 770	422 752	431 640	33 683	32 953	36 645	34 353	30 974	30 691
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	445 795	414 096	429 800	36 345	33 636	36 373	35 162	35 301	36 837
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kalber)	1 000	2 831	2 810	2 897	2 922
Schweine	1 000	4 400	3 974	3 367	.	.	3 261	.	.	.
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	298	255	312	26	20	32	28	30	33
Kälber	1 000	15	12	10	0	1	1	1	1	1
Schweine	1 000	4 808	4 666	5 276	460	423	486	459	486	502
Schlachtmenge	1 000 t	524	499	566	49	43	52	49	53	55
dar.: Rinder	1 000 t	85	76	92	8	6	9	8	9	9
Kälber	1 000 t	1	1	1	0	0	0	1	1	0
Schweine	1 000 t	436	421	472	41	38	43	41	44	46
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	108 410	148 563	152 100	12 153	13 715	14 625	13 076	14 055	12 923
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	95 166	138 648	152 456	13 671	11 979	14 429	14 144	14 164	16 023
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gewerbe ⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1991 = 100	98,9	91,9	94,8	96,1	92,3	85,7	98,7	99,9	99,3
Energieversorgung	1991 = 100	101,1	99,3	100,3	90,6	88,9	86,8	93,5	98,9	114,6
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	536 740	525 426	525 911	39 620	38 883	39 089	41 592	44 482	48 522
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	488 570	484 024	484 898	37 085	36 531	36 974	38 588	40 968	44 579
Gaserzeugung	Mill. kWh	364 464	332 885	344 641	27 939	27 081	26 665	28 031	27 328	...
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	789 648	801 770	840 714	50 478	40 744	43 732	54 349	62 530	...
Früheres Bundesgebiet										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	462 422	452 728	452 485	34 149	33 735	33 577	35 858	38 259	41 594
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	423 599	420 355	420 488	32 400	32 024	32 125	33 520	35 606	38 516
Gaserzeugung	Mill. kWh	324 410	309 654	323 697	26 123	25 430	24 866	26 106	25 406	...
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	720 483	725 895	753 253	44 486	36 436	40 363	48 812	54 831	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	74 318	72 698	73 426	5 471	5 148	5 511	5 734	6 223	6 929
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	64 971	63 669	64 410	4 784	4 507	4 850	5 068	5 362	6 063
Gaserzeugung	Mill. kWh	40 054	23 230	20 944	1 816	1 651	1 800	1 924	1 922	...
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	69 165	75 875	87 461	5 992	4 309	3 370	5 537	7 699	...

1) 1992 bis 1994: Viehzählung im Dezember. – 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. – 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. – 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1993	1994	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1992	1993	Aug. 94	Sept. 94	Okt. 94	Nov. 94	Juli 95	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand 1)										
Rinder (einschl. Kälber)	- 1,9	+ 0,4
Schweine	- 1,7	- 5,3	- 3,5
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 14,7	- 10,2	+ 5,4	- 4,2	+ 4,5	+ 5,0	+ 36,7	+ 0,0	+ 6,5	+ 1,8
Kälber	- 4,3	- 1,9	- 11,4	- 11,2	+ 2,7	- 1,7	- 1,6	+ 12,2	+ 9,5	- 0,8
Schweine	+ 0,6	- 2,2	- 0,5	- 1,5	+ 1,2	- 1,2	+ 4,1	- 0,6	+ 5,6	- 1,3
Schlachtmenge	- 3,1	- 4,5	+ 1,5	- 2,5	+ 1,4	- 0,4	+ 11,4	- 0,1	+ 6,5	- 0,5
dar.: Rinder	- 13,0	- 10,2	+ 4,8	- 6,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 35,7	- 0,2	+ 5,6	+ 0,7
Kälber	- 1,9	- 0,5	- 16,2	- 17,1	- 3,3	- 8,4	- 1,7	+ 13,0	+ 10,7	- 2,0
Schweine	+ 1,7	- 2,2	+ 0,5	- 0,6	+ 1,5	- 1,0	+ 4,0	- 0,2	+ 6,8	- 1,0
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 2)	+ 0,4	+ 2,2	- 4,9	- 5,0	+ 0,4	- 3,5	+ 9,9	- 7,5	- 5,1	- 3,1
Geschlachtetes Geflügel 3)	+ 2,2	+ 5,3	+ 7,8	- 1,4	+ 4,6	+ 3,8	+ 11,4	- 2,9	+ 0,3	+ 6,9
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand 1)										
Rinder (einschl. Kälber)	- 2,2	- 0,2
Schweine	- 0,1	- 3,5	- 2,4
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 14,8	- 12,0	+ 3,9	- 4,3	+ 4,1	+ 4,6	+ 34,9	+ 1,2	+ 6,6	+ 1,2
Kälber	- 3,8	- 1,6	- 11,1	- 11,0	+ 2,5	- 1,9	- 1,8	+ 12,3	+ 9,3	- 0,9
Schweine	+ 1,1	- 4,2	- 2,1	- 2,2	- 0,5	- 2,1	+ 2,5	+ 0,2	+ 5,6	- 2,1
Schlachtmenge	- 2,9	- 6,4	+ 0,1	- 3,1	+ 0,2	- 1,0	+ 10,3	+ 0,7	+ 6,4	- 1,2
dar.: Rinder	- 13,0	- 12,0	+ 3,4	- 6,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 34,0	+ 0,8	+ 5,7	+ 0,1
Kälber	- 1,7	- 0,7	- 15,7	- 16,7	- 3,0	- 8,4	- 1,9	+ 13,0	+ 10,7	- 2,2
Schweine	+ 2,4	- 4,1	- 0,9	- 1,2	- 0,1	- 1,8	+ 2,5	+ 0,5	+ 6,7	- 1,8
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 2)	- 8,3	+ 2,1	- 8,6	- 8,4	- 6,1	- 5,5	+ 11,2	- 6,3	- 9,8	- 0,9
Geschlachtetes Geflügel 3)	- 7,1	+ 3,8	+ 6,2	- 3,9	- 0,0	+ 0,9	+ 8,1	- 3,3	+ 0,4	+ 4,4
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand 1)										
Rinder (einschl. Kälber)	- 0,7	+ 3,1
Schweine	- 9,7	- 15,3	- 10,0
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	- 14,2	+ 22,3	+ 25,0	- 2,6	+ 10,8	+ 9,6	+ 59,2	- 11,9	+ 5,2	+ 9,8
Kälber	- 22,2	- 12,2	- 23,6	- 18,5	+ 12,2	+ 8,6	+ 11,3	+ 10,0	+ 18,8	+ 3,8
Schweine	- 2,9	+ 13,1	+ 8,9	+ 2,8	+ 12,1	+ 3,7	+ 14,7	- 5,5	+ 5,9	+ 3,3
Schlachtmenge	- 4,8	+ 13,5	+ 11,8	+ 2,2	+ 11,5	+ 3,7	+ 19,8	- 5,6	+ 6,9	+ 4,8
dar.: Rinder	- 11,1	+ 21,7	+ 23,8	- 4,2	+ 8,1	+ 5,8	+ 58,9	- 11,6	+ 5,0	+ 8,4
Kälber	- 14,7	+ 14,4	- 43,5	- 43,2	- 26,5	- 12,1	+ 14,3	+ 14,6	+ 16,4	+ 7,8
Schweine	- 3,5	+ 12,1	+ 9,7	+ 3,7	+ 12,3	+ 3,4	+ 13,6	- 4,3	+ 7,2	+ 4,0
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 2)	+ 37,0	+ 2,4	+ 6,1	+ 5,2	+ 18,3	+ 1,3	+ 6,6	- 10,6	+ 7,5	- 8,0
Geschlachtetes Geflügel 3)	+ 45,7	+ 10,0	+ 12,1	+ 5,2	+ 18,2	+ 11,3	+ 20,5	- 2,0	+ 0,1	+ 13,1
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gew. 4)										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)										
Energieversorgung	- 7,1	+ 3,2	- 1,8	- 2,8	- 3,4	- 3,0	- 7,2	+ 15,2	+ 1,2	- 0,6
Energieversorgung	- 1,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,3	- 5,8	+ 9,7	- 2,4	+ 7,7	+ 5,8	+ 15,9
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	- 2,1	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,6	- 1,6	+ 4,1	+ 0,5	+ 6,4	+ 6,9	+ 9,1
Inlandsversorgung mit Elektrizität	- 0,9	+ 0,1	+ 1,4	- 0,0	- 2,2	+ 4,0	+ 1,2	+ 4,4	+ 6,2	+ 8,8
Gaserzeugung	- 8,7	+ 3,5	+ 11,4	+ 10,0	- 1,5	+ 5,1	- 2,5	...
Inlandsversorgung mit Gas	+ 1,5	+ 4,9	+ 7,1	+ 7,7	+ 7,3	+ 24,3	+ 15,1	...
Früheres Bundesgebiet										
Elektrizitätserzeugung	- 2,1	- 0,1	+ 1,1	+ 1,5	- 1,8	+ 3,7	- 0,5	+ 6,8	+ 6,7	+ 8,7
Inlandsversorgung mit Elektrizität	- 0,8	± 0,0	+ 0,8	- 0,6	- 2,4	+ 3,7	+ 0,3	+ 4,3	+ 6,2	+ 8,2
Gaserzeugung	- 4,5	+ 4,5	+ 11,3	+ 8,7	- 2,2	+ 5,0	- 2,7	...
Inlandsversorgung mit Gas	+ 0,8	+ 3,8	+ 20,1	+ 8,5	+ 10,8	+ 20,9	+ 12,3	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Elektrizitätserzeugung	- 2,2	+ 0,7	+ 4,6	+ 1,7	- 0,6	+ 6,4	+ 7,1	+ 4,0	+ 8,5	+ 11,3
Inlandsversorgung mit Elektrizität	- 2,0	+ 0,9	+ 5,7	+ 3,4	- 1,3	+ 6,1	+ 7,6	+ 4,5	+ 5,8	+ 13,1
Gaserzeugung	- 42,0	- 9,8	+ 13,1	+ 31,6	+ 9,0	+ 6,9	- 0,1	...
Inlandsversorgung mit Gas	+ 9,7	+ 15,3	- 53,3	+ 1,1	- 21,8	+ 64,3	+ 39,1	...

1) 1992 bis 1994 Viehzählung im Dezember. - 2) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
Deutschland										
Beschäftigte ²⁾	1 000	6 778	6 802	6 814	6 807	6 766	6 744	6 691
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 406	2 399	2 406	2 417	2 407	2 403	2 393
Arbeiter ⁴⁾	1 000	4 372	4 403	4 407	4 389	4 359	4 341	4 299
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	186	186	185	185	183	182	181
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 591	6 696	6 628	6 622	6 583	6 562	6 510
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	3 085	3 097	3 102	3 096	3 078	3 067	3 043
Investitionsgüterproduzenten	1 000	2 278	2 283	2 287	2 285	2 273	2 267	2 250
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	341	342	341	340	338	337	334
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	1 074	1 080	1 084	1 085	1 077	1 073	1 064
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mill. Std	6 890	547	553	582	581	601	506
Bruttolohnsumme ²⁾	Mill. DM	220 325	18 173	18 330	17 710	18 619	23 357	18 510
Bruttogehaltssumme ²⁾	Mill. DM	193 827	15 600	15 254	15 261	15 366	21 203	17 095
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t	49 952	11 399 ^{a)}	.	.	12 573 ^{b)}
Heizölverbrauch ²⁾	1 000 t	11 046	2 275 ^{a)}	.	.	3 058 ^{b)}
Gasverbrauch ²⁾	Mill. kWh	330 000	69 892 ^{a)}	.	.	84 927 ^{b)}
Stromverbrauch ²⁾	Mill. kWh	213 559	17 192	17 361	17 636	18 601	18 749	17 030
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte ²⁾	1 000	6 160	6 186	6 195	6 188	6 149	6 128	6 080
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 212	2 206	2 213	2 224	2 214	2 210	2 200
Arbeiter ⁴⁾	1 000	3 949	3 980	3 982	3 965	3 935	3 918	3 880
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000
Verarbeitendes Gewerbe	1 000
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 816	2 828	2 831	2 826	2 808	2 798	2 776
Investitionsgüterproduzenten	1 000	2 076	2 083	2 086	2 084	2 072	2 066	2 053
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	313	313	314	313	311	310	307
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	956	962	965	965	957	954	945
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mill. Std	6 182	495	490	522	523	538	456
Bruttolohnsumme ²⁾	Mill. DM	205 051	16 906	17 035	16 456	17 235	21 813	17 171
Bruttogehaltssumme ²⁾	Mill. DM	183 145	14 716	14 389	14 383	14 418	20 100	16 116
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t	36 951	8 706 ^{a)}	.	.	9 067 ^{b)}
Heizölverbrauch ²⁾	1 000 t	9 911	2 059 ^{a)}	.	.	2 758 ^{b)}
Gasverbrauch ²⁾	Mill. kWh	286 745	61 406 ^{a)}	.	.	72 277 ^{b)}
Stromverbrauch ²⁾	Mill. kWh	192 125	15 616	15 564	15 822	16 746	16 784	15 231
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte ²⁾	1 000	617	615	618	619	617	617	611
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	194	193	193	194	193	193	192
Arbeiter ⁴⁾	1 000	424	423	425	425	424	423	419
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000
Verarbeitendes Gewerbe	1 000
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	269	269	271	270	269	269	267
Investitionsgüterproduzenten	1 000	202	200	201	202	201	201	198
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	28	28	27	27	27	28	27
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	118	118	119	120	120	120	119
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mill. Std	708	51	63	61	58	63	50
Bruttolohnsumme ²⁾	Mill. DM	15 274	1 268	1 295	1 255	1 384	1 544	1 338
Bruttogehaltssumme ²⁾	Mill. DM	10 682	885	865	878	948	1 102	979
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t	13 001	2 692 ^{a)}	.	.	3 506 ^{b)}
Heizölverbrauch ²⁾	1 000 t	1 134	216 ^{a)}	.	.	300 ^{b)}
Gasverbrauch ²⁾	Mill. kWh	43 255	8 487 ^{a)}	.	.	12 650 ^{b)}
Stromverbrauch ²⁾	Mill. kWh	21 434	1 576	1 797	1 813	1 854	1 965	1 798

1) 1995 vorläufige Ergebnisse – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. – 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. – 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen

a) Verbrauch im 3. Vj – b) Verbrauch im 4. Vj

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Sept. 94	Okt. 94	Dez. 94	Dez. 94	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Deutschland										
Beschäftigte ²⁾	- 2,8	- 2,8	- 2,9	- 3,0	- 0,1	- 0,6	- 0,3	- 0,8
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	-	-	-	-	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,4
Arbeiter ⁴⁾	-	-	-	-	- 0,4	- 0,7	- 0,4	- 1,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 7,1	- 7,2	- 7,1	- 6,5	- 0,2	- 0,9	- 0,4	- 0,7
Verarbeitendes Gewerbe	- 2,7	- 2,7	- 2,8	- 3,0	- 0,1	- 0,6	- 0,3	- 0,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,2	- 1,2	- 1,4	- 1,3	- 0,2	- 0,6	- 0,4	- 0,8
Investitionsgüterproduzenten	- 3,4	- 3,4	- 3,4	- 3,3	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,7
Gebrauchsgüterproduzenten	- 2,9	- 3,2	- 3,5	- 3,6	- 0,1	- 0,5	- 0,4	- 0,9
Verbrauchsgüterproduzenten	- 6,2	- 6,1	- 6,1	- 6,7	+ 0,1	- 0,8	- 0,4	- 0,9
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	- 5,7	- 2,1	- 1,5	- 4,9	+ 5,4	- 0,3	+ 3,5	- 15,8
Bruttolohn- und -gehaltssumme ²⁾	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,6	+ 1,4	- 1,8	+ 3,1	+ 31,1	- 20,0
Kohleverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 10,2 ^{a)}	.	.	+ 10,3 ^{b)}
Heizölverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 11,6 ^{a)}	.	.	+ 34,4 ^{b)}
Gasverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 12,6 ^{a)}	.	.	+ 21,5 ^{b)}
Stromverbrauch ²⁾	-	-	-	-	+ 1,6	+ 5,5	+ 0,8	- 9,2
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte ²⁾	- 2,5	- 2,5	- 2,6	- 2,8	- 0,1	- 0,6	- 0,3	- 0,8
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	-	-	-	-	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,4
Arbeiter ⁴⁾	-	-	-	-	- 0,4	- 0,8	- 0,4	- 1,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Verarbeitendes Gewerbe
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,0	- 1,0	- 1,2	- 1,1	- 0,2	- 0,6	- 0,4	- 0,8
Investitionsgüterproduzenten	- 2,7	- 2,7	- 2,8	- 2,6	- 0,1	- 0,6	- 0,3	- 0,7
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,9	- 2,3	- 2,9	- 3,0	± 0,0	- 0,6	- 0,6	- 0,9
Verbrauchsgüterproduzenten	- 6,7	- 6,7	- 6,6	- 7,1	± 0,0	- 0,8	- 0,4	- 0,9
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	- 5,4	- 1,9	- 1,3	- 4,5	+ 6,5	+ 0,2	+ 2,9	- 15,2
Bruttolohn- und -gehaltssumme ²⁾	± 0,0	+ 1,8	+ 2,6	+ 1,0	- 1,9	+ 2,6	+ 32,4	- 20,5
Kohleverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 11,1 ^{a)}	.	.	+ 3,3 ^{b)}
Heizölverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 12,2 ^{a)}	.	.	+ 34,0 ^{b)}
Gasverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 12,2 ^{a)}	.	.	+ 17,7 ^{b)}
Stromverbrauch ²⁾	-	-	-	-	+ 1,7	+ 5,8	+ 0,2	- 9,3
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte ²⁾	- 6,0	- 5,6	- 5,6	- 6,6	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,9
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	-	-	-	-	+ 0,5	- 0,5	+ 0,1	- 0,5
Arbeiter ⁴⁾	-	-	-	-	± 0,0	- 0,2	- 0,2	- 1,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Verarbeitendes Gewerbe
Vorleistungsgüterproduzenten	- 3,3	- 3,2	- 3,4	- 3,3	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,8
Investitionsgüterproduzenten	- 10,2	- 9,8	- 10,0	- 10,3	+ 0,4	- 0,2	- 0,4	- 1,4
Gebrauchsgüterproduzenten	- 13,7	- 12,6	- 9,6	- 9,6	- 1,6	+ 0,7	+ 2,1	- 1,0
Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,1	- 1,3	- 1,0	- 3,0	+ 0,8	- 0,2	- 0,2	- 0,4
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	- 7,8	- 4,5	- 3,4	- 8,2	- 3,4	- 4,8	+ 8,7	- 20,1
Bruttolohn- und -gehaltssumme ²⁾	+ 2,0	+ 1,9	+ 3,1	+ 6,3	- 1,2	+ 9,3	+ 13,5	- 12,4
Kohleverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 7,3 ^{a)}	.	.	+ 26,0 ^{b)}
Heizölverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 6,5 ^{a)}	.	.	+ 38,6 ^{b)}
Gasverbrauch ²⁾	-	-	-	-	- 16,0 ^{a)}	.	.	+ 49,1 ^{b)}
Stromverbrauch ²⁾	-	-	-	-	+ 0,9	+ 2,3	+ 6,0	- 8,5

1) 1995 vorläufige Ergebnisse - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 - 3) Einschl. mithilfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen.

a) 3 Vj 1995 gegenüber 2 Vj 1995. - b) 4 Vj 1995 gegenüber 3 Vj 1995.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					1996
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1991 = 100	90,5	98,0	99,8	92,6	104,5	97,7	101,8	92,7	98,4 7)
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	91,3	99,4	100,6	93,5	100,5	99,3	99,7	89,1	97,5 7)
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	102,4	98,6	102,4	93,7	111,6	96,7	107,7	103,5	102,1 7)
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	84,1	91,3	91,1	77,1	92,9	94,5	100,6	84,2	93,7 7)
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	96,2	96,6	97,0	107,4	115,1	98,0	89,0	78,1	94,9 7)
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1991 = 100	92,8	97,0	97,2	89,0	102,6	103,7	103,5	94,2	89,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1991 = 100	85,7	82,8	79,2	78,7	83,5	86,3	82,9	74,1	73,8
Verarbeitendes Gewerbe	1991 = 100	90,1	93,9	94,9	85,4	100,3	100,2	100,2	93,6	88,6
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	92,4	98,3	98,4	91,2	103,6	103,8	100,4	86,8	89,3
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	85,6	87,5	89,7	78,6	95,4	92,9	97,8	106,1	87,8
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	85,9	89,8	89,0	65,9	97,4	98,4	98,9	80,3	82,1
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	95,1	95,1	96,2	94,5	99,7	103,9	102,4	90,7	89,6
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	1 000 t	58 282	52 403	53 565	4 610	4 568	4 549	4 633 r	4 082	...
Braunkohle, roh (Förderung)	1 000 t	221 748	207 131	192 706	14 974	15 029	15 886	16 979	17 289	...
Erdöl, roh	1 000 t	3 051	2 946	2 959	213	242	255	245	255	...
Zement (ohne Zementklinker)	1 000 t	36 801	40 265	37 874	3 361	3 579	3 502	3 242 r	2 349	...
Roheisen für die Stahlherzeugung	1 000 t	26 322	29 202	29 605	2 279	2 571	2 526	2 375	2 062	...
Stahlrohblöcke und -brammen	1 000 t
Flüssigstahl unlegiert	1 000 t	33 265	2 579	2 840	2 861	2 694	2 280	...
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	367	24	29	32	37	33	...
Motorenbenzin	1 000 t	26 733	26 419	23 820	2 150	2 158	1 988	1 955 r	1 901	...
Heizöl	1 000 t	42 744	42 481	36 657	3 138	3 005	2 997	2 924 r	3 117	...
Schnittholz	1 000 m ³	11 557	13 232	14 025	1 169	1 230	1 277	1 253 r	1 003	...
Personenkraftwagen										
mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger	1 000 St.	708	49	65	50	65	50	...
von mehr als 1 500 cm ³	1 000 St.	2 863	160	222	248	268	210	...
mit Selbstzündung										
Fernsehempfangsgeräte 2)	1 000 St.	2 815	3 256	7 947	240	969	799	734	692	...
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St.	1 213	99	110	127	126	121	...
Digitale Verarbeitungseinheiten	1 000 St.	1 312	97	100	114	160	123	...
Ein- oder Ausgabereinheiten	1 000 St.	4 055	334	370	262	369	336	...
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	1 000 St.	64	5	5	6	6	6	...
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungs- geräte und ihre Einheiten	1 000 DM	2 288 318	183 445	185 748	179 875	208 460	208 715	...
Baumwollgam	t	167 437 r	152 351	133 875	7 539	11 993	12 001	12 168	9 031	...
Würste u.ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	t	1 948 878	169 405	174 481	166 367	177 592	165 691	...
Zigaretten	Mill. St.	...	222 676	200 749	18 867	17 701	16 962	17 516	13 320	...
Gesamtumsatz 3) 4) 5)	Mrd DM	2 075,3	163,5	183,4	176,7	183,9	174,5	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	40 612	3 122	3 302	3 416	3 549	3 669	...
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	2 034,7	160,4	180,1	173,3	180,4	170,9	...
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	962 952	77 676	84 868	81 734	81 916	71 352	...
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	634 574	46 094	56 482	53 208	59 755	64 328	...
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	86 384	5 986	8 031	7 783	8 310	6 844	...
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	391 408	33 734	33 981	33 983	33 955	32 019	...
dar.: Auslandsumsatz 6)	Mill DM	589 825	44 150	52 002	50 167	52 299	50 635	...

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. Januar 1996 vorläufiges Ergebnis. - 2) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 - 4) Ohne Umsatzsteuer - 5) Vorläufige Ergebnisse. - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 7) Vorläufiges Ergebnis.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorgahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Okt. 94	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	+ 8,3	+ 1,8	- 1,1	- 1,6	- 10,6	- 1,4 ⁷⁾	- 6,5	+ 4,2	- 8,9	+ 6,1 ⁷⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 8,9	+ 1,2	- 3,0	- 6,9	- 13,2	- 6,6 ⁷⁾	- 1,2	+ 0,4	- 10,6	+ 9,4 ⁷⁾
Investitionsgüterproduzenten	+ 9,2	+ 3,9	- 0,2	+ 3,8	- 10,1	+ 5,4 ⁷⁾	- 13,4	+ 11,4	- 3,9	- 1,4 ⁷⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 8,6	- 0,2	+ 1,9	+ 1,4	- 4,3	+ 0,6 ⁷⁾	+ 1,7	+ 6,5	- 16,3	+ 11,3 ⁷⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,4	+ 2,6	+ 2,1	- 4,5	- 0,3 ⁷⁾	- 14,9	- 9,2	- 12,2	+ 21,5 ⁷⁾
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	+ 4,5	+ 0,2	- 2,4	- 1,8	- 4,0	- 1,6	+ 1,1	- 0,2	- 9,0	- 5,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 3,4	- 4,3	- 6,0	- 10,0	- 11,4	+ 0,3	+ 3,4	- 3,9	- 10,6	- 0,4
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,2	+ 1,1	- 2,0	- 1,9	- 3,3	+ 2,0	- 0,1	± 0,0	- 6,6	- 5,3
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 6,4	+ 0,1	- 3,5	- 5,6	- 9,8	- 4,1	+ 0,2	- 3,3	- 13,5	+ 2,9
Investitionsgüterproduzenten	+ 2,2	+ 2,5	- 0,6	+ 3,4	+ 5,5	+ 19,0	- 2,6	+ 5,3	+ 8,5	- 17,2
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 4,5	- 0,9	- 1,9	- 2,4	- 10,3	- 5,2	+ 1,0	+ 0,5	- 18,8	+ 2,2
Verbrauchsgüterproduzenten	± 0,0	+ 1,2	- 0,7	- 1,7	- 1,4	- 5,4	+ 4,2	- 1,4	- 11,4	- 1,2
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	- 10,1	+ 2,2	- 0,4	+ 1,8	- 11,9	...
Braunkohle, roh (Förderung)	- 6,6	- 7,0	+ 5,7	+ 6,9	+ 1,8	...
Erdöl, roh	- 3,4	+ 0,4	+ 5,4	+ 1,2	+ 4,1	...
Zement (ohne Zementklinker)	+ 9,7	- 5,9	- 2,2	- 7,4 r	- 27,5	...
Roheisen für die Stahlerzeugung	+ 10,9	+ 1,4	- 1,8	- 6,0	- 13,2	...
Stahlrohblöcke und -brammen
Flüssigstahl unlegiert	+ 0,7	- 5,8	- 15,4	...
Synthetische Filamente und Spinnfasern	+ 12,1	+ 14,8	- 10,4	...
Motorenbenzin	- 1,2	- 9,8	- 7,8	- 1,7 r	- 2,8	...
Heizöl	± 0,0	- 13,7	- 0,3	- 2,4 r	+ 6,6	...
Schnittholz	+ 14,8	+ 6,0	+ 3,8	- 1,9 r	- 20,0	...
Personenkraftwagen										
mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger	- 23,1	+ 30,0	- 23,1	...
von mehr als 1 500 cm ³	+ 11,7	+ 8,1	- 21,6	...
mit Selbstzündung	- 6,3	+ 31,1	- 25,8	...
Fernsehempfangsgeräte 2)	+ 15,7	+ 144,1	- 17,5	- 8,1	- 5,7	...
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	+ 15,5	- 0,8	- 4,0	...
Digitale Verarbeitungseinheiten	+ 14,0	+ 40,4	- 23,1	...
Ein- oder Ausgabereinheiten	- 29,2	+ 40,8	- 8,9	...
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	+ 20,0	± 0,0	± 0,0	...
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungs- geräte und ihre Einheiten	- 3,2	+ 15,9	+ 0,1	...
Baumwollgam	- 9,0	- 12,1	+ 0,1	+ 1,4	- 25,8	...
Würste u.ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	- 4,7	+ 6,7	- 6,7	...
Zigaretten	+ 8,8	- 4,2	+ 3,3	- 24,0	...
Gesamtumsatz 3) 4) 5)	-	...	+ 3,9	+ 1,8	- 4,1	...	- 3,6	+ 4,1	- 5,1	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 6,5	- 6,2	- 16,0	...	+ 3,5	+ 3,9	+ 3,4	...
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,1	+ 2,0	- 3,8	...	- 3,8	+ 4,1	- 5,3	...
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,3	+ 0,6	- 5,7	...	- 3,7	+ 0,2	- 12,9	...
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,5	+ 5,3	- 1,8	...	- 5,8	+ 12,3	+ 7,7	...
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 4,3	+ 4,0	- 6,8	...	- 3,1	+ 6,8	- 17,6	...
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,6	- 1,8	- 4,6	...	± 0,0	- 0,1	- 5,7	...
dar.: Auslandsumsatz 6)	+ 8,5	+ 5,4	- 0,3	...	- 3,5	+ 4,2	- 3,2	...

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert Januar 1996 vorläufiges Ergebnis. - 2) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 4) Ohne Umsatzsteuer - 5) Vorläufige Ergebnisse. - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 7) Vorläufiges Ergebnis

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					1996
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1991 = 100	89,9	97,1	98,2	90,7	103,4	95,7	98,2	90,7	96,9 ⁶⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	90,9	98,4	98,7	91,3	98,4	97,5	97,6	87,4	95,8 ⁶⁾
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	89,7	98,0	100,7	91,7	111,8	93,6	101,0	100,8	100,6 ⁶⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	82,7	89,3	89,5	75,2	91,3	92,7	98,4	82,7	92,0 ⁶⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	96,7	97,0	97,1	107,5	115,6	98,1	88,2	77,8	94,7 ⁶⁾
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1991 = 100	91,9	94,8	94,1	85,7	98,7	99,9	99,3	91,5	87,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1991 = 100	92,4	90,8	88,7	88,2	94,2	98,8	92,6	81,2	82,3
Verarbeitendes Gewerbe	1991 = 100	90,3	93,3	93,0	84,1	97,9	98,0	97,4	91,0	87,1
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	93,7	98,8	97,3	90,4	102,0	102,1	98,2	86,3	89,1
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	84,6	86,0	88,1	76,2	93,1	91,5	96,0	104,2	86,4
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	85,3	88,7	87,5	63,9	95,9	96,8	96,9	78,5	80,4
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	93,8	93,3	92,8	92,1	95,9	99,2	97,6	86,3	85,8
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	Mrd. DM	1 947,0	152,3	171,5	165,9	172,0	163,4	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	900 993	72 225	79 107	76 426	76 193	66 579	...
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	602 459	43 323	53 345	50 605	56 720	60 929	...
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	82 011	5 645	7 660	7 411	7 854	6 464	...
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	361 534	31 115	31 429	31 422	31 213	29 426	...
dar.: Auslandsumsatz 5)	Mill. DM	574 664	42 803	50 694	48 834	50 808	49 333	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1991 = 100	104,9	122,6	140,7	141,0	132,0	148,7	190,6	141,4	136,5 ⁶⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	102,4	128,0	147,4	148,4	153,4	143,9	153,0	132,6	140,5 ⁶⁾
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	104,7	111,4	135,1	132,6	107,3	155,5	237,3	154,9	131,0 ⁶⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	162,3	212,4	198,4	205,7	202,6	213,8	242,7	188,1	208,8 ⁶⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	80,8	87,0	96,0	103,5	102,9	96,9	110,1	84,7	98,3 ⁶⁾
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1991 = 100	111,1	130,6	137,2	140,6	149,0	155,4	158,7	134,9	116,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1991 = 100	65,4	62,0	55,1	52,1	57,5	56,5	68,9	56,4	51,1
Verarbeitendes Gewerbe	1991 = 100	110,1	131,7	146,0	146,1	160,8	165,1	171,3	156,4	130,5
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	94,9	111,5	123,5	126,9	135,6	133,1	138,4	112,3	112,3
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	106,7	120,1	127,0	129,6	149,5	124,7	136,8	155,9	117,9
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	140,3	168,4	229,5	239,2	250,9	253,3	266,9	219,6	231,0
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	102,8	122,0	127,5	111,2	124,0	183,8	188,7	158,0	101,6
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	Mrd. DM	128,3	11,2	11,8	10,8	12,0	11,1	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	61 959	5 451	5 761	5 309	5 723	4 773	...
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	32 115	2 771	3 137	2 603	3 034	3 399	...
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	4 373	341	371	373	456	380	...
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	29 874	2 619	2 552	2 562	2 742	2 592	...
dar.: Auslandsumsatz 5)	Mill. DM	15 161	1 347	1 308	1 333	1 491	1 302	...

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. Januar 1996 vorläufiges Ergebnis. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. - 3) Ohne Umsatzsteuer - 4) Vorläufige Ergebnisse. - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 6) Vorläufiges Ergebnis

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Okt 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Okt 94	Nov 94	Dez. 94	Jan. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragsengangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	+ 8,0	+ 1,1	- 2,1	- 3,6	- 11,6	- 1,9 ⁶⁾	- 7,4	+ 2,6	- 7,6	+ 6,8 ⁶⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 8,3	+ 0,3	- 3,5	- 7,3	- 13,6	- 6,8 ⁶⁾	- 0,9	+ 0,1	- 10,5	+ 9,6 ⁶⁾
Investitionsgüterproduzenten	+ 9,3	+ 2,8	- 3,1	- 1,6	- 12,0	+ 4,2 ⁶⁾	- 16,3	+ 7,9	- 0,2	- 0,2 ⁶⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 8,0	+ 0,2	+ 2,9	+ 2,1	- 3,9	+ 0,5 ⁶⁾	+ 1,5	+ 6,1	- 16,0	+ 11,2 ⁶⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,3	+ 0,1	+ 2,5	+ 1,7	- 4,9	- 0,7 ⁶⁾	- 15,1	- 10,1	- 11,8	+ 21,7 ⁶⁾
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	+ 3,2	- 0,7	- 3,4	- 3,0	- 4,5	+ 0,9	+ 1,2	- 0,6	- 7,9	- 4,2
(einschl. Bauhauptgewerbe)										
Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden	- 1,7	- 2,3	- 6,5	- 13,0	- 14,0	+ 2,9	+ 4,9	- 6,3	- 12,3	+ 1,4
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,3	- 0,3	- 3,1	- 3,3	- 4,4	+ 0,7	+ 0,1	- 0,6	- 6,6	- 4,3
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,4	- 1,5	- 5,0	- 7,4	- 10,7	- 4,7	+ 0,1	- 3,8	- 12,1	+ 3,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 1,7	+ 2,4	- 0,4	+ 3,0	+ 5,6	+ 19,5	- 1,7	+ 4,9	+ 8,5	- 17,1
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 4,0	- 1,4	- 2,3	- 3,2	- 11,4	- 5,4	+ 0,9	+ 0,1	- 19,0	+ 2,4
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,5	- 0,5	- 2,5	- 3,3	- 3,0	- 6,8	+ 3,4	- 1,6	- 11,6	- 0,6
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 3,6	+ 1,4	- 4,6	..	- 3,3	+ 3,7	- 5,0	...
Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden
Verarbeitendes Gewerbe
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,8	- 0,2	- 6,2	...	- 3,4	- 0,3	- 12,6	...
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,7	+ 5,5	- 2,0	...	- 5,1	+ 12,1	+ 7,4	...
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 4,2	+ 3,6	- 7,2	...	- 3,3	+ 6,0	- 17,7	...
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,1	- 2,7	- 5,4	...	± 0,0	- 0,7	- 5,7	...
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 8,5	+ 4,9	- 0,3	...	- 3,7	+ 4,0	- 2,9	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragsengangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	+ 16,9	+ 14,8	+ 16,5	+ 28,7	+ 5,9	+ 8,4 ⁶⁾	+ 12,7	+ 28,2	- 25,8	- 3,5 ⁶⁾
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 25,0	+ 15,2	+ 3,2	- 2,6	- 6,5	- 2,6 ⁶⁾	- 6,2	+ 6,3	- 13,3	+ 6,0 ⁶⁾
Investitionsgüterproduzenten	+ 6,4	+ 21,3	+ 46,8	+ 80,3	+ 24,0	+ 24,9 ⁶⁾	+ 44,9	+ 52,6	- 34,7	- 15,4 ⁶⁾
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 30,9	- 6,6	- 12,2	- 8,4	- 5,2	+ 4,5 ⁶⁾	+ 5,5	+ 13,5	- 22,5	+ 11,0 ⁶⁾
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 7,7	+ 10,3	+ 6,6	+ 9,8	+ 2,5	+ 7,3 ⁶⁾	- 5,8	+ 13,6	- 23,1	+ 16,1 ⁶⁾
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe	+ 17,6	+ 5,1	+ 0,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 1,7	+ 4,3	+ 2,1	- 15,0	- 13,9
(einschl. Bauhauptgewerbe)										
Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden	- 5,2	- 11,1	- 19,2	+ 1,9	- 3,8	- 8,3	- 1,7	+ 21,9	- 18,1	- 9,4
Verarbeitendes Gewerbe	+ 19,6	+ 10,9	+ 4,4	+ 6,9	+ 6,8	+ 8,1	+ 2,7	+ 3,8	- 8,7	- 16,6
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 17,5	+ 10,8	+ 3,7	+ 7,7	- 0,2	+ 2,6	- 1,8	+ 4,0	- 18,9	0
Investitionsgüterproduzenten	+ 12,6	+ 5,7	- 0,6	+ 6,3	+ 5,1	+ 15,1	- 16,6	+ 9,7	+ 14,0	- 24,4
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 20,0	+ 36,3	+ 34,0	+ 44,3	+ 43,0	- 1,6	+ 1,0	+ 5,4	- 17,7	+ 5,2
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 18,7	+ 4,5	- 1,0	+ 0,6	+ 15,8	+ 6,3	+ 48,2	+ 2,7	- 16,3	- 35,7
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,2	...	- 8,3	+ 10,2	- 6,8	...
Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden
Verarbeitendes Gewerbe
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 12,8	+ 11,1	+ 2,5	...	- 7,9	+ 7,8	- 16,6	...
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,8	+ 0,6	+ 2,5	...	- 17,0	+ 16,6	+ 12,0	...
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 6,3	+ 10,0	+ 1,3	..	+ 0,5	+ 22,4	- 16,7	...
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 9,3	+ 9,6	+ 5,9	...	+ 0,4	+ 7,1	- 5,5	...
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 9,5	+ 22,3	+ 0,2	...	+ 2,0	+ 11,8	- 12,7	...

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert Januar 1996 vorläufiges Ergebnis. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1 - 3) Ohne Umsatzsteuer. - 4) Vorläufige Ergebnisse. - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 6) Vorläufiges Ergebnis

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					1996
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 454	1 519	1 525	1 554	1 551	1 536	1 521	1 492	...
dar.: Angestellte	1 000	228	240	247	248	249	248	248	246	...
Arbeiter	1 000	1 169	1 219	1 216	1 244	1 240	1 227	1 212	1 185	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 827,9	1 950,4	1 870,8	169,8	172,8	171,9	171,5	107,5	...
im Hochbau	Mill. Std	1 236,4	1 350,5	1 309,7	116,6	119,0	118,2	118,1	75,7	...
dar.: Wohnungsbau	1 000 Std	659 051	779 577	768 520	67 414	70 555	69 923	68 918	42 971	...
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	429 812	428 892	401 983	36 410	35 660	35 225	35 641	24 170	...
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	135 200	130 504	126 331	11 494	11 455	11 622	12 275	7 811	...
im Tiefbau	1 000 Std	591 519	599 919	561 150	53 190	53 772	53 750	53 436	31 873	...
Straßenbau	1 000 Std	165 497	171 335	155 085	15 174	15 786	15 933	15 348	8 134	...
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	167 446	176 265	172 278	16 281	15 803	15 508	15 693	10 088	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	258 576	252 319	233 787	21 735	22 183	22 309	22 395	13 651	...
Bruttolohnsumme	Mill. DM	51 622	55 572	55 596	5 063	4 585	4 819	6 550	4 123	...
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	14 310	15 536	16 233	1 322	1 299	1 296	1 910	1 422	...
Index des Auftragseingangs ³⁾	1991 = 100	120,6	131,8	127,6	130,6	146,8	126,1 r	119,5	113,4	...
Index des Auftragsbestands	1991 = 100	122,8	135,1	132,7	.	134,2	.	.	122,8	...
Produktionsindex ¹⁾	1991 = 100	114,3	126,0	120,5	125,9	134,0	143,1	132,5	89,3	78,8
Gesamtumsatz	Mill. DM	223 939	250 010	250 489	22 281	22 954	23 106	24 874	26 465	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	219 593	245 787	246 425	21 902	22 585	22 724	24 457	26 100	...
Früheres Bundesgebiet										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte ²⁾	1 000	1 080	1 088	1 066	1 084	1 081	1 072	1 063	1 044	...
dar.: Angestellte ²⁾	1 000	177	181	183	183	184	184	184	183	...
Arbeiter ²⁾	1 000	852	855	830	848	845	836	826	809	...
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mill. Std	1 328,7	1 360,2	1 278,1	111,7	118,0	119,9	118,9	73,3	...
im Hochbau ²⁾	Mill. Std	912,9	952,7	900,7	77,0	81,7	82,8	80,9	51,4	...
dar.: Wohnungsbau	1 000 Std	534 493	589 202	554 046	46 248	50 379	50 939	49 371	30 638	...
Gewerblicher Hochbau ²⁾	1 000 Std	278 038	270 185	255 733	22 551	22 857	22 976	22 716	15 282	...
Öffentlicher Hochbau ²⁾	1 000 Std	92 267	85 830	82 423	7 363	7 606	7 917	7 947	5 056	...
im Tiefbau ²⁾	1 000 Std	415 805	407 511	377 442	34 702	36 285	37 095	35 975	21 854	...
Straßenbau ²⁾	1 000 Std	125 532	123 958	112 180	10 578	11 360	11 711	11 031	6 072	...
Gewerblicher Tiefbau ²⁾	1 000 Std	112 169	111 350	107 721	9 943	9 957	9 889	9 873	6 470	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau ²⁾	1 000 Std	178 104	172 203	157 541	14 181	14 968	15 495	15 071	9 312	...
Bruttolohnsumme ²⁾	Mill. DM	40 905	42 726	41 501	3 769	3 383	3 568	5 242	3 052	...
Bruttogehaltsumme ²⁾	Mill. DM	11 647	12 229	12 508	1 014	991	989	1 555	1 097	...
Index des Auftragseingangs ³⁾	1991 = 100	108,4	113,3	106,8	108,7	123,5	104,5 r	99,8 r	98,4	...
Index des Auftragsbestands	1991 = 100	111,3	116,7	111,0	.	113,2	.	.	103,3	...
Produktionsindex ¹⁾	1991 = 100	104,0	108,9	101,9	103,0	113,7	122,7	111,1	74,7	66,3
Gesamtumsatz ²⁾	Mill. DM	175 771	186 318	182 645	16 064	16 534	16 916	18 044	19 297	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz ²⁾	Mill. DM	172 679	183 189	179 606	15 771	16 252	16 619	17 723	19 013	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	374	431	459	470	470	464	458	448	...
dar.: Angestellte	1 000	51	59	64	65	65	64	64	63	...
Arbeiter	1 000	316	364	386	396	395	390	385	376	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	499,2	590,2	592,7	58,1	54,8	52,0	54,6	34,2	...
im Hochbau	Mill. Std	323,5	397,8	409,0	39,6	37,3	35,4	37,2	24,2	...
dar.: Wohnungsbau	1 000 Std	124 558	190 375	214 474	21 166	20 176	18 984	19 547	12 333	...
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	151 774	158 707	146 250	13 859	12 803	12 249	12 925	8 888	...
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	42 933	44 674	43 908	4 131	3 849	3 705	4 328	2 755	...
im Tiefbau	1 000 Std	175 714	192 408	183 708	18 488	17 487	16 655	17 461	10 019	...
Straßenbau	1 000 Std	39 965	47 377	42 905	4 596	4 426	4 222	4 317	2 062	...
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	55 277	64 915	64 557	6 338	5 846	5 619	5 820	3 618	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	80 472	80 116	76 246	7 554	7 215	6 814	7 324	4 339	...
Bruttolohnsumme	Mill. DM	10 716	13 146	14 095	1 293	1 202	1 251	1 308	1 071	...
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	2 663	3 306	3 725	308	308	308	355	325	...
Index des Auftragseingangs ³⁾	1991 = 100	191,9	240,6	249,5	259,6	283,7	252,8	234,9	201,7	...
Index des Auftragsbestands	1991 = 100	221,9	291,9	318,2	.	314,2	.	.	290,2	...
Produktionsindex ¹⁾	1991 = 100	157,2	199,1	201,8	227,2	224,0	240,4	227,1	151,3	130,6
Gesamtumsatz	Mill. DM	48 167	63 692	67 844	6 217	6 420	6 190	6 830	7 168	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	46 914	62 599	66 819	6 131	6 332	6 105	6 734	7 087	...
Früheres Bundesgebiet										
Handwerk⁴⁾										
Beschäftigte	1 000	3 864,6	3 835,0	3 853,6 p
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	504 049	518 334	131 695 p

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. Januar 1996 vorläufiges Ergebnis. - 2) Ab 1988 sind die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 berücksichtigt. - 3) 1994 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen. - 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Okt 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
	1993	1994	Okt. 94	Nov. 94	Dez. 94	Jan 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	+ 4,5	+ 0,4	- 1,4	- 2,0	- 2,6	...	- 1,0	- 1,0	- 1,9	...
dar.: Angestellte	+ 5,3	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,9	...	- 0,4	- 0,0	- 0,7	...
Arbeiter	+ 4,3	- 0,3	- 2,2	- 2,9	- 3,6	...	- 1,1	- 1,2	- 2,2	...
Geleistete Arbeitsstunden	+ 6,7	- 4,1	- 1,5	- 3,7	- 21,1	...	- 0,5	- 0,2	- 37,3	...
im Hochbau	+ 9,2	- 3,0	- 1,3	- 3,9	- 20,1	...	- 0,7	- 0,1	- 35,9	...
dar.: Wohnungsbau	+ 18,3	- 1,4	- 1,3	- 4,7	- 21,9	...	- 0,9	- 1,4	- 37,6	...
Gewerblicher Hochbau	- 0,2	- 6,3	- 3,8	- 5,1	- 19,0	...	- 1,2	+ 1,2	- 32,2	...
Öffentlicher Hochbau	- 3,5	- 3,2	+ 3,3	+ 3,3	- 13,2	...	+ 1,5	+ 5,6	- 36,4	...
im Tiefbau	+ 1,4	- 6,5	- 2,0	- 3,1	- 23,5	...	- 0,0	- 0,6	- 40,4	...
Straßenbau	+ 3,5	- 9,5	- 3,5	- 5,3	- 31,0	...	+ 0,9	- 3,7	- 47,0	...
Gewerblicher Tiefbau	+ 5,3	- 2,3	+ 0,2	- 1,6	- 20,1	...	- 1,9	+ 1,2	- 35,7	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 2,4	- 7,3	- 2,3	- 2,6	- 20,8	...	+ 0,6	+ 0,4	- 39,0	...
Bruttolohnsumme	+ 8,2	- 0,5	+ 2,1	- 5,0	- 11,9	...	+ 5,1	+ 35,9	- 37,1	...
Bruttogehaltsumme	+ 8,6	+ 4,5	+ 3,0	+ 1,4	- 1,0	...	- 0,2	+ 47,4	- 25,6	...
Index des Auftragsingangs ³⁾	+ 9,3	- 3,2	- 3,0r	- 5,1	- 16,4	...	- 14,1r	- 5,2r	- 5,1	...
Index des Auftragsbestands	+ 10,0	- 1,8	.	.	- 5,3 ^{a)}	- 8,5 b)	.
Produktionsindex ¹⁾	+ 10,2	- 4,4	- 2,7	- 4,7	- 15,0	- 3,9	+ 6,8	- 7,4	- 32,6	- 11,8
Gesamtumsatz	+ 11,6	+ 0,2	- 1,6	- 2,6	- 8,4	...	+ 0,7	+ 7,7	+ 6,4	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz	+ 11,9	+ 0,3	- 1,6	- 2,7	- 8,3	...	+ 0,6	+ 7,6	+ 6,7	...
Früheres Bundesgebiet										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte ²⁾	+ 0,7	- 2,1	- 3,4	- 3,8	- 4,2	...	- 0,8	- 0,9	- 1,7	...
dar.: Angestellte ²⁾	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	...	- 0,2	+ 0,1	- 0,5	...
Arbeiter ²⁾	+ 0,3	- 2,9	- 4,5	- 4,9	- 5,5	...	- 1,0	- 1,2	- 2,1	...
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	+ 2,4	- 6,0	- 2,5	- 5,1	- 21,9	...	+ 1,6	- 2,5	- 37,3	...
im Hochbau ²⁾	+ 4,4	- 5,5	- 2,9	- 5,9	- 21,8	...	+ 1,3	- 2,3	- 36,4	...
dar.: Wohnungsbau ²⁾	+ 10,2	- 6,0	- 4,6	- 7,9	- 25,0	...	+ 1,1	- 3,1	- 37,9	...
Gewerblicher Hochbau ²⁾	- 2,8	- 5,3	- 2,8	- 4,7	- 17,8	...	+ 0,5	- 1,1	- 32,7	...
Öffentlicher Hochbau ²⁾	- 7,0	- 4,0	+ 4,9	+ 1,9	- 13,4	...	+ 4,1	+ 0,4	- 36,4	...
im Tiefbau ²⁾	- 2,0	- 7,4	- 1,6	- 3,2	- 22,2	...	+ 2,2	- 3,0	- 39,3	...
Straßenbau ²⁾	- 1,3	- 9,5	- 2,7	- 3,8	- 27,6	...	+ 3,1	- 5,8	- 45,0	...
Gewerblicher Tiefbau ²⁾	- 0,7	- 3,3	+ 1,0	- 0,2	- 18,6	...	- 0,7	- 0,2	- 34,5	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau ²⁾	- 3,3	- 8,5	- 2,3	- 4,7	- 20,8	...	+ 3,5	- 2,7	- 38,2	...
Bruttolohnsumme ²⁾	+ 4,5	- 2,9	+ 0,4	- 6,3	- 13,4	...	+ 5,5	+ 46,9	- 41,8	...
Bruttogehaltsumme ²⁾	+ 5,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,5	- 2,8	...	- 0,2	+ 57,3	- 29,4	...
Index des Auftragsingangs ³⁾	+ 4,5	- 5,7	- 3,9r	- 2,9r	- 14,3	...	- 15,4r	- 4,5r	- 1,4	...
Index des Auftragsbestands	+ 4,9	- 4,9	.	.	- 5,1 ^{a)}	- 8,7 b)	.
Produktionsindex ¹⁾	+ 4,7	- 6,4	- 3,9	- 6,2	- 16,3	- 1,8	+ 7,9	- 9,5	- 32,8	- 11,2
Gesamtumsatz ²⁾	+ 6,0	- 2,0	- 2,5	- 3,5	- 8,8	...	+ 2,3	+ 6,7	+ 6,9	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz ²⁾	+ 6,1	- 2,0	- 2,7	- 3,8	- 8,8	...	+ 2,3	+ 6,6	+ 7,3	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	+ 15,2	+ 6,5	+ 3,4	+ 2,3	+ 1,4	...	- 1,3	- 1,2	- 2,2	...
dar.: Angestellte	+ 15,0	+ 9,0	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,4	...	- 1,2	- 0,3	- 1,1	...
Arbeiter	+ 15,1	+ 5,9	+ 2,9	+ 1,8	+ 0,8	...	- 1,2	- 1,3	- 2,4	...
Geleistete Arbeitsstunden	+ 18,2	+ 0,4	+ 0,7	- 0,5	- 19,4	...	- 5,0	+ 5,0	- 37,3	...
im Hochbau	+ 23,0	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,7	- 16,2	...	- 5,1	+ 5,1	- 34,9	...
dar.: Wohnungsbau	+ 52,8	+ 12,7	+ 8,5	+ 4,7	- 13,1	...	- 5,9	+ 3,0	- 36,9	...
Gewerblicher Hochbau	+ 4,6	- 7,8	- 5,7	- 5,8	- 21,1	...	- 4,3	+ 5,5	- 31,2	...
Öffentlicher Hochbau	+ 4,1	- 1,7	+ 0,0	+ 5,9	- 12,7	...	- 3,7	+ 16,8	- 36,3	...
im Tiefbau	+ 9,5	- 4,5	- 2,8	- 2,9	- 26,1	...	- 4,8	+ 4,8	- 42,6	...
Straßenbau	+ 18,5	- 9,4	- 5,6	- 8,9	- 39,5	...	- 4,6	+ 2,3	- 52,2	...
Gewerblicher Tiefbau	+ 17,4	- 0,6	- 1,2	- 3,9	- 22,6	...	- 3,9	+ 3,6	- 37,8	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 0,4	- 4,8	- 2,4	+ 1,8	- 20,7	...	- 5,6	+ 7,5	- 40,8	...
Bruttolohnsumme	+ 22,7	+ 7,2	+ 7,6	+ 0,5	- 7,5	...	+ 4,1	+ 4,6	- 18,1	...
Bruttogehaltsumme	+ 24,1	+ 12,7	+ 7,4	+ 5,4	+ 5,5	...	- 0,2	+ 15,5	- 8,6	...
Index des Auftragsingangs ³⁾	+ 25,4	+ 3,7	- 0,9	- 10,3	- 21,8	...	- 10,9	- 7,1	- 14,1	...
Index des Auftragsbestands	+ 31,5	+ 9,0	.	.	- 5,7 ^{a)}	- 7,6 b)	.
Produktionsindex ¹⁾	+ 26,7	+ 1,4	+ 0,6	- 0,5	- 13,0	- 7,4	+ 7,3	- 5,5	- 33,4	- 13,7
Gesamtumsatz	+ 32,2	+ 6,5	+ 1,1	+ 0,0	- 7,3	...	- 3,6	+ 10,3	+ 5,0	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz	+ 33,4	+ 6,7	+ 1,3	+ 0,0	- 7,1	...	- 3,6	+ 10,3	+ 5,2	...
Früheres Bundesgebiet										
Handwerk⁴⁾										
Beschäftigte	- 0,8
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 2,8

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert 1991 = 100, Januar 1996 vorläufiges Ergebnis - 2) Ab 1988 sind die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 berücksichtigt. - 3) 1994 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen - 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen

a) 4. Vj 1995 gegenüber 4. Vj 1994. - b) 4. Vj 1995 gegenüber 3. Vj 1995

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					1996
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Bautätigkeit und Wohnungen¹⁾										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	208 065	242 815	...	18 337	16 022	16 257	14 368
Rauminhalt	1 000 m ³	266 777	313 709	...	23 040	20 342	20 662	19 634
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	108 589	133 753	...	10 231	9 152	9 195	8 814
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	42 262	41 091	...	3 740	3 419	3 479	3 471
Rauminhalt	1 000 m ³	247 314	243 288	...	22 201	17 523	19 839	16 618
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	67 179	69 571	...	6 297	4 473	5 116	4 366
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	606 612	712 798	..	53 750	48 635	49 004	48 523
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	205 642	262 343	...	10 697	11 320	15 573	13 964
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	220 383	225 569	..	7 029	11 203	12 775	11 891
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	455 451	573 859	...	24 204	26 594	36 214	32 871
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	175 878	197 424	...	13 130	11 172	11 532	9 915
Rauminhalt	1 000 m ³	232 374	262 947	...	16 952	15 055	15 543	14 098
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	94 517	111 050	...	7 417	6 751	6 860	6 310
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	32 129	32 556	...	2 990	2 620	2 738	2 631
Rauminhalt	1 000 m ³	165 674	161 884	...	13 879	12 487	13 935	10 684
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	45 746	46 347	...	3 919	3 210	3 523	2 901
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	524 083	586 538	..	37 681	34 621	35 515	33 548
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	195 070	232 762	...	9 144	9 291	12 670	11 680
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	174 615	158 436	..	4 944	6 322	7 827	8 909
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	431 853	505 198	..	20 622	21 424	28 749	27 044
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	32 187	45 391	..	5 207	4 850	4 725	4 453
Rauminhalt	1 000 m ³	34 404	50 762	...	6 088	5 287	5 119	5 536
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	14 072	22 703	...	2 814	2 401	2 335	2 504
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	10 133	8 535	...	750	799	741	840
Rauminhalt	1 000 m ³	81 640	81 404	...	8 322	5 036	5 904	5 934
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	21 433	23 224	..	2 378	1 263	1 593	1 465
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	82 529	126 260	...	16 069	14 014	13 489	14 975
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	10 572	29 581	...	1 553	2 029	2 903	2 284
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	45 768	67 133	...	2 085	4 881	4 948	2 982
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	23 598	68 661	..	3 582	5 170	7 465	5 827
Binnenhandel²⁾, Gastgewerbe²⁾, Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) ^{3) 4)}	1991 = 100	95,2	97,1	99,5	99,5	103,2	104,8	107,4	94,9	88,1
Einzelhandel (Umsatzwerte) ⁴⁾	1991 = 100	99,5	99,7	98,7	92,8	98,0	96,0	107,0	123,5	89,2
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte ⁵⁾	1 000	72 535	72 443	..	6 896	8 179	7 429	5 375
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	12 551	12 589	...	1 359	1 383	1 200	848
Übernachtungen ⁵⁾	1 000	259 312	255 331	...	28 955	27 720	24 549	15 463
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	29 224	28 886	..	3 242	2 964	2 724	1 902
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte ⁵⁾	1 000	9 849	11 692	...	1 327	1 499	1 283	954
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	658	775	..	107	108	93	61
Übernachtungen ⁵⁾	1 000	29 679	35 758	..	4 456	4 340	3 766	2 653
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	1 845	2 295	..	315	306	269	194

1) 1994 vorläufiges Ergebnis. - 2) Vorläufiges Ergebnis - 3) Ohne Umsatzsteuer - 4) In jeweiligen Preisen. - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Okt. 94	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95
Bautätigkeit und Wohnungen 1)										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 16,7	...	- 20,0	- 16,9	+ 1,5	- 11,6
Rauminhalt	+ 17,6	...	- 24,6	- 16,8	+ 1,6	- 5,0
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 23,2	...	- 22,0	- 14,0	+ 0,5	- 4,1
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 2,8	...	- 6,0	+ 3,9	+ 1,8	- 0,2
Rauminhalt	- 1,6	...	- 11,3	- 24,1	+ 13,2	- 16,2
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 3,6	...	- 25,6	- 39,8	+ 14,4	- 14,7
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 17,5	...	- 24,2	- 15,2	+ 0,8	- 1,0
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 27,6	...	+ 6,2	+ 9,8	+ 37,6	- 10,3
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 2,4	...	- 7,3	+ 14,0	+ 14,0	- 6,9
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 26,0	...	+ 10,0	+ 13,6	+ 36,2	- 9,2
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 12,3	...	- 27,5	- 24,7	+ 3,2	- 14,0
Rauminhalt	+ 13,2	...	- 30,3	- 25,1	+ 3,2	- 9,3
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 17,5	...	- 28,0	- 22,2	+ 1,6	- 8,0
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 1,3	...	- 3,9	+ 0,3	+ 4,5	- 3,9
Rauminhalt	- 2,3	...	+ 3,8	- 34,1	+ 11,6	- 23,3
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 1,3	...	- 13,5	- 47,5	+ 9,8	- 17,7
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 11,9	...	- 30,6	- 24,7	+ 2,6	- 5,5
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 19,3	...	+ 1,1	+ 4,5	+ 36,4	- 7,8
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 9,3	...	- 5,5	+ 20,0	+ 23,8	+ 13,8
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 17,0	...	+ 2,1	+ 6,9	+ 34,2	- 5,9
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 41,0	...	+ 6,7	+ 8,0	- 2,6	- 5,8
Rauminhalt	+ 47,5	...	+ 0,2	+ 15,9	- 3,2	+ 8,1
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 61,3	...	+ 3,7	+ 16,9	- 2,8	+ 7,2
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 15,8	...	- 13,3	+ 17,0	- 7,3	+ 13,4
Rauminhalt	- 0,3	...	- 33,9	+ 4,3	+ 17,2	+ 0,5
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 8,4	...	- 43,3	- 15,1	+ 26,1	- 8,0
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 53,0	...	+ 0,6	+ 18,3	- 3,7	+ 11,0
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 179,8	...	+ 36,1	+ 48,0	+ 43,1	- 21,3
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 46,7	...	- 10,1	- 0,9	+ 1,4	- 39,7
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 191,0	...	+ 56,6	+ 60,8	+ 44,4	- 21,9
Binnenhandel 2), Gastgewerbe 2), Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) 3) 4)	+ 2,0	+ 2,5	+ 4,0	+ 3,0	- 6,0	± 0,0	+ 1,6	+ 2,5	- 11,6	- 7,2
Einzelhandel (Umsatzwerte) 4)	+ 0,2	- 1,0	- 4,0	+ 2,0	- 2,0	± 0,0	- 2,0	+ 11,5	+ 15,4	- 27,8
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte 5)	- 0,1	...	+ 0,5	+ 4,1	- 9,2	- 27,6
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 0,3	...	+ 2,4	+ 5,1	- 13,2	- 29,4
Übernachtungen 5)	- 1,5	...	+ 1,7	+ 2,1	- 11,4	- 37,0
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	- 1,2	...	+ 3,0	+ 4,1	- 8,1	- 30,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte 5)	+ 18,9	...	+ 12,3	+ 12,6	- 14,4	- 25,6
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 17,9	...	+ 23,3	+ 11,3	- 14,1	- 34,4
Übernachtungen 4)	+ 20,7	...	+ 13,2	+ 12,1	- 13,2	- 29,6
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 24,5	...	+ 18,3	+ 5,9	- 12,1	- 27,7

1) 1994 vorläufiges Ergebnis - 2) Vorläufiges Ergebnis - 3) Ohne Umsatzsteuer - 4) In jeweiligen Preisen. - 5) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1992	1993	1994 ¹⁾	1995 ¹⁾					
					Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Außenhandel										
Deutschland										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	637 546	566 495	611 138	53 742	54 475	51 444	48 132	53 892	56 059
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	69 631	59 265	63 321	5 657	5 691	5 329	5 108	5 377	5 904
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	559 232	482 008	522 797	45 893	47 149	44 309	41 009	46 416	48 400
Rohstoffe	Mill. DM	35 381	31 327	32 892	2 812	2 580	2 505	2 595	2 585	2 625
Halbwaren	Mill. DM	59 487	52 009	55 508	5 374	5 213	4 890	4 585	4 983	5 081
Fertigwaren	Mill. DM	464 364	398 671	434 397	37 707	39 356	36 914	33 829	38 848	40 694
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	380 319	317 515	338 722	29 563	30 521	28 333	25 078	29 256	30 434
EFTA-Länder	Mill. DM	34 830	33 621	37 179	3 520	3 369	3 213	2 806	3 288	3 589
NAFTA-Länder	Mill. DM	47 527	45 137	49 656	4 481	4 124	3 847	3 958	4 148	4 589
ASEAN-Länder	Mill. DM	13 474	14 574	16 617	1 307	1 409	1 154	1 353	1 474	1 440
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	671 203	628 387	685 267	62 345	63 470	57 632	55 702	62 024	64 571
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	36 972	34 699	36 498	2 839	3 163	3 005	2 956	3 503	3 348
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	631 626	577 235	636 425	58 521	59 607	53 440	51 330	57 312	60 306
Rohstoffe	Mill. DM	7 142	5 853	6 805	600	646	575	515	696	629
Halbwaren	Mill. DM	33 686	31 335	34 532	3 111	3 029	2 851	2 747	3 169	3 305
Fertigwaren	Mill. DM	590 798	540 047	595 088	54 810	55 932	50 014	48 068	53 448	56 373
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	424 905	367 818	395 458	35 192	37 556	32 193	30 612	36 897	37 069
EFTA-Länder	Mill. DM	41 538	39 182	43 263	4 044	3 823	3 693	3 605	3 972	3 918
NAFTA-Länder	Mill. DM	51 261	55 012	63 050	5 635	5 147	4 928	4 585	4 958	5 369
ASEAN-Länder	Mill. DM	12 234	13 792	17 436	1 745	1 705	1 692	1 746	1 685	1 874
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+ 33 656	+ 61 891	+ 74 129	+ 8 603	+ 8 994	+ 6 188	+ 7 571	+ 8 132	+ 8 512
Früheres Bundesgebiet										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	627 950	557 781	600 966	52 723	53 408	50 375	47 170	52 664	54 875
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	68 866	58 678	62 585	5 528	5 586	5 200	5 038	5 218	5 799
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	550 402	473 886	513 364	45 004	46 187	43 371	40 118	45 348	47 321
Rohstoffe	Mill. DM	33 422	29 936	31 606	2 648	2 450	2 369	2 442	2 437	2 451
Halbwaren	Mill. DM	57 262	50 076	53 496	5 244	5 014	4 692	4 367	4 784	4 873
Fertigwaren	Mill. DM	459 718	393 873	428 262	37 112	38 722	36 310	33 309	38 126	39 997
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	376 899	313 909	334 043	29 069	30 003	27 857	24 747	28 680	29 941
EFTA-Länder	Mill. DM	34 371	33 164	36 704	3 475	3 336	3 168	2 766	3 244	3 556
NAFTA-Länder	Mill. DM	47 134	44 952	49 390	4 448	4 083	3 791	3 898	4 065	4 507
ASEAN-Länder	Mill. DM	13 419	14 520	16 537	1 302	1 397	1 147	1 344	1 460	1 427
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	657 410	616 441	673 121	61 216	62 242	56 521	54 564	60 596	63 328
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	35 772	33 892	35 623	2 784	3 096	2 912	2 870	3 360	3 261
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	619 034	566 103	625 159	57 448	58 447	52 423	50 278	56 030	59 152
Rohstoffe	Mill. DM	6 938	5 730	6 675	580	624	550	507	677	615
Halbwaren	Mill. DM	32 490	30 575	33 912	3 052	2 961	2 783	2 676	3 081	3 224
Fertigwaren	Mill. DM	579 606	529 798	584 572	53 817	54 863	49 090	47 096	52 272	55 313
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	420 972	365 167	391 691	34 788	37 101	31 829	30 270	36 315	36 690
EFTA-Länder	Mill. DM	41 232	38 630	42 701	3 997	3 781	3 658	3 552	3 919	3 859
NAFTA-Länder	Mill. DM	51 048	54 718	62 578	5 583	5 085	4 882	4 518	4 898	5 302
ASEAN-Länder	Mill. DM	12 126	13 541	17 088	1 725	1 689	1 687	1 715	1 661	1 838
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+ 29 459	+ 58 659	+ 72 155	+ 8 493	+ 8 833	+ 6 146	+ 7 393	+ 7 933	+ 8 453
Index der tatsächlichen Werte										
Einfuhr	1980 = 100	183,9	157,1	176,0	185,3	187,7	177,1	165,8	185,1	192,9
Ausfuhr	1980 = 100	187,7	169,0	192,1	209,7	213,2	193,6	186,9	207,6	216,9
Index des Volumens										
Einfuhr	1980 = 100	180,6	163,2	179,2	186,7	183,8	178,0	166,8	182,2	189,8
Ausfuhr	1980 = 100	160,2	151,3	173,6	186,6	190,5	169,4	164,8	186,0	190,6
Index der Durchschnittswerte										
Einfuhr	1980 = 100	101,9	96,3	98,2	99,2	102,1	99,5	99,4	101,6	101,6
Ausfuhr	1980 = 100	117,1	111,7	110,7	112,3	111,9	114,3	113,4	111,6	113,8
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	1980 = 100	114,9	116,0	112,7	113,2	109,6	114,9	114,1	109,8	112,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	9 596	8 714	10 172	1 019	1 067	1 069	961	1 228	1 184
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	765	587	735	129	105	128	70	159	105
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	8 831	8 122	9 432	889	962	939	890	1 068	1 079
Rohstoffe	Mill. DM	1 959	1 391	1 286	164	130	136	152	148	174
Halbwaren	Mill. DM	2 226	1 933	2 012	130	199	198	218	199	208
Fertigwaren	Mill. DM	4 646	4 798	6 135	595	634	604	520	722	697
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	3 420	3 606	4 678	493	518	477	331	576	493
EFTA-Länder	Mill. DM	459	457	475	45	33	45	40	44	33
NAFTA-Länder	Mill. DM	393	185	266	33	41	56	61	83	82
ASEAN-Länder	Mill. DM	54	55	80	5	12	7	9	14	14
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	13 793	11 946	12 147	1 128	1 228	1 111	1 139	1 428	1 243
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	1 200	807	875	56	67	94	86	143	87
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	12 592	11 132	11 266	1 072	1 160	1 017	1 051	1 282	1 154
Rohstoffe	Mill. DM	203	122	130	20	22	25	8	19	14
Halbwaren	Mill. DM	1 197	760	620	59	68	68	71	88	81
Fertigwaren	Mill. DM	11 192	10 250	10 517	993	1 070	924	972	1 175	1 060
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	3 933	2 651	3 768	404	456	364	342	582	380
EFTA-Länder	Mill. DM	306	551	562	47	43	35	53	53	60
NAFTA-Länder	Mill. DM	213	294	472	52	63	47	67	60	67
ASEAN-Länder	Mill. DM	108	251	348	20	17	15	32	24	36
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+ 4 197	+ 3 232	+ 1 974	+ 110	+ 161	+ 42	+ 177	+ 200	+ 59

1) Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1993	1994	Juli 95	Aug 95	Sept. 95	Okt. 95	Juli 95	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1992	1993	Juli 94	Aug. 94	Sept. 94	Okt. 94	Juni 95	Juli 95	Aug. 95	Sept. 95
Außenhandel										
Deutschland										
Einfuhr (Spezialhandel)	- 11,1	+ 7,9	- 3,9	+ 3,0	+ 5,8	+ 4,9	- 5,6	- 6,4	+ 12,0	+ 4,0
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 14,9	+ 6,8	+ 8,1	- 2,3	+ 1,7	+ 10,1	- 6,4	- 4,1	+ 5,3	+ 9,8
Gewerbliche Wirtschaft	- 13,8	+ 8,5	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,1	+ 6,6	- 6,0	- 7,4	+ 13,2	+ 4,3
Rohstoffe	- 11,5	+ 5,0	- 14,9	- 3,5	- 2,2	- 3,0	- 2,9	+ 3,6	- 0,4	+ 1,5
Halbwaren	- 12,6	+ 6,7	+ 1,1	+ 8,3	+ 11,1	+ 4,7	- 6,2	- 6,2	+ 8,7	+ 2,0
Fertigwaren	- 14,1	+ 9,0	+ 5,3	+ 2,3	+ 2,5	+ 7,5	- 6,2	- 8,4	+ 14,8	+ 4,8
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	- 16,5	+ 6,7	+ 3,4	+ 3,9	+ 4,4	- 0,4	- 7,2	- 11,5	+ 16,7	+ 4,0
EFTA-Länder	- 3,5	+ 10,6	+ 1,9	+ 6,9	+ 0,4	+ 11,5	- 4,6	- 12,7	+ 17,2	+ 9,1
NAFTA-Länder	- 5,0	+ 10,0	- 2,9	+ 4,3	+ 11,5	+ 4,9	- 6,7	+ 2,9	+ 4,8	+ 10,6
ASEAN-Länder	+ 8,2	+ 14,0	- 8,9	- 0,8	+ 10,4	+ 0,7	- 18,1	+ 17,2	- 8,9	- 2,3
Ausfuhr (Spezialhandel)	- 6,4	+ 9,1	+ 8,7	+ 3,7	+ 10,0	+ 6,8	- 9,2	- 3,3	+ 11,3	+ 4,1
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 6,1	+ 5,2	+ 3,9	- 1,0	+ 11,2	+ 0,4	- 5,0	- 1,6	+ 18,5	- 4,4
Gewerbliche Wirtschaft	- 8,6	+ 10,3	+ 8,1	+ 1,5	+ 8,1	+ 8,7	- 10,3	- 3,9	+ 11,7	+ 5,2
Rohstoffe	- 18,1	+ 16,3	+ 6,5	- 1,6	+ 23,9	- 6,1	- 11,0	- 10,4	+ 35,0	- 9,6
Halbwaren	- 7,0	+ 10,2	+ 13,8	- 11,5	+ 10,2	+ 11,1	- 5,9	- 3,7	+ 15,4	+ 4,3
Fertigwaren	- 8,6	+ 10,2	+ 7,8	+ 2,4	+ 7,8	+ 8,8	- 10,6	- 3,9	+ 11,2	+ 5,5
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	- 13,4	+ 7,5	+ 5,8	+ 5,8	+ 12,2	+ 2,1	- 14,3	- 4,9	+ 20,5	+ 0,5
EFTA-Länder	- 5,7	+ 10,4	+ 13,5	- 6,8	+ 10,4	- 3,6	- 3,4	- 2,4	+ 10,2	- 1,3
NAFTA-Länder	+ 7,3	+ 14,6	+ 0,6	- 10,0	- 4,1	+ 1,2	- 4,3	- 7,0	+ 8,1	+ 8,3
ASEAN-Länder	+ 12,7	+ 26,4	+ 12,5	+ 9,2	+ 12,4	+ 48,3	- 0,8	+ 3,2	- 3,5	+ 11,2
Früheres Bundesgebiet										
Einfuhr (Spezialhandel)	- 11,2	+ 7,7	+ 3,5	+ 2,6	+ 5,2	+ 4,3	- 5,7	- 6,4	+ 11,6	+ 4,2
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 14,8	+ 6,7	+ 6,6	- 2,6	+ 0,1	+ 9,3	- 6,9	- 3,1	+ 3,6	+ 11,1
Gewerbliche Wirtschaft	- 13,9	+ 8,3	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,6	+ 6,0	- 6,1	- 7,5	+ 13,0	+ 4,4
Rohstoffe	- 10,4	+ 5,6	+ 16,4	- 5,2	- 4,4	- 5,1	- 3,3	+ 3,1	- 0,2	+ 0,6
Halbwaren	- 12,5	+ 6,8	+ 0,6	+ 8,2	+ 11,2	+ 3,1	- 6,4	- 8,9	+ 9,6	+ 1,8
Fertigwaren	- 14,3	+ 8,7	+ 5,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 7,2	- 6,2	- 8,3	+ 14,5	+ 4,9
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	- 16,7	+ 6,4	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,8	- 0,7	- 7,2	- 11,2	+ 15,9	+ 4,4
EFTA-Länder	- 3,5	+ 10,7	+ 1,5	+ 7,2	+ 0,6	+ 12,0	- 5,1	- 12,7	+ 17,3	+ 9,6
NAFTA-Länder	- 4,6	+ 9,9	- 3,9	+ 3,3	+ 10,0	+ 3,6	- 7,1	+ 2,8	+ 4,3	+ 10,9
ASEAN-Länder	+ 8,2	+ 13,9	- 8,9	- 1,1	+ 9,8	+ 0,1	- 17,9	+ 17,2	+ 8,6	- 2,3
Ausfuhr (Spezialhandel)	- 6,2	+ 9,2	+ 8,8	+ 3,5	+ 9,4	+ 6,7	- 9,2	- 3,5	+ 11,1	+ 4,5
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 5,3	+ 5,1	+ 2,8	- 2,0	+ 9,5	+ 1,0	- 6,0	- 1,4	+ 17,1	- 3,0
Gewerbliche Wirtschaft	- 8,6	+ 10,4	+ 8,2	+ 1,4	+ 7,5	+ 8,6	- 10,3	- 4,1	+ 11,4	+ 5,6
Rohstoffe	- 17,4	+ 16,5	+ 3,4	- 0,9	+ 23,1	- 6,4	- 11,9	- 7,8	+ 33,5	- 9,1
Halbwaren	- 5,9	+ 10,9	+ 13,5	- 12,6	+ 9,0	+ 10,4	- 6,0	- 3,8	+ 15,1	+ 4,6
Fertigwaren	- 8,6	+ 10,3	+ 8,0	+ 2,3	+ 7,2	+ 8,7	- 10,5	- 4,1	+ 11,0	+ 5,8
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	- 13,3	+ 7,3	+ 5,6	+ 5,6	+ 11,6	+ 2,2	- 14,3	- 4,9	+ 20,0	+ 1,0
EFTA-Länder	- 6,3	+ 10,5	+ 13,4	- 7,3	+ 10,2	- 3,8	- 3,4	- 2,9	+ 10,3	- 1,5
NAFTA-Länder	+ 7,2	+ 14,4	+ 0,4	- 10,6	- 4,5	+ 1,0	- 4,3	- 7,5	+ 8,4	+ 8,2
ASEAN-Länder	+ 11,7	+ 26,2	+ 12,8	+ 7,8	+ 13,8	+ 46,7	- 0,8	+ 2,2	- 3,1	+ 10,7
Index der tatsächlichen Werte										
Einfuhr	- 14,6	+ 7,7	+ 3,4	+ 2,6	+ 5,2	+ 4,3	- 5,6	- 6,4	+ 11,6	+ 4,2
Ausfuhr	- 10,0	+ 9,1	+ 8,8	+ 3,5	+ 9,4	+ 6,6	- 9,2	- 3,5	+ 11,1	+ 4,5
Index des Volumens										
Einfuhr	- 9,6	+ 6,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 3,4	+ 0,4	- 3,2	- 6,3	+ 9,2	+ 4,2
Ausfuhr	- 5,6	+ 10,2	+ 6,7	- 0,4	+ 7,6	+ 2,8	- 11,1	- 2,7	+ 12,9	+ 2,5
Index der Durchschnittswerte										
Einfuhr	- 5,5	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,7	+ 3,9	- 2,5	- 0,1	+ 2,2	± 0,0
Ausfuhr	- 4,6	+ 0,9	+ 2,0	+ 3,9	+ 1,6	+ 3,7	+ 2,1	- 0,8	- 1,6	+ 2,0
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	+ 1,0	- 2,5	- 0,2	+ 1,4	- 0,1	- 0,2	+ 4,8	- 0,7	- 3,8	+ 2,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Einfuhr (Spezialhandel)	- 9,2	+ 16,7	+ 30,4	+ 27,0	+ 41,4	+ 40,6	+ 0,1	+ 27,0	+ 27,8	- 3,6
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 23,2	+ 25,2	+ 164,0	+ 30,6	+ 120,6	+ 81,3	+ 22,1	- 10,1	+ 127,5	- 34,2
Gewerbliche Wirtschaft	- 8,0	+ 16,1	+ 21,8	+ 26,6	+ 34,2	+ 37,6	- 2,4	- 45,6	+ 20,0	+ 1,0
Rohstoffe	- 29,0	- 7,6	+ 22,4	+ 34,9	+ 56,8	+ 41,4	+ 5,0	- 5,1	- 2,9	+ 17,4
Halbwaren	- 13,1	+ 4,0	+ 15,0	+ 11,2	+ 9,6	+ 65,4	- 0,2	+ 12,0	- 8,7	+ 4,6
Fertigwaren	+ 3,3	+ 27,9	+ 24,0	+ 31,9	+ 38,7	+ 30,2	- 4,6	+ 9,8	+ 38,7	- 3,4
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	+ 5,4	+ 29,7	+ 31,2	+ 16,6	+ 45,5	+ 20,3	- 7,9	- 30,5	+ 73,8	- 14,4
EFTA-Länder	- 0,5	+ 4,0	+ 47,5	- 10,5	- 7,5	- 23,2	+ 37,4	- 10,9	+ 8,8	- 25,2
NAFTA-Länder	- 53,1	+ 44,0	+ 274,9	+ 183,8	+ 224,2	+ 208,4	+ 34,5	+ 8,8	+ 36,9	- 0,6
ASEAN-Länder	+ 0,6	+ 46,4	- 9,4	+ 106,7	+ 141,8	+ 149,1	- 39,9	+ 19,0	+ 58,9	- 0,2
Ausfuhr (Spezialhandel)	- 13,4	+ 1,7	+ 7,5	+ 10,4	+ 45,7	+ 15,3	- 9,5	+ 2,5	+ 25,4	- 12,9
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	- 32,7	+ 8,4	+ 55,1	+ 46,5	+ 79,3	- 16,4	+ 38,8	- 7,7	+ 65,3	- 38,7
Gewerbliche Wirtschaft	- 11,6	+ 1,2	+ 4,6	+ 8,1	+ 42,5	+ 18,5	- 12,3	+ 3,3	+ 22,0	- 10,0
Rohstoffe	- 39,9	+ 6,1	+ 212,6	- 29,0	+ 61,2	+ 9,5	+ 14,1	- 66,1	+ 124,5	- 28,1
Halbwaren	- 36,5	- 18,5	+ 26,4	+ 77,1	+ 83,6	+ 46,0	- 0,2	+ 3,7	+ 24,3	- 8,2
Fertigwaren	- 8,4	+ 2,6	+ 1,5	- 5,6	+ 39,9	+ 17,0	- 13,6	+ 5,2	+ 21,0	- 9,8
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	- 32,6	+ 42,1	+ 17,2	+ 25,0	+ 65,2	- 12,7	- 20,2	- 6,1	+ 70,4	- 34,8
EFTA-Länder	+ 80,3	+ 2,0	+ 20,1	+ 38,8	+ 30,4	+ 12,7	- 19,1	+ 52,3	+ 0,4	+ 12,6
NAFTA-Länder	+ 38,0	+ 60,4	+ 29,9	+ 57,5	+ 63,6	+ 20,0	- 25,8	+ 44,8	- 11,5	+ 12,8
ASEAN-Länder	+ 131,3	+ 38,8	- 10,0	+ 240,4	- 38,1	+ 229,7	- 10,1	+ 111,8	- 24,4	+ 49,4

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					1996
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Verkehr										
Deutschland										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 569,8	1 574,4
Straßenverkehr ¹⁾	Mill.	7 918,6	7 946,8
Luftverkehr	Mill.	76,8	83,0	...	9,0	9,2	8,9
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	1 000 t	327 131	336 754	..	25 734	28 681	29 283	29 235
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1 000 t	562 484
Binnenschifffahrt	1 000 t	218 331	235 007	...	20 208	20 730	20 646p	19 904p	17 845p	...
Seeschifffahrt	1 000 t	180 571	193 320	..	17 174p	17 297p	17 821p
Luftverkehr	1 000 t	1 471	1 166	...	138	148	159
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1 000 t	83 378	87 437	81 699	7 389	6 986	7 118	6 173	6 706	...
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	3 690,1	3 711,9	3 820,1	254,9	306,9p	295,8p	288,1p	261,1p	301,8p
dar.: Personenkraftwagen	1 000	3 194,2	3 209,2	3 314,1	216,8	272,2p	267,5p	262,2p	232,9p	275,6p
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	8 436,8	8 437,3	8 337,4	705,3	667,8	688,0	658,0	555,8p	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	385 384	392 754	389 449p	37 664r	35 516r	33 934p	31 355p	26 781p	...
Getötete	Anzahl	9 949	9 814	9 485p	879r	812r	862p	762p	744p	..
Schwerverletzte	Anzahl	125 854	126 723	513 057p	12 261r	10 955r	44 958p	41 339p	36 119p	...
Leichtverletzte	Anzahl	379 737	389 692	...	37 184r	35 877r
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	1 960,0	1 878,1	1 851,0p	143,6r	156,2r	156,4p	173,4p	176,0p	...
Früheres Bundesgebiet										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 253,7
Straßenverkehr ¹⁾	Mill.
Luftverkehr	Mill.	73,4	78,9	...	8,6	8,7	8,4
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	1 000 t	260 025	270 139	...	19 983	22 193	22 469	22 160
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1 000 t	504 165
Binnenschifffahrt	1 000 t	195 380	210 599	...	17 603	18 244
Seeschifffahrt	1 000 t	162 425	172 011	...	14 832p	15 195p	15 721p
Luftverkehr	1 000 t	1 468	1 660	...	137	147	159
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1 000 t	69 414	72 190	66 892	6 002	5 731	5 681	4 976	5 543	...
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	2 940,2	2 987,6	3 105,2	204,4p	251,7p	241,6p	231,2p	203,7p	253,1p
dar.: Personenkraftwagen	1 000	2 559,2	2 594,0	2 712,2	174,6	224,7p	219,9p	212,3p	185,6p	232,6p
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	6 941,8	6 911,4	6 903,9	577,2	550,3	573,9	540,0	460,2	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	312 606	314 381	309 652p	29 215r	27 817r	26 910p	24 712p	21 376p	...
Getötete	Anzahl	6 926	6 800	6 561p	575r	571r	588p	494p	529p	...
Schwerverletzte	Anzahl	90 784	90 726	409 457p	8 654r	7 731r	35 760p	32 965p	29 228p	..
Leichtverletzte	Anzahl	320 530	324 543	...	29 832r	29 225r
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	1 522,9	1 420,7	1 388,2p	104,4r	115,3r	116,1p	127,5	133,2p	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	Mill.	316,1
Straßenverkehr ¹⁾	Mill.
Luftverkehr	Mill.	3,3	4,1	...	0,4	0,5	0,5
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	1 000 t	83 356	78 013	...	6 093	7 055	7 318	7 537
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1 000 t	82 591
Binnenschifffahrt	1 000 t	6 984	7 528	...	829	864
Seeschifffahrt	1 000 t	18 147	21 308	...	2 342p	2 102p	2 100p
Luftverkehr	1 000 t	3	5,9	...	1,0	0,8	0,7
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1 000 t	13 964	15 247	14 807	1 387	1 255	1 437	1 197	1 163	...
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	749,9	724,3	696,9	49,9p	54,6p	53,5p	56,1p	54,6p	48,0p
dar.: Personenkraftwagen	1 000	635,0	615,2	601,1	42,1p	47,5p	47,4p	49,8p	47,3p	42,9p
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1 000	1 495,0	1 525,9	1 433,6	128,2	117,5	114,1	118,0	95,6p	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	72 778	78 373	79 797p	8 449r	7 699r	7 024p	6 643p	5 405p	...
Getötete	Anzahl	3 023	3 014	2 924p	304r	241r	274p	268p	216p	..
Schwerverletzte	Anzahl	35 070	35 997	103 600p	3 607r	3 224r	9 198p	8 424p	6 891p	..
Leichtverletzte	Anzahl	59 207	65 149	...	7352r	6 652r
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	437,1	457,4	462,8p	39,2	40,8	40,2p	45,9p	42,8p	...
Geld und Kredit										
Deutschland										
Bargeldumlauf ²⁾	Mrd. DM	212,0	225,9	237,5	224,4	226,7	225,8	230,8	237,5	230,7
Deutsche Bundesbank ²⁾										
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ³⁾	Mrd. DM	122,8	116,0	123,3	123,4	124,6	124,7	126,1	123,3	123,8
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	257,5	217,7	213,1	180,9	188,1	184,5	202,5	213,1	194,6

1) Beförderte Personen im öffentlichen Straßenverkehr, ohne Werkverkehr - 2) Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt. - 3) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Okt 95	Nov 95	Dez 95	Jan 96	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
1993	1994	Okt. 94	Nov. 94	Dez. 94	Jan 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	
Verkehr										
Deutschland										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	+ 0,3
Straßenverkehr ¹⁾
Luftverkehr	+ 8,1	...	+ 8,5	- 3,2
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	+ 2,9	...	- 2,8	- 8,1	+ 2,1	- 0,2
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)
Binnenschifffahrt	+ 7,6	...	+ 4,3	- 4,0	- 7,5	...	- 0,4	- 4,0	- 10,3	...
Seeschifffahrt	+ 7,1	...	+ 8,2	+ 3,0
Luftverkehr	- 20,7	+ 7,4
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	+ 4,9	- 6,6	+ 1,9	- 13,3	+ 8,6	...
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 0,6	+ 2,9	+ 7,1	+ 4,8	- 6,0	+ 9,9	- 3,6	- 2,6	- 9,3	+ 15,6
dar.: Personenkraftwagen	+ 0,5	+ 3,3	+ 8,4	+ 6,6	- 4,5	+ 11,8	- 1,7	- 1,9	- 11,2	+ 18,3
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 0,0	- 1,2	+ 5,5	+ 2,3	- 19,2	...	+ 3,0	- 4,4	- 15,5	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	+ 1,9	- 0,8	- 4,0	- 3,6	- 16,5	...	- 4,5	- 7,6	- 14,6	...
Getötete	- 1,4	- 3,4	- 5,2	- 12,1	- 15,0	...	+ 6,2	- 11,6	- 2,4	...
Schwerverletzte	+ 0,7
Leichtverletzte	+ 2,6	- 0,7	- 4,4	- 3,5	- 15,5	...	- 4,0	- 8,0	- 12,6	...
Unfälle mit nur Sachschaden	- 4,2	- 1,4	- 7,9	+ 3,5	+ 2,6	...	+ 0,1	+ 10,9	+ 1,5	...
Früheres Bundesgebiet										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr
Straßenverkehr ¹⁾
Luftverkehr	+ 7,5	...	+ 3,7	- 3,4
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	+ 3,9	...	- 5,1	- 10,8	+ 1,2	- 1,4
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)
Binnenschifffahrt	+ 7,8
Seeschifffahrt	+ 5,9	...	+ 8,0	+ 3,5
Luftverkehr	+ 13,1	+ 8,2
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	+ 4,0	- 7,3	- 0,9	- 12,4	+ 11,4	...
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 1,6	+ 3,9	+ 7,0	+ 5,6	- 4,2	+ 13,2	- 4,0	- 4,3	- 11,9	+ 24,3
dar.: Personenkraftwagen	+ 1,4	+ 4,6	+ 8,1	+ 7,0	- 2,5	+ 13,7	- 2,1	- 3,5	- 12,6	+ 25,3
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	- 0,4	- 0,1	+ 6,4	+ 3,7	- 17,1	...	+ 4,3	- 5,9	- 14,8	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	+ 0,6	- 1,5	- 4,2	- 2,9	- 15,8	...	- 3,3	- 8,2	- 13,4	...
Getötete	- 1,8	- 3,5	- 2,0	- 15,6	- 13,2	...	+ 3,0	- 16,0	+ 6,9	...
Schwerverletzte	- 0,1
Leichtverletzte	+ 1,3	- 1,4	- 5,0	- 2,6	- 13,0	...	- 3,2	- 8,0	- 11,3	...
Unfälle mit nur Sachschaden	- 6,7	- 2,3	- 9,4	+ 2,1	+ 3,0	...	+ 0,7	+ 9,8	+ 4,5	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr
Straßenverkehr ¹⁾
Luftverkehr	+ 24,2	...	+ 25,0	± 0,0
Beförderte Güter										
Eisenbahnverkehr	- 6,4	...	- 0,1	- 7,4	+ 3,7	+ 3,0
Straßenverkehr (ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)
Binnenschifffahrt	+ 7,8
Seeschifffahrt	+ 17,4	...	+ 5,1	± 0,0
Luftverkehr	+ 96,7	- 12,5
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	+ 9,2	- 2,9	+ 14,5	- 16,7	- 2,8	...
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	- 3,4	- 3,8	+ 6,0	+ 0,4	- 16,0	+ 0,2	- 2,0	+ 4,9	- 2,7	- 12,1
dar.: Personenkraftwagen	- 3,1	- 2,3	+ 9,5	+ 4,8	- 11,8	+ 2,4	- 0,2	+ 4,9	- 5,0	- 9,3
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 2,1	- 6,0	+ 1,3	- 3,9	- 27,9	...	- 2,9	+ 13,4	- 19,0	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	+ 7,7	+ 1,8	- 3,3	- 6,0	- 19,2	...	- 8,8	- 5,4	- 18,6	...
Getötete	- 0,3	- 3,0	- 11,3	- 5,0	- 19,1	...	+ 13,7	- 2,2	- 19,4	...
Schwerverletzte	+ 2,6
Leichtverletzte	+ 10,0	+ 2,4	- 2,2	- 6,8	- 20,1	...	- 6,9	- 8,4	- 18,2	...
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 4,6	+ 1,2	- 3,8	+ 7,7	+ 1,4	...	- 1,5	+ 14,2	- 6,8	...
Geld und Kredit										
Deutschland										
Bargeldumlauf²⁾										
Bargeldumlauf	+ 6,6	+ 5,1	+ 4,0	+ 4,8	+ 5,1	+ 4,9	- 0,4	+ 2,2	+ 2,9	- 2,9
Deutsche Bundesbank²⁾										
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva³⁾										
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva	- 5,5	+ 6,3	- 1,3	+ 1,2	+ 6,3	+ 6,3	+ 0,0	+ 1,1	- 2,2	+ 0,4
Kredite an inländische Kreditinstitute	- 15,5	- 2,1	- 5,8	- 10,3	- 2,1	- 7,9	- 1,9	+ 9,8	+ 5,2	- 8,7

1) Beförderte Personen im öffentlichen Straßenverkehr, ohne Werkverkehr - 2) Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt. - 3) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					1996
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Geld und Kredit										
Deutschland										
Kreditinstitute										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 826,4	4 137,2	4 436,9r	4 277,6	4 309,2	4 348,2	4 393,5	4 436,9r	4 458,9
an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 986,0	3 210,9	3 369,4r	3 256,3	3 288,6	3 300,9	3 329,5	3 369,4r	3 369,7
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	840,4	926,2	1 067,5r	1 021,3	1 020,6	1 047,3	1 064,0	1 067,5r	1 089,2
Einlagen inländischer Nichtbanken	Mrd. DM	2 788,1	2 875,7	3 021,1r	2 884,5	2 889,8	2 897,9	2 945,8r	3 021,1r	3 007,2
dar.: Spareinlagen	Mrd. DM	859,4	940,5	1 046,1	979,3	986,5	996,6	1 006,6	1 046,1	1 061,0
Bausparkassen										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1 000	3 345,2	3 273,0	...	243,9	258,4	268,9	293,8
Bauspareinlagen (Bestände)	Mrd. DM	145,8	152,5	...	150,5	150,9	150,6	150,4
Baudarlehen (Bestände) 1)	Mrd. DM	150,9	161,3	...	159,7	160,3	160,3	160,4
Wertpapiermarkt										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mrd. DM	733,1	627,3	620,1	46,2	57,5	63,6	61,0	56,7	96,8
Festverzinsliche Wertpapiere	Mrd. DM	5,2	6,1	5,7	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3r	0,5
Aktion (Nominalwert) 2)	Mrd. DM	6,4	6,7	6,5	6,4	6,1	6,1	5,8	5,5	5,3
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	6,4	6,7	6,5	6,4	6,1	6,1	5,8	5,5	5,3
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 888	1 913	1 780	1 733	1 686	1 675	1 736	1 784	...
Arbeitslosenhilfe	1 000	759	950	982	990	982	968	985	989	...
Unterhaltsgeld 3)	1 000	X	X	X	X	X	X	X	X	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Milli. DM	7 093,0	7 471,5	7 517,5	7 417,8	7 124,8	7 482,4	7 604,2	10 309,2	...
dar.: Beiträge	Milli. DM	6 657,9	6 794,7	7 029,5	7 099,7	6 823,0	6 776,7	7 214,6	9 509,8	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Milli. DM	9 127,9	8 322,0	8 091,9	7 705,0	7 652,7	7 628,0	8 194,4	9 609,8	...
dar.: Arbeitslosengeld	Milli. DM	3 549,8	3 822,5	4 016,7	3 906,7	3 977,4	3 863,9	3 827,8	4 860,6	...
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	50 765	50 607	...	50 659	50 836	50 888	50 926
dar.: Pflichtmitglieder 4)	1 000	30 788	30 391	...	30 055	30 206	30 219	30 221
Rentner	1 000	14 460	14 658	...	14 921	14 938	14 960	14 969
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 174	1 276	1 216	1 187	1 142	1 128	1 169	1 192	...
Arbeitslosenhilfe	1 000	523	627	661	660	653	648	664	669	...
Unterhaltsgeld 3)	1 000	272	222	230	204	220	235	251	250	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Milli. DM	6 793,0	7 175,0	7 182,9	7 074,8	6 778,7	7 152,7	7 258,1	9 896,6	...
dar.: Beiträge	Milli. DM	6 360,5	6 483,9	6 699,9	6 760,8	6 484,1	6 450,5	6 871,9	9 100,8	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Milli. DM	4 914,1	4 853,7	5 110,2	4 843,5	4 869,2	4 872,4	5 241,0	6 274,0	...
dar.: Arbeitslosengeld	Milli. DM	2 727,5	2 767,2	2 959,3	2 881,1	2 921,3	2 821,7	2 784,2	3 517,3	...
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	39 453	39 546	...	40 509	40 643	40 703	40 733
dar.: Pflichtmitglieder 4)	1 000	23 195	23 242	...	23 747	23 867	23 909	23 909
Rentner	1 000	11 367	11 448	...	11 722	11 727	11 735	11 744
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	713	637	564	546	545	547	568	591	...
Arbeitslosenhilfe	1 000	236	323	321	330	329	320	321	320	...
Unterhaltsgeld 3)	1 000	X	X	X	X	X	X	X	X	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Milli. DM	300,0	315,4	334,6	342,9	346,2	329,7	346,1	412,7	...
dar.: Beiträge	Milli. DM	297,5	310,8	329,7	339,0	338,9	326,2	342,7	409,0	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Milli. DM	4 213,8	3 488,3	2 981,7	2 861,5	2 783,6	2 755,6	2 953,3	3 335,9	...
dar.: Arbeitslosengeld	Milli. DM	1 072,4	1 055,3	1 057,4	1 025,6	1 056,1	1 042,7	1 043,7	1 343,4	...
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	11 312	11 061	...	10 150	10 193	10 184	10 193
dar.: Pflichtmitglieder 4)	1 000	7 593	7 149	...	6 308	6 339	6 316	6 312
Rentner	1 000	3 093	3 210	...	3 199	3 211	3 225	3 226
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel 5)										
Gemeinschaftsteuern	Milli. DM	653 015	688 785	...	54 632	66 110	51 835	52 243
Lohnsteuer	Milli. DM	558 090	578 754	...	41 099	56 266	39 990	39 690
Veranlagte Einkommensteuer	Milli. DM	257 987	266 522	...	23 332	21 354	21 498	21 441
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Milli. DM	33 234	25 510	...	- 3 144	8 567	- 2 246	- 2 665
Zinsabschlag	Milli. DM	11 984	17 746	...	1 873	572	595	858
Körperschaftsteuer	Milli. DM	10 750	13 708	...	725	820	852	1 013
Umsatzsteuer	Milli. DM	27 830	19 569	...	- 1 593	6 818	- 711	- 1 664
Einfuhrumsatzsteuer	Milli. DM	174 491	195 265	...	16 885	15 305	16 989	17 802
Bundessteuern	Milli. DM	41 814	40 433	...	3 021	2 830	3 012	2 906
dar.: Versicherungsteuer	Milli. DM	93 758	105 486	...	11 453	11 469	10 370	10 262
Tabaksteuer	Milli. DM	9 290	11 400	...	1 776	638	625	960
Branntweinsteuer	Milli. DM	19 459	20 264	...	1 669	1 758	1 897	1 591
Mineralölsteuer	Milli. DM	5 133	4 889	...	405	380	326	352
Landessteuern	Milli. DM	56 300	63 847	...	5 390	5 295	5 563	5 393
dar.: Vermögensteuer	Milli. DM	34 720	36 551	...	4 061	2 345	2 395	4 083
Grundwerbsteuer 6)	Milli. DM	6 784	6 627	...	1 671	166	146	1 825
Kraftfahrzeugsteuer	Milli. DM	5 900	7 031	...	532	470	454	467
Biersteuer	Milli. DM	14 058	14 169	...	1 098	1 007	1 065	964
Zölle	Milli. DM	1 769	1 795	...	161	194	124	153
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage 7)	Milli. DM	7 240	7 172	...	600	614	641	641
Gemeindeanteil an Einkommensteuer 8)	Milli. DM	4 181	6 271	...	534	2	1 430	505
Verbrauchsbesteuerter Erzeugnisse 9)	Milli. DM	- 44 973	- 45 450	...	- 3 115	- 4 587	- 2 990	- 2 938
Zigaretten (Menge)	Milli. St.	130 233	136 314	137 526	12 560	11 845	11 014	12 839	8 789	11 970
Bierabsatz	1 000 hl	112 141	115 660	115 164	11 691	8 872	9 323	8 868	8 914	7 747
Leichtöle: Benzin bleifrei	1 000 hl	369 996	370 595	379 428	33 704	31 646	33 382	32 221	30 824	29 824
Benzin bleihaltig	1 000 hl	45 720	30 023	20 929	1 395	1 610	1 575	1 463	1 373	1 165
Gasole (Dieselkraftstoff)	1 000 hl	287 823	293 241	304 250	27 477	26 856	27 200	28 171	22 307	21 235
Herzol (EL und L)	1 000 hl	417 577	395 425	392 076	31 827	30 293	25 784	32 192	36 141	44 529
Erdgas	GWh	720 429	731 114	806 546	34 343	47 464	55 820	89 813	113 426	122 231

1) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung. - 2) Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Emittenten - 3) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte - 4) Ohne Rentner - 5) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel. - 6) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 7) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage. - 8) 15% an Lohn- und veranl. Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag. - 9) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Okt. 94	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95
Geld und Kredit										
Deutschland										
Kreditinstitute										
Kredite an inländische Nichtbanken	+ 8,1	+ 7,2r	+ 7,2	+ 7,3	+ 7,2r	+ 7,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,5
an Unternehmen und Privatpersonen	+ 7,5	+ 4,9r	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,9r	+ 6,5	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,0
an öffentliche Haushalte	+ 10,2	+ 15,3r	+ 18,2	+ 18,2	+ 15,3r	+ 12,4	+ 2,6	+ 1,6	+ 0,3	+ 2,0
Einlagen inländischer Nichtbanken	+ 3,1	+ 5,1	+ 3,3	+ 4,1	+ 5,1	+ 6,1	+ 0,3	+ 1,7	+ 2,6	- 0,5
dar.: Spareinlagen	+ 9,4	+ 11,2	+ 10,5	+ 10,9	+ 11,2	+ 12,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 3,9	+ 1,4
Bausparkassen										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	- 2,2	...	+ 4,7	+ 5,9	+ 4,1	+ 9,3
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 4,6	...	+ 3,2	+ 2,8	- 0,2	- 0,1
Baudarlehen (Bestände) ¹⁾	+ 6,9	...	+ 3,7	+ 3,8	- 0,0	+ 0,1
Wertpapiermarkt										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere
Festverzinsliche Wertpapiere	- 14,4	- 1,1	+ 20,0	+ 13,8	- 27,9	+ 65,2	+ 10,6	- 4,1	- 7,0	+ 70,7
Aktien (Nominalwert) ²⁾	+ 16,8	- 6,6	- 71,4	+ 33,3	+ 50,0r	- 16,7	± 0,0	± 0,0	- 25,0r	+ 66,7
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	+ 4,7	- 3,0	- 18,7	- 21,6	- 25,7	- 29,3	± 0,0	- 4,9	- 5,2	- 3,6
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 1,3	- 6,9	- 2,0	+ 1,3	+ 2,6	...	- 0,7	+ 3,7	+ 2,7	...
Arbeitslosenhilfe	+ 25,1	+ 3,4	+ 3,9	+ 6,3	+ 6,3	...	- 1,5	+ 1,8	+ 0,4	...
Unterhaltsgeld ³⁾	X	X	X	X	X	...	X	X	X	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 5,3	+ 0,6	- 2,1	+ 4,8	- 2,5	...	+ 5,0	+ 1,6	+ 35,6	...
dar.: Beiträge	+ 2,1	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,7	+ 1,6	...	- 0,7	+ 6,5	+ 31,8	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 8,8	- 2,8	- 0,1	+ 1,0	+ 2,0	...	+ 0,3	+ 7,4	+ 17,3	...
dar.: Arbeitslosengeld	+ 7,7	+ 5,1	+ 10,6	+ 13,2	+ 21,6	...	- 2,9	- 0,9	+ 27,0	...
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	- 0,3	...	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1
dar.: Pflichtmitglieder ⁴⁾	- 1,3	...	- 0,8	- 0,7	+ 0,0	+ 0,0
Rentner	+ 1,4	...	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,1
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 8,7	- 4,7	- 3,8	- 1,5	- 1,2	...	- 1,2	+ 3,6	+ 2,0	...
Arbeitslosenhilfe	+ 19,8	+ 5,5	+ 4,7	+ 6,4	+ 5,8	...	- 0,9	+ 2,5	+ 0,8	...
Unterhaltsgeld ³⁾	- 18,4	+ 3,6	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,6	...	+ 7,2	+ 6,8	- 0,7	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 5,6	+ 0,1	- 2,3	+ 4,9	- 2,6	...	+ 5,5	+ 1,5	+ 36,4	...
dar.: Beiträge	+ 1,9	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,8	+ 1,6	...	- 0,5	+ 6,5	+ 32,4	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 1,2	+ 5,3	+ 8,9	+ 7,7	+ 10,9	...	+ 0,1	+ 7,6	+ 19,7	...
dar.: Arbeitslosengeld	+ 1,5	+ 6,9	+ 9,1	+ 10,3	+ 17,7	...	- 3,4	- 1,3	+ 26,3	...
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,2	...	+ 2,5	+ 2,6	+ 0,1	+ 0,1
dar.: Pflichtmitglieder ⁴⁾	+ 0,2	...	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,1	+ 0,0
Rentner	+ 0,7	...	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,1
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 10,7	- 11,4	+ 2,0	+ 7,7	+ 11,1	...	+ 0,4	+ 3,8	+ 4,2	...
Arbeitslosenhilfe	+ 36,9	- 0,7	+ 2,5	+ 6,1	+ 7,4	...	- 2,7	+ 0,3	- 0,4	...
Unterhaltsgeld ³⁾	X	X	X	X	X	...	X	X	X	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 5,1	+ 6,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 1,5	...	- 4,8	+ 5,0	+ 19,2	...
dar.: Beiträge	+ 4,5	+ 6,1	+ 3,2	+ 3,3	+ 1,7	...	- 3,7	+ 5,1	+ 19,3	...
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	- 17,7	- 14,0	- 12,9	- 16,2	- 11,3	...	- 1,0	+ 7,2	+ 13,0	...
dar.: Arbeitslosengeld	- 1,6	+ 0,2	+ 14,9	+ 21,6	+ 33,0	...	- 1,3	+ 0,1	+ 28,3	...
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	- 2,2	...	- 7,8	- 7,6	- 0,1	+ 0,1
dar.: Pflichtmitglieder ⁴⁾	- 5,8	...	- 11,1	- 10,8	- 0,4	- 0,1
Rentner	+ 3,8	...	- 0,5	- 0,6	+ 0,4	+ 0,0
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel ⁵⁾										
Gemeinschaftsteuern	+ 3,7	...	+ 3,5	+ 2,3	- 28,9	- 0,7
Lohnsteuer	+ 3,3	...	+ 5,8	+ 6,0	+ 0,7	- 0,3
Veranlagte Einkommensteuer	- 23,2	...	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	+ 48,1	...	- 50,4	- 32,1	+ 4,0	+ 44,3
Zinsabschlag	+ 27,5	...	- 0,4	+ 1,1	+ 3,9	+ 18,9
Körperschaftsteuer	- 29,7	...	X	X	X	X
Umsatzsteuer	+ 11,9	...	+ 6,8	+ 4,6	+ 11,0	+ 4,8
Einfuhrumsatzsteuer	- 3,3	...	+ 0,2	- 13,7	+ 6,5	- 3,5
Bundessteuern	+ 12,5	...	+ 19,8	+ 20,0	- 9,6	- 1,0
dar.: Versicherungssteuer	+ 22,7	...	+ 25,8	+ 36,6	- 2,0	+ 59,6
Tabaksteuer	+ 4,1	...	- 1,3	- 3,8	+ 7,9	- 16,1
Branntweinsteuer	- 4,8	...	+ 1,8	+ 4,8	- 14,2	+ 8,2
Mineralölsteuer	+ 13,4	...	+ 0,0	- 2,9	+ 5,1	- 3,1
Landessteuern	+ 5,3	...	- 2,0	+ 8,0	+ 2,1	+ 70,5
dar.: Vermögensteuer	- 2,3	...	- 18,5	+ 24,1	- 11,7	X
Grundwerbsteuer ⁶⁾	+ 19,2	...	- 14,5	- 15,3	- 3,5	+ 2,8
Kraftfahrzeugsteuer	+ 0,8	...	- 1,0	- 6,4	+ 5,8	- 9,5
Biersteuer	+ 1,5	...	- 0,8	+ 11,2	- 36,0	+ 23,4
Zölle	- 0,9	...	+ 9,6	+ 17,6	+ 4,3	+ 0,0
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ⁷⁾	+ 50,0	...	+ 15,5	+ 49,6	X	- 64,6
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁸⁾	+ 1,1	...	+ 2,7	+ 2,7	- 34,8	- 1,7
Verbrauchsbesteuerzte Erzeugnisse ⁹⁾										
Zigaretten (Menge)	+ 4,7	+ 0,9	+ 1,2	+ 7,1	- 5,7	- 0,8	- 7,0	+ 16,6	- 31,5	+ 36,2
Bierabsatz	+ 3,2	- 0,4	+ 7,5	- 5,5	- 8,7	+ 0,2	+ 5,1	- 4,9	+ 0,5	- 13,1
Leichtöle: Benzin bleifrei	+ 0,2	+ 2,4	+ 5,1	+ 2,7	- 3,4	+ 6,5	+ 5,5	- 3,5	- 4,3	- 3,2
Benzin bleihaltig	- 34,3	- 30,3	- 31,2	- 31,6	- 38,6	- 34,1	- 2,2	- 7,1	- 6,1	- 15,1
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 1,9	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,9	- 8,0	+ 3,0	+ 1,3	+ 3,6	- 20,8	- 4,8
Heizöl (EL und L)	- 5,3	- 0,8	+ 15,1	+ 14,7	+ 12,0	+ 25,9	- 14,9	+ 24,9	+ 12,3	+ 23,2
Erdgas	+ 1,5	+ 10,3	- 17,9	+ 27,1	+ 27,6	+ 19,0	+ 17,6	+ 60,9	+ 26,3	+ 7,8

1) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung. - 2) Ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Emittenten. - 3) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl. Übergangsgeld für Behinderte - 4) Ohne Rentner. - 5) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel - 6) Ohne kommunale Grundwerbsteuer - 7) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage. - 8) 15% an Lohn- und veranl. Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag - 9) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995					
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	529 145	539 837	...	54 038	39 231	37 806	52 833	36 858	36 653
Lohnsteuer	Mill. DM	236 738	241 885	...	20 324	22 504	20 932	19 161	19 308	19 158
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	34 541	26 478	...	7 509	- 3 054	- 2 592	8 627	- 1 701	- 2 144
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	11 612	17 031	...	1 989	2 098	1 843	518	569	828
Zinsabschlag	Mill. DM	10 621	13 554	...	1 152	443	717	811	842	1 003
Körperschaftsteuer	Mill. DM	28 286	18 622	...	6 084	- 1 085	- 1 545	6 749	- 602	- 1 395
Umsatzsteuer	Mill. DM	166 309	182 675	...	13 944	15 566	15 509	14 203	15 537	16 367
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	41 037	39 593	...	3 037	2 759	2 941	2 764	2 906	2 836
Landessteuern	Mill. DM	31 183	32 307	...	2 175	2 214	3 710	2 019	2 106	3 767
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	6 785	6 627	...	139	153	1 671	166	147	1 825
Grundwerbsteuer ¹⁾	Mill. DM	4 961	5 500	...	333	338	383	366	352	345
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	11 910	11 996	...	1 065	1 036	937	855	920	814
Biersteuer	Mill. DM	1 551	1 560	...	158	131	137	164	106	132
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ²⁾	Mill. DM	4 092	6 031	...	141	1 400	482	2	1 409	479
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ³⁾	Mill. DM	- 41 747	- 41 618	...	- 4 313	- 2 971	- 2 715	- 4 266	- 2 742	- 2 551
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	28 946	38 917	...	3 424	2 792	3 293	3 433	3 132	3 037
Lohnsteuer	Mill. DM	21 249	24 637	...	2 142	2 294	2 400	2 192	2 190	2 283
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	- 1 307	- 968	...	6	- 515	- 552	- 59	- 544	- 521
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	372	716	...	18	55	30	54	26	31
Zinsabschlag	Mill. DM	128	154	...	7	8	8	9	10	9
Körperschaftsteuer	Mill. DM	- 456	- 974	...	90	- 207	- 48	70	-109	- 269
Umsatzsteuer	Mill. DM	8 182	12 591	...	1 084	1 079	1 376	1 102	1 453	1 435
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	777	840	...	77	79	80	65	106	70
Landessteuern	Mill. DM	3 536	4 244	...	363	329	351	326	289	315
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	- 2	0	...	0	0	0	0	0	0
Grundwerbsteuer ¹⁾	Mill. DM	939	1 531	...	124	123	149	105	102	121
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	2 148	2 173	...	178	160	160	151	145	150
Biersteuer	Mill. DM	218	235	...	24	21	24	30	18	21
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	89	240	...	0	15	53	0	21	26
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ³⁾	Mill. DM	- 3 226	- 3 832	...	- 323	- 268	- 400	- 321	- 248	- 387
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers. -Haush. von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	DM	2 093,50	2 169,76	...	2 141,26	2 321,27
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke	DM	533,57	533,43	...	589,64	546,00
Tabakwaren ⁵⁾	DM	158,20	159,52	...	150,15	171,12
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	3 986,62	3 957,97	...	4 244,40	4 339,61
4-Pers. -Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	876,33	870,32	...	954,21	1 005,44
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke	DM	201,27	217,52	...	196,13	224,27
Tabakwaren ⁵⁾	DM	5 782,86	5 854,91	...	5 793,68	6 317,16
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	1 123,76	1 137,38	...	1 235,69	1 243,15
4-Pers. -Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	245,95	247,24	...	229,10	257,77
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke	DM
Tabakwaren ⁵⁾	DM
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen in der Industrie⁶⁾										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	38,0	38,3	38,9
Index	1985 = 100	93,2	94,1	95,4
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	23,93	24,66	25,68
Index	1985 = 100	144,8	149,5	156,0
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	909	949	998
Index	1985 = 100	134,8	140,3	148,5
Angestellte in Industrie⁶⁾ und Handel										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	5 102	5 247	5 468
Index	1985 = 100	138,5	141,8	147,9
Tariffentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	1985 = 100	94,9	94,2	93,8	...	93,9	93,1	...
Index der tariflichen Stundenlöhne	1985 = 100	144,4	148,2	152,8	...	154,5	155,9	...
Index der tariflichen Monatsgehälter	1985 = 100	135,8	138,0	141,9	...	143,8	144,0	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen in der Industrie⁶⁾										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	41,2	40,1	40,3
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	15,57	16,95	18,46
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	644	683	743
Angestellte in Industrie⁶⁾ und Handel										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 322	3 702	4 107

1) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. - 2) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. - 3) 15% an Lohn- und veranl. Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag - 4) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 5) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen - 6) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95	Nov. 95
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Aug. 94	Sept. 94	Okt. 94	Nov. 94	Juli 95	Aug. 95	Sept. 95	Okt. 95
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 2,0	..	+ 1,3	+ 1,0	+ 3,1	+ 2,0	- 3,6	+ 39,7	- 30,2	- 0,6
Lohnsteuer	+ 2,2	..	+ 7,5	+ 4,7	+ 5,5	+ 5,8	- 7,0	- 8,5	+ 0,8	- 0,8
Veranlagte Einkommensteuer	- 23,3	..	X	- 5,3	X	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 46,7	..	- 12,9	- 58,5	- 51,2	- 32,4	- 12,1	- 71,9	+ 9,9	+ 45,4
Zinsabschlag	+ 27,6	..	- 5,3	+ 3,4	- 0,1	+ 1,1	+ 61,8	+ 13,1	+ 3,8	+ 19,2
Körperschaftsteuer	- 34,2	..	X	+ 5,8	X	X	X	X	X	X
Umsatzsteuer	+ 9,8	..	+ 0,1	+ 7,3	+ 5,4	+ 3,3	- 0,4	- 8,4	+ 9,4	+ 5,3
Einfuhrumsatzsteuer	- 3,5	..	- 15,3	- 15,0	- 1,3	- 13,9	+ 6,6	- 6,0	+ 5,1	- 2,4
Landesteuern	+ 3,6	..	+ 3,8	- 9,9	- 1,5	+ 9,5	+ 67,6	- 45,6	+ 4,3	+ 78,9
dar.: Vermogensteuer	- 2,3	..	+ 20,2	+ 74,3	- 18,0	+ 24,2	+ 990,9	- 90,1	- 11,2	X
Grundwerbsteuer ¹⁾	+ 10,9	..	- 18,8	- 9,5	- 15,5	- 16,5	+ 13,1	- 4,5	- 3,7	- 1,9
Kraftfahrzeugsteuer	+ 0,7	..	- 3,2	- 8,8	- 0,3	- 6,6	- 9,5	- 8,7	+ 7,6	- 11,6
Biersteuer	+ 0,6	..	- 17,2	+ 8,6	- 3,1	+ 11,8	+ 4,3	+ 19,9	- 35,3	+ 24,4
Einnahmen aus Gewerbesteuer- umlage ²⁾	+ 47,4	..	+ 12,8	+ 23,5	+ 18,6	+ 44,4	- 65,6	- 99,6	X	- 66,0
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ³⁾	- 0,3	..	+ 0,3	+ 1,4	+ 3,5	+ 0,7	- 8,6	+ 57,1	- 35,7	- 7,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 34,4	..	+ 10,8	- 2,7	+ 8,8	+ 6,3	+ 17,9	+ 4,2	- 8,8	- 3,0
Lohnsteuer	+ 15,9	..	+ 17,3	+ 12,7	+ 8,9	+ 7,7	+ 4,6	- 8,7	- 0,1	+ 4,2
Veranlagte Einkommensteuer	X	..	X	X	X	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 92,4	..	- 29,7	+ 100,7	- 20,6	- 23,1	- 44,9	+ 80,5	- 52,6	+ 19,2
Zinsabschlag	+ 20,2	..	- 18,8	- 12,8	- 18,0	- 5,1	+ 0,8	+ 9,3	+ 11,4	- 5,7
Körperschaftsteuer	- 307,8	..	X	- 67,5	X	X	X	X	X	X
Umsatzsteuer	+ 53,9	..	+ 27,6	+ 1,1	+ 24,5	+ 22,0	+ 27,5	- 19,9	+ 31,8	- 1,2
Einfuhrumsatzsteuer	+ 8,1	..	- 17,3	+ 10,5	+ 68,0	- 4,5	+ 0,5	- 18,1	+ 62,8	- 33,9
Landesteuern	+ 20,0	..	+ 2,4	- 7,2	- 5,4	- 6,8	+ 6,8	- 7,1	- 11,5	+ 9,2
dar.: Vermogensteuer	- 112,0	..	X	X	X	X	X	X	X	X
Grundwerbsteuer ¹⁾	+ 63,0	..	+ 17,2	- 19,6	- 10,6	- 11,7	+ 21,4	- 29,6	- 2,7	+ 19,1
Kraftfahrzeugsteuer	+ 1,2	..	- 4,7	- 1,1	- 4,9	- 5,1	+ 0,4	- 5,6	- 4,2	+ 3,2
Biersteuer	+ 7,5	..	- 11,1	+ 24,9	+ 15,7	+ 7,4	+ 12,4	+ 24,4	- 39,8	+ 17,1
Einnahmen aus Gewerbesteuer- umlage	+ 170,7	..	+ 312,2	- 95,2	- 57,8	+ 339,0	X	- 100,0	X	+ 23,1
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ³⁾	+ 18,8	..	+ 17,9	+ 0,1	- 5,7	+ 18,5	+ 49,3	- 19,7	- 22,7	+ 56,0
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers.-Haush. von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringerem Einkommen	+ 3,6
dar. für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	- 0,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,8
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	- 0,7
dar für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	- 0,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 8,1
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 1,3
dar für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 1,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,5
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen in der Industrie⁶⁾										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	+ 0,8
Index	+ 1,0
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 3,1
Index	+ 3,2
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 4,4
Index	+ 4,1
Angestellte in Industrie⁶⁾ und Handel										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 2,8
Index	+ 2,4
Tarifentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	- 0,7	- 0,4	- 1,1	- 0,9 ^{a)}	..
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 2,6	+ 3,1	+ 4,4	+ 0,9 ^{a)}	..
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 1,6	+ 2,8	+ 3,4	+ 0,1 ^{a)}	..
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen in der Industrie⁶⁾										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	- 2,7
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 8,9
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 6,1
Angestellte in Industrie⁶⁾ und Handel										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 11,4

1) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 2) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage - 3) 15% an Lohn- und veranl. Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag, Zerlegung berücksichtigt. - 4) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 5) Einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen - 6) Einschl. Hoch- und Tiefbau, dieser mit Handwerk

a) Oktober 1995 gegenüber Juli 1995

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995				1996	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Preise										
Früheres Bundesgebiet										
Index der Einkaufspreise¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1985 = 100	99,6	100,9	102,2	101,3	100,6	101,2	102,2	103,2	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1985 = 100	93,0	94,2	95,4	94,2	93,2	93,9	95,2	96,4	...
Neubauten und neue Maschinen	1985 = 100	128,2	130,0	131,7	132,0	132,4	132,3	132,5	132,8	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	1985 = 100	84,7	86,5	87,0p	89,9	84,6	85,1p	86,4p	86,3p	...
Pflanzliche Produkte	1985 = 100	84,1	91,5	94,6	103,5	88,7	89,6	90,3	91,3	...
Tierische Produkte	1985 = 100	85,0	84,7	84,2p	84,8	83,0	83,5p	85,0p	84,5p	...
Index der Erzeugerpreise¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	1985 = 100	79,7	86,9	94,9	88,0	86,6	86,7	89,6
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes²⁾	1985 = 100	88,1	89,3	91,8	92,0	91,4	91,1 r	91,2	90,7	...
Inländischer Herkunft	1985 = 100	98,3	99,4	102,3	102,7	102,1	101,8 r	101,7	100,8	...
Ausländischer Herkunft	1985 = 100	68,2	69,6	71,3	71,3	70,5	70,5	70,8	71,0	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	1991 = 100	101,4	102,0	103,7	104,0	103,8	103,8	103,8	103,1	103,1
Investitionsgüter ³⁾	1991 = 100	104,4	104,8	106,1	106,3	106,5	106,6	106,7	107,1	107,3
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1991 = 100	104,4	106,0	106,8	107,2	106,8	106,9	107,5	107,6	108,2
Elektrizität, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	1991 = 100	102,2	103,5	103,9	103,9	103,8	103,8	103,8	95,8	95,7
Bergbauliche Erzeugnisse	1991 = 100	94,8	93,1	90,0	89,5	88,9	88,7	88,8	88,6	88,7
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1991 = 100	101,7	102,4	104,6	104,9	104,8	104,7	104,8	104,8	104,9
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1991 = 100	96,2	98,4	102,3	102,8	102,0	101,7	101,7	101,2	101,3
dar.: Mineralölzeugnisse	1991 = 100	97,8	103,9	103,0	103,5	101,6	102,2	105,6	105,8	109,3
Eisen und Stahl	1991 = 100	90,8	92,9	98,9	99,5	98,8	99,4	98,6	97,5	96,2
Chemische Erzeugnisse	1991 = 100	96,0	96,8	101,7	102,3	101,8	100,7	99,9	99,3	98,8
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	104,0	104,2	105,6	105,8	105,9	106,0	106,1	106,5	106,7
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	1991 = 100	106,0	106,8	108,8	109,1	109,4	109,5	109,7	110,2	110,4
Straßenfahrzeuge ⁶⁾	1991 = 100	106,1	106,5	108,0	108,1	108,2	108,3	108,3	108,9	109,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	1991 = 100	101,3	101,3	101,6	101,7	101,6	101,7	101,7	101,9	102,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1991 = 100	102,9	102,5	104,2	104,5	104,6	104,6	104,6	105,0	105,0
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	102,0	102,3	105,5	106,1	106,1	106,0	105,9	105,8	105,7
dar.: Textilien	1991 = 100	101,0	101,5	102,6	102,8	102,5	102,5	102,4	102,3	102,1
Bekleidung und konfektionierte Textilien	1991 = 100	104,6	105,0	105,1	105,3	105,1	104,8	104,9	105,0	105,2
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1991 = 100	103,2	103,4	104,1	104,1	104,3	104,3	104,3	104,3	104,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾	1991 = 100	104,2	105,5	107,0	107,2	107,8	107,6	107,8	107,9	108,0
Investitionsgüter ³⁾	1991 = 100	101,7	102,7	104,7	105,2	105,9	106,0	105,9	106,1	105,5
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1991 = 100	106,0	111,1	112,4	112,3	113,8	113,9	115,4	114,6	115,8
Elektrizität, hergestelltes Gas, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	1991 = 100	109,2	110,3	112,3	113,6	113,7	113,8	113,8	114,2	114,4
Bergbauliche Erzeugnisse	1991 = 100	107,2	106,8	102,8	101,5	103,4	104,0	103,9	104,1	104,3
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1991 = 100	101,9	103,4	105,8	105,8	106,4	106,0	106,3	106,3	106,3
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1991 = 100	100,6	104,9	108,2	107,7	108,1	106,7	107,7	107,5	107,8
dar.: Mineralölzeugnisse	1991 = 100	105,6	113,4	111,5	109,8	112,5	109,6	113,1	113,9	115,9
Eisen und Stahl	1991 = 100	94,8	96,1	105,9	107,4	108,2	107,2	107,3	105,4	103,0
Chemische Erzeugnisse	1991 = 100	99,4	101,6	109,9	108,8	106,8	105,5	105,1	105,3	104,7
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	100,9	101,1	102,9	103,2	103,8	103,9	103,9	104,1	103,7
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	1991 = 100	101,9	103,1	105,7	105,8	106,3	106,2	106,3	106,6	106,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	1991 = 100	99,6	98,2	98,7	99,0	98,9	99,1	99,1	99,1	98,9
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1991 = 100	100,3	99,3	101,5	101,2	103,2	103,2	103,2	103,1	103,3
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	104,9	106,9	111,1	111,9	112,4	112,3	112,3	112,3	112,3
dar.: Textilien	1991 = 100	102,9	103,6	104,3	104,5	104,4	104,4	104,3	104,4	104,4
Bekleidung und konfektionierte Textilien	1991 = 100	106,0	103,8	104,5	104,8	104,9	104,8	104,8	105,0	105,7
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1991 = 100	103,0	103,0	104,2	104,2	104,9	104,8	104,9	104,9	104,9

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. - 4) Bei Elektrizität, Gas und Wasser einschl. der Verkäufe der Wiederverteiler. - 5) Einschl. Ackerschleppern. - 6) Ohne Ackerschlepper.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Nov. 94	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
Preise										
Früheres Bundesgebiet										
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,3	..	- 0,6	+ 1,0	+ 1,0	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3	...	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	...
Neubauten und neue Maschinen	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	...	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	..
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	+ 2,1	+ 0,6p	- 2,3p	- 1,3p	- 3,1p	...	- 0,6p	+ 1,5p	- 0,1p	...
Pflanzliche Produkte	+ 8,8	+ 3,4	- 5,0	- 6,5	- 9,8	...	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1	...
Tierische Produkte	- 0,4	- 0,6p	- 1,1p	+ 1,0p	- 0,1p	...	+ 0,6p	+ 1,8p	- 0,6p	...
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	+ 9,1	+ 9,3	- 5,0	- 6,3	+ 0,1	+ 3,3
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes 2)	+ 1,4	+ 2,8	+ 0,4r	+ 0,1	- 1,2	...	- 0,3r	+ 0,1	- 0,5	...
Inländischer Herkunft	+ 1,1	+ 2,9	+ 1,1r	+ 0,8	- 1,0	..	- 0,3r	- 0,1	- 0,9	..
Ausländischer Herkunft	+ 2,1	+ 2,4	- 1,0	- 1,5	- 2,1	...	± 0,0	+ 0,4	+ 0,3	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,1	- 0,1	- 0,3	± 0,0	± 0,0	- 0,7	± 0,0
Investitionsgüter 3)	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6
Elektrizität, Fernwärme, Wasser 4)	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 7,7	- 7,9	± 0,0	± 0,0	- 7,7	- 0,1
Bergbauliche Erzeugnisse	- 1,8	- 3,3	- 3,2	- 3,1	- 2,7	- 2,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,7	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,7	- 0,1	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	+ 2,3	+ 4,0	+ 1,3	+ 1,0	- 0,5	- 1,0	- 0,3	± 0,0	- 0,5	+ 0,1
dar.: Mineralölzeugnisse	+ 6,2	- 0,9	- 2,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 5,0	+ 0,6	+ 3,3	+ 0,2	+ 3,3
Eisen und Stahl	+ 2,3	+ 6,5	+ 5,1	+ 3,5	± 0,0	- 1,8	+ 0,6	- 0,8	- 1,1	- 1,3
Chemische Erzeugnisse	+ 0,8	+ 5,1	+ 2,1	+ 0,7	- 1,1	- 2,8	- 1,1	- 0,8	- 0,6	- 0,5
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 5)	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2
Straßenfahrzeuge 6)	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 0,1	± 0,0	+ 0,6	+ 0,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	± 0,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	- 0,4	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	± 0,0	± 0,0	+ 0,4	± 0,0
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 0,3	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1
dar: Textilien	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,4	± 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,2
Bekleidung und konfektionierte Textilien	+ 0,4	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,1
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Investitionsgüter 3)	+ 1,0	+ 1,9	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,6
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	+ 4,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,5	+ 0,1	+ 1,3	- 0,7	+ 1,0
Elektrizität, hergestelltes Gas, Fernwärme, Wasser 4)	+ 1,0	+ 1,8	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,8	+ 0,1	± 0,0	+ 0,4	+ 0,2
Bergbauliche Erzeugnisse	- 0,4	- 3,7	- 1,6	- 1,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,6	- 0,4	+ 0,3	± 0,0	± 0,0
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	+ 4,3	+ 3,1	- 0,3	+ 0,9	+ 0,1	- 1,6	- 1,3	+ 0,9	- 0,2	+ 0,3
dar.: Mineralölzeugnisse	+ 7,4	- 1,7	- 2,6	+ 1,4	+ 3,6	+ 2,0	- 2,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 1,8
Eisen und Stahl	+ 1,4	+ 10,2	+ 8,9	+ 9,2	+ 2,7	- 0,8	- 0,9	+ 0,1	- 1,8	- 2,3
Chemische Erzeugnisse	+ 2,2	+ 8,2	- 2,6	- 3,5	- 5,6	- 6,8	- 1,2	- 0,4	+ 0,2	- 0,6
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2	- 0,4
dar.: Maschinenbauerzeugnisse 5)	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,1	+ 1,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	- 1,4	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,4	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	- 0,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	- 1,0	+ 2,2	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,9	± 0,0	± 0,0	- 0,1	+ 0,2
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 1,9	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,5	+ 2,7	+ 2,3	- 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
dar.: Textilien	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	± 0,0	- 0,1	+ 0,1	± 0,0
Bekleidung und konfektionierte Textilien	- 2,1	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,3	- 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,7
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	± 0,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	- 0,1	+ 0,1	± 0,0	± 0,0

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Bei Elektrizität, Gas und Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverarbeiter - 5) Einschl. Ackerschleppern - 6) Ohne Ackerschleppern

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995	1995				1996	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	1991 = 100	111,7	114,3	117,1	.	.	117,4
Bürogebäude ²⁾	1991 = 100	110,2	112,6	115,4	.	.	115,8
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	1991 = 100	109,8	112,0	114,5	.	.	115,0
Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	107,7	108,1	109,1	.	.	108,9
Brücken im Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	108,1	109,6	111,0	.	.	111,0
Ortskanäle ¹⁾	1991 = 100	110,5	111,8	112,9	.	.	112,6
Kläranlagen ¹⁾	1991 = 100	110,7	112,8	115,2	.	.	115,6
Früheres Bundesgebiet										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	1991 = 100	110,5	112,8	115,4	.	.	115,7
Bürogebäude ²⁾	1991 = 100	109,2	111,4	114,0	.	.	114,3
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	1991 = 100	108,6	110,6	113,1	.	.	113,6
Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	107,7	107,9	108,9	.	.	108,8
Brücken im Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	107,3	108,5	110,0	.	.	110,0
Ortskanäle ¹⁾	1991 = 100	109,6	110,6	111,7	.	.	111,5
Kläranlagen ¹⁾	1991 = 100	109,8	111,7	113,9	.	.	114,3
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	1991 = 100	118,7	123,3	127,0	.	.	127,4
Bürogebäude ²⁾	1991 = 100	116,0	120,0	123,5	.	.	124,0
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	1991 = 100	116,8	119,9	122,9	.	.	123,4
Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	107,7	109,6	109,8	.	.	108,8
Brücken im Straßenbau ¹⁾	1991 = 100	113,0	115,8	117,1	.	.	116,9
Ortskanäle ¹⁾	1991 = 100	116,2	119,0	119,6	.	.	118,9
Kläranlagen ¹⁾	1991 = 100	116,3	119,8	122,5	.	.	122,9
Deutschland										
Index der Großhandelsverkaufspreise ²⁾	1991 = 100	99,2	101,6	103,7	103,5	102,1	102,0	102,2	102,4	102,8
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1991 = 100	97,7	102,4	102,5	102,0	100,6	100,2	101,1	101,0	102,4
Index der Einzelhandelspreise ¹⁾	1991 = 100	104,7	105,8	106,7	106,6	106,6	106,7	106,8	107,1	107,5
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1991 = 100	109,8	112,8	114,8	115,2	115,1	115,1	115,4	115,5	116,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	105,2	106,9	108,4	107,9	107,8	107,8	107,9	108,5	109,0
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	105,5	106,8	107,7	107,9	108,0	108,1	108,1	108,1	108,2
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	118,1	123,0	126,9	128,1	128,3	128,5	128,9	128,5	129,0
Wohnungsmieten	1991 = 100	121,7	128,1	133,4	134,9	135,3	135,5	135,8	136,4	136,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	106,1	105,6	104,9	105,0	104,7	104,9	105,4	102,0	102,6
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1991 = 100	105,9	107,8	109,3	109,5	109,6	109,8	109,8	109,9	110,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	107,6	110,8	112,7	113,0	113,2	113,2	113,2	113,7	114,1
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	109,0	112,2	113,4	113,8	113,5	113,5	113,9	114,9	115,3
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾	1991 = 100	106,8	108,9	110,5	110,6	111,0	111,2	111,4	111,3	111,5
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1991 = 100	114,4	119,3	122,5	123,8	121,8	119,9	121,6	119,9	123,3
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1991 = 100	107,7	110,6	112,5	112,8	112,7	112,7	113,0	113,1	113,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	105,4	107,1	108,6	108,2	108,1	108,1	108,3	108,9	109,4
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	105,9	107,4	108,4	108,6	108,7	108,8	108,8	108,9	109,0
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	109,5	113,5	117,0	117,7	117,8	118,0	118,4	117,9	118,3
Wohnungsmieten	1991 = 100	111,6	116,7	121,3	122,1	122,4	122,7	123,0	123,4	123,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	102,0	102,2	101,4	101,5	101,1	101,2	101,8	98,2	98,8
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1991 = 100	106,2	108,2	109,9	110,1	110,3	110,4	110,5	110,6	110,7
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	106,2	108,9	110,6	110,9	111,0	111,1	111,1	111,6	112,0
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	108,5	111,8	113,0	113,3	113,1	113,1	113,4	114,4	114,7
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾	1991 = 100	106,5	108,4	109,8	109,9	110,2	110,5	110,6	110,5	110,7
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1991 = 100	113,9	118,5	121,7	123,0	120,8	118,8	120,6	118,9	122,4
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	1991 = 100	96,1	96,9	97,3	97,3	96,7	96,8	97,1	97,5	...
dar.: Güter aus EU-Ländern	1991 = 100	96,2	96,2	97,2	97,3	96,8	96,9	97,4	97,5	...
Güter aus Drittländern	1991 = 100	96,0	97,6	97,4	97,4	96,5	96,6	96,9	97,4	...
Index der Ausfuhrpreise	1991 = 100	100,7	101,6	103,3	103,8	103,5	103,3	103,2	103,4	...
dar.: Güter für EU-Länder	1991 = 100	99,9	100,6	102,6	103,0	102,6	102,6	102,2	102,2	...
Güter für Drittländer	1991 = 100	101,6	102,8	104,2	104,6	104,4	104,4	104,5	104,7	...

1) Einsch. Umsatzsteuer – 2) Ohne Umsatzsteuer – 3) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1994	1995	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96	Nov 95	Dez. 95	Jan. 96	Febr. 96
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1993	1994	Nov 94	Dez. 94	Jan. 95	Febr. 95	Okt. 95	Nov. 95	Dez. 95	Jan. 96
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,9	.	.	.	- 0,2 ^{a)}	.	.	.
Bürogebäude ²⁾	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,0	.	.	.	± 0,0 ^{a)}	.	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	.	.	.	+ 0,1 ^{a)}	.	.	.
Straßenbau ¹⁾	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,3	.	.	.	- 0,4 ^{a)}	.	.	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,8	.	.	.	- 0,3 ^{a)}	.	.	.
Ortskanäle ¹⁾	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	.	.	.	- 0,5 ^{a)}	.	.	.
Kläranlagen ¹⁾	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	.	.	.	+ 0,2 ^{a)}	.	.	.
Früheres Bundesgebiet										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,8	.	.	.	- 0,2 ^{a)}	.	.	.
Bürogebäude ²⁾	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,0	.	.	.	- 0,1 ^{a)}	.	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,1	.	.	.	+ 0,1 ^{a)}	.	.	.
Straßenbau ¹⁾	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,6	.	.	.	- 0,4 ^{a)}	.	.	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,9	.	.	.	- 0,2 ^{a)}	.	.	.
Ortskanäle ¹⁾	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,5	.	.	.	- 0,5 ^{a)}	.	.	.
Kläranlagen ¹⁾	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,8	.	.	.	+ 0,2 ^{a)}	.	.	.
Neue Länder und Berlin-Ost										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	+ 3,9	+ 3,0	+ 2,1	.	.	.	+ 0,2 ^{a)}	.	.	.
Bürogebäude ²⁾	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,3	.	.	.	+ 0,2 ^{a)}	.	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,9	.	.	.	+ 0,4 ^{a)}	.	.	.
Straßenbau ¹⁾	+ 1,8	+ 0,2	- 1,3	.	.	.	- 1,1 ^{a)}	.	.	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,3	.	.	.	- 0,3 ^{a)}	.	.	.
Ortskanäle ¹⁾	+ 2,4	+ 0,5	- 0,7	.	.	.	- 0,7 ^{a)}	.	.	.
Kläranlagen ¹⁾	+ 3,0	+ 2,3	+ 1,7	.	.	.	+ 0,3 ^{a)}	.	.	.
Deutschland										
Index der Großhandelsverkaufspreise²⁾	+ 2,4	+ 2,1	- 0,4	- 0,6	- 1,1	- 1,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 4,8	+ 0,7	- 2,4	- 1,7	- 2,3	- 2,4	- 0,4	+ 0,9	- 0,1	+ 1,4
Index der Einzelhandelspreise¹⁾	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,6	± 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	± 0,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5
Bekleidung, Schuhe	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 4,1	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,3	- 0,3	+ 0,4
Wohnungsmieten	+ 5,3	+ 4,1	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 0,5	- 0,7	- 0,4	+ 0,2	- 3,1	- 2,5	+ 0,2	+ 0,5	- 3,2	+ 0,6
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	± 0,0	± 0,0	+ 0,4	+ 0,4
Güter für Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,0	± 0,0	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,3
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	+ 4,3	+ 2,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	- 1,6	+ 1,4	- 1,4	+ 2,8
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	± 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	± 0,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5
Bekleidung, Schuhe	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 3,7	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,4	+ 0,3
Wohnungsmieten	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 0,2	- 0,8	- 0,8	- 0,1	- 3,6	- 2,9	+ 0,1	+ 0,6	- 3,5	+ 0,6
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,1	± 0,0	+ 0,5	+ 0,4
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,0	± 0,0	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	+ 4,0	+ 2,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	- 1,7	+ 1,5	- 1,4	+ 2,9
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	+ 0,8	+ 0,4	- 0,6	- 0,9	- 1,0	...	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	...
dar.: Güter aus EU-Ländern	± 0,0	+ 1,0	± 0,0	+ 0,1	- 0,4	...	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	...
Güter aus Drittländern	+ 1,7	- 0,2	- 1,3	- 1,8	- 1,7	...	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	...
Index der Ausfuhrpreise	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,5	...	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	...
dar.: Güter für EU-Länder	+ 0,7	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	± 0,0	...	- 0,2	- 0,2	± 0,0	...
Güter für Drittländer	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0	...	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	...

1) Einsch. Umsatzsteuer. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes

a) November 1995 gegenüber August 1995

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995 1)	1995 1)		1995 1)			1996 1)
					1. Vj	2. Vj	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	81 338	81 539	..	81 563	81 642
dar.: Ausländer	1 000	6 878	6 991	7 174
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	442 605	440 244	429 650	55 986	141 407	31 505	21 164	38 757	11 663
Ehescheidungen	Anzahl	156 425	166 052
Lebendgeborene	Anzahl	798 447	769 603	759 529	178 000	183 726	66 573	62 498	58 337	62 151
dar.: Ausländer	Anzahl	102 874	100 728	...	22 004	24 443
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	118 284	118 460	...	27 895	28 728
Gestorbene 2)	Anzahl	897 270	884 661	875 071	225 667	217 966	71 772	72 494	77 936	96 184
dar.: Ausländer	Anzahl	11 884	12 383	...	2 996	3 125
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	4 665	4 309	...	963	1 017
Totgeborene 3)	Anzahl	2 467	3 113	3 342	740	919	290	262	265	292
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 98 823	- 115 058	- 115 542	- 47 667	- 34 240	- 5 199	- 9 996	- 19 599	- 34 033
Deutsche	Anzahl	- 189 813	- 203 403	...	- 66 675	- 55 558
Ausländer	Anzahl	+ 90 990	+ 88 345	...	+ 19 008	+ 21 318
Wanderungen										
Zuzüge	Anzahl	1 268 004	1 070 037	...	235 103	261 207
dar.: Ausländer	Anzahl	986 872	773 929	...	183 776	187 873
Fortzüge	Anzahl	796 859	740 526	...	161 462	144 444
dar.: Ausländer	Anzahl	710 240	621 417	...	140 029	118 287
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 471 145	+ 329 511	...	+ 73 641	+ 116 763
dar.: Ausländer	Anzahl	+ 276 632	+ 152 512	...	+ 43 747	+ 69 586
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer	% der Bevölkerung	8,5	8,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	5,5	5,4	5,3	2,8	7,0	4,6 5)	3,2 5)	5,6 5)	1,7 5)
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	19,3	20,4
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	9,8	9,5	9,3	8,9	9,0	9,6 5)	9,3 5)	8,4 5)	9,0 5)
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer	15,0	14,4
	% aller Lebendgeb.	12,9	13,1	...	12,4	13,3
Zusammengefaßte Geburtenziffer 4)	% aller Lebendgeb.	1 278	1 243	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	14,8	15,4	...	15,7	15,6
Gestorbene 2)	je 1 000 Einwohner	11,1	10,9	10,7	11,2	10,7	10,4 5)	10,8 5)	11,2 5)	13,9 5)
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,7	1,8
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,6	0,6	...	0,5	0,6
Wanderungen										
Zuzüge										
dar.: Ausländer	% aller Zuzüge	77,8	72,3	...	78,2	71,9
Fortzüge										
dar.: Ausländer	% aller Fortzüge	89,1	83,9	...	86,7	81,9
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,4	+ 0,2	..	+ 0,3	+ 0,3
dar.: Ausländer	%	+ 5,9	+ 1,6
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 2,4	- 0,5	- 1,8	- 3,8	+ 3,2	+ 4,0	- 9,2	+ 3,4	- 12,0
Ehescheidungen	%	+ 15,9	+ 6,2
Lebendgeborene	%	- 1,3	- 3,6	- 0,8	- 1,9	- 5,3	+ 7,8	+ 2,1	- 5,7	+ 2,3
dar.: Ausländer	%	+ 2,8	- 2,1	...	- 4,5	- 5,2
Gestorbene 2)	%	+ 1,3	- 1,4	- 0,5	- 0,8	+ 2,3	- 2,1	+ 1,0	+ 5,8	+ 22,0
Wanderungen										
Zuzüge	%	- 14,9	- 15,6	...	- 3,5	+ 2,0
dar.: Ausländer	%	- 18,3	- 21,6	...	- 1,5	+ 2,2
Fortzüge	%	+ 13,6	- 7,1	...	- 9,7	- 18,8
dar.: Ausländer	%	+ 15,5	- 12,5	...	- 12,4	- 18,5

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Geburtsgewicht vom 1.7.1979 bis 31.3.1994 mindestens 1 000 Gramm, ab 1.4.1994 mindestens 500 Gramm - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 5) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995 ¹⁾	1995 ¹⁾		1995 ¹⁾			1996 ¹⁾
					1. Vj	2. Vj	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	65 740	66 007	...	66 047	66 140
dar.: Ausländer ²⁾	1 000
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	393 353	387 815	375 473	49 568	121 907	27 972	19 010	35 168	10 432
Ehescheidungen	Anzahl	138 064	143 144
Lebendgeborene	Anzahl	717 915	690 905	677 366	158 611	163 991	59 402	55 449	51 748	54 919
dar.: Ausländer	Anzahl	100 345	98 307	...	21 459	23 885
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	85 191	85 847	...	19 750	20 607
Gestorbene ³⁾	Anzahl	711 625	703 262	699 283	181 088	173 926	57 806	57 482	61 410	76 152
dar.: Ausländer	Anzahl	11 523	11 991	...	2 878	3 039
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	4 150	3 819	...	868	894
Totgeborene ⁴⁾	Anzahl	2 192	2 743	2 915	642	808	249	232	228	258
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 6 290	- 12 357	- 21 917	- 22 477	- 9 935	+ 1 596	- 2 033	- 9 662	- 21 233
Deutsche	Anzahl	- 82 532	- 98 673	...	- 41 058	- 30 781
Ausländer	Anzahl	+ 88 822	+ 86 316	...	+ 18 581	+ 20 846
Wanderungen										
Zuzüge	Anzahl	1 124 852	950 083	...	207 999	230 826
dar.: Ausländer	Anzahl	888 597	689 773	...	161 961	163 817
Fortzüge	Anzahl	730 722	682 841	...	147 664	129 749
dar.: Ausländer	Anzahl	655 586	571 572	...	126 992	106 386
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 394 130	+ 267 242	...	+ 60 335	+ 101 077
dar.: Ausländer	Anzahl	+ 233 011	+ 118 201	...	+ 34 969	+ 57 431
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer ²⁾	% der Bevölkerung
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,0	5,9	5,7	3,0	7,4	5,0 ⁶⁾	3,5 ⁶⁾	6,3 ⁶⁾	1,9 ⁶⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	21,1	21,7
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	11,0	10,5	10,2	9,7	10,0	10,6 ⁶⁾	10,2 ⁶⁾	9,2 ⁶⁾	9,8 ⁶⁾
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer
	% aller Lebendgeb.	14,0	14,2	...	13,5	14,6
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁵⁾	% aller Lebendgeb.	1 393	1 347	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	11,9	12,4	...	12,5	12,6
Gestorbene ³⁾	je 1 000 Einwohner	10,9	10,7	10,6	11,1	10,6	10,3 ⁶⁾	10,6 ⁶⁾	10,9 ⁶⁾	13,6 ⁶⁾
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,6	0,6	...	0,5	0,5
Wanderungen										
Zuzüge	% aller Zuzüge	79,0	72,6	...	77,9	80,0
dar.: Ausländer	% aller Zuzüge	89,7	83,7	...	86,0	82,0
Fortzüge	% aller Fortzüge	89,7	83,7	...	86,0	82,0
dar.: Ausländer	% aller Fortzüge	89,7	83,7	...	86,0	82,0
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,7	+ 0,4	.	+ 0,4	+ 0,4
dar.: Ausländer ²⁾	%
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 2,9	- 1,4	- 2,5	- 3,6	+ 1,3	+ 4,0	- 8,8	- 3,0	- 11,5
Ehescheidungen	%	+ 10,7	+ 3,7
Lebendgeborene	%	- 0,4	- 3,8	- 1,5	- 2,4	- 6,0	+ 7,2	+ 1,0	- 6,5	+ 1,3
dar.: Ausländer	%	+ 2,4	- 2,0	...	- 4,8	- 5,0
Gestorbene ³⁾	%	+ 2,4	- 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 2,8	- 1,1	+ 0,6	+ 4,1	+ 21,4
Wanderungen										
Zuzüge	%	- 18,0	- 15,5	...	- 3,2	+ 1,4
dar.: Ausländer	%	- 20,8	- 22,4	...	- 2,5	+ 0,2
Fortzüge	%	+ 8,4	- 6,6	...	- 10,8	- 20,8
dar.: Ausländer	%	+ 11,3	- 12,8	...	- 13,7	- 21,0

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ergebnisse der Auszählungen des Ausländerzentralregisters - 3) Ohne Totgeborene - 4) Geburtsgewicht vom 1.7.1979 bis 31.3.1994 mindestens 1 000 Gramm, ab 1.4.1994 mindestens 500 Gramm - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 6) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1993	1994	1995 1)	1995 1)		1995 1)			1996 1)
					1. Vj	2. Vj	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	15 598	15 531	...	15 516	15 503
dar.: Ausländer	1 000
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	49 252	52 429	54 177	6 418	19 500	3 533	2 154	3 589	1 231
Ehescheidungen	Anzahl	18 361	22 908
Lebendgeborene	Anzahl	80 532	78 698	82 163	19 389	19 735	7 171	7 049	6 589	7 232
dar.: Ausländer	Anzahl	2 529	2 421	...	545	558
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	33 093	32 613	...	8 145	8 121
Gestorbene 2)	Anzahl	185 645	181 399	175 788	44 579	44 040	13 966	15 012	16 526	20 032
dar.: Ausländer	Anzahl	361	392	...	118	86
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	515	490	..	95	123
Totgeborene 3)	Anzahl	275	370	427	98	111	41	30	37	34
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 105 113	- 102 701	- 93 625	- 25 190	- 24 305	- 6 795	- 7 963	- 9 937	- 12 800
Deutsche	Anzahl	- 107 281	- 104 730	...	- 25 617	- 24 777
Ausländer	Anzahl	+ 2 168	+ 2 029	...	+ 427	+ 472
Wanderungen										
Zuzüge	Anzahl	143 152	119 954	...	27 104	30 381
dar.: Ausländer	Anzahl	98 275	84 155	...	21 815	24 056
Fortzüge	Anzahl	66 137	57 685	...	13 798	14 695
dar.: Ausländer	Anzahl	54 654	49 845	...	13 037	11 901
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 77 015	+ 62 269	...	+ 13 306	+ 15 686
dar.: Ausländer	Anzahl	+ 43 621	+ 34 311	...	+ 7 778	+ 12 155
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer	% der Bevölkerung
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	3,1	3,4	3,5	1,7	5,0	2,7 5)	1,7 5)	2,7 5)	0,9 5)
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	11,7	14,7
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	5,1	5,1	5,3	5,1	5,1	5,4 5)	5,5 5)	5,0 5)	5,5 5)
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer
	% aller Lebendgeb.	3,1	3,1	...	2,8	2,8
Zusammengefaßte Geburtziffer 4)	% aller Lebendgeb.	775	772	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	41,1	41,4	...	42,0	41,2
Gestorbene 2)	je 1 000 Einwohner	11,9	11,7	11,3	11,6	11,4	10,6 5)	11,8 5)	12,6 5)	15,2 5)
dar.: Ausländer	je 1 000 Ausländer
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,6	0,6	..	0,5	0,6
Wanderungen										
Zuzüge										
dar.: Ausländer	% aller Zuzüge	68,7	70,2	...	80,5	79,2
Fortzüge										
dar.: Ausländer	% aller Fortzüge	82,6	86,4	...	94,5	81,0
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	- 0,6	- 0,4	...	- 0,4	- 0,4
dar.: Ausländer	%
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	+ 2,1	+ 6,4	+ 3,6	- 5,1	+ 16,9	+ 3,4	- 13,3	- 7,4	- 15,7
Ehescheidungen	%	+ 78,1	+ 24,8
Lebendgeborene	%	- 8,8	- 2,3	+ 5,5	+ 3,1	+ 1,2	+ 13,4	+ 11,8	+ 0,5	+ 10,5
dar.: Ausländer	%	+ 17,4	- 4,3	...	+ 7,9	- 13,8
Gestorbene 2)	%	- 2,4	- 2,3	- 2,0	- 4,7	+ 0,7	- 5,8	+ 2,5	+ 12,5	+ 24,5
Wanderungen										
Zuzüge	%	+ 21,9	- 16,2	...	- 5,7	+ 7,7
dar.: Ausländer	%	+ 15,0	- 14,4	...	+ 6,6	+ 19,2
Fortzüge	%	+ 139,8	- 12,8	...	+ 4,3	+ 3,6
dar.: Ausländer	%	+ 110,4	- 8,8	...	+ 2,9	+ 13,1

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Geburtsgewicht vom 1.7.1979 bis 31.3.1994 mindestens 1 000 Gramm, ab 1.4.1994 mindestens 500 Gramm - 4) Summe der altersspezifischen Geburtziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 5) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen			
	1992	1993	1994	1995	1995			
					1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
in jeweiligen Preisen								
Mrd. DM								
Entstehung des Inlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung ²⁾	2 845,54	2 909,26	3 055,34	3 192,57	760,18	786,35	810,04	836,00
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	40,61	36,33	35,98	37,21	/	/	/	/
Produzierendes Gewerbe	1 117,00	1 077,72	1 126,99	1 157,68	283,80	295,20	288,05	290,63
Handel und Verkehr	438,31	439,75	450,18	461,96	112,07	116,36	116,20	117,33
Dienstleistungsunternehmen	958,67	1 050,13	1 129,58	1 206,96	289,79	298,82	308,01	310,34
Staat, private Haushalte ³⁾	427,79	449,24	459,31	479,59	108,99	110,60	118,24	141,76
Verwendung des Inlandsprodukts								
Privater Verbrauch	1 754,52	1 834,41	1 902,37	1 972,02	473,43	487,70	486,16	524,73
Staatsverbrauch	617,21	631,68	646,19	675,40	153,11	157,89	164,94	199,46
Anlageinvestitionen	709,36	689,22	729,66	751,09	166,76	196,65	193,36	194,32
Ausrüstungen	301,79	261,48	257,83	262,71	58,52	65,43	62,76	76,00
Bauten	407,57	427,74	471,83	488,38	108,24	131,22	130,60	118,32
Vorratsveränderung	- 2,84	- 12,71	24,62	25,39	25,52	1,03	27,45	- 28,61
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	- 2,65	12,30	17,46	35,70	8,18	7,93	2,59	17,00
Ausfuhr ⁴⁾	728,78	695,88	752,69	795,65	193,47	197,14	193,19	211,85
Einfuhr ⁴⁾	731,43	683,58	735,23	759,95	185,29	189,21	190,60	194,85
Bruttoinlandsprodukt	3 075,60	3 154,90	3 320,30	3 459,60	827,00	851,20	874,50	906,90
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	3 094,50	3 161,50	3 312,40	3 445,60	822,50	852,40	871,40	899,30
Volkseinkommen								
insgesamt	2 366,08	2 392,26	2 499,92	2 616,02	616,38	645,58	663,71	690,35
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 740,34	1 775,64	1 815,00	1 873,46	427,33	447,96	464,45	533,72
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung ²⁾	7,8	2,2	5,0	4,5	5,6	4,9	4,4	3,1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 1,0	- 10,5	- 1,0	3,4	/	/	/	/
Produzierendes Gewerbe	3,7	- 3,5	4,6	2,7	6,1	3,5	1,8	- 0,2
Handel und Verkehr	5,4	0,3	2,6	2,6	2,8	3,3	2,6	1,7
Dienstleistungsunternehmen	13,8	9,5	7,6	6,9	6,9	6,9	7,0	6,6
Staat, private Haushalte ³⁾	10,5	5,0	2,2	4,4	2,9	4,7	5,9	4,1
Privater Verbrauch	7,7	4,6	3,7	3,7	3,3	4,8	3,2	3,4
Staatsverbrauch	10,8	2,3	2,3	4,5	2,7	4,3	5,6	5,3
Anlageinvestitionen	8,1	- 2,8	5,9	2,9	6,2	4,2	2,3	- 0,3
Ausfuhr ⁴⁾	0,7	- 4,5	8,2	5,7	8,0	3,4	4,3	7,3
Einfuhr ⁴⁾	0,6	- 6,5	7,6	3,4	6,8	3,9	1,7	1,4
Bruttoinlandsprodukt	7,8	2,6	5,2	4,2	4,9	4,7	4,2	3,2
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	7,4	2,2	4,8	4,0	4,4	4,4	4,4	3,0
Volkseinkommen	6,4	1,1	4,5	4,6	4,8	5,5	5,1	3,4
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	8,0	2,0	2,2	3,2	2,4	3,7	3,7	3,1
in Preisen von 1991								
Mrd. DM								
Entstehung des Inlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung ²⁾	2 695,51	2 664,35	2 734,03	2 794,29	676,15	696,98	710,26	710,90
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48,09	45,29	43,69	45,28	/	/	/	/
Produzierendes Gewerbe	1 065,15	1 004,06	1 037,14	1 045,11	255,91	265,78	259,13	264,29
Handel und Verkehr	424,93	422,17	425,02	432,89	104,32	108,16	109,23	111,18
Dienstleistungsunternehmen	889,91	926,12	965,53	1 008,03	245,60	252,82	255,49	254,12
Staat, private Haushalte ³⁾	395,57	401,01	404,42	409,22	102,71	102,43	102,23	101,85
Verwendung des Inlandsprodukts								
Privater Verbrauch	1 675,51	1 683,73	1 698,06	1 726,24	414,14	428,86	427,59	455,65
Staatsverbrauch	584,60	581,40	585,28	597,79	142,99	146,92	147,62	160,26
Anlageinvestitionen	679,27	640,91	668,19	678,36	151,08	176,79	174,03	176,46
Ausrüstungen	296,15	254,51	251,55	256,56	57,10	63,73	61,53	74,20
Bauten	383,12	386,40	416,64	421,80	93,98	113,06	112,50	102,26
Vorratsveränderung	- 1,99	- 6,81	28,08	26,71	24,61	2,72	25,43	- 26,05
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	- 20,99	- 16,83	- 14,51	- 6,30	0,98	- 2,99	- 9,27	4,98
Ausfuhr ⁴⁾	721,87	687,95	739,78	768,13	187,61	190,55	185,77	204,20
Einfuhr ⁴⁾	742,86	704,58	754,29	774,43	186,63	193,54	195,04	199,22
Bruttoinlandsprodukt	2 916,40	2 882,60	2 965,10	3 022,80	733,80	752,30	765,40	771,30
je Erwerbstätigen (1991 = 100)	104	105	109	111	108	111	112	113
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	2 934,50	2 888,90	2 958,10	3 010,60	729,80	753,40	762,70	764,70
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung ²⁾	2,1	- 1,2	2,6	2,2	3,7	2,5	1,8	0,9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17,2	- 5,8	- 3,5	3,6	/	/	/	/
Produzierendes Gewerbe	- 1,1	- 5,7	3,3	0,8	4,5	1,4	- 0,4	- 2,1
Handel und Verkehr	2,2	- 0,6	0,7	1,9	1,6	2,1	2,1	1,6
Dienstleistungsunternehmen	5,6	4,1	4,3	4,4	4,6	4,6	4,3	4,1
Staat, private Haushalte ³⁾	2,2	1,4	0,9	1,2	1,2	1,3	1,1	1,2
Privater Verbrauch	2,8	0,5	0,9	1,7	1,1	2,9	1,2	1,4
Staatsverbrauch	5,0	- 0,5	0,7	2,1	1,4	1,9	2,0	3,2
Anlageinvestitionen	3,5	- 5,6	4,3	1,5	4,6	2,5	0,9	- 1,3
Ausfuhr ⁴⁾	- 0,3	- 4,7	7,5	3,8	6,2	1,5	2,1	5,6
Einfuhr ⁴⁾	2,2	- 5,2	7,1	2,7	4,8	3,2	1,4	1,4
Bruttoinlandsprodukt	2,2	- 1,2	2,9	1,9	3,0	2,3	1,7	1,0
je Erwerbstätigen (1991 = 100)	4,1	0,6	3,6	2,2	3,1	2,4	2,0	1,5
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	1,8	- 1,6	2,4	1,8	2,5	2,0	1,8	0,8

1) Ab 1991 vorläufiges Ergebnis (Rechenstand März 1996) – 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. – 3) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 4) Von Waren und Dienstleistungen

Produzierendes Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen¹⁾

Deutschland

Jahr Monat	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Abteilungen									
		Darunter Verarbeitendes Gewerbe	Ernährungs- gewerbe	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe	Chemische Industrie	Metaller- zeugung und -bear- beitung	Maschi- nenbau	H.v. Büroma- schinen, DV -Geräten und -einrich- tungen	H.v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeugung und -verteilung	Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richten- technik

Beschäftigte am Monatsende

1 000

1995 ⁴⁾ Jan.	6 774,2	6 584,2	519,3	154,9	111,0	540,4	302,3	1 063,2	49,6	489,5	161,2	665,7
Febr.	6 778,8	6 589,2	518,1	154,4	109,8	541,2	300,9	1 064,4	50,6	489,3	161,5	666,0
März	6 799,8	6 609,7	517,2	153,7	108,4	541,7	301,1	1 065,2	50,6	490,5	161,3	670,6
April	6 778,2	6 589,3	515,9	152,2	106,9	537,2	300,7	1 062,0	50,4	487,7	161,2	671,1
Mai	6 779,1	6 590,9	517,8	151,7	106,1	537,6	300,5	1 061,7	50,2	488,4	160,2	672,9
Juni	6 786,5	6 599,4	521,0	150,7	105,7	537,3	300,7	1 061,8	50,0	489,1	161,0	673,5
Juli	6 801,8	6 616,2	528,0	149,5	105,5	537,6	302,1	1 064,3	49,8	490,9	161,8	679,2
Aug.	6 813,5	6 628,4	532,8	148,5	105,0	538,8	301,0	1 068,6	49,7	492,2	161,3	677,0
Sept.	6 806,9	6 622,2	533,8	148,3	103,7	539,7	301,4	1 070,0	49,2	493,5	160,7	674,1
Okt.	6 766,0	6 582,9	529,8	147,3	102,3	535,4	299,3	1 064,2	48,8	489,8	159,2	672,6
Nov.	6 744,3	6 562,0	528,0	147,1	101,3	535,0	298,2	1 061,9	48,4	484,1	159,4	672,4
Dez.	6 691,2	6 510,2	522,0	145,4	100,5	535,1	294,8	1 056,5	48,1	481,5	156,5	666,7

Umsatz insgesamt²⁾

Mill. DM

1995 ⁴⁾ Jan.	158 219,2	154 798,6	16 556,4	2 756,4	2 536,7	19 830,5	8 660,9	16 737,3	2 272,1	10 223,4	2 966,8	19 494,3
Febr.	161 385,2	158 125,8	17 054,8	2 724,5	2 539,6	19 096,8	8 363,6	18 199,3	2 151,6	9 570,8	2 839,6	21 539,2
März	192 113,6	188 337,8	19 510,8	3 163,0	2 488,0	22 170,5	9 824,5	22 165,7	2 488,0	11 579,2	3 363,2	25 867,3
April	160 979,1	157 653,5	17 467,9	2 537,0	1 248,3	19 005,0	8 177,7	18 713,1	1 785,8	8 981,9	2 917,1	21 254,7
Mai	178 667,2	175 138,9	19 114,9	2 758,0	1 188,9	20 916,0	9 189,1	20 751,1	2 180,9	10 357,2	3 013,0	24 116,0
Juni	179 153,1	175 905,8	18 539,4	2 640,6	1 395,5	20 425,7	8 908,7	22 788,3	2 204,5	10 803,5	3 431,2	23 051,6
Juli	162 216,2	159 211,8	17 323,7	2 412,7	2 285,4	18 836,2	8 290,3	19 856,7	2 097,3	9 736,6	2 926,5	18 104,8
Aug.	163 490,4	160 368,3	18 803,2	2 296,6	2 738,8	18 774,5	8 136,9	19 525,4	2 145,6	10 269,8	2 825,7	16 691,5
Sept.	183 362,0	180 060,2	18 526,1	2 859,7	2 476,5	19 656,2	8 932,5	22 978,9	2 911,5	12 996,6	3 588,4	21 722,7
Okt.	176 708,2	173 291,9	19 248,2	2 862,1	1 675,4	19 325,1	8 721,5	21 748,4	2 603,0	9 886,2	3 720,1	21 628,3
Nov.	183 935,5	180 387,0	19 565,5	2 844,8	1 452,2	19 357,5	8 683,6	23 263,5	2 897,8	9 536,9	3 968,4	24 199,9
Dez.	174 542,6	170 873,4	18 702,5	2 140,8	1 378,9	17 195,2	6 546,7	26 552,9	3 011,1	9 980,7	4 413,3	22 102,2

darunter Auslandsumsatz³⁾

Mill. DM

1995 ⁴⁾ Jan.	45 370,2	45 157,3	1 643,5	744,9	633,7	7 909,2	2 674,6	6 951,0	995,3	3 220,4	1 030,7	9 738,4
Febr.	47 139,5	46 955,6	1 710,2	749,4	615,1	7 647,0	2 653,8	7 830,2	950,7	3 160,2	1 118,8	10 702,6
März	55 244,3	55 027,0	1 855,6	851,8	589,3	8 799,5	3 120,0	9 200,5	1 014,5	3 848,6	1 325,0	12 410,3
April	45 769,0	45 578,5	1 639,5	689,5	219,5	7 527,8	2 609,7	8 006,6	770,7	2 931,1	1 105,9	10 076,1
Mai	50 652,1	50 457,0	1 796,0	747,1	190,8	8 339,6	2 845,5	8 528,9	950,7	3 509,7	1 209,8	11 358,4
Juni	51 965,4	51 778,5	1 813,8	727,4	288,4	8 196,5	2 839,8	10 235,5	905,3	3 703,2	1 354,7	10 831,1
Juli	44 533,6	44 386,7	1 633,9	637,5	578,7	7 387,7	2 592,2	8 174,6	892,6	3 407,4	1 042,8	8 454,1
Aug.	44 150,4	43 988,7	1 776,6	580,1	715,6	7 115,9	2 708,9	8 103,4	841,9	3 492,7	1 189,3	7 592,9
Sept.	52 001,5	51 804,8	1 814,1	742,1	584,9	7 460,5	2 961,2	9 830,8	1 004,5	4 425,7	1 455,8	10 223,1
Okt.	50 167,2	49 981,4	2 043,6	743,4	334,9	7 542,8	2 996,6	9 448,8	1 039,5	3 231,6	1 413,9	10 528,3
Nov.	52 299,0	52 108,9	2 117,2	731,3	247,9	7 395,6	2 950,6	10 074,9	1 144,1	2 868,3	1 529,6	11 297,1
Dez.	50 634,7	50 461,1	1 775,2	557,0	306,0	6 620,7	2 331,4	12 244,4	1 312,2	3 090,7	1 630,9	10 205,2

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1

1) Darstellung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk Kombinierte Betriebe werden mit ihrem gesamten Betrieb derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes liegt. Ohne Energie- und Wasserversorgung sowie ohne Baugewerbe - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) Direktumsätze mit Abnehmern im Ausland, und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsätze mit deutschen Exporteuren - 4) Vorläufige Ergebnisse.

**Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe
Deutschland
1991 = 100**

Jahr Monat	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe (ohne Herstellung von Leder- bekleidung)	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten				
1993	90,5	91,3	90,3	84,1	96,2	85,3	90,0	97,8	97,8
1994	98,0	99,4	98,6	91,3	96,6	83,1	84,9	99,5	105,3
1995	99,8	100,6	102,4	91,1	97,0	80,6	81,3	96,3	101,6
1994 Sept.	106,9	106,7	108,6	96,4	116,8	93,6	128,2	137,4	117,9
Okt.	98,8	102,4	96,9	92,7	95,5	84,9	68,1	133,6	115,0
Nov.	103,5	107,1	103,8	99,2	87,2	86,7	48,0	92,2	119,4
Dez.	103,7	102,6	115,1	88,0	81,8	69,9	40,6	63,4	97,4
1995 Jan.	99,8	104,4	96,9	93,1	95,2	84,6	74,4	83,9	102,6
Febr.	100,6	103,2	98,0	92,3	108,8	89,8	134,8	100,6	99,6
März	116,7	117,0	117,7	107,3	125,0	102,9	146,9	142,9	113,2
April	92,9	97,4	90,5	86,2	86,8	76,1	58,9	99,1	97,8
Mai	102,7	104,4	106,3	94,9	87,4	80,9	45,6	84,0	105,7
Juni	99,8	103,0	102,1	88,0	86,7	74,7	42,5	68,3	104,5
Juli	96,2	95,2	104,5	82,2	86,8	66,9	65,2	74,5	96,7
Aug.	92,6	93,5	93,7	77,1	107,4	72,6	125,8	106,0	96,4
Sept.	104,5	100,5	111,6	92,9	115,1	88,3	123,5	137,1	104,3
Okt.	97,7	99,3	96,7	94,5	98,0	85,3	73,5	109,7	105,3
Nov.	101,8	99,7	107,7	100,6	89,0	82,6	47,0	93,4	107,3
Dez.	92,7	89,1	103,5	84,2	78,1	62,2	37,0	56,0	85,2
1996 Jan. ⁴⁾	98,4	97,5	102,1	93,7	94,9	78,3	63,3	81,7	86,8

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ³⁾
1993	88,4	95,9	92,9	87,7	94,5	95,6	103,8	85,1	83,4
1994	95,5	95,4	100,3	98,1	101,5	103,3	112,6	101,0	104,4
1995	106,5	98,4	105,1	105,4	106,3	107,2	107,0	96,3	93,6
1994 Sept.	100,2	98,7	107,0	104,7	108,0	110,0	124,6	102,8	105,6
Okt.	97,4	99,5	102,9	103,3	108,4	110,5	121,1	99,9	99,7
Nov.	104,3	107,6	102,9	103,8	111,9	113,7	119,2	110,2	110,9
Dez.	105,9	105,1	103,1	106,8	93,9	95,9	102,0	102,7	106,5
1995 Jan.	109,5	95,7	109,9	113,8	105,3	107,3	102,3	110,2	113,6
Febr.	110,5	92,1	104,9	110,5	105,7	107,6	100,3	112,1	119,4
März	123,3	107,3	118,4	120,2	121,6	122,5	119,8	124,6	125,7
April	102,1	90,5	102,7	106,0	102,5	103,7	106,4	93,8	94,1
Mai	112,9	95,1	111,1	113,3	112,1	114,5	115,1	100,1	97,3
Juni	113,0	95,3	111,3	112,5	110,2	111,1	111,9	95,5	85,2
Juli	100,7	92,9	100,7	100,8	102,3	103,3	108,5	90,1	83,6
Aug.	99,3	94,3	99,6	98,3	103,4	104,0	106,4	85,4	77,8
Sept.	103,6	100,6	104,7	101,7	108,5	108,4	110,0	88,0	82,6
Okt.	105,4	105,8	103,0	100,7	109,4	109,9	110,8	89,3	86,4
Nov.	107,8	110,9	100,6	96,0	108,1	106,9	109,9	90,9	83,3
Dez.	90,2	100,4	94,3	91,2	85,9	86,6	82,2	76,0	74,4
1996 Jan. ⁴⁾	106,8	97,6	107,9	103,8	97,4	98,1	89,1	89,6	87,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

1) Auftragszugang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 3) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. – 4) Vorläufiges Ergebnis

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe
Deutschland
1991 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a n.g.	
1993	93,1	101,2	90,9	94,9	93,1	80,4	89,7	81,4
1994	100,3	106,6	99,3	105,2	102,1	91,5	101,5	90,3
1995	104,9	112,1	98,7	106,8	99,9	93,5	109,0	88,7
1994 Sept.	110,0	122,0	107,6	116,3	103,9	99,1	109,1	120,5
Okt.	102,6	106,0	104,6	110,9	103,9	92,4	103,8	75,9
Nov.	105,9	103,2	105,1	110,1	110,3	99,1	107,8	86,1
Dez.	98,5	107,7	113,2	111,7	121,6	118,8	120,8	114,7
1995 Jan.	101,0	89,5	97,3	108,6	97,1	91,2	102,6	92,9
Febr.	100,0	96,2	98,3	112,8	97,2	94,0	100,0	93,4
März	117,5	125,5	114,2	124,1	133,2	105,1	122,1	102,0
April	98,9	111,3	90,0	101,0	91,4	82,3	95,8	68,8
Mai	107,6	119,0	103,3	107,4	104,4	95,1	133,2	80,0
Juni	109,4	124,1	99,9	115,5	95,8	92,4	115,1	83,7
Juli	102,8	111,5	95,7	102,4	96,1	97,0	109,8	75,5
Aug.	103,1	120,7	93,3	95,2	94,9	85,4	98,7	82,1
Sept.	118,4	115,6	102,6	123,9	100,3	97,1	113,6	109,5
Okt.	103,5	112,9	93,9	97,0	97,7	87,6	102,4	83,7
Nov.	105,2	110,9	97,6	98,2	98,4	96,3	98,9	95,0
Dez.	91,8	108,2	98,3	95,8	92,7	98,4	116,3	97,4
1996 Jan. ²⁾	105,6	99,4	98,0	106,6	94,2	97,0	109,5	93,3

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.a.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1993	98,3	97,6	97,8	90,3	97,1	95,4	80,6	77,9	91,0	101,1
1994	102,0	102,3	101,4	94,1	103,1	101,0	93,2	91,8	91,2	102,1
1995	97,5	93,4	98,9	101,4	103,1	99,9	94,1	92,5	136,0	99,9
1994 Sept.	119,2	118,8	120,4	105,6	116,1	110,3	95,0	92,2	115,5	109,0
Okt.	98,6	100,0	94,8	98,6	107,7	103,1	92,8	89,0	49,4	109,0
Nov.	109,5	109,0	108,0	100,3	109,8	109,1	98,7	97,3	98,8	117,4
Dez.	130,4	129,6	135,9	104,8	118,5	111,9	91,2	87,6	171,4	96,8
1995 Jan.	100,4	97,1	98,0	96,5	101,0	101,9	95,9	95,0	73,2	106,4
Febr.	98,4	95,3	92,7	94,6	100,9	97,7	96,3	95,5	83,0	105,4
März	113,8	116,4	104,9	121,1	144,6	111,1	113,8	115,9	117,1	115,8
April	92,9	83,8	112,8	92,6	88,5	88,3	89,8	87,9	82,2	93,3
Mai	94,4	94,4	93,1	90,2	81,3	99,5	101,0	101,0	163,9	99,3
Juni	98,3	92,1	98,6	101,4	96,4	102,0	91,9	89,0	116,0	98,1
Juli	90,2	90,7	84,4	104,5	118,1	96,6	88,0	87,3	206,8	84,7
Aug.	84,8	83,6	80,6	98,1	96,5	89,2	78,5	74,6	115,0	90,3
Sept.	109,3	93,2	120,3	114,9	118,6	111,6	91,2	87,6	161,2	101,0
Okt.	92,0	83,8	87,9	99,8	93,7	95,5	94,6	91,1	107,5	107,9
Nov.	89,8	88,7	87,3	100,4	84,2	105,5	98,2	97,2	241,9	112,3
Dez.	105,3	101,6	126,3	102,8	113,5	100,4	90,5	88,0	164,1	84,6
1996 Jan. ²⁾	98,5	97,4	94,9	101,5	108,3	106,0	97,6	97,9	103,7	103,2

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Vorläufiges Ergebnis.

**Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe
Früheres Bundesgebiet
1991 = 100**

Jahr Monat	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe (ohne Herstellung von Leder- bekleidung)	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- guterproduzenten	Investi- tions- guterproduzenten	Ge- brauchs- guterproduzenten	Ver- brauchs- guterproduzenten				
1993	89,9	90,9	89,7	82,7	96,7	85,6	90,2	102,4	97,0
1994	97,1	98,4	98,0	89,3	97,0	82,5	84,7	103,6	103,6
1995	98,2	98,7	100,7	89,5	97,1	78,8	81,2	100,4	98,1
1994 Sept.	105,9	105,3	108,4	93,8	117,6	93,1	128,2	143,8	115,4
Okt.	97,8	101,0	96,6	90,1	95,7	84,4	67,7	139,3	112,9
Nov.	101,9	105,3	102,6	96,4	86,7	85,5	47,1	95,5	116,6
Dez.	102,6	101,1	114,6	86,1	81,8	69,1	40,0	65,3	95,3
1995 Jan.	98,8	102,8	96,5	91,5	95,4	82,7	74,1	87,2	100,2
Febr.	99,7	101,5	98,3	90,7	109,5	88,1	135,3	105,2	96,7
März	114,9	115,1	115,7	105,4	125,8	101,2	147,8	150,1	110,2
April	91,7	95,8	89,8	84,7	86,6	74,3	58,8	103,9	94,9
Mai	100,2	102,4	102,4	93,5	87,0	78,5	45,2	86,6	102,3
Juni	98,4	101,1	101,8	86,3	86,3	73,1	41,8	70,1	101,1
Juli	95,8	93,7	105,5	81,6	87,1	66,1	65,1	77,1	93,4
Aug.	90,7	91,3	91,7	75,2	107,5	70,7	126,5	110,8	91,3
Sept.	103,4	98,4	111,8	91,3	115,6	86,8	124,1	144,0	100,0
Okt.	95,7	97,5	93,6	92,7	98,1	83,8	73,5	114,7	101,5
Nov.	98,2	97,6	101,0	98,4	88,2	80,4	46,1	97,2	103,1
Dez.	90,7	87,4	100,8	82,7	77,8	60,4	36,6	58,0	82,3
1996 Jan. ⁴⁾	96,9	95,8	100,6	92,0	94,7	75,5	63,2	85,2	83,4

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von beschrifteten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ³⁾
1993	88,3	95,0	93,8	88,6	92,8	93,4	101,4	85,0	83,8
1994	94,7	93,7	101,1	98,8	98,3	99,3	107,5	100,8	105,5
1995	103,8	97,0	105,5	105,8	101,8	101,9	100,9	95,6	93,6
1994 Sept.	99,2	96,6	107,6	105,0	104,1	105,2	116,8	101,9	105,2
Okt.	96,4	97,7	103,2	103,3	104,9	106,1	115,5	98,6	98,3
Nov.	103,0	105,1	102,6	102,9	107,9	109,0	112,5	108,1	107,5
Dez.	104,4	103,2	103,0	106,3	90,8	92,1	97,7	101,4	105,6
1995 Jan.	107,5	93,7	110,7	114,6	101,7	103,0	97,7	109,9	114,9
Febr.	108,9	89,8	105,3	110,9	101,9	103,4	94,8	111,7	120,3
März	120,1	105,9	119,0	120,8	117,2	117,3	112,9	123,7	125,9
April	99,8	89,6	103,0	106,3	97,9	98,3	100,7	93,3	94,9
Mai	110,3	93,8	111,7	114,2	107,3	108,7	108,7	99,4	97,1
Juni	109,6	94,6	111,7	113,0	105,7	105,7	105,6	94,3	85,8
Juli	97,8	92,1	101,4	101,6	98,0	98,3	103,0	89,8	84,6
Aug.	96,2	93,0	100,0	99,0	98,1	97,8	98,9	84,5	77,3
Sept.	100,2	99,0	105,2	102,4	103,5	102,5	102,8	86,7	81,0
Okt.	102,7	103,5	103,5	101,2	104,6	104,3	104,5	88,4	85,2
Nov.	104,8	109,1	100,7	96,0	103,2	101,3	102,9	90,5	83,2
Dez.	88,2	99,3	93,6	89,3	82,3	82,4	78,7	75,3	73,4
1996 Jan. ⁴⁾	103,6	96,3	108,5	104,3	94,0	94,3	85,5	89,1	86,7

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 3) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. –

4) Vorläufiges Ergebnis.

**Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe
Früheres Bundesgebiet
1991 = 100**

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1993	90,9	96,6	91,5	95,2	92,3	80,6	90,3	81,1
1994	97,2	99,6	100,3	105,9	101,6	91,7	102,5	89,7
1995	100,7	104,0	99,4	107,7	99,4	92,2	107,6	88,2
1994 Sept.	105,7	110,2	108,6	117,5	103,6	98,6	110,3	120,4
Okt.	99,4	98,8	105,3	110,3	103,0	92,0	104,9	74,9
Nov.	102,3	95,4	106,2	110,9	109,4	99,8	109,2	84,1
Dez.	95,3	102,5	114,4	112,4	121,7	119,1	122,2	113,1
1995 Jan.	97,7	84,2	98,1	108,8	94,8	89,5	102,9	93,0
Febr.	97,0	91,2	99,2	114,7	96,0	92,0	99,4	93,5
März	111,8	112,9	114,1	123,8	133,6	104,1	118,3	102,0
April	95,5	104,2	90,4	101,3	91,4	80,5	93,1	68,6
Mai	103,5	111,0	104,6	108,7	103,8	94,8	131,7	79,9
Juni	105,0	115,9	101,0	117,0	95,3	91,0	114,6	84,1
Juli	99,0	105,4	97,4	103,8	96,3	96,4	109,1	75,4
Aug.	98,0	111,6	93,1	95,7	95,3	80,9	97,2	81,8
Sept.	114,3	108,5	103,3	125,7	98,2	97,2	111,0	109,8
Okt.	99,1	105,9	94,6	98,2	96,6	87,8	101,3	82,4
Nov.	100,6	101,7	98,6	98,7	98,3	95,3	97,7	92,8
Dez.	86,9	95,0	98,8	96,4	93,2	96,6	114,6	95,0
1996 Jan. ²⁾	101,6	92,7	99,0	107,2	94,7	96,9	107,1	92,7

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraft- wagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1993	97,9	97,2	97,5	89,9	96,3	94,9	79,3	76,5	89,6	99,4
1994	101,1	101,7	100,8	93,4	102,3	99,9	91,4	89,6	92,2	99,5
1995	95,1	90,7	95,8	100,6	101,8	98,6	92,7	91,1	127,6	96,4
1994 Sept.	118,5	118,0	120,0	104,2	114,0	108,9	93,0	89,5	130,1	105,8
Okt.	98,0	99,5	94,4	97,7	106,6	101,5	90,4	86,4	53,5	105,8
Nov.	108,4	108,1	107,2	100,0	109,0	107,7	96,6	94,5	91,7	113,4
Dez.	130,2	129,3	136,0	104,1	117,2	111,0	89,1	85,3	183,4	94,1
1995 Jan.	98,2	95,0	94,1	95,4	100,1	100,6	94,3	93,5	74,4	103,4
Febr.	96,5	93,7	88,6	93,0	100,1	96,6	95,2	94,3	93,4	101,9
März	111,6	113,8	101,5	119,5	141,4	109,9	112,3	114,2	111,8	111,8
April	90,9	81,6	111,5	92,1	88,0	87,2	88,6	86,6	85,0	90,0
Mai	90,7	90,7	86,5	89,5	80,7	98,3	99,3	99,4	115,9	96,0
Juni	96,0	88,4	96,2	100,8	95,0	101,2	90,2	87,3	124,6	94,5
Juli	88,4	88,1	82,0	105,1	118,2	96,1	87,5	86,9	238,2	82,3
Aug.	82,1	81,6	75,2	97,2	95,3	87,7	76,8	72,8	112,9	86,4
Sept.	107,9	90,5	118,5	113,8	116,5	110,6	89,6	86,1	185,2	97,0
Okt.	91,0	82,6	86,3	99,2	93,3	94,3	93,2	89,7	70,7	103,8
Nov.	86,8	84,6	84,5	99,6	82,4	102,2	96,4	95,3	162,6	107,7
Dez.	101,1	97,8	125,1	101,7	110,5	98,4	89,4	86,7	156,5	81,5
1996 Jan. ²⁾	95,3	94,2	92,1	99,8	104,8	104,3	95,8	96,3	94,6	99,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2
Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.
1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Vorläufiges Ergebnis

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe (ohne Herstellung von Leder- bekleidung)	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten				
1993	104,9	102,4	104,7	162,3	80,8	78,5	83,8	39,8	123,9
1994	122,6	128,0	111,4	212,4	87,0	97,5	94,0	48,4	158,9
1995	140,7	147,4	135,1	198,4	96,0	123,2	82,1	45,2	197,4
1994 Sept.	134,5	145,0	114,5	248,1	98,2	104,3	125,2	55,1	192,4
Okt.	127,6	139,5	105,9	243,4	90,9	95,7	87,3	62,0	180,2
Nov.	148,1	157,1	131,6	265,1	100,3	114,4	85,1	50,9	203,8
Dez.	133,5	141,8	124,9	198,4	82,6	88,1	67,4	39,7	160,8
1995 Jan.	125,9 r	144,2 r	104,9	199,9	91,6	132,0	87,0	41,9	167,2
Febr.	121,3 r	146,7 r	92,6	193,4	89,5	131,0	111,4	45,0	180,3
März	159,5 r	165,8 r	155,0	227,7	103,2	144,1	102,1	52,5	198,7
April	122,2 r	138,7 r	103,4	185,1	92,6	120,1	65,2	40,2	177,1
Mai	165,3 r	156,1 r	182,4	196,5	99,0	140,1	65,9	52,7	201,0
Juni	132,5 r	153,4 r	109,6	199,1	97,7	114,4	73,6	46,4	199,9
Juli	108,2 r	133,0 r	85,2	125,8	79,8	85,3	69,2	41,5	185,9
Aug.	141,0 r	148,4 r	132,6	205,7	103,5	119,1	89,1	46,5	236,4
Sept.	132,0 r	153,4 r	107,3	202,6	102,9	126,5	99,8	51,5	224,6
Okt.	148,7	143,9	155,5	213,8	96,9	123,1	73,0	46,6	209,2
Nov.	190,6	153,0	237,3	242,7	110,1	136,8	90,9	46,4	223,2
Dez.	141,4	132,6	154,9	188,1	84,7	105,8	57,7	30,9	165,0
1996 Jan. ⁴⁾	136,5	140,5	131,0	208,8	98,3	147,6	68,6	37,9	178,6

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ³⁾
1993	91,4	124,2	75,0	72,9	204,5	308,8	143,1	86,5	77,6
1994	125,2	148,5	85,7	86,8	307,7	482,7	197,0	104,3	91,2
1995	190,2	152,3	97,5	99,9	407,3	563,3	208,6	107,6	93,7
1994 Sept.	139,9	160,6	96,0	100,2	361,5	566,0	255,1	116,4	109,9
Okt.	137,5	155,3	98,6	103,9	332,9	533,2	215,8	118,5	115,6
Nov.	149,8	184,4	109,9	118,0	364,2	556,2	230,9	141,2	149,9
Dez.	161,7	164,1	104,4	114,3	289,4	456,3	173,6	121,4	116,1
1995 Jan.	174,1	172,0	95,9	103,5	344,3	476,6	180,4	114,4	98,8
Febr.	160,2	175,0	96,9	103,5	366,2	474,5	192,9	118,2	108,7
März	222,9	157,7	106,9	111,5	412,8	571,7	237,5	138,9	123,9
April	173,9	123,5	96,0	101,4	411,6	575,5	204,0	102,3	85,1
Mai	190,8	140,8	98,8	100,7	439,8	620,1	222,7	111,8	100,4
Juni	219,1	118,8	103,5	104,3	411,0	584,3	217,4	114,3	78,8
Juli	190,3	120,2	86,6	87,6	391,2	541,2	200,7	95,2	72,1
Aug.	196,4	141,6	91,6	88,7	462,7	651,2	234,2	99,8	84,0
Sept.	208,5	162,4	95,5	91,2	448,8	622,7	229,5	108,7	101,8
Okt.	191,3	191,2	93,0	93,1	430,8	593,6	216,3	103,4	100,8
Nov.	202,0	179,6	99,2	95,4	437,9	597,9	226,9	97,3	84,0
Dez.	152,5	144,4	106,5	118,2	330,1	450,1	140,4	87,3	85,9
1996 Jan. ⁴⁾	206,9	143,4	97,0	96,2	322,8	433,4	149,9	97,3	96,0

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 3) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. – 4) Vorläufiges Ergebnis

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1993	165,6	177,7	80,0	88,3	124,7	75,6	78,6	98,8
1994	205,5	224,3	81,1	90,2	121,8	86,5	83,2	133,2
1995	225,0	247,7	87,0	88,9	120,8	118,4	139,8	105,4
1994 Sept.	244,9	319,7	88,9	92,3	113,0	107,8	87,7	120,2
Okt.	209,8	226,8	91,9	122,7	135,4	101,0	84,6	151,3
Nov.	232,3	233,5	85,0	92,9	145,4	86,0	83,9	236,5
Dez.	209,6	196,7	91,6	98,0	118,6	111,8	96,0	230,7
1995 Jan.	193,3	177,5	83,8	104,7	183,0	124,3	96,4	90,5
Febr.	186,2	179,6	83,0	74,2	143,4	131,0	110,8	92,3
März	279,6	335,5	116,5	129,7	116,9	123,4	202,6	101,0
April	196,7	228,2	84,5	96,3	91,7	116,2	153,1	74,7
Mai	225,3	253,0	82,0	79,6	127,5	99,5	164,8	83,4
Juni	235,2	261,7	82,6	87,8	117,7	119,0	125,4	69,5
Juli	211,0	213,7	68,3	74,0	87,4	108,4	124,8	78,2
Aug.	246,8	272,4	96,8	83,8	80,4	172,7	130,7	92,8
Sept.	233,0	233,4	91,4	89,1	180,9	95,0	167,9	96,1
Okt.	228,3	228,3	82,8	73,6	139,7	83,4	124,7	130,7
Nov.	234,8	262,5	81,3	89,5	104,0	115,5	124,0	171,4
Dez.	229,8	326,6	90,7	84,0	76,5	132,7	152,3	183,9
1996 Jan. ²⁾	219,3	210,8	81,0	95,5	76,9	99,7	159,4	115,6

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraft- wagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1993	108,8	113,8	108,6	107,9	127,7	130,0	221,5	711,7	98,9	146,2
1994	123,9	125,5	122,4	118,9	132,9	166,1	305,0	1 133,0	84,2	170,2
1995	156,8	171,5	197,7	136,1	183,7	164,9	238,3	764,3	180,5	209,0
1994 Sept.	138,8	146,5	131,7	165,6	194,0	196,2	347,9	1 370,9	26,4	191,2
Okt.	114,1	118,8	110,4	133,1	146,7	188,8	349,8	1 277,8	23,0	192,3
Nov.	139,2	138,9	138,3	112,7	136,8	191,4	355,4	1 415,5	142,2	219,4
Dez.	136,9	141,0	132,7	132,7	164,6	174,0	333,1	1 141,7	95,7	166,8
1995 Jan.	155,5	156,9	224,5	142,2	151,9	163,2	258,0	787,7	66,7	196,8
Febr.	145,8	143,1	225,2	162,4	150,5	150,8	212,8	693,4	28,1	211,9
März	170,6	191,5	211,1	183,4	338,4	167,4	258,4	879,8	145,2	241,6
April	142,2	145,7	155,7	111,4	118,4	138,2	218,1	718,7	67,3	194,9
Mai	186,2	201,6	303,7	120,5	120,0	161,2	271,4	819,4	417,6	199,9
Juni	155,4	198,1	174,1	129,3	183,0	143,6	267,1	879,8	70,8	207,9
Juli	135,0	164,9	160,2	78,8	111,3	119,6	139,3	280,5	40,8	158,4
Aug.	151,2	142,0	253,5	134,4	171,3	159,8	262,6	937,8	126,3	209,2
Sept.	146,1	170,8	177,4	159,7	247,7	159,7	243,4	747,5	34,5	224,3
Okt.	117,3	119,6	141,6	124,9	119,3	152,0	242,9	766,4	302,2	233,3
Nov.	166,0	209,8	177,2	136,5	194,3	267,3	277,0	977,4	661,3	250,9
Dez.	210,6	213,9	167,9	150,2	298,3	195,9	208,8	683,2	204,6	179,2
1996 Jan. ²⁾	177,9	189,0	183,0	169,6	318,9	187,2	276,7	837,0	151,7	205,9

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Vorläufiges Ergebnis.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1991 = 100**

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe			Energieversorgung			Hauptgruppen				Bauhauptgewerbe
	(einschl. Bauhauptgewerbe)	(ohne Bauhauptgewerbe)	zusammen	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	zusammen	Elektrizitätsversorgung	Gas-	Vorteilungsgüterproduzenten	Investitions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs-	

Originalwert

1993	93,4	91,2	90,7	86,1	90,8	98,4	97,7	103,4	93,0	86,3	86,8	95,7	115,5
1994	97,4	94,4	94,0	83,1	94,4	99,2	97,9	108,3	98,7	88,0	90,5	95,5	126,9
1995	97,5	95,0	94,7	79,4	95,2	100,1	97,9	115,2	98,7	90,0	89,4	96,5	121,0
1994 Sept.	106,3	101,9	102,6	87,4	103,1	91,0	91,4	88,4	106,9	97,9	101,8	100,5	149,4
Okt.	101,9	98,1	97,8	89,0	98,1	102,7	100,7	116,4	103,6	89,6	94,9	100,6	138,3
Nov.	106,6	103,0	103,0	92,9	103,3	103,6	102,7	109,5	107,5	95,7	102,9	105,3	141,3
Dez.	100,2	99,3	98,5	84,9	98,9	111,8	107,6	140,0	98,2	102,8	92,1	93,9	108,5
1995 Jan.	89,2	89,8	87,8	74,4	88,2	118,4	114,4	145,2	94,4	75,0	88,3	96,1	83,8
Febr.	92,1	91,0	90,2	71,7	90,8	101,6	98,7	120,8	95,5	82,1	90,3	92,4	102,6
Marz	107,3	105,4	105,0	85,0	105,6	111,0	107,8	132,3	110,1	98,6	106,0	103,2	125,5
April	92,6	89,9	89,5	73,9	90,0	95,7	94,3	105,3	96,4	81,7	84,3	89,3	118,7
Mai	101,8	98,1	98,4	82,9	99,0	93,3	91,9	102,4	103,7	92,1	96,5	97,9	136,9
Juni	100,7	97,5	98,1	79,9	98,7	88,8	88,1	93,6	102,5	94,9	92,8	95,3	131,8
Juli	92,3	88,8	89,0	78,5	89,3	86,3	86,4	85,5	94,6	84,6	73,1	92,1	125,6
Aug.	91,1	87,0	87,1	80,1	87,3	86,0	86,3	83,8	93,1	80,4	68,0	96,5	130,2
Sept.	101,8	98,6	99,0	83,1	99,6	91,5	92,1	87,7	102,9	94,6	96,4	99,0	132,5
Okt.	101,8	97,9	97,9	85,1	98,4	96,8	95,8	103,6	102,1	91,1	96,0	102,1	139,2
Nov.	106,9	103,6	103,0	84,9	103,6	112,5	106,9	149,8	103,4	101,2	103,2	105,6	138,9
Dez.	92,2	92,8	91,0	73,0	91,5	119,6	111,7	172,7	85,1	103,8	77,9	88,9	86,5
1996 Jan. 1)	91,2	92,2	90,0	74,8	90,5	123,1	116,4	168,5	91,0	89,8	84,6	91,4	81,3

arbeitstäglich bereinigter Wert

1993	92,8	90,5	90,0	85,7	90,1	98,2	97,5	103,3	92,4	85,6	85,9	95,1	114,3
1994	97,0	93,9	93,6	82,8	93,9	99,1	97,7	108,3	98,3	87,5	89,8	95,1	126,0
1995	97,2	94,7	94,4	79,2	94,9	100,0	97,8	115,2	98,4	89,7	89,0	96,2	120,5
1994 Sept.	104,8	100,5	101,2	86,5	101,7	90,7	91,0	88,4	105,5	96,5	99,9	99,2	146,4
Okt.	106,3	102,0	101,9	91,8	102,2	103,8	101,9	116,6	107,6	93,5	100,3	104,6	147,0
Nov.	105,4	101,9	101,8	92,1	102,1	103,3	102,4	109,5	106,4	94,6	101,3	104,2	139,0
Dez.	98,1	97,3	96,4	83,6	96,8	111,2	106,9	139,9	96,2	100,6	89,5	92,0	105,1
1995 Jan.	87,9	88,5	86,5	73,6	86,9	117,9	113,9	145,1	93,1	73,8	86,6	94,7	82,0
Febr.	92,4	91,3	90,6	71,9	91,2	101,6	98,8	120,8	95,8	82,5	90,8	92,8	103,2
Marz	103,8	102,1	101,6	83,0	102,2	110,1	106,8	132,1	106,8	95,2	101,4	100,0	119,7
April	96,4	93,3	93,1	76,1	93,7	96,7	95,4	105,5	100,0	85,2	89,0	92,6	125,8
Mai	98,2	94,8	95,0	80,7	95,5	92,5	91,0	102,3	100,4	88,7	92,0	94,7	130,0
Juni	99,7	96,5	97,1	79,2	97,7	88,6	87,8	93,6	101,5	93,9	91,5	94,4	129,8
Juli	94,6	90,9	91,2	80,1	91,6	86,8	87,0	85,6	96,8	86,8	75,6	94,3	130,3
Aug.	89,0	85,2	85,2	78,7	85,4	85,4	85,7	83,7	91,2	78,6	65,9	94,5	125,9
Sept.	102,6	99,3	99,8	83,5	100,3	91,7	92,3	87,7	103,6	95,4	97,4	99,7	134,0
Okt.	103,7	99,6	99,8	86,3	100,2	97,3	96,3	103,7	103,8	92,9	98,4	103,9	143,1
Nov.	103,5	100,4	99,7	82,9	100,2	111,6	105,9	149,6	100,4	97,8	98,9	102,4	132,5
Dez.	94,2	94,7	92,9	74,1	93,6	120,2	112,4	172,9	86,8	106,1	80,3	90,7	89,3
1996 Jan. 1)	89,3	90,4	88,1	73,8	88,6	122,5	115,7	168,4	89,3	87,8	82,1	89,6	78,8

1) Vorläufiges Ergebnis.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1991 = 100**

Jahr Monat	Bauhaupt- gewerbe		Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- und Thoriumerze)			Erz- bergbau, Gewin- nung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung			Textil- und Bekleidungs-gewerbe			Leder- gewerbe
	Hoch- bau- leistungen	Tief- bau- leistungen	zu- sammen	Kohlen- bergbau, Torf- ge- winnung	Gewin- nung von Erdöl und Erdgas		zu- sammen	Ernäh- rungs- gewerbe	Tabak- verar- beitung	zu- sammen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe	

Originalwert

1993	115,6	115,3	83,6	81,8	100,0	95,5	99,9	100,6	88,4	80,1	81,7	77,6	79,3
1994	131,2	120,6	76,2	73,2	102,7	109,0	101,5	102,1	91,8	73,7	78,4	66,6	67,0
1995	126,3	113,4	74,0	70,2	107,0	99,7	105,0	106,3	84,5	69,9	75,3	61,7	65,1
1994 Sept.	152,8	144,3	73,5	72,6	81,0	139,6	105,7	105,8	103,8	80,3	84,5	73,9	77,8
Okt.	141,5	133,7	76,0	73,8	96,1	137,6	111,0	112,2	92,0	70,4	80,1	55,9	63,3
Nov.	145,7	134,8	80,7	76,5	117,8	138,7	116,1	117,4	93,9	74,0	84,2	58,8	69,1
Dez.	112,8	102,1	80,0	73,7	136,1	103,2	103,0	104,3	81,4	64,6	71,4	54,6	56,9
1995 Jan.	96,1	65,8	80,5	74,2	136,1	51,7	96,8	97,3	87,7	78,8	80,3	76,6	69,9
Febr.	112,1	88,7	73,1	67,8	119,8	66,7	94,7	95,5	80,2	76,4	78,0	74,1	69,1
März	133,2	114,3	83,4	76,9	140,8	90,8	107,6	108,6	91,1	82,8	89,2	73,3	79,1
April	123,3	112,0	69,2	64,7	109,1	91,1	97,4	98,8	73,4	62,8	72,7	48,1	60,6
Mai	140,7	131,3	73,9	70,9	100,4	116,8	108,6	110,1	84,4	68,0	79,6	50,5	65,9
Juni	135,7	126,1	69,6	66,8	94,2	118,3	104,7	105,8	86,6	69,0	77,6	56,1	64,2
Juli	129,1	120,5	69,6	68,0	84,6	111,7	101,1	102,0	86,5	66,4	65,5	67,8	54,6
Aug.	131,8	127,9	70,8	69,2	84,3	115,2	108,0	108,6	97,2	61,6	58,9	65,6	58,5
Sept.	134,7	129,3	72,6	70,3	92,9	122,1	107,4	108,6	89,0	75,9	80,5	69,0	69,8
Okt.	143,3	133,3	75,0	71,0	109,8	122,9	114,7	116,6	82,7	69,8	80,2	54,2	65,7
Nov.	143,4	132,4	76,1	73,3	101,6	117,8	117,8	119,7	86,5	72,2	81,4	58,4	70,8
Dez.	91,6	78,9	73,6	69,4	110,2	71,0	101,7	103,7	69,2	54,7	59,7	47,2	53,1
1996 Jan. 1)	91,8	65,8	79,3	72,9	136,1	58,0	100,5	102,0	74,3	65,1	70,7	56,7	59,5

arbeitstäglich bereinigter Wert

1993	114,5	114,0	83,2	81,4	99,6	94,7	99,2	99,9	87,7	79,4	81,0	77,0	78,8
1994	130,3	119,7	76,0	73,0	102,4	108,5	101,1	101,7	91,3	73,2	77,9	66,1	66,6
1995	125,7	112,9	73,8	70,1	106,8	99,4	104,7	106,0	84,2	69,6	74,9	61,5	64,8
1994 Sept.	149,8	141,3	72,8	72,0	80,3	137,5	104,3	104,4	102,1	78,8	82,9	72,7	76,7
Okt.	150,1	142,4	77,9	75,6	98,6	143,9	115,5	116,6	96,7	74,3	84,7	58,7	66,0
Nov.	143,4	132,5	80,1	76,0	117,0	136,9	114,8	116,1	92,6	72,9	82,9	58,0	68,3
Dez.	109,4	98,9	79,0	72,8	134,3	100,8	100,9	102,2	79,3	62,9	69,3	53,2	55,6
1995 Jan.	94,1	64,3	79,7	73,5	134,9	50,9	95,4	95,9	86,1	77,3	78,6	75,2	68,8
Febr.	112,7	89,2	73,3	68,0	120,1	67,0	95,0	95,9	80,6	76,8	78,4	74,4	69,4
März	127,2	108,8	81,7	75,4	137,9	87,6	104,3	105,3	87,5	79,4	85,3	70,5	76,5
April	130,5	118,9	70,9	66,3	111,7	95,2	101,2	102,6	77,1	66,2	76,7	50,4	63,1
Mai	133,8	124,5	72,3	69,3	98,2	112,3	105,0	106,4	80,8	64,9	75,9	48,4	63,5
Juni	133,7	124,2	69,1	66,4	93,6	117,0	103,7	104,8	85,5	68,1	76,5	55,4	63,5
Juli	133,8	125,2	70,7	69,0	85,9	114,9	103,6	104,4	89,2	68,6	67,8	69,9	56,1
Aug.	127,6	123,5	69,7	68,2	83,1	112,3	105,6	106,3	94,5	59,8	57,1	63,8	57,1
Sept.	136,2	130,8	72,9	70,6	93,4	123,2	108,2	109,3	89,9	76,7	81,3	69,7	70,4
Okt.	147,2	137,2	75,8	71,8	111,0	125,4	116,7	118,6	84,6	71,5	82,2	55,5	66,9
Nov.	136,9	126,0	74,6	71,8	99,6	113,7	114,2	116,1	83,2	69,2	77,9	56,1	68,5
Dez.	94,5	81,6	74,5	70,3	111,7	72,7	103,9	105,8	71,1	56,3	61,6	48,5	54,3
1996 Jan. 1)	89,1	63,7	78,3	72,0	134,3	56,8	98,4	100,0	72,4	63,3	68,6	55,3	58,2

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1.

1) Vorläufiges Ergebnis.

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1991 = 100**

Jahr Monat	Holz- gewerbe (ohne H.v Mobeln)	Papier- und Druckgewerbe			Kokerei, Mineral- ölverarbeitung (ohne Spalt- und Brutstoffe)		Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren			Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Ma- schinen- bau
		zu- sammen	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton- trägern	zu- sammen	darunter Mineral- ölver- arbeitung	zu- sammen	darunter H.v. Chemischen Grund- stoffen	zu- sammen	H.v. Gummi- waren	H.v. Kunst- stoff- waren		
Originalwert													
1993	102,9	95,7	96,3	95,3	93,8	104,0	98,4	99,5	90,4	82,8	93,0	104,8	82,8
1994	112,6	96,8	100,6	93,6	91,9	106,9	105,5	109,4	96,4	88,6	99,1	113,2	83,6
1995	109,6	97,9	99,1	97,0	89,9	103,4	102,9	107,7	98,5	98,7	98,4	107,9	85,6
1994 Sept.	127,0	102,5	107,7	98,2	94,9	106,8	110,1	114,3	103,8	94,9	106,9	129,0	91,3
Okt.	122,7	101,5	106,1	97,7	92,9	109,7	107,7	113,4	101,6	93,4	104,4	125,4	83,9
Nov.	128,8	104,0	104,3	103,8	92,9	109,9	111,3	117,0	107,3	97,3	110,8	124,8	92,0
Dez.	118,6	100,8	93,0	107,2	95,1	108,5	105,0	114,3	94,4	82,0	98,6	107,5	105,5
1995 Jan.	99,0	96,9	101,8	92,8	92,9	109,5	112,0	114,4	86,9	94,4	84,3	82,2	67,6
Febr.	102,1	94,7	97,7	92,3	86,4	98,0	103,5	106,5	99,5	97,1	100,2	93,8	76,7
März	118,8	107,1	109,3	105,3	90,7	103,4	115,3	118,7	115,0	107,9	117,4	115,5	93,1
April	103,7	92,1	96,3	88,7	85,6	98,7	103,1	109,6	104,0	95,3	107,0	104,9	76,2
Mai	115,6	98,5	104,8	93,3	87,7	100,8	107,2	111,3	107,3	105,5	107,9	120,3	86,3
Juni	116,4	97,2	102,1	93,1	87,8	100,9	104,7	110,4	102,5	103,6	102,2	119,7	92,3
Juli	101,0	93,7	98,5	89,7	91,6	107,2	98,2	104,2	92,5	87,5	94,2	112,0	81,1
Aug.	99,8	97,2	99,9	94,9	92,6	109,1	95,0	97,5	90,6	91,5	90,4	112,9	74,1
Sept.	119,1	100,9	101,2	100,6	91,7	108,4	98,2	100,8	105,9	106,8	105,6	119,0	90,1
Okt.	118,7	101,1	98,7	103,0	92,3	103,8	102,0	106,8	99,0	103,6	97,5	117,8	86,9
Nov.	123,1	103,7	98,4	108,0	90,9	101,0	101,6	105,3	99,9	110,9	96,2	115,9	97,0
Dez.	98,4	92,1	80,3	101,8	88,1	100,3	94,1	106,6	78,7	79,8	78,3	80,9	105,9
1996 Jan. 1)	99,9	90,0	92,7	87,8	93,0	108,3	98,8	106,6	89,0	96,8	86,3	79,4	80,2
arbeitstäglich bereinigter Wert													
1993	101,9	95,2	95,8	94,7	93,6	103,9	98,0	99,1	89,7	82,2	92,3	104,1	82,1
1994	111,9	96,4	100,2	93,4	91,8	106,8	105,2	109,0	95,9	88,1	98,6	112,7	83,2
1995	109,2	97,7	98,8	96,8	89,8	103,4	102,7	107,5	98,1	98,3	98,1	107,6	85,4
1994 Sept.	124,8	101,5	106,6	97,3	94,5	106,5	109,2	113,4	102,2	93,4	105,2	127,2	90,1
Okt.	129,3	104,5	109,3	100,5	93,9	110,3	110,2	116,1	106,5	97,8	109,5	130,7	87,1
Nov.	126,9	103,2	103,4	103,0	92,6	109,7	110,6	116,3	105,9	96,1	109,3	123,4	91,0
Dez.	115,4	99,2	91,5	105,6	94,5	108,1	103,7	112,9	92,1	80,0	96,2	105,2	103,5
1995 Jan.	97,1	95,8	100,7	91,8	92,5	109,3	111,0	113,4	85,4	92,8	82,9	81,0	66,7
Febr.	102,7	95,0	98,0	92,6	86,6	98,1	103,7	106,7	99,9	97,6	100,7	94,2	77,0
März	114,1	104,7	106,8	102,9	89,8	102,9	113,1	116,5	110,7	103,9	113,1	111,7	90,4
April	109,0	94,7	99,0	91,2	86,6	99,2	105,5	112,2	108,9	99,7	112,0	109,2	79,0
Mai	110,5	96,1	102,2	91,0	86,8	100,3	105,0	109,0	103,0	101,3	103,5	116,0	83,6
Juni	114,9	96,5	101,4	92,5	87,5	100,7	104,1	109,8	101,3	102,4	101,0	118,5	91,5
Juli	104,3	95,4	100,3	91,3	92,3	107,6	99,6	105,7	95,2	90,0	96,9	114,9	83,0
Aug.	96,9	95,6	98,2	93,4	92,0	108,7	93,8	96,3	88,3	89,1	88,0	110,3	72,6
Sept.	120,3	101,4	101,7	101,2	91,9	108,5	98,7	101,3	106,8	107,8	106,5	119,9	90,7
Okt.	121,6	102,4	100,0	104,3	92,9	104,1	103,1	107,9	101,2	105,8	99,6	120,1	88,4
Nov.	118,1	101,3	96,2	105,5	90,0	100,5	99,7	103,3	96,3	106,9	92,7	112,1	94,1
Dez.	101,2	93,5	81,5	103,4	88,6	100,6	95,3	108,0	80,6	81,8	80,2	82,7	108,1
1996 Jan. 1)	97,2	88,6	91,3	86,4	92,3	107,9	97,6	105,3	86,9	94,5	84,3	77,7	78,7

1) Vorläufiges Ergebnis.

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1991 = 100

Jahr Monat	Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen			H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik					Fahrzeugbau					H. v. Möbeln, Schmuck, Musik- instru- menten, Sport- geräten, Spiel- waren, sonstigen Erzeug- nissen
	zu- sammen	Metall- erzeu- gung und -bear- beitung	H. v. Metall- erzeug- nissen	zu- sammen	H. v. Büroma- schinen, Daten- ver- arbei- tungs- geräten und Einrich- tungen	H. v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeu- gung, -ver- teilung u. ä.	Rund- funk, Fern- seh- und Nach- richten- technik	Medizin- -, Mess- -, Steuer- und Rege- lungs- technik, Optik	zu- sammen	H. v. Kraft- wagen und Kraft- wagen- teilen	Sonstiger Fahrzeugbau			
											zu- sammen	Schiff- bau	Luft- und Raum- fahr- zeugbau	

Originalwert

1993	91,3	86,1	94,5	89,4	68,7	92,1	96,7	89,9	85,0	84,1	88,9	88,4	86,3	92,7
1994	96,2	91,8	98,2	93,6	70,5	97,0	106,2	89,8	91,2	92,6	84,4	84,9	83,5	90,5
1995	100,7	92,8	105,6	95,3	77,6	96,2	108,7	91,5	89,8	91,8	80,2	87,7	79,4	90,1
1994 Sept.	107,2	100,3	111,5	105,4	76,8	107,6	123,6	101,0	100,2	103,2	85,8	85,1	86,4	101,6
Okt.	100,9	93,1	105,7	96,0	69,2	100,6	113,8	87,9	94,4	96,8	82,9	85,3	84,1	95,7
Nov.	103,7	95,9	108,5	101,3	84,7	106,1	114,3	91,8	102,1	105,4	86,7	89,1	87,0	103,3
Dez.	95,4	83,5	102,7	103,4	83,5	98,2	127,4	99,7	90,1	92,7	77,7	72,4	78,0	92,4
1995 Jan.	94,4	93,0	95,3	85,1	71,0	87,9	100,1	75,3	87,6	88,5	83,0	96,7	83,0	85,6
Febr.	95,5	92,4	97,4	89,7	71,6	92,7	101,3	84,7	90,0	91,9	81,0	84,6	81,6	90,2
März	112,7	108,1	115,6	104,5	83,8	106,7	118,1	100,3	105,1	107,5	93,7	104,2	90,4	106,8
April	96,9	93,8	98,9	86,0	61,6	89,7	99,1	81,7	87,5	90,1	75,6	73,7	77,1	84,6
Mai	104,9	97,6	109,4	96,1	76,0	98,7	105,9	94,2	99,5	102,3	86,2	97,3	83,1	90,8
Juni	104,9	97,3	109,6	98,3	76,6	101,0	110,6	95,0	95,3	97,7	84,0	95,7	80,4	87,0
Juli	97,5	89,4	102,5	89,8	71,8	91,8	97,2	89,8	75,9	77,0	70,7	65,9	73,8	74,6
Aug.	96,5	87,7	102,0	88,2	74,2	90,0	98,8	83,6	70,6	69,3	76,7	87,9	74,4	73,4
Sept.	108,1	97,8	114,5	102,7	79,3	102,3	118,7	101,4	91,2	93,4	80,9	89,4	79,6	98,0
Okt.	103,8	94,0	110,0	98,8	78,5	98,4	119,6	91,5	91,3	94,1	77,8	89,1	77,6	99,9
Nov.	105,5	92,9	113,4	106,2	94,3	104,9	120,9	101,3	102,1	106,0	83,6	99,2	81,3	106,1
Dez.	87,1	69,6	98,0	98,4	91,9	90,4	114,1	98,9	81,5	84,1	68,7	68,7	69,9	84,1
1996 Jan. ¹⁾	94,1	82,9	101,1	98,3	99,8	92,4	118,2	88,2	88,2	91,2	73,7	78,6	75,0	83,1

arbeitstäglich bereinigter Wert

1993	90,6	85,6	93,7	88,8	67,9	91,5	96,1	89,3	84,0	83,1	88,4	88,0	85,7	91,8
1994	95,7	91,4	98,4	93,2	70,1	96,6	105,7	89,4	90,5	91,9	84,0	84,7	83,1	89,9
1995	100,3	92,5	105,2	95,0	77,3	95,9	108,4	91,3	89,3	91,4	79,9	87,4	79,1	89,7
1994 Sept.	105,7	99,2	109,7	104,0	75,5	106,3	122,1	99,7	98,1	100,9	84,7	84,5	85,2	99,8
Okt.	105,3	96,3	110,9	99,6	72,7	104,1	117,8	91,3	100,5	103,6	86,0	87,4	87,5	101,1
Nov.	102,4	95,0	107,1	100,2	83,5	105,0	113,2	90,8	100,4	103,5	85,8	88,6	86,0	101,7
Dez.	93,2	82,0	100,3	101,4	81,3	96,4	125,2	97,8	87,3	89,6	76,1	71,4	76,4	89,8
1995 Jan.	93,0	91,9	93,6	83,9	69,7	86,8	98,7	74,3	85,6	86,4	81,9	95,8	81,8	83,9
Febr.	95,9	92,7	97,9	90,1	72,1	93,0	101,7	85,0	90,5	92,5	81,3	84,8	81,9	90,7
März	109,0	105,2	111,3	101,5	80,5	103,8	114,8	97,3	100,0	102,0	90,9	102,2	87,5	102,2
April	100,9	96,9	103,5	89,0	64,7	92,7	102,5	84,7	93,1	96,1	78,4	75,4	80,1	89,1
Mai	101,1	94,8	105,0	93,1	72,8	95,8	102,8	91,3	94,3	96,6	83,4	95,2	80,3	86,6
Juni	103,8	96,5	108,3	97,4	75,7	100,1	109,7	94,1	93,9	96,1	83,2	95,1	79,6	85,8
Juli	100,1	91,3	105,5	91,8	74,0	93,7	99,2	91,9	78,9	80,3	72,4	66,9	75,6	77,1
Aug.	94,2	86,0	99,3	86,4	72,2	88,3	96,8	81,9	68,2	66,8	75,1	86,7	72,7	71,2
Sept.	109,0	98,4	115,6	103,4	80,1	102,9	119,4	102,1	92,2	94,5	81,5	89,8	80,2	99,0
Okt.	105,9	95,4	112,4	100,5	80,2	100,0	121,5	93,1	94,0	97,1	79,1	90,1	79,0	102,4
Nov.	102,0	90,4	109,2	103,1	90,7	102,0	117,6	98,4	97,2	100,6	81,2	97,3	78,7	101,6
Dez.	89,0	70,8	100,4	100,3	94,4	92,1	116,3	100,9	84,2	87,2	70,0	69,6	71,4	86,6
1996 Jan. ¹⁾	92,0	81,4	98,7	96,4	97,4	90,7	116,0	86,5	85,4	88,1	72,2	77,5	73,4	80,8

1) Vorläufiges Ergebnis.

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte Deutschland Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1)											
	Bund	Sondervermögen des Bundes					EU- Anteile	Sozial- ver- sicherung	Länder	Ge- meinden/ Gv.	Zweck- verbände	ins- gesamt 4)
		Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen 2)	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwick- lungs- fonds 3)	Bundes- eisen- bahn- vermögen						
1992	431 679	930	13 478	37 819	15 425	.	34 413	629 451	441 150	315 643	11 780	1 618 715
1993	462 505 r	868	11 908	41 273	8 492	.	36 934	670 636 r	466 065 r	329 098 r	12 890 r	1 693 850 r
1994	478 494	868	13 131	41 752	5 492	.	40 978	705 356	470 875	331 442	11 924	1 758 205
1993 1. Vj	114 002	277	3 074	11 478	2 027	.	9 113	162 932	101 389	63 855	.	396 305
2. Vj	105 781	215	3 202	7 973	1 704	.	8 723	167 071	98 662	67 454	.	390 528
3. Vj	116 039	215	2 725	12 031	1 943	.	10 951	165 982	103 858	70 445	.	407 589
4. Vj	125 935	160	2 907	9 790	2 818	.	8 147	172 236	137 393	87 557	.	430 892
1994 1. Vj	124 180	261	2 900	12 592	1 606	.	10 737	168 626	105 734	65 820	.	415 675
2. Vj	108 879	209	3 583	8 808	1 180	.	9 474	178 704	100 098	68 380	.	402 412
3. Vj	117 056	204	3 083	10 700	691	.	12 297	169 273	105 906	70 896	.	418 856
4. Vj	128 378	193	3 565	9 652	2 015	.	8 470	188 754	137 300	87 392	.	460 443
1995 1. Vj	122 068	229	3 456	4 095	4 900	5 571	10 986	181 411	108 629	66 449	.	435 329
2. Vj	110 424	184	3 934	228	4 767	6 219	11 616	189 135	102 762	69 311	.	424 555
3. Vj	125 477	164	3 145	2 049	4 998	6 243	6 845	189 592	112 119	72 429	.	439 479

Jahr Vierteljahr	Einnahmen der öffentlichen Haushalte 1)											
	Bund	Sondervermögen des Bundes					EU- Anteile	Sozial- ver- sicherung	Länder	Ge- meinden/ Gv.	Zweck- verbände	ins- gesamt 4)
		Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen 2)	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwick- lungs- fonds 3)	Bundes- eisen- bahn- vermögen						
1992	392 308	932	6 796	15 437	15 904	.	34 413	623 648	410 110	298 798	10 979	1 496 272
1993	395 526 r	866	10 349	27 786	8 355	.	36 934	675 486 r	423 700 r	315 783 r	11 753 r	1 559 719 r
1994	427 882	866	11 047	38 613	5 500	.	40 978	710 682	427 813	319 342	11 895	1 652 511
1993 1. Vj	87 461	202	379	6 080	1 961	.	9 113	152 321	93 509	58 012	.	337 196
2. Vj	97 243	212	3 731	5 990	1 469	.	8 723	158 408	93 298	64 659	.	363 475
3. Vj	94 491	220	488	7 847	1 750	.	10 951	162 041	96 543	67 115	.	364 846
4. Vj	115 583	232	5 752	7 870	3 174	.	8 147	201 298	116 166	86 390	.	428 562
1994 1. Vj	101 160	180	138	9 656	1 595	.	10 737	164 097	97 792	58 593	.	367 168
2. Vj	105 259	208	3 850	9 648	967	.	9 474	171 815	95 537	67 677	.	387 533
3. Vj	100 790	219	2 680	9 649	503	.	12 297	166 753	96 314	68 492	.	386 446
4. Vj	120 673	258	4 379	9 660	2 435	.	8 470	208 018	116 266	86 407	.	451 289
1995 1. Vj	96 848	141	462	2 376	5 320	4 723	10 986	173 857	99 635	60 033	.	381 913
2. Vj	102 642	170	2 851	2 376	9 238	3 547	11 616	185 515	94 062	66 305	.	404 299
3. Vj	111 004	179	2 594	2 376	9 500	4 855	6 845	187 869	100 578	69 613	.	411 832

1) Bis 1993 Rechnungsergebnisse. Ab 1994 Ergebnisse der Kassenstatistik, Finanzen der staatlichen und kommunalen Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen ab 1992 in den Jahresdaten enthalten (z. T. geschätzt), in den Vierteljahresdaten nicht. Erläuterungen zu den Ausgabe- und Einnahmedaten siehe Fachserie 14, Reihe 3.1 „Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts“ und Reihe 2 „Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte.“ – 2) Ab 1. Vj 1995 einschl. Entschädigungsfonds – 3) Ab 1. Vj 1995 Erblastentilgungsfonds – 4) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern
Deutschland
Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme 1)								insgesamt 3)
	Bund	Sondervermögen des Bundes			Länder	Gemeinden/ Gv.	Zweck- verbände		
		ERP- Sonder- vermögen	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwicklungs- fonds 2)					
1992	+ 31 156	+ 7 970	+ 23 623	- 480	+ 31 696	+ 13 419	+ 999	+ 108 384	
1993	+ 60 063	+ 3 889	+ 10 975	+ 137	+ 40 590r	+ 15 382r	+ 1 587r	+ 132 623r	
1994	+ 38 819	- 210	+ 3 386	- 8	+ 30 980	+ 7 583	+ 582	+ 81 132	
1993 2. Vj	- 17 370	- 4 373	- 3 819	- 235	- 4 227	- 3 224	.	- 33 248	
1993 3. Vj	+ 13 063	- 157	+ 2 717	+ 193	+ 9 380	+ 3 992	.	+ 29 188	
1993 4. Vj	+ 7 148	- 150	- 392	- 356	+ 26 326	+ 4 914	.	+ 37 488	
1994 1. Vj	+ 27 178	- 127	+ 1 168	+ 11	- 2 250	+ 1 781	.	+ 27 763	
1994 2. Vj	- 9 780	+ 67	- 1 419	+ 213	- 1 493	+ 1 032	.	- 11 379	
1994 3. Vj	+ 9 753	- 82	+ 555	+ 189	+ 4 782	+ 1 770	.	+ 16 966	
1994 4. Vj	+ 11 667	- 68	+ 3 082	- 419	+ 31 102	+ 2 923	.	+ 48 285	
1995 1. Vj	+ 5 082	+ 867	- 1 734	- 10 418	- 9 656	+ 1 231	.	- 14 629	
1995 2. Vj	+ 1 515	+ 1 337	- 80	+ 2 474	+ 7 005	+ 1 732	.	+ 13 983	
1995 3. Vj	+ 18 615	+ 2 892	+ 14	- 7 505	+ 11 403	+ 1 969	.	+ 32 295	

Jahr Vierteljahr	Schulden der öffentlichen Haushalte 4) 5)								insgesamt	
	Bund	Sondervermögen des Bundes				Länder	Gemeinden/ Gv.	Zweck- verbände		
		ERP- Sonder- vermögen	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwicklungs- fonds 2)	Bundes- eisenbahn- vermögen					
1992	606 745	24 259	74 371	91 747	.	384 011	138 867	11 502	1 331 503	
1993	685 281	28 148	87 676	101 230	.	428 591	152 383	15 845	1 499 155	
1994	712 488	27 938	89 483	102 554	71 173	460 680	159 570	21 256	1 645 142	
1994 2. Vj	689 403	24 298	88 515	99 937	66 998	431 554	153 790	.	1 554 495	
1994 3. Vj	698 454	25 747	89 383	98 508	69 274	436 464	155 496	.	1 573 326	
1994 4. Vj	712 488	25 918	89 483	102 554	71 141	460 567	157 906	.	1 620 057	
1995 1. Vj	712 408	27 935	88 405	297 280	71 870	465 316	158 228	.	1 821 442	
1995 2. Vj	717 471	28 122	87 638	298 932	73 986	472 285	159 675	.	1 838 109	
1995 3. Vj	736 226	27 053	87 524	321 529	75 072	484 289	162 148	.	1 893 841	

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern									
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer, brutto	Gewerbe- steuer- umlage 6)	Gewerbe- steuer, netto	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer 7)	Grund- erwerb- steuer 8)	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt 9)	darunter Stadt- staaten
	A	B								
1992	565,0	10 217,5	44 847,8	- 6 922,3	37 925,5	43 427,6	307,2	973,8	93 416,5	7 972,9
1993	592,5	11 070,6	42 265,9	- 4 313,6	37 952,3	44 791,7	326,4	1 056,2	95 789,6	8 547,8
1994	606,1	12 057,9	44 086,3	- 6 283,6	37 802,7	45 182,5	354,5	1 090,9	97 094,5	9 366,1
1993 2. Vj	145,3	3 086,2	10 194,0	- 1 016,0	9 178,1	10 485,4	77,6	295,3	23 267,9	2 149,9
1993 3. Vj	160,7	3 119,4	10 361,7	- 952,6	9 409,1	10 197,3	73,2	228,9	23 188,7	2 136,6
1993 4. Vj	151,8	2 357,8	10 767,4	- 2 272,1	8 495,3	21 524,6	92,5	227,3	32 849,4	2 236,2
1994 1. Vj	139,0	2 687,0	9 948,7	- 192,5	9 756,2	2 792,1	103,5	319,5	15 797,4	2 204,7
1994 2. Vj	150,7	3 421,3	11 198,6	- 1 392,2	9 806,4	11 035,6	82,0	277,6	24 773,6	2 513,7
1994 3. Vj	164,8	3 380,7	11 101,0	- 1 584,8	9 516,2	10 070,2	79,7	254,6	23 466,2	2 278,6
1994 4. Vj	151,5	2 569,0	11 838,0	- 3 114,2	8 723,8	21 284,6	89,3	239,1	33 057,3	2 369,1
1995 1. Vj	145,2	2 881,6	10 145,0	- 193,0r	9 952,0r	3 006,0	87,3	328,8	16 400,9r	2 288,6r
1995 2. Vj	158,6	3 668,6	10 376,3	- 1 991,8	8 384,4	11 263,0	70,4	295,4	23 840,5	2 139,3
1995 3. Vj	162,7	3 669,6	10 407,2	- 2 072,9	8 334,3	9 986,2	66,7	270,7	22 490,2	2 187,5

1) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln - 2) Ab 1. Vj 1995 Erblastentilgungsfonds. - 3) Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen 3. Vj 1995: 4 908 Mill. DM. - 4) Ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten. - 5) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums. - 6) An Bund/Länder abgeführt. - 7) Ab 1. Vj 1993; und am Zinsabschluss. - 8) Soweit den Gemeinden zugeflossen. - 9) Nach der Steuerverteilung.

Preise

Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes Früheres Bundesgebiet 1985 = 100

Jahr Monat	Wareneingang									
	insgesamt			aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			aus dem Produzierenden Gewerbe			
	insgesamt	in- ländischer Herkunft	aus-	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	Energie, Brenn-, Treib- und Betriebs- stoffe
1993 D	88,1	98,3	68,2	77,5	86,4	56,8	89,2	99,6	69,2	85,9
1994 D	89,3	99,4	69,6	79,7	86,3	64,2	90,3	100,8	70,1	86,3
1995 D	91,8	102,3	71,3	79,4	86,6	62,8	93,0	104,0	72,1	87,4
1994 Dez.	91,1	100,9	71,9	80,2	86,4	65,6	92,2	102,5	72,5	87,0
1995 Jan.	91,8r	101,8	72,5	80,6r	86,8r	66,2	93,0	103,4	73,1	87,3
Febr.	92,2	102,3	72,4	81,8r	87,9r	67,5	93,2	103,9	72,8	87,4
März	91,9	102,4	71,3	81,4	88,3	65,5	93,0	104,0	71,9	87,2
April	92,0	102,5	71,4	80,8	87,7	64,8r	93,1	104,2	72,0	87,6
Mai	92,0	102,4	71,5	79,9	86,8r	63,8	93,2	104,2	72,2	87,7
Juni	91,9	102,5	71,4	79,0	86,1	62,5	93,3	104,3	72,2	87,5
Juli	91,6	102,4	70,6	77,3r	84,5r	60,6	93,1	104,4	71,5	87,1
Aug.	91,9	102,6r	71,2	78,5r	85,5r	61,9	93,3	104,4	72,1	87,2
Sept.	92,0	102,7	71,3	79,1	87,1r	60,8	93,4	104,4	72,3	87,6
Okt.	91,4	102,1	70,5	78,2r	86,2r	59,6	92,7	103,8	71,5	87,2
Nov.	91,1r	101,8r	70,5	77,9r	85,5r	60,3	92,5	103,6	71,4	87,1
Dez.	91,2	101,7	70,8	78,4	86,2	60,1	92,5	103,4	71,8	87,5
1996 Jan.	90,7	100,8	71,0	78,4	85,5	61,9	92,0	102,5	71,8	84,7

Jahr Monat	Nach dem Grad der Bearbeitung										
	Rohstoffe					Halb- und Fertigwaren					
	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	für das Ernäh- rungsgewerbe ¹⁾	für das Produ- zierende Gewerbe ²⁾	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	Ernäh- rungsgewerbe ³⁾	Produ- zierende Gewerbe ⁴⁾	
1993 D	69,4	89,6	47,1	77,9	64,1	61,1	93,3	100,1	77,6	85,1	93,8
1994 D	71,2	92,5	47,7	79,5	66,1	74,0	94,3	100,8	79,4	85,4	94,9
1995 D	71,6	94,1	46,7	78,7	67,1	80,3	97,4	104,0	82,2	84,9	98,1
1994 Dez.	72,5	93,7	49,1	79,6	68,1	80,4	96,3	102,4	82,0	85,7	96,9
1995 Jan.	73,0r	94,3r	49,5	79,8r	68,8	82,0	97,1	103,3	82,8	85,2	97,8
Febr.	73,7r	95,7r	49,5	80,9r	69,2	84,9	97,3	103,7	82,5	85,2	98,0
März	72,9r	95,9	47,7	80,6	68,2	84,1	97,2	103,8	81,8	84,7	97,9
April	72,5	95,0	47,7	79,9r	67,9	81,3	97,4	104,1	81,9	84,0	98,2
Mai	72,2	94,0r	48,1	79,0	67,9	79,1	97,5	104,2	82,0	83,7	98,3
Juni	71,5	93,8r	46,9	78,1r	67,4	80,3	97,7	104,3	82,3	83,9	98,5
Juli	70,4	93,7r	44,7	76,5r	66,6	84,2	97,6	104,2	82,1	84,1	98,3
Aug.	71,1r	94,6r	45,3	77,9r	66,9	85,6	97,8	104,3	82,7	84,7	98,5
Sept.	71,5r	95,1r	45,6	78,7r	67,0	83,5	97,8	104,3	82,8	85,2	98,5
Okt.	70,0	93,2r	44,6	77,8r	65,2	76,0	97,4r	104,0	82,0	85,9	98,0
Nov.	69,5r	91,9r	44,9	77,4r	64,6	71,8	97,2	103,8	81,9	86,1	97,9
Dez.	70,3	92,2	46,1	77,9	65,5	71,2	97,1	103,7	81,8	86,3	97,7
1996 Jan.	71,0	92,2	47,8	77,8	66,8	72,3	96,2	102,6	81,3	86,3	96,8

Jahr Monat	Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich									
	Wareneingang für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe ⁵⁾									
	zusammen	Nahrungs- mittel- rohstoffe und -vor- erzeugnisse	Erdöl, roh, importiert	organische Grundstoffe und Chemikalien	Kunst- stoffe	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe ⁶⁾	Wolle, Chemie- fasern und Textilien	Waren- einsatz für das Bau- gewerbe	Energie, Brenn- und Treib- stoffe ⁷⁾	Betriebs- stoffe
1993 D	85,0	85,0	38,3	60,9	77,8	69,4	89,6	113,9	80,7	105,0
1994 D	86,3	86,0	35,0	66,8	77,5	76,5	90,9	115,8	81,1	105,7
1995 D	89,1	85,6	33,5	77,0	84,3	97,3	92,9	118,4	80,7	112,1
1994 Dez.	88,4	86,2	35,5	74,5	81,8	85,7	92,3	117,1	81,0	109,0
1995 Jan.	89,3r	86,1r	35,2	78,1	82,2	89,8	93,0	117,9	81,1	110,2
Febr.	89,7	86,9r	35,0	79,2	84,7	90,7	93,4	118,2	81,1	110,8
März	89,3	86,7	33,5	78,6	85,9	92,1	93,2	118,4	80,6	111,4
April	89,3	86,0r	34,2	78,5	86,1	94,4	93,3	118,7	80,9	112,3
Mai	89,3	85,3	35,4	78,3	86,2	96,7	93,5	118,6	81,0	112,5
Juni	89,3	84,9	34,1	78,8	86,4	99,7	93,3	118,6	80,7	112,7
Juli	88,9	83,6r	31,4	77,5	86,5	102,8	93,0	118,6	80,1	113,0
Aug.	89,4r	84,9r	31,5	77,2	85,7	103,7	93,0	118,5	80,2	113,1
Sept.	89,4	86,1r	32,7	76,8	84,6	103,0	93,0	118,5	80,7	113,1
Okt.	88,6	85,7r	32,1	74,7	83,8	100,1	92,3	118,4	80,3	112,6
Nov.	88,4r	85,2r	32,3	73,6	80,8	98,2	92,1	118,2	80,3	112,0
Dez.	88,4	85,7	34,5	73,0	78,9	96,8	92,0	118,0	81,0	111,4
1996 Jan.	88,3	85,0	36,5	71,5	77,3	94,7	91,5	118,1	77,4	111,5

1) Einschl. lebendem Schlachtvieh - 2) Einschl. Wasser - 3) Wareneingang (ohne Rohstoffe) aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe - 4) Ohne Wareneingang für das Ernährungsgewerbe aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. - 5) Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich zugeordnete Vorprodukte (einschl. Rohstoffen), ohne Hilfsstoffe (Energie, Brenn- und Treibstoffe) sowie ohne Betriebsstoffe (Verpackungsmaterial, Schmiermittel und Wasser). - 6) Ohne Packpapier - 7) Einschl. Brennstoffen für die Energieerzeugung.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					In- vestitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genuß- mittel) ²⁾	Elektrizität, herge- stelltes Gas, Fern- wärme, Wasser ³⁾
	ins- gesamt	ohne Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser	zu- sammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter- gewerbes	Erzeugnisse des		Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbes			
					Investi- tionsgüter	Verbrauchs- güter produzierendes Gewerbes				
1993 D	101,6	101,8	101,7	96,5	103,9	102,1	103,2	104,5	104,5	103,4
1994 D	102,2	102,5	102,4	98,9	104,0	102,5	103,4	104,7	106,3	104,6
1995 D	104,0	104,6	104,7	102,7	105,5	105,7	104,1	106,1	107,1	105,3
1994 April	102,0	102,2	102,1	98,1	104,0	102,1	103,1	104,7	106,3	104,6
Mai	102,1	102,3	102,3	98,6	104,0	102,2	103,2	104,7	106,4	104,6
Juni	102,1	102,3	102,2	98,3	104,0	102,2	103,5	104,7	106,3	104,6
Juli	102,1	102,4	102,3	98,6	104,0	102,4	103,3	104,8	106,3	104,7
Aug.	102,3	102,6	102,6	99,2	104,0	102,7	103,6	104,8	106,7	104,7
Sept.	102,3	102,6	102,5	99,1	104,0	102,7	103,4	104,7	106,2	104,7
Okt.	102,5	102,8	102,8	99,8	104,0	103,1	103,5	104,7	106,2	104,7
Nov.	102,8	103,3	103,2	100,9	104,2	103,4	103,8	104,9	106,5	104,7
Dez.	102,9	103,4	103,3	101,1	104,3	103,6	103,8	105,0	106,4	104,7
1995 Jan.	103,4	103,9	103,9	102,1	104,7	104,4	104,0	105,3	106,5	105,0
Febr.	103,7	104,3	104,2	102,8	104,9	104,7	104,1	105,5	106,7	105,1
März	103,7	104,3	104,3	102,6	105,1	105,0	104,1	105,6	106,6	105,1
April	104,0	104,7	104,7	103,2	105,3	105,6	104,1	105,9	107,1	105,1
Mai	104,0	104,7	104,7	103,2	105,5	105,7	104,1	106,0	107,2	105,1
Juni	104,1	104,8	104,8	103,3	105,6	105,9	104,0	106,1	107,3	105,2
Juli	104,1	104,8	104,8	102,8	105,6	106,2	104,0	106,1	107,1	105,2
Aug.	104,1	104,8	104,9	102,9	105,7	106,2	104,0	106,2	107,2	105,3
Sept.	104,2	104,9	105,0	103,2	105,7	106,3	104,1	106,3	107,5	105,5
Okt.	104,1	104,9	104,9	102,4	105,8	106,3	104,4	106,5	107,2	105,5
Nov.	104,1	104,8	104,8	102,0	106,0	106,3	104,4	106,6	107,3	105,5
Dez.	104,1	104,8	104,8	102,1	106,0	106,1	104,3	106,6	108,0	105,5
1996 Jan.	103,4	104,9	104,9	101,6	106,4	106,0	104,4	107,1	108,0	98,8
Febr.	103,5	105,0	104,9	101,8	106,6	105,9	104,3	107,2	108,7	98,8

Jahr Monat	Berg- bauliche Erzeug- nisse	Berg- bauliche Erzeug- nisse (ohne Erdgas)	Mineralöl- erzeug- nisse	Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl	NE-Me- talle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeug- nisse	Erzeug- nisse der Ziehe- reien und Kalt- walz- werke	Erzeug- nisse der Stahlver- formung	Stahlbau- erzeug- nisse und Schienen- fahrzeuge	Ma- schinen- bau- erzeug- nisse (einschl. Acker- schlep- per)	Straßen- fahrzeuge (ohne Acker- schlep- per)	Boote und Jachten
1993 D	96,6	105,8	98,8	106,2	91,1	88,4	102,0	94,3	98,1	104,1	105,7	106,0	107,3
1994 D	95,1	105,9	105,1	107,8	93,1	95,6	100,3	94,8	96,5	104,5	106,5	106,4	106,5
1995 D	91,8	104,6	104,1	109,0	99,4	105,1	102,5	96,8	100,5	106,3	108,6	107,9	109,5
1994 April	95,9	106,4	105,2	107,8	92,2	90,0	100,0	94,0	96,1	104,4	106,4	106,2	106,6
Mai	95,4	105,4	105,7	107,8	92,6	93,7	100,8	94,3	96,1	104,4	106,4	106,2	106,6
Juni	95,2	105,3	105,3	107,7	92,8	95,1	100,7	94,6	96,1	104,4	106,5	106,2	106,6
Juli	94,6	105,3	104,9	107,8	93,1	96,4	101,1	94,6	96,2	104,4	106,5	106,4	106,6
Aug.	94,6	105,4	106,8	108,0	94,1	94,9	100,7	95,3	96,4	104,5	106,5	106,4	106,6
Sept.	94,6	105,7	104,3	108,0	93,7	98,4	100,5	95,6	96,7	104,5	106,6	106,4	106,6
Okt.	93,9	105,7	104,7	108,0	94,4	98,5	100,1	96,0	96,7	104,5	106,7	106,4	106,8
Nov.	93,6	105,7	105,8	108,2	94,9	104,9	100,0	96,3	97,1	104,6	106,8	107,0	106,8
Dez.	93,6	105,8	104,9	108,2	95,5	107,1	100,4	96,4	97,3	104,7	106,8	107,0	106,8
1995 Jan.	92,9	104,8	104,3	108,7	97,9	109,0	101,1	98,0	98,4	105,0	107,4	107,3	108,1
Febr.	93,0	105,0	105,4	109,0	98,4	107,8	101,7	98,3	98,9	104,9	107,7	107,5	108,3
März	93,0	104,9	103,3	109,1	99,0	105,9	101,8	97,9	99,8	105,5	107,9	107,7	108,3
April	92,2	104,8	104,9	109,4	99,8	104,7	102,7	97,7	100,2	105,9	108,4	107,7	108,3
Mai	91,9	104,3	104,8	109,1	99,8	104,3	103,0	96,4	100,3	106,3	108,6	107,8	108,4
Juni	91,8	104,2	105,1	109,1	99,7	105,1	102,7	96,1	100,6	106,3	108,7	107,9	108,4
Juli	91,4	104,1	102,3	109,3	99,9	104,3	102,7	96,6	100,8	106,5	108,8	107,9	108,4
Aug.	91,3	104,0	102,4	109,1	99,8	107,3	103,0	96,5	101,3	106,6	108,8	107,9	110,7
Sept.	91,2	104,0	104,4	109,0	100,1	105,3	103,2	96,6	101,2	106,7	108,9	108,0	110,9
Okt.	91,0	105,0	103,0	109,0	99,5	101,8	102,8	96,3	101,3	107,2	109,1	108,1	111,0
Nov.	90,8	105,2	103,1	108,9	100,0	102,9	103,0	95,8	101,7	107,6	109,3	108,2	111,7
Dez.	91,0	105,3	106,6	108,8	99,2	102,2	102,8	95,4	101,8	107,5	109,4	108,2	111,7
1996 Jan.	90,9	105,4	106,9	109,0	98,1	99,6	103,4	95,5	102,2	107,6	109,9	108,7	112,0
Febr.	90,9	105,4	110,2	109,1	96,7	99,1	103,4	95,7	102,0	107,3	110,1	109,2	112,4

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. - 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. Bei Elektrizität, Gas, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverteiler

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1991 = 100

Jahr Monat	Elektro- technische Erzeug- nisse	Fein- mecha- nische und optische Erzeug- nisse, Uhren	Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeug- nisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen	Fein- keramische Erzeug- nisse	Glas und Glas- waren	Schnitt- holz, Sperrholz und sonstiges bearbei- tetes Holz	Holz- waren	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ²⁾
1993 D	101,3	106,4	102,8	103,8	96,1	97,4	107,7	99,4	91,8	106,8	81,1
1994 D	101,2	107,5	102,4	105,0	97,0	94,4	109,6	98,1	92,2	109,2	82,9
1995 D	101,5	109,7	104,2	104,7	102,0	93,3	111,0	97,9	95,8	111,9	99,5
1994 April	101,4	107,4	102,5	105,0	96,7	94,9	109,7	98,4	90,5	108,8	78,2
Mai	101,3	107,6	102,4	105,0	96,8	94,8	109,7	98,2	91,0	109,0	79,6
Juni	101,3	107,6	102,5	105,2	95,8	94,6	109,8	97,8	91,4	109,1	80,9
Juli	101,2	107,4	102,4	105,1	96,1	94,3	109,8	97,8	92,0	109,5	82,8
Aug.	101,2	107,5	102,4	104,6	96,4	94,1	109,9	97,8	93,2	109,7	84,8
Sept.	101,0	107,5	102,4	104,8	96,9	93,9	109,9	97,9	93,7	109,6	86,7
Okt.	101,0	107,7	102,3	104,8	98,0	93,6	109,9	97,7	94,2	109,7	88,9
Nov.	101,0	107,9	102,4	104,8	99,1	93,4	110,1	98,1	94,8	110,1	89,8
Dez.	101,1	107,9	102,4	105,0	99,6	93,6	110,2	97,5	95,0	110,2	90,7
1995 Jan.	101,5	108,3	102,9	104,8	100,9	93,2	110,2	98,1	95,7	110,7	92,9
Febr.	101,4	108,9	103,4	104,9	102,0	93,6	110,2	98,2	96,3	110,8	94,5
Marz	101,3	109,1	103,6	104,5	102,4	93,4	110,8	97,6	97,4	110,9	95,6
April	101,4	109,8	104,1	104,6	102,6	93,3	111,2	98,0	97,3	111,5	98,5
Mai	101,4	109,9	104,3	104,5	102,7	93,3	111,1	98,2	97,7	111,8	100,1
Juni	101,6	110,0	104,3	104,6	102,9	93,3	111,1	97,8	96,0	112,0	101,0
Juli	101,6	110,1	104,5	104,7	102,8	93,2	111,0	98,0	95,9	112,2	103,1
Aug.	101,7	110,1	104,5	104,6	102,4	93,6	111,0	97,8	95,9	112,2	103,9
Sept.	101,6	110,1	104,5	104,7	102,5	93,3	111,3	97,6	95,5	112,3	103,8
Okt.	101,5	110,0	104,6	104,7	102,0	93,5	111,3	97,9	94,6	112,6	103,0
Nov.	101,6	110,3	104,6	104,7	100,9	93,5	111,5	97,9	94,3	112,7	99,7
Dez.	101,6	110,2	104,6	104,8	100,2	92,9	111,5	97,8	93,0	112,8	97,9
1996 Jan	101,8	111,5	105,0	104,9	99,6	93,3	111,5	97,6	92,2	113,2	96,7
Febr.	102,0	111,6	105,0	104,3	99,0	91,9	111,5	97,0	91,1	113,4	94,8

Jahr Monat	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeug- nisse, Vervielfältigungen	Kunst- stoff- erzeug- nisse	Gummi- waren	Leder	Leder- waren und Schuhe	Textilien	Be- kleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeug- nisse des Er- nährungs- gewerbes	Tabak- waren	Fertig- teil- bauten im Hochbau
1993 D	98,0	102,4	99,5	100,7	100,7	104,1	101,1	104,6	102,0	111,1	114,5
1994 D	98,1	102,9	98,4	100,2	100,8	105,2	101,6	105,0	102,0	112,4	120,2
1995 D	105,7	108,2	102,7	100,7	101,2	106,4	102,7	105,1	102,6	114,1	123,2
1994 April	96,2	102,4	97,9	100,6	100,2	105,3	101,5	104,9	101,6	112,7	119,8
Mai	96,9	102,4	97,8	100,4	100,4	105,2	101,7	104,7	101,8	112,7	120,0
Juni	97,0	102,7	97,6	100,4	100,5	105,2	101,8	104,8	102,1	112,5	120,1
Juli	97,7	103,1	97,6	100,3	101,0	105,2	101,6	105,0	101,9	112,4	120,8
Aug.	98,8	103,3	97,9	99,9	101,0	105,3	101,7	105,1	102,2	112,5	121,0
Sept.	99,4	103,3	98,1	99,9	101,2	105,3	101,6	105,1	102,1	112,3	120,9
Okt.	100,4	103,6	99,0	99,8	101,2	105,3	101,7	105,1	102,2	112,3	121,2
Nov.	100,8	103,9	99,6	99,9	101,2	105,3	101,8	105,0	102,4	112,7	121,5
Dez.	101,5	103,9	100,2	99,9	101,2	105,4	101,9	105,0	102,5	112,4	121,5
1995 Jan.	102,7	105,1	101,4	100,0	101,2	105,5	102,1	105,2	102,5	113,6	121,8
Febr.	103,7	105,4	101,7	100,2	101,3	105,8	102,5	105,3	102,5	114,3	122,3
Marz	104,1	105,9	102,6	99,9	101,3	105,9	102,8	105,3	102,6	114,0	123,0
April	105,2	107,2	102,9	100,9	101,2	106,2	102,9	105,4	102,6	114,2	123,0
Mai	105,8	107,6	103,1	100,8	101,2	106,2	102,8	104,8	102,6	114,1	122,9
Juni	106,3	107,9	103,2	100,8	101,2	106,2	102,8	104,9	102,5	114,2	123,0
Juli	106,5	109,1	103,4	100,8	101,2	106,3	102,9	105,2	102,4	114,2	123,3
Aug.	106,8	109,4	103,3	100,7	101,3	106,4	102,9	105,2	102,4	114,2	123,7
Sept.	107,0	109,7	103,1	100,7	101,4	106,9	102,8	105,3	102,6	114,2	123,9
Okt.	107,3	110,2	102,6	100,8	101,3	106,9	102,6	105,1	102,9	114,4	124,0
Nov.	106,9	110,1	102,7	101,1	101,2	107,0	102,6	104,8	102,9	114,0	123,9
Dez.	106,6	110,2	102,2	101,1	100,6	107,0	102,5	104,9	102,8	114,2	123,9
1996 Jan	105,6	110,2	101,9	99,5	99,7	107,2	102,4	105,0	102,9	114,2	124,1
Febr.	104,8	110,2	101,8	99,5	100,6	107,2	102,2	105,2	102,8	114,3	124,7

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbe					Investitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ²⁾	Grundstoff- und Produktions- güter
	insgesamt	ohne Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes			
1993 D	101,4	101,8	101,7	96,2	104,0	102,0	103,2	104,4	104,4	99,2
1994 D	102,0	102,4	102,4	98,4	104,2	102,3	103,4	104,8	106,0	99,7
1995 D	103,7	104,6	104,6	102,3	105,6	105,5	104,1	106,1	106,8	102,1
1995 Jan.	103,2	103,9	103,9	101,7	104,9	104,2	104,0	105,4	106,2	101,4
Febr.	103,4	104,2	104,2	102,3	105,0	104,5	104,1	105,5	106,4	101,8
März	103,5	104,3	104,3	102,1	105,2	104,8	104,1	105,7	106,3	102,0
April	103,8	104,6	104,6	102,8	105,5	105,4	104,1	106,0	106,8	102,2
Mai	103,8	104,7	104,7	102,7	105,6	105,5	104,1	106,1	106,9	102,3
Juni	103,9	104,8	104,8	102,9	105,7	105,7	104,0	106,1	107,0	102,4
Juli	103,8	104,7	104,7	102,4	105,8	106,0	104,0	106,2	106,8	102,3
Aug.	103,9	104,8	104,8	102,5	105,8	106,0	104,0	106,2	106,9	102,3
Sept.	104,0	104,9	104,9	102,8	105,8	106,1	104,1	106,3	107,2	102,4
Okt.	103,8	104,8	104,8	102,0	105,9	106,1	104,3	106,5	106,8	102,1
Nov.	103,8	104,7	104,7	101,7	106,0	106,0	104,3	106,6	106,9	102,0
Dez.	103,8	104,8	104,8	101,7	106,1	105,9	104,3	106,7	107,5	101,8
1996 Jan.	103,1	104,8	104,8	101,2	106,5	106,8	104,3	107,1	107,6	100,3
Febr.	103,1	104,9	104,9	101,3	106,7	105,7	104,2	107,3	108,2	100,2

Jahr Monat	Elektrizität, Fern- wärme, Wasser ³⁾		Bergbäuliche Erzeugnisse		Mineralölzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	zusammen	darunter Elektrizität	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hoch- ofen-, Stahl-, Warmwalz- werke		
1993 D	102,2	101,0	94,8	105,5	97,8	85,4	106,5	90,8	90,6	87,9	102,2
1994 D	103,5	101,4	93,1	106,1	103,9	79,3	108,1	92,9	93,3	95,0	100,5
1995 D	103,9	101,4	90,0	106,1	103,0	76,2	109,6	98,9	98,9	104,8	102,8
1995 Jan.	103,8	101,5	91,1	106,1	103,5	77,4	109,2	97,5	98,0	109,2	101,3
Febr.	103,9	101,5	91,2	106,1	104,1	77,2	109,5	98,0	98,1	107,4	101,9
März	103,9	101,5	91,2	106,1	101,9	73,7	109,7	98,6	98,7	105,7	102,0
April	103,9	101,5	90,4	106,0	104,0	78,2	110,0	99,4	99,3	104,3	103,0
Mai	103,9	101,5	90,2	106,0	103,7	77,3	109,6	99,4	99,3	103,9	103,2
Juni	103,9	101,5	90,2	106,0	104,0	75,7	109,7	99,2	99,1	104,9	102,9
Juli	103,9	101,5	89,7	106,1	100,9	72,3	110,0	99,4	99,2	104,0	103,0
Aug.	103,9	101,4	89,6	106,1	101,2	73,0	109,7	99,3	99,1	107,2	103,3
Sept.	103,9	101,4	89,5	106,1	103,5	77,4	109,6	99,5	99,3	105,1	103,4
Okt.	103,8	101,3	88,9	106,1	101,6	73,1	109,6	98,8	98,5	101,6	103,0
Nov.	103,8	101,3	88,7	106,1	102,2	74,2	109,5	99,4	99,3	102,6	103,1
Dez.	103,8	101,3	88,8	106,1	105,6	84,4	109,5	98,6	98,3	101,9	102,9
1996 Jan.	95,8	91,9	88,6	106,2	105,8	82,8	109,7	97,5	97,1	99,3	103,4
Febr.	95,7	91,8	88,7	106,2	109,3	92,9	109,9	96,2	95,5	98,6	103,3

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)					
		zusammen	darunter Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	Fertigteil- bauten über- wiegend aus Metall, Kon- struktionen aus Stahl und Aluminium	zusammen	darunter			Kraft- ⁴⁾	Land- maschinen
							gewerbli. Arbeitsmaschinen	zusammen	darunter Fördermittel		
1993 D	102,0	97,0	94,0	104,6	102,2	106,0	105,8	106,0	109,3	107,2	
1994 D	99,1	95,9	94,4	104,9	101,3	106,8	106,2	105,0	111,0	109,3	
1995 D	100,6	99,2	96,1	106,7	103,1	108,8	108,1	106,0	112,5	111,7	
1995 Jan.	99,0	98,1	97,4	105,4	101,8	107,7	106,9	105,0	112,8	110,9	
Febr.	99,2	98,5	97,7	105,4	101,9	107,8	107,0	105,1	112,1	110,9	
März	99,4	99,1	97,4	106,0	102,0	108,1	107,3	105,2	112,0	111,3	
April	100,1	99,2	97,1	106,5	102,7	108,6	107,7	105,5	112,6	111,5	
Mai	100,7	98,9	95,8	106,7	102,9	108,9	108,1	105,9	112,3	111,5	
Juni	100,7	99,0	95,4	106,7	103,2	109,0	108,2	106,2	112,4	111,5	
Juli	100,9	99,3	96,0	106,9	103,3	109,0	108,3	106,1	112,4	111,5	
Aug.	101,2	99,6	95,8	106,9	103,3	109,1	108,4	106,1	112,4	111,5	
Sept.	101,2	99,5	95,9	107,0	103,5	109,1	108,4	106,1	112,4	111,4	
Okt.	101,1	99,5	95,6	107,4	103,9	109,4	108,6	106,6	113,0	112,4	
Nov.	101,6	99,6	95,0	107,8	104,3	109,5	108,9	106,7	113,0	112,6	
Dez.	102,0	99,6	94,6	107,8	104,3	109,7	109,0	107,2	113,0	113,0	
1996 Jan.	102,3	99,9	94,7	107,8	104,1	110,2	109,4	108,0	114,7	112,8	
Febr.	102,5	99,8	94,9	107,8	104,1	110,4	109,7	108,3	115,1	112,9	

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, beichtete Filme, Fullhalter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter fein- mecha- nische Erzeugnisse				
		Kraftwagen, Straßenzug- maschinen und Krafträder	Zubehör, Einzel- und Ersatz- teile für Kraftwagen, Straßenzug- maschinen Krafträder und deren Motoren								
1993 D	106,1	107,5	101,9	108,0	101,3	106,6	105,5	102,9	103,9	96,0	97,4
1994 D	106,5	108,1	101,1	106,2	101,3	107,7	106,2	102,5	105,0	96,8	94,3
1995 D	108,0	109,9	101,4	108,0	101,6	110,0	108,6	104,2	104,6	101,7	93,6
1995 Jan.	107,4	109,4	101,3	106,6	101,6	108,5	107,6	102,9	104,7	100,4	93,4
Febr.	107,6	109,6	101,5	107,2	101,5	109,1	108,0	103,4	104,8	101,6	93,9
März	107,8	109,7	101,6	107,2	101,5	109,3	108,1	103,7	104,4	101,9	93,7
April	107,9	109,8	101,7	107,2	101,5	110,0	108,4	104,1	104,5	102,2	93,6
Mai	107,9	109,8	101,6	107,6	101,6	110,2	108,6	104,3	104,4	102,3	93,6
Juni	108,0	110,0	101,4	107,6	101,7	110,3	108,9	104,4	104,5	102,5	93,6
Juli	108,0	110,0	101,2	107,6	101,8	110,3	108,8	104,6	104,6	102,4	93,5
Aug.	108,0	110,0	101,2	107,6	101,8	110,3	108,9	104,5	104,5	102,0	93,9
Sept.	108,1	110,2	101,3	108,9	101,7	110,5	108,8	104,5	104,6	102,3	93,5
Okt.	108,2	110,2	101,4	109,1	101,6	110,4	109,0	104,6	104,6	101,8	93,6
Nov.	108,3	110,3	101,5	109,4	101,7	110,6	109,0	104,6	104,6	100,7	93,5
Dez.	108,3	110,3	101,5	109,4	101,7	110,5	108,8	104,6	104,7	99,9	92,9
1996 Jan.	108,9	111,2	101,3	109,7	101,9	111,8	109,9	105,0	104,8	99,3	93,3
Febr.	109,4	111,8	101,4	109,7	102,1	112,0	110,2	105,0	104,2	98,8	91,9

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ⁵⁾	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse, Vervielfäl- tigungen	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1993 D	107,4	99,1	91,5	107,0	81,0	98,0	101,8	99,6	100,5	100,9
1994 D	109,4	97,7	92,0	109,4	82,6	98,0	101,9	98,5	100,0	100,8
1995 D	110,8	97,4	95,5	112,1	98,8	105,5	106,9	102,7	100,3	101,1
1995 Jan.	109,8	97,6	95,5	110,9	92,2	102,5	103,9	101,5	99,7	101,0
Febr.	109,9	97,7	96,1	111,0	93,8	103,6	104,3	101,8	99,9	101,1
März	110,5	97,1	97,2	111,1	94,9	103,9	104,7	102,6	99,6	101,1
April	110,9	97,6	97,0	111,6	97,8	105,0	106,1	103,0	100,6	101,1
Mai	110,9	97,7	97,4	112,0	99,4	105,6	106,5	103,1	100,5	101,1
Juni	110,9	97,3	95,7	112,2	100,3	106,1	106,7	103,2	100,5	101,1
Juli	110,8	97,4	95,5	112,3	102,3	106,2	108,0	103,4	100,5	101,1
Aug.	110,8	97,3	95,5	112,4	103,2	106,6	108,2	103,3	100,3	101,3
Sept.	111,1	97,1	95,2	112,5	103,0	106,7	108,5	103,1	100,4	101,3
Okt.	111,1	97,4	94,2	112,8	102,3	107,1	108,8	102,7	100,5	101,2
Nov.	111,2	97,4	93,9	112,9	99,1	106,7	108,7	102,8	100,8	101,1
Dez.	111,2	97,4	92,6	113,0	97,4	106,4	108,8	102,2	100,8	100,9
1996 Jan.	111,2	97,2	91,8	113,4	96,2	105,4	108,8	102,0	99,1	100,8
Febr.	111,3	96,6	90,8	113,6	94,3	104,6	108,8	101,8	99,1	101,1

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbe				Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schäl- mühl- erzeugnisse	Milch- und Milch- erzeugnisse	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse		
1993 D	104,8	104,2	101,0	104,6	102,0	96,4	102,4	98,9	111,2	114,5
1994 D	105,9	105,5	101,5	105,0	102,0	91,6	102,1	96,5	112,5	120,3
1995 D	107,1	106,3	102,6	105,1	102,6	86,7	102,3	96,7	114,0	123,2
1995 Jan.	108,1	105,5	102,1	105,3	102,5	89,2	102,2	96,1	113,5	121,9
Febr.	106,4	105,6	102,5	105,3	102,6	88,8	102,2	96,4	114,2	122,4
März	106,6	105,6	102,8	105,3	102,6	88,5	102,3	96,5	113,9	123,0
April	106,9	106,1	102,8	105,4	102,6	87,4	102,4	96,7	114,1	123,0
Mai	107,0	106,1	102,7	104,8	102,6	87,1	102,0	96,6	114,0	122,9
Juni	106,9	106,1	102,8	104,9	102,4	86,7	102,0	96,7	114,1	123,0
Juli	107,0	106,2	102,8	105,2	102,4	86,1	101,8	96,6	114,1	123,3
Aug.	107,1	106,3	102,9	105,2	102,4	85,6	102,2	96,8	114,1	123,7
Sept.	107,7	107,1	102,8	105,3	102,6	85,1	102,3	97,1	114,1	123,9
Okt.	107,6	107,0	102,5	105,1	102,8	84,7	102,8	97,1	114,3	124,0
Nov.	107,7	107,2	102,5	104,8	102,8	85,5	102,8	96,9	113,8	123,9
Dez.	107,7	107,2	102,4	104,9	102,8	85,7	103,1	96,8	114,1	123,9
1996 Jan.	107,9	107,4	102,3	105,0	102,8	86,0	102,9	96,7	114,1	124,1
Febr.	108,0	107,6	102,1	105,2	102,7	85,9	102,3	96,5	114,2	124,7

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung - 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. Bei Elektrizität, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverteiler - 4) Verbrennungsmotoren und Dampfturbinen - 5) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					In- vestitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ²⁾	Grund- stoff- und Pro- duktions- güter	Elektri- zität, herge- stelltes Gas, Fern- wärme, Wasser ³⁾
	ins- gesamt	ohne Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser	zu- sammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter- gewerbes	Investi- tionsgüter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbes				
1993 D	104,2	102,6	101,9	100,6	100,9	104,9	103,0	101,7	106,0	104,7	109,2
1994 D	105,5	104,0	103,4	104,9	101,1	106,9	103,0	102,7	111,1	105,5	110,3
1995 D	107,0	105,6	105,8	108,2	102,9	111,1	104,2	104,7	112,4	107,1	112,3
1994 April	105,2	103,6	102,8	103,8	101,1	105,9	102,3	102,5	110,8	105,5	110,2
Mai	105,1	103,4	103,1	104,2	101,1	106,3	102,7	102,7	111,2	105,0	110,2
Juni	105,3	103,7	103,3	104,7	101,2	106,5	103,0	102,8	111,5	105,1	110,2
Juli	105,3	103,7	103,3	104,6	101,1	107,1	102,9	102,7	111,7	105,2	110,6
Aug.	105,5	104,0	103,7	105,3	101,2	107,4	103,2	102,8	111,8	105,4	110,6
Sept.	105,7	104,1	103,7	105,3	101,1	107,5	103,3	102,7	111,5	105,7	110,6
Okt.	105,7	104,4	104,0	105,9	101,2	108,1	103,1	102,8	111,2	105,9	110,4
Nov.	106,0	104,8	104,4	107,0	101,2	108,4	103,6	102,8	111,1	106,2	110,3
Dez.	106,0	104,8	104,4	106,7	101,4	108,5	103,7	103,0	110,9	106,2	110,3
1995 Jan.	106,0	104,7	104,8	107,4	101,5	109,4	103,6	102,7	110,4	106,4	110,7
Febr.	106,8	105,6	105,7	109,5	102,2	109,8	103,8	103,9	111,9	107,2	111,3
März	106,8	105,6	105,8	109,1	102,3	110,0	104,2	103,9	111,9	107,1	111,3
April	106,7	105,4	105,6	108,2	102,3	110,4	104,2	103,9	111,5	107,0	111,5
Mai	106,8	105,5	105,9	108,8	102,8	110,7	104,2	104,6	111,7	107,0	111,6
Juni	106,8	105,5	106,0	109,0	102,8	111,0	104,0	104,5	111,8	107,0	111,6
Juli	106,7	105,4	105,9	108,8	102,8	111,4	103,8	104,5	112,0	106,9	111,6
Aug.	106,8	105,3	105,8	107,9	103,2	111,4	103,7	105,1	112,1	107,0	112,5
Sept.	107,2	105,4	105,8	107,7	103,2	111,9	104,2	105,2	112,3	107,3	113,6
Okt.	107,8	106,2	106,4	108,1	103,8	112,4	104,9	105,9	113,8	107,7	113,7
Nov.	107,6	105,9	106,0	106,7	103,9	112,3	104,8	106,0	113,9	107,4	113,8
Dez.	107,8	106,2	106,3	107,7	103,9	112,3	104,9	105,9	115,4	107,5	113,8
1996 Jan.	107,9	106,3	106,3	107,5	104,1	112,3	104,9	106,1	114,6	107,8	114,2
Febr.	108,0	106,2	106,3	107,9	103,7	112,3	104,9	105,5	115,8	107,7	114,4

Jahr Monat	Bergbau- liche Erzeug- nisse	Mineralöl- erzeug- nisse	Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl	NE-Met- alle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeug- nisse	Erzeug- nisse der Ziehe- reien und Kalt- wä- lze	Erzeug- nisse der Stahlver- formung	Stahlbau- erzeug- nisse und Schienen- fahrzeuge	Ma- schinen- bau- erzeug- nisse (einschl. Acker- schlep- pern)	Straßen- fahrzeuge (ohne Acker- schlep- per)	Boote und Jachten
1993 D	107,2	105,6	103,1	94,8	93,3	97,5	100,0	96,7	101,0	101,9	.	107,2
1994 D	106,8	113,4	103,2	96,1	103,2	97,6	103,2	96,8	101,6	103,1	.	106,9
1995 D	102,8	111,5	101,7	105,9	107,8	99,5	110,1	105,7	103,7	105,7	.	110,2
1994 April	108,6	113,6	103,8	95,2	98,5	97,6	101,5	96,5	101,5	103,0	.	107,0
Mai	105,7	113,9	103,7	96,2	100,1	97,3	102,1	96,7	101,6	103,1	.	107,0
Juni	105,7	114,3	103,2	95,6	105,1	97,7	104,9	95,9	101,7	103,2	.	107,0
Juli	105,6	113,8	102,7	95,0	106,4	97,7	104,9	95,8	101,5	103,2	.	107,0
Aug.	105,4	114,5	102,7	96,0	104,3	97,7	105,3	96,9	101,9	103,1	.	107,0
Sept.	106,4	113,3	102,5	96,7	105,7	97,8	105,4	97,1	101,5	103,2	.	107,0
Okt.	105,9	112,6	102,8	96,4	106,2	97,8	104,8	96,8	101,5	103,4	.	107,2
Nov.	105,7	112,5	102,7	98,4	109,8	97,7	104,9	97,8	101,8	103,3	.	107,2
Dez.	105,9	111,5	102,4	98,3	108,3	98,1	105,2	98,3	101,8	103,3	.	107,2
1995 Jan.	103,4	109,9	102,6	102,6	106,9	98,7	109,0	98,8	101,6	103,4	.	108,8
Febr.	103,6	113,6	102,4	103,8	112,9	99,0	109,2	101,6	101,6	105,6	.	108,8
März	103,6	112,9	102,5	105,3	108,1	98,8	109,3	102,4	101,8	105,7	.	108,8
April	103,4	111,0	102,4	105,0	108,6	98,7	109,5	102,7	101,6	105,8	.	108,8
Mai	102,1	112,0	102,1	105,9	108,2	98,8	109,3	104,9	104,0	105,8	.	108,8
Juni	101,7	112,4	101,6	106,3	107,7	98,9	109,5	107,2	103,6	105,9	.	108,8
Juli	101,4	111,6	101,4	106,5	107,2	98,7	109,5	106,7	103,8	105,8	.	108,8
Aug.	101,3	109,8	101,3	105,7	108,2	98,7	110,3	107,7	105,1	105,8	.	111,8
Sept.	101,5	109,8	101,1	107,4	107,5	99,6	110,8	107,5	104,7	105,8	.	111,8
Okt.	103,4	112,5	100,9	108,2	105,2	100,8	111,5	109,0	105,5	106,3	.	111,8
Nov.	104,0	109,6	100,7	107,2	106,4	101,6	111,6	109,9	105,7	106,2	.	112,6
Dez.	103,9	113,1	100,9	107,3	106,3	101,6	111,2	110,5	105,5	106,3	.	112,6
1996 Jan.	104,1	113,9	100,1	105,4	103,2	104,3	111,1	110,7	105,7	106,6	.	112,9
Febr.	104,3	115,9	99,6	103,0	104,7	104,2	111,0	110,3	103,7	106,7	.	113,5

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. - 3) Bei Elektrizität, Gas, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverleiher

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Elektro- technische Erzeug- nisse	Fein- mecha- nische und optische Erzeug- nisse, Uhren	Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Full- halter u.ä	Chemische Erzeug- nisse	Buro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen	Fein- keramische Erzeug- nisse	Glas und Glas- waren	Schnitt- holz, Sperrholz und sonstiges bearbei- tetes Holz	Holz- waren
1993 D	99,6	100,5	100,3	101,7	99,4	.	110,9	103,6	98,7	104,4
1994 D	98,2	100,5	99,3	104,5	101,6	.	111,8	103,3	96,3	105,6
1995 D	98,7	100,1	101,5	107,4	109,9	.	113,8	104,8	104,0	108,5
1994 April	98,1	101,7	99,0	104,0	98,9	.	112,3	103,0	95,2	104,9
Mai	98,3	101,6	98,6	104,0	99,2	.	111,8	102,7	95,3	105,0
Juni	98,3	101,3	99,5	103,7	99,0	.	111,8	102,7	96,1	105,3
Juli	98,3	99,1	99,5	103,7	99,3	.	111,6	102,8	96,2	105,8
Aug.	98,2	99,1	99,6	105,6	101,2	.	112,0	103,7	95,5	106,0
Sept.	98,1	99,1	99,8	105,7	102,2	.	111,9	103,7	96,7	106,2
Okt.	98,0	101,0	99,7	106,2	105,8	.	110,6	103,7	97,0	106,5
Nov.	98,1	101,0	99,8	106,1	108,3	.	112,8	103,7	97,5	106,6
Dez.	98,7	101,0	99,7	106,1	108,9	.	112,8	103,9	97,8	106,7
1995 Jan.	99,5	101,4	100,6	106,6	111,6	.	114,3	104,3	99,6	107,1
Febr.	98,6	101,4	100,4	106,7	112,3	.	113,7	105,2	101,4	107,9
März	98,4	101,2	100,5	106,7	112,5	.	113,8	104,5	101,3	108,2
April	98,5	101,2	101,0	107,5	110,5	.	114,3	104,7	105,3	108,4
Mai	98,3	101,3	101,1	107,5	111,2	.	113,4	104,8	105,2	108,6
Juni	98,3	101,4	101,2	107,4	111,7	.	113,6	105,0	105,9	108,6
Juli	98,3	101,4	101,1	107,6	111,7	.	113,0	105,4	106,5	108,6
Aug.	98,7	101,4	101,1	107,6	110,5	.	113,1	105,2	106,5	108,8
Sept.	99,0	97,9	101,2	107,6	108,8	.	114,1	105,1	104,3	108,9
Okt.	98,9	97,3	103,2	108,0	106,8	.	113,9	105,0	105,1	109,0
Nov.	99,1	99,0	103,2	108,0	105,5	.	114,4	104,3	103,9	109,2
Dez.	99,1	96,3	103,2	108,0	105,1	.	114,0	104,1	103,2	109,2
1996 Jan.	99,1	98,2	103,1	108,7	105,3	.	114,5	104,3	102,8	109,5
Febr.	98,9	98,2	103,3	109,2	104,7	.	114,1	103,0	100,4	109,5

Jahr Monat	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ²⁾	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeug- nisse, Vervielfältigungen	Kunst- stoff- erzeug- nisse	Gummi- waren	Leder	Leder- waren und Schuhe	Textilien	Be- kleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeug- nisse des Er- nährungs- gewerbes	Tabak- waren
1993 D	82,3	99,6	115,8	93,0	104,1	98,9	96,2	102,9	106,0	102,0	110,9
1994 D	88,3	102,0	125,0	92,0	106,3	101,3	96,1	103,6	103,8	101,9	111,6
1995 D	110,6	114,8	134,9	99,9	109,5	102,0	97,1	104,3	104,5	102,7	115,4
1994 April	82,0	99,4	121,6	91,4	106,3	99,6	96,0	103,6	104,2	101,2	111,1
Mai	83,7	100,8	123,0	91,6	106,7	99,6	96,0	103,8	104,0	101,6	111,1
Juni	86,0	101,7	124,0	91,8	107,2	99,6	96,1	103,7	103,8	101,9	111,1
Juli	88,8	101,9	126,1	91,8	106,1	102,8	96,1	103,8	104,0	101,8	111,1
Aug.	91,2	103,1	126,4	91,7	105,5	103,0	96,1	103,8	104,0	102,2	111,1
Sept.	93,2	103,5	126,4	92,0	105,7	103,0	96,1	103,8	104,0	102,3	111,1
Okt.	96,5	105,6	129,9	92,4	104,3	103,0	96,1	103,5	102,9	102,1	111,1
Nov.	98,3	106,9	129,7	93,2	105,4	103,0	96,1	103,5	103,2	102,2	114,6
Dez.	98,6	106,2	130,1	93,6	106,5	103,0	96,1	103,5	103,2	102,3	114,6
1995 Jan.	103,7	110,0	131,0	98,1	108,9	103,0	96,9	103,8	103,2	102,2	114,8
Febr.	104,9	110,7	131,0	98,6	110,5	103,0	96,9	103,8	104,3	102,3	115,5
März	106,9	111,7	131,1	98,8	109,3	103,0	96,9	104,2	104,4	102,7	115,5
April	109,4	113,3	131,1	101,0	109,8	102,2	96,9	104,5	104,4	102,7	115,5
Mai	110,6	116,1	132,0	100,9	109,2	101,9	96,9	104,5	104,4	102,7	115,5
Juni	111,5	116,0	133,3	101,2	109,5	101,9	96,9	104,4	104,5	102,5	115,5
Juli	115,5	117,2	135,3	100,8	109,5	101,9	96,9	104,4	104,5	102,3	115,5
Aug.	116,8	117,2	135,2	100,6	109,5	101,9	96,9	104,4	104,5	102,2	115,5
Sept.	116,4	116,9	137,6	100,3	109,5	102,8	97,3	104,5	104,8	102,7	115,5
Okt.	114,9	116,8	140,2	100,2	109,4	102,1	97,6	104,4	104,9	103,5	115,5
Nov.	110,2	115,9	140,2	99,5	109,4	102,1	97,6	104,4	104,8	103,4	115,5
Dez.	106,8	115,3	141,3	99,2	109,4	98,1	97,6	104,3	104,8	103,5	115,5
1996 Jan.	105,1	113,9	141,4	98,8	109,6	90,9	97,6	104,4	105,0	103,5	115,5
Febr.	102,6	113,7	141,5	98,6	109,6	96,7	97,6	104,4	105,7	103,5	115,5

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff.

**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
Deutschland
1991= 100**

Jahr Monat 1)	Gesamt- index	Hauptgruppe/Gruppe 2)									
		Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Wohn- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit	die persönl. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
1993 D	109,8	105,2	105,5	118,1	121,7	106,1	105,9	107,6	109,0	106,8	114,4
1994 D	112,8	106,9	106,8	123,0	128,1	105,6	107,8	110,8	112,2	108,9	119,3
1995 D	114,8	108,4	107,7	126,9	133,4	104,9	109,3	112,7	113,4	110,5	122,5
1991 März	98,2	99,3	99,3	96,7	97,0	95,7	99,1	99,0	96,7	99,8	98,2
April	98,5	99,7	99,6	97,1	97,4	96,2	99,3	99,3	97,8	99,8	95,3
Mai	98,9	99,9	99,8	97,9	97,9	97,8	99,8	99,5	98,2	99,7	97,3
Juni	99,4	100,4	99,8	98,1	98,3	97,6	100,0	99,7	98,4	100,1	99,9
Juli	100,6	100,8	99,8	98,7	98,7	98,5	100,0	100,1	102,3	99,9	105,3
August	100,6	100,2	100,0	98,9	99,0	99,4	100,4	100,4	102,4	99,7	105,4
September	100,6	100,0	100,5	99,3	99,3	99,4	100,6	100,8	102,8	99,8	102,0
Oktober	102,1	100,0	100,8	106,1	106,3	105,5	100,8	101,0	103,0	100,2	100,2
November	102,6	101,2	101,3	106,3	106,6	105,6	101,2	101,5	103,0	100,8	100,5
Dezember	102,7	101,4	101,4	106,4	106,9	104,6	101,2	101,7	102,6	101,0	101,4
1992 Januar	103,2	102,1	101,5	106,6	107,5	103,9	101,6	102,4	102,5	103,4	101,2
Februar	103,9	102,9	101,8	107,3	108,1	104,6	102,1	103,0	103,0	103,7	104,5
März	104,3	103,1	102,0	107,6	108,6	104,1	102,3	103,3	104,0	103,7	104,4
April	104,7	103,5	102,2	108,1	109,2	104,4	102,5	103,7	104,7	103,6	104,6
Mai	105,0	103,8	102,5	108,6	109,7	104,7	103,0	103,9	105,1	103,8	103,8
Juni	105,3	104,0	102,5	108,8	110,1	104,6	103,1	104,1	105,4	103,4	106,9
Juli	105,6	103,7	102,6	109,1	110,5	104,3	103,2	104,3	105,3	103,4	111,1
August	105,6	103,1	102,9	109,5	111,0	104,3	103,5	104,5	105,2	103,5	111,1
September	105,5	102,9	103,3	109,8	111,4	104,5	103,6	104,6	105,2	104,0	108,2
Oktober	105,6	102,8	103,6	110,4	112,0	104,9	103,8	104,8	105,3	104,4	106,6
November	106,0	103,0	103,8	110,9	112,7	105,0	104,1	105,0	105,6	105,0	107,5
Dezember	106,1	103,1	103,9	111,1	113,0	104,5	104,2	105,1	105,6	105,2	108,7
1993 Januar	108,0	104,4	104,3	116,2	119,2	105,9	104,6	105,7	106,9	105,9	109,1
Februar	108,8	105,0	104,6	116,5	119,7	105,9	105,0	106,8	107,8	106,2	112,7
März	109,1	105,1	105,0	117,2	120,4	106,3	105,3	107,0	108,4	106,3	112,3
April	109,4	105,5	105,1	117,5	120,8	106,3	105,5	107,2	109,0	106,4	111,8
Mai	109,6	105,7	105,4	117,8	121,2	106,1	105,8	107,3	109,0	106,5	111,9
Juni	109,9	105,8	105,4	117,8	121,5	105,7	105,9	107,5	109,5	106,5	114,9
Juli	110,4	105,6	105,5	118,2	121,9	106,0	106,1	108,0	109,7	106,6	119,6
August	110,4	105,2	105,6	118,5	122,3	105,9	106,2	108,1	109,6	106,7	120,5
September	110,2	105,0	105,9	118,9	122,7	105,8	106,3	108,3	109,3	107,2	116,2
Oktober	110,2	105,0	106,1	119,3	123,1	106,3	106,4	108,4	109,5	107,5	113,9
November	110,4	105,2	106,4	119,5	123,5	106,2	106,6	108,6	109,6	107,8	114,1
Dezember	110,6	105,4	106,4	119,7	123,7	106,2	106,6	108,7	109,2	107,9	115,8
1994 Januar	111,4	105,6	106,4	121,1	125,7	105,9	107,0	110,1	111,5	108,4	114,8
Februar	112,1	106,3	106,4	121,6	126,2	105,8	107,3	110,3	111,8	108,7	119,1
März	112,2	106,5	106,6	122,0	126,9	105,7	107,4	110,5	111,7	108,7	118,2
April	112,3	106,9	106,7	122,5	127,4	105,8	107,6	110,5	111,9	108,8	115,4
Mai	112,6	107,3	106,8	122,7	127,7	105,8	107,7	110,6	112,2	108,8	117,1
Juni	112,9	107,6	106,8	122,9	128,0	105,7	107,8	110,8	112,4	108,7	119,5
Juli	113,2	107,4	106,7	123,1	128,4	105,5	107,8	110,9	112,3	108,6	124,5
August	113,4	107,2	106,8	123,4	128,7	105,6	107,9	111,0	113,0	108,7	124,5
September	113,2	107,2	107,0	123,6	129,0	105,4	107,9	111,1	112,3	109,1	121,1
Oktober	113,1	107,2	107,1	124,0	129,4	105,4	108,0	111,2	112,2	109,4	119,0
November	113,2	107,0	107,3	124,2	129,8	105,3	108,3	111,3	112,4	109,6	118,5
Dezember	113,4	107,1	107,4	124,4	130,1	105,2	108,3	111,4	112,5	109,7	120,3
1995 Januar	113,8	107,8	107,4	124,9	130,8	105,3	108,6	111,9	112,8	110,3	118,8
Februar	114,3	108,5	107,4	125,3	131,3	105,2	108,7	112,1	113,0	110,4	122,2
März	114,3	108,5	107,5	125,6	131,7	104,8	108,9	112,3	112,9	110,3	121,5
April	114,6	108,7	107,5	126,0	132,3	104,9	109,1	112,5	113,4	110,2	121,5
Mai	114,6	109,1	107,7	126,2	132,5	104,8	109,2	112,6	113,4	110,1	119,9
Juni	115,0r	109,4	107,6	126,4r	132,8r	104,8r	109,3	112,7	113,9	110,1	122,9
Juli	115,2r	108,9	107,6	126,5r	133,0r	104,4	109,4	112,8	113,4	110,1	128,9
August	115,3	108,1	107,6	127,7	134,6	104,3r	109,4	112,7	113,5	110,2	127,7
September	115,2	107,9	107,9	128,1	134,9	105,0	109,5	113,0	113,8	110,6	123,8
Oktober	115,1	107,8r	108,0	128,3	135,3	104,7	109,6	113,2r	113,5	111,0	121,8
November	115,1	107,8	108,1	128,5	135,5	104,9	109,8	113,2	113,5	111,2	119,9
Dezember	115,4	107,9	108,1	128,9	135,8	105,4	109,8	113,2	113,9	111,4	121,6
1996 Januar	115,5	108,5	108,1	128,5	136,4	102,0	109,9	113,7	114,9	111,3	119,9
Februar	116,1	109,0	108,2	129,0	136,8	102,6	110,1	114,1	115,3	111,5	123,3

1) Die Monatergebnisse beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

Preisindex für die Lebenshaltung
Früheres Bundesgebiet
1991= 100

Jahr Monat 1)	Hauptgruppe/Gruppe 2)										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

Alle privaten Haushalte

1993 D	107,7	105,4	105,9	109,5	111,6	102,0	106,2	106,2	108,5	106,5	113,9
1994 D	110,6	107,1	107,4	113,5	116,7	102,2	108,2	108,9	111,8	108,4	118,5
1995 D	112,5	108,6	108,4	117,0	121,3	101,4	109,9	110,6	113,0	109,8	121,7
1994 Dezember	111,3	107,3	107,9	115,0	118,7	101,9	108,8	109,5	112,1	109,2	119,5
1995 Januar	111,5	108,0	108,0	115,4	119,2	101,9	109,1	109,8	112,3	109,5	117,9
Februar	112,1	108,6	108,1	115,8	119,7	101,8	109,3	110,1	112,5	109,7	121,4
März	112,1	108,7	108,1	116,1	120,1	101,4	109,5	110,3	112,4	109,6	120,7
April	112,4r	108,9	108,2	116,5	120,7	101,6	109,7	110,4	112,9	109,5	120,6
Mai	112,4	109,2	108,3	116,7	120,9	101,5	109,8	110,5	112,9	109,4	119,0
Juni	112,8	109,5	108,3	117,0	121,3	101,5r	109,9	110,6	113,5	109,4	122,1
Juli	113,1	109,1	108,3	117,0r	121,5	101,0	110,0	110,7	112,9	109,4	128,2
August	112,9	108,4	108,4	117,3	121,8	101,0	110,0	110,6	113,0	109,5	126,9
September	112,8	108,2	108,6	117,7	122,1	101,5	110,1	110,9r	113,3	109,9	123,0
Oktober	112,7	108,1	108,7	117,8	122,4	101,1	110,3	111,0	113,1	110,2	120,8
November	112,7	108,1	108,8	118,0	122,7	101,2	110,4	111,1	113,1	110,5	118,8
Dezember	113,0	108,3	108,8	118,4	123,0	101,8	110,5	111,1	113,4	110,6	120,6
1996 Januar	113,1	108,9	108,9	117,9	123,4	98,2	110,6	111,6	114,4	110,5	118,9
Februar	113,7	109,4	109,0	118,3	123,8	98,8	110,7	112,0	114,7	110,7	122,4

4 - Personen - Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen

1993 D	107,8	104,9	105,8	109,9	111,6	102,7	106,1	104,7	108,9	106,2	115,7
1994 D	110,7	106,5	107,3	114,2	116,7	103,3	108,1	106,4	112,2	108,6	121,7
1995 D	112,7	107,8	108,4	117,8	121,3	102,7	109,7	107,9	113,3	110,4	124,7
1994 Dezember	111,3	106,6	107,9	115,7	118,6	103,0	108,7	106,9	112,5	109,5	120,7
1995 Januar	111,6	107,3	107,9	116,1	119,1	103,1	108,9	107,3	112,7	109,9	120,5
Februar	112,1	107,9	108,0	116,6	119,7	103,0	109,1	107,5	112,9	110,1	122,9
März	112,1	107,9	108,1	116,9	120,1	102,8	109,3	107,6	112,8	110,0	122,2
April	112,5	108,1	108,1	117,3	120,6	102,8	109,5	107,7	113,3	110,0	124,2
Mai	112,6	108,4	108,3	117,5	120,9	102,8	109,7	107,9	113,3	109,9	123,3
Juni	113,0	108,6	108,3	117,8	121,3	102,7	109,8	107,9	113,9	109,9	126,0
Juli	113,4	108,2	108,3	117,9	121,5	102,3	109,9	108,0	113,3	110,1	132,4
August	113,3	107,6	108,4	118,2	121,8	102,3	109,9	107,9	113,4	110,2	131,4
September	113,1	107,4	108,6	118,5	122,1	102,7	110,0	108,1	113,7	110,7	126,1
Oktober	113,0	107,3	108,7	118,7	122,4	102,4	110,1	108,3	113,4	111,0	125,0
November	112,8	107,4	108,8	118,9	122,7	102,4	110,3	108,3	113,5	111,2	120,7
Dezember	113,1	107,5	108,8	119,3	123,0	102,8	110,3	108,3	113,8	111,3	121,7
1996 Januar	113,3	108,2	108,9	118,8	123,4	98,7	110,4	109,0	114,6	111,2	122,6
Februar	113,9	108,7	109,0	119,2	123,8	99,1	110,5	109,7	114,9	111,5	125,1

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

**Preisindex für die Lebenshaltung
Früheres Bundesgebiet**

1991 = 100

Jahr Monat ¹⁾	Hauptgruppe/Gruppe ²⁾										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen											
1993 D	108,0	105,2	105,8	110,0	111,9	102,7	106,0	108,3	108,7	107,0	115,3
1994 D	111,0	106,8	107,3	114,3	117,0	103,3	107,7	113,3	112,0	109,5	120,9
1995 D	112,9	108,1	108,4	117,8	121,6	102,6	109,2	114,7	113,0	111,2	123,8
1994 Dezember	111,6	107,0	107,9	115,9	119,1	103,0	108,2	113,8	112,3	110,3	119,6
1995 Januar	111,9	107,5	108,0	116,2	119,5	103,1	108,4	114,1	112,4	110,8	119,6
Februar	112,4	108,1	108,0	116,7	120,1	103,0	108,6	114,3	112,6	110,9	122,3
März	112,4	108,2	108,1	116,9	120,5	102,8	108,8	114,5	112,5	110,9	121,4
April	112,8	108,4	108,2	117,3	120,9	102,8	109,0	114,6	113,0	110,8	123,6
Mai	112,9	108,7	108,4	117,5	121,2	102,7	109,1	114,6	113,0	110,8	122,7
Juni	113,2	108,9	108,4	117,8	121,6	102,7	109,2	114,7	113,5	110,8	125,2
Juli	113,4	108,6	108,4	117,9	121,9	102,3	109,3	114,8	112,8	110,9	131,8
August	113,3	108,0	108,4	118,2	122,2	102,3	109,3	114,8	112,9	111,0	130,8
September	113,2	107,8	108,6	118,5	122,5	102,6	109,4	115,0	113,3	111,4	125,0
Oktober	113,2	107,7	108,7	118,7	122,8	102,3	109,5	115,1	113,0	111,7	123,8
November	113,0	107,7	108,8	119,0	123,1	102,3	109,6	115,1	113,1	111,9	119,4
Dezember	113,3	107,9	108,8	119,3	123,4	102,7	109,6	115,2	113,4	112,1	120,2
1996 Januar	113,4	108,4	108,9	118,7	123,8	98,6	109,7	115,4	114,3	112,0	120,7
Februar	113,9	108,9	109,0	119,1	124,2	99,0	109,9	115,6	114,7	112,2	123,2
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen											
1993 D	108,1	104,2	106,0	109,9	112,1	102,4	106,5	111,4	108,4	108,3	116,2
1994 D	111,4	106,0	107,5	114,2	117,4	102,9	108,6	120,7	111,7	109,9	121,3
1995 D	113,6	107,6	108,5	117,7	122,2	102,2	110,0	122,4	112,8	111,4	124,1
1994 Dezember	112,2	106,1	108,0	115,8	119,6	102,7	109,1	121,2	111,9	110,7	121,2
1995 Januar	112,6	107,1	108,1	116,1	120,0	102,7	109,4	121,6	112,2	111,3	120,5
Februar	113,2	107,8	108,2	116,5	120,6	102,6	109,5	121,8	112,4	111,5	123,8
März	113,2	107,8	108,3	116,8	121,0	102,3	109,7	122,0	112,3	111,4	122,3
April	113,5	108,0	108,3	117,1	121,4	102,4	109,9	122,2	112,8	111,2	123,8
Mai	113,7	108,6	108,5	117,3	121,7	102,2	109,9	122,3	112,8	111,1	122,3
Juni	114,0	109,0	108,5	117,7	122,1	102,2	110,0	122,4	113,2	111,0	124,9
Juli	114,1	108,3	108,5	117,8	122,4	101,9	110,1	122,5	112,8	110,9	130,4
August	113,9	107,1	108,5	118,0	122,7	101,8	110,1	122,5	112,8	110,9	129,7
September	113,7	106,8	108,7	118,4	123,1	102,1	110,2	122,7	113,1	111,2	124,9
Oktober	113,7	106,6	108,8	118,5	123,4	101,9	110,4	122,9	112,9	111,8	123,3
November	113,8	106,7	109,0	118,8	123,6	101,9	110,5	122,9	113,0	112,2	121,5
Dezember	114,0	106,9	109,0	119,1	123,9	102,1	110,5	123,0	113,3	112,4	122,3
1996 Januar	113,9	107,8	109,0	118,5	124,4	98,2	110,6	123,3	111,9	112,2	121,3
Februar	114,4	108,3	109,2	118,9	124,8	98,5	110,8	123,5	112,2	112,5	124,6

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

**Preisindex für die Lebenshaltung
Neue Länder und Berlin-Ost
1991 = 100**

Jahr Monat 1)	Hauptgruppe/Gruppe 2)										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
Alle privaten Haushalte											
1993 D	125,4	104,3	102,5	270,5	365,2	143,1	104,0	124,2	112,0	108,8	119,4
1994 D	130,0	106,0	103,1	290,3	404,5	136,6	104,9	132,3	115,0	112,8	127,6
1995 D	132,7	107,0	103,2	302,6	426,1	136,3	105,8	136,6	116,5	115,8	131,6
1994 Dezember	130,5	106,0	103,4	292,1	408,0	136,2	105,3	133,3	115,1	114,0	129,2
1995 Januar	131,2	106,6	103,3	294,0	411,4	136,1	105,4	135,3	115,7	115,7	127,9
Februar	131,8	107,7	103,1	294,1	411,5	136,2	105,5	135,7	116,2	115,8	130,8
März	131,7	107,5	103,2	294,1	411,5	136,1	105,6	135,9	116,1	115,6	129,8
April	132,0	107,9	103,2	294,6	413,1	135,2	105,7	136,2	116,7	115,4	130,5
Mai	132,1	108,4	103,2	294,7	413,3	135,2	105,9	136,6	116,8	115,3	129,1
Juni	132,4	108,8	103,2	294,7	413,3	135,2	105,9	136,8	117,0	115,2	131,7
Juli	132,2	107,8	102,8	294,8	413,3	135,4	105,9	136,9	116,4	115,3	136,2
August	133,6	106,3	102,7	312,2	443,6	135,2	105,9	136,9	116,6	115,3	135,5
September	133,5	106,0	103,1	312,9	443,6	137,1	105,9	137,1	116,7	115,9	131,9
Oktober	133,7	105,8	103,3	314,6	446,2	137,5	106,0	137,2	116,5	116,6	132,4
November	133,7	105,8	103,5	314,9	446,3	138,2	106,0	137,3	116,3	116,8	131,1
Dezember	133,9	105,9	103,5	315,0	446,4	138,2	106,0	137,5	116,9	117,1	132,0
1996 Januar	134,6	106,4	103,2	317,2	450,8	137,4	106,1	138,2	118,5	117,4	130,5
Februar	135,2	107,2	103,0	317,6	451,1	137,9	106,2	138,6	119,2	117,8	133,2
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen											
1993 D	123,3	104,9	102,3	287,4	364,6	152,6	103,5	113,9	110,4	108,7	117,7
1994 D	127,4	106,7	102,8	309,4	404,0	144,1	104,3	118,1	112,7	112,6	124,9
1995 D	129,7	107,8	102,9	323,0	425,8	143,4	105,3	121,4	113,5	115,0	128,2
1994 Dezember	127,8	106,6	103,2	311,4	407,5	143,6	104,8	118,9	112,7	113,4	125,8
1995 Januar	128,4	107,2	103,0	313,5	411,0	143,4	104,9	120,4	113,1	114,9	124,4
Februar	128,9	108,3	102,9	313,6	411,1	143,4	104,9	120,7	113,2	115,1	127,1
März	128,8	108,1	103,0	313,6	411,1	143,4	105,1	120,9	113,2	114,9	126,3
April	129,1	108,5	102,9	314,3	412,7	142,5	105,2	121,1	113,7	114,8	127,1
Mai	129,2	108,9	103,0	314,4	412,8	142,4	105,4	121,4	113,8	114,7	126,0
Juni	129,4	109,2	102,9	314,4	412,8	142,4	105,4	121,6	113,9	114,5	128,8
Juli	129,4	108,5	102,5	314,4	412,8	142,6	105,5	121,6	113,3	114,5	133,7
August	130,7	107,2	102,4	333,8	443,4	142,3	105,4	121,6	113,5	114,6	132,8
September	130,6	107,0	102,9	334,4	443,4	144,0	105,5	121,7	113,5	115,0	129,0
Oktober	130,7	106,7	103,0	336,1	446,0	144,3	105,5	121,7	113,4	115,4	128,8
November	130,6	106,8	103,2	336,4	446,1	144,9	105,3	121,9	113,2	115,7	126,5
Dezember	130,8	106,8	103,2	336,5	446,2	145,0	105,3	122,0	113,7	115,9	127,5
1996 Januar	131,4	107,4	102,9	339,0	450,7	143,9	105,4	122,5	114,8	116,1	126,4
Februar	132,0	108,2	102,7	339,3	450,9	144,3	105,5	122,9	115,5	116,3	128,9

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck)

Preisindex für die Lebenshaltung
Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat ¹⁾	Hauptgruppe/Gruppe ²⁾										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen											
1993 D	122,7	104,7	102,4	260,8	364,6	139,6	103,9	125,0	110,9	112,7	121,0
1994 D	127,0	106,4	103,0	279,3	404,0	133,7	104,7	133,2	113,4	118,1	130,1
1995 D	129,4	107,5	103,1	290,9	425,8	133,6	105,6	136,8	114,3	122,0	134,5
1994 Dezember	127,4	106,4	103,4	281,0	407,5	133,4	105,1	134,0	113,4	119,3	131,7
1995 Januar	128,1	107,0	103,2	282,9	411,0	133,4	105,2	135,7	113,9	121,4	130,8
Februar	128,6	108,1	103,0	282,9	411,1	133,4	105,3	136,1	114,1	121,7	133,0
März	128,5	107,9	103,2	282,9	411,1	133,3	105,5	136,2	114,0	121,7	132,4
April	128,9	108,3	103,1	283,4	412,7	132,5	105,6	136,5	114,5	121,6	133,2
Mai	129,0	108,7	103,2	283,4	412,8	132,4	105,7	136,8	114,6	121,6	132,5
Juni	129,3	109,0	103,2	283,4	412,8	132,4	105,7	137,0	114,8	121,5	134,8
Juli	129,0	108,1	102,8	283,5	412,8	132,6	105,8	137,1	114,1	121,6	138,9
August	130,2	106,8	102,6	299,9	443,4	132,4	105,7	137,1	114,3	121,7	138,1
September	130,1	106,6	103,1	300,8	443,4	134,3	105,8	137,2	114,4	122,2	135,0
Oktober	130,3	106,3	103,3	302,4	446,0	134,8	105,8	137,3	114,2	122,8	135,9
November	130,3	106,4	103,5	302,7	446,1	135,5	105,7	137,5	114,1	123,1	134,0
Dezember	130,5	106,4	103,5	302,9	446,2	135,7	105,7	137,6	114,5	123,3	134,8
1996 Januar	131,1	107,0	103,2	305,1	450,7	135,2	105,8	138,3	115,7	123,6	133,8
Februar	131,7	107,7	103,0	305,5	450,9	135,8	105,9	138,6	116,4	123,9	135,7
2-Personen-Rentnerhaushalte											
1993 D	126,7	102,8	102,8	263,2	367,0	136,3	104,8	133,7	111,4	108,0	116,9
1994 D	131,5	104,5	103,5	282,6	406,1	131,6	105,9	145,6	114,0	111,4	123,0
1995 D	134,3	105,5	103,6	294,4	427,2	131,7	107,0	150,2	115,7	114,3	126,1
1994 Dezember	132,1	104,4	103,8	284,4	409,5	131,3	106,4	146,7	114,2	112,8	125,3
1995 Januar	132,7	105,1	103,7	286,2	412,7	131,4	106,6	148,7	114,8	114,4	122,1
Februar	133,6	106,3	103,5	286,3	412,9	131,4	106,7	149,2	115,4	114,4	127,7
März	133,4	106,2	103,6	286,3	412,9	131,4	106,9	149,4	115,3	114,1	125,2
April	133,7	106,7	103,6	286,8	414,5	130,5	107,0	149,7	115,8	113,6	125,4
Mai	133,7	107,3	103,6	286,9	414,7	130,5	107,0	150,1	115,9	113,4	122,2
Juni	134,1	107,8	103,6	286,9	414,7	130,5	107,1	150,4	116,1	113,4	125,6
Juli	134,0	106,5	103,4	287,0	414,7	130,7	107,2	150,5	115,7	113,5	131,1
August	135,3	104,5	103,2	303,3	444,4	130,7	107,1	150,6	115,9	113,5	130,5
September	135,1	104,1	103,6	304,2	444,4	132,6	107,1	150,8	115,9	114,3	125,5
Oktober	135,2	103,8	103,8	305,8	446,9	133,2	107,2	151,0	115,7	115,1	124,8
November	135,4	103,8	103,9	306,2	447,0	133,9	107,3	151,2	115,6	115,4	126,2
Dezember	135,6	103,9	104,0	306,3	447,1	134,0	107,3	151,3	116,2	116,0	127,4
1996 Januar	136,2	104,5	103,6	308,5	451,4	133,5	107,4	152,2	117,4	116,4	123,8
Februar	137,0	105,4	103,5	308,8	451,7	134,0	107,5	152,6	118,0	116,8	129,1

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).